



## Nur zur dienstlichen Verwendung

## Stenografisches Protokoll der 29. Sitzung – Teil 1 - endgültige Fassung -

### 3. Untersuchungsausschuss

Berlin, den 5. März 2021, 9.00 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

## Tagesordnung - Beweisaufnahme

### Einzigster Punkt der Tagesordnung

Seite

#### Öffentliche Zeugenvernehmung

#### **Julian Hessenthaler**

(Beweisbeschluss Z-115)

Zeugenvernehmung Nichtöffentlich siehe Stenogr. Protokoll 19/29 II

9

#### **Dr. Benjamin Weigert**

(Beweisbeschluss Z-93)

45

#### **Prof. Dr. Claudia Buch**

(Beweisbeschluss Z-94)

85



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses\*

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Fraktionsmitarbeiter\*

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Genske, Marlene Brandt, Wolfgang Günther, Kevin
SPD	Hawxwell, Anne Schneider, Yannik Weber, Saskia Kirchberg, Jana Sacharow, Alexander Schinzel, Boris Sondhauf, Nora
AfD	Dabelstein, Lorenz
FDP	Reuss, David Iza Schilling, Philipp Raabe, Lars
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Teilnehmer Bundesregierung\*

BMF	ORR Rosenberger ARn Koch RD Fritz
BMWi	RR Gräf
AA	LR I Gloßner
BMJV	Zorn ORR Scholz
BKAmt	RD Mai

### Teilnehmer Bundesrat\*

#### Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	

\* anwesend laut Unterschriftenliste



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



Nur zur dienstlichen Verwendung





## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 9.10 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Guten Morgen! Ich stelle fest, die Öffentlichkeit ist hergestellt. Ich begrüße damit recht herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich wie immer die anwesenden Vertreter der Bundesregierung und des Bundesrates auch recht herzlich willkommen. Ebenso begrüße ich herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Streamingälen. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

So sind eigene Ton- und Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** auf:

### Öffentliche Zeugenvernehmung

**Julian Hessenthaler**  
(Beweisbeschluss Z-115)

**Dr. Benjamin Weigert**  
(Beweisbeschluss Z-93)

**Prof. Dr. Claudia Buch**  
(Beweisbeschluss Z-94)

Wir werden die Zeugen auch in dieser Reihenfolge vernehmen.

### **Vernehmung des Zeugen Julian Hessenthaler**

Somit beginnen wir jetzt mit der Zeugenvernehmung Julian Hessenthalers. Unser erster Zeuge, Herr Hessenthaler, hat bereits Platz genommen. Auch vonseiten des Ausschusses herzlich willkommen.

Herr Hessenthaler, neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Herr Johannes Eisenberg Platz genommen. Herr Eisenberg, ich darf auch Sie recht herzlich im Namen des Ausschusses willkommen heißen. Wie Sie sicherlich wissen als Anwalt, dürfen Sie den Zeugen beraten. Ihnen steht

jedoch selbst kein Rede- oder Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keinerlei inhaltliche Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. - Haben Sie hierzu noch Fragen?

**RA Johannes Eisenberg:** Nein.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Herr Hessenthaler, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige und vollständige Angaben machen. Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört, und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht.

Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 StGB strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geld- oder Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren nach sich ziehen.

Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren. Zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu.

Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsgeheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind. - Haben Sie dazu noch Fragen?

(RA Johannes Eisenberg  
schüttelt den Kopf)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

- Und der Zeuge auch nicht?

(Der Zeuge schüttelt den Kopf)

- Gut.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu entscheiden. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann möchte ich Sie noch bitten, darauf zu achten, weil wir auch einen Tonmitschnitt neben der stenografischen Aufzeichnung fertigen, immer das Mikrofon, wenn Sie sprechen, zu benutzen. Das geht relativ einfach. Sie drücken den Button vor sich - den Knopf, neudeutsch - mit dem Zeigefinger. Daraufhin erscheint oder leuchtet hier der LED-Ring, und dann ist Ihr Mikrofon in dem Sinne scharfgestellt.

Herr Hessenthaler, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Alter, Beruf, Wohn- oder Dienstort mitteilen.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Guten Tag! Mein Name ist Julian Hessenthaler. Ich wurde geboren am [REDACTED]. Ich bin von Beruf letztmalig Sicherheitsberater gewesen mit einer eigenen GmbH in Deutschland. Unter anderem bin ich in Prominenz gekommen durch die Aufzeichnung des Ibiza-Videos bekanntlicherweise. Im

Zuge der Nachrecherche zum Ibiza-Video konnte ich im Laufe des Jahres 2019 Unterlagen einsehen, die sich, wie mir später bekannt wurde, auf die Erlebnisse von Kilian Kleinschmidt bezogen. Der hat, glaube ich, schon ausgesagt hier als Zeuge.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das dürfen Sie gleich alles sagen. Jetzt geht es einfach nur kurz zu Ihrer Person. Wenn Sie mir noch den Wohnort mitteilen, dann bin ich zufrieden. Und dann können Sie gleich - -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Mein aktueller Aufenthaltsort ist [REDACTED].

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Hessenthaler, Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen - Sie haben ja eben schon ein bisschen damit angefangen -, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. - Herr Hessenthaler, Sie haben das Wort.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Danke. - Ich wurde im Laufe des Jahres 2016 angesprochen oder informiert über belastendes Material gegen den damaligen FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache. Im Zuge dieses „Projekts“, wenn man so will, erfolgten dann die bekannten Videoaufnahmen. Das Ganze drehte sich meiner Meinung nach auch und für mich insbesondere um die Möglichkeit russischen Einflusses auf die österreichische Politik und auf die wirtschaftlichen Spender der österreichischen Politik. Diese Linie wurde medial fallen gelassen. Aber nichtsdestotrotz war sie für mich einer der Hauptaspekte, weswegen mich dann auch, als ich im Sommer 2019 diese Unterlagen zu den Aktivitäten des Marsalek in Libyen unter Beiziehung von hauptsächlich ehemaligen ÖVP-Politikern mit dem Projekt Libyen - - mein Interesse weckte, und begann, dem nebenbei nachzurecherchieren, muss ich sagen.

Ich kam dann im Laufe des Frühjahrs 2020 in direkten Kontakt mit Herrn Kleinschmidt, nachdem mir bekannt wurde, von wem diese Dossiers, wie wir sie nannten, stammten. Ich habe mich dann recht intensiv mit ihm über einige Monate ausgetauscht über Vermutungen und mögliche Verbindungen, die insbesondere, aber hauptsächlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Österreich und österreichische Persönlichkeiten betrafen, nachdem das mein Zugangspunkt zu der Sache war.

Ich habe dann des Weiteren vor meinen Kontakten mit diversen Investigativjournalisten auch da diverse Informationen austauschen können, die meiner Meinung nach gewisse Schnittpunkte mit der sogenannten „Ibiza-Affäre“ zeigten, insbesondere - - wie gesagt, immer auf Österreich bezogen. Also, Deutschland war für mich nicht das, worum ich mich gekümmert habe.

Ja, das ist, glaube ich, so grob der Hergang, wie ich zu dieser Thematik kam. So weit kann ich Fragen entgegennehmen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann würde ich zunächst versuchen, ein bisschen allgemeine Fragen, wobei ich nicht viele habe. - Nach den von Ihnen gegenüber dem Ausschuss gemachten Angaben, die bei uns auf MAT A EB-1.01, Blatt 2 zu finden sind, soll Wirecard eine Privatdetektei in Wien beauftragt haben, die PRM GmbH, die unter anderem in London gegen Kritiker und Konkurrenten arbeitete und dabei Bedrohungen, Observation, Hacken und GPS-Tracker eingesetzt haben soll. Können Sie uns mitteilen, woher Sie Kenntnis von einer solchen Beauftragung haben?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nun, ich habe Kenntnis davon über einen mir bekannten Sicherheitsberater in Österreich, den ich öffentlich nicht unbedingt preisgeben will, aber gerne in nicht-öffentlicher Sitzung, der mir dies erstmalig bestätigte. PRM war für mich von Interesse, weil PRM dieselbe Detektei ist, die von Strache beauftragt wurde, um mich und mein Umfeld aufzuklären nach Veröffentlichung des Ibiza-Videos. Und dazu kam: Ich kenne PRM, weil mich eine österreichische Behörde 2014 versucht hat an PRM zu vermitteln. Insoweit hatte ich, ich glaube, drei Treffen mit den Geschäftsführern der PRM. Die sind einerseits Christoph Gsottbauer, der zweite Geschäftsführer, der, glaube ich, relevanter ist für die Wirecard - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Könnten Sie bei denen hier mal Namen nennen, von den Geschäftsführern der PRM?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Christoph Gsottbauer war es zu dem Zeitpunkt und Markus Sperr. Christoph Gsottbauer ist meines Wissens nach ein Ex-Cobra-Beamter, aber auf jeden Fall Ex-Polizist. Ex-Cobra wäre Ihre GSG 9. Herr Markus Sperr war ein Ex-BKA-Beamter, also Bundeskriminalamtsbeamter. Beide mussten aus dem Dienst wegen Unregelmäßigkeiten ausscheiden. Markus Sperr schied aus, weil er auf eigene Faust in Italien irgendwelche Tätigkeiten entfaltete, die nicht vom BKA abgedeckt waren, Christoph Gsottbauer, glaube ich, wegen Körperverletzung und übermäßiger Gewaltanwendung im Dienst. Insoweit hat PRM für mich natürlich Sinn ergeben.

Ich habe dann auch von Journalisten bestätigt bekommen später, ich glaube, im Spätherbst 2020, dass die wohl auf derselben Recherchespur waren, also dass PRM diejenigen gewesen sein sollen, die in London und New York Hacking, Bedrohungen, Einschüchterungen, wie auch immer betrieben haben.

Laut meinen Informationen war PRM auch beteiligt an diesem Schauspiel gegenüber diesen Prüfern von Ernst & Young. Da hatte ich allerdings keine Details dazu bekommen.

Schnittpunkt zu meiner Causa war, wie gesagt, dass bei der Hausdurchsuchung - das heißt Heinz-Christian Straches - im August 2019 Unterlagen sichergestellt wurden, in die mir nur teilweise Einsicht gegeben wurde, die die Arbeit von PRM in diesem Zusammenhang der Ibiza-Causa wiedergeben. - Das war es von meiner Seite, was ich zu PRM sagen kann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nur ein Hinweis: Wenn Sie das möchten, können Sie die Maske selbstverständlich aufbewahren, wenn Sie sich da wohler fühlen. Sie können die aber auch, wenn Sie sich wohler fühlen - das ist hier so bei uns im Ausschuss; Sie sehen das auch -, selbstverständlich beide abnehmen. - Nur als Hinweis, nicht



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass Sie die hier vielleicht doch viel lieber abnehmen wollen.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** In Anbetracht der Medienvertreter lasse ich sie im Moment auf.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. - Sie hatten eben diese Maßnahme PRM GmbH so erwähnt. Ich hatte nämlich - wir alle - erst so ein bisschen gestaunt, als wir, ich glaube, in einer der ersten Sitzungen Kilian Kleinschmidt hier hatten und der dann einige Manöver schilderte. Und dann hatten wir ja Dan McCrum von der „Financial Times“ hier, der sich massiv bedroht fühlte, sodass er, wie er das beschrieben hat, in einen betonummantelten Raum seinen Rechner stellte, der keinerlei Zugang zum Internet, WLAN etc. hat, und er sich teilweise - so hat er das ausgeführt - wohl Privatdetektiven in einer Anzahl von 24 Stück - ich nenne das mal so -, Personen ausgesetzt gefühlt hat. Das heißt, das können Sie so bestätigen.

Was für mich jetzt insoweit ein ganz neuer Aspekt wäre, der vielleicht noch ein unglaubliches Kapitel hinzufügen würde in dieser unendlichen Wirecard-Story: Sie erwähnten eben auch EY. Also, aus Ihrer Kenntnis jetzt und Ihren Informationen: Hat selbige PRM GmbH, die wohl auch - so scheint das ja - die Journalisten Dan McCrum und entsprechend andere Personen im Umfeld eingeschüchtert hat - - Wir hatten auch gestern Frau Quadir, die ist auch auf einmal irgendwie - so hat sie es beschrieben - in New York überfallen worden. Ihr Server war an diesem Montag auf einmal „down“, während alles andere in dem Bürogebäude funktionierte.

Jetzt noch mal meine Nachfrage: Habe ich Sie da richtig verstanden, dass nach Ihrer Kenntnis und Ihren Informationen sogar Mitarbeiter von EY seitens dieser Detektei - oder wie wir es auch nennen wollen - bedroht, eingeschüchtert oder, sagen wir mal, observiert und im Stile der Wirecard/PRM GmbH bearbeitet worden sind?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** So meine Informationen, ja. Also, ich kann auch aus meiner Sicht, aus meiner Perspektive eine Bedrohungslage angeben. Auch ich fand die Aufmerksamkeit, die

ich genießen konnte, sei es durch PRM oder auch andere Detekteien, die wohl involviert waren, deutlich bedrohlich. Insofern kann ich das nachvollziehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Möchten Sie das schildern, oder können Sie das?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich kann gerne schildern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Also, insofern: Auch ich habe - was man mir als Flucht ausgelegt hat - versucht, mich möglichst unzugänglich zu machen, einerseits auch elektronisch, indem ich eine unglaubliche Häufigkeit von Wechseln an Geräten vornahm, weniger um den Behörden zu entgehen, sondern einfach, weil auch ich eine ernsthafte Bedrohungslage durch diese Leute sah und meiner Meinung nach die ungehindert operieren konnten. Also, mir wurde klar, dass GPS-Tracker eingesetzt wurden, auch in Deutschland. Mein komplettes Umfeld wurde aufgeklärt. Teilweise gab es auch Drohungen, die ich nicht PRM zuordnen kann, aber durchaus - - Ja, um auf Ihre Frage zurückzukommen: meiner Informationslage nach - - Ich glaube, ich kann diese Quelle von mir zitieren, die mir sagte: PRM war beteiligt an der Schauspielerei gegenüber Ernst & Young.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** EY.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, EY.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist Ihnen über Ihren Informanten auch zugetragen worden, ob dieses - nennen wir es mal noch mal; ich bin hier diplomatisch - Bearbeiten der Mitarbeiter von EY auch andere Formen angenommen hat, die anscheinend ja auch im Repertoire dieser PRM GmbH liegen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ist mir nicht bekannt, nein. Soweit mir mitgeteilt wurde, gibt es eine PRM Österreich mit Sitz im 6. Bezirk in Wien und eine PRM Dubai, also International. Soweit mir bekannt, ist diese PRM Dubai das Wirkungs-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gebiet vom Herrn Gsottbauer und wohl eher diejenige Dependence, die für diese Tätigkeiten zuständig war - soweit mir bekannt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann würde ich gerne noch wissen: Nach einem Artikel des „Handelsblatts“ vom 22. Juli 2019 soll ein Privatdetektiv am 17. Juli 2019 in den Geschäftsräumen des britischen Investors Nick X. Tonaufnahmen von einem Gespräch gemacht haben, bei dem es um eine vermeintliche Short-Attacke gegen Wirecard gegangen sein soll. - Wissen Sie, ob auch hier die Privatdetektei PRM GmbH involviert gewesen sein könnte?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, ich habe keinerlei Erkenntnisse.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und: Haben Sie Kenntnis, ob die Privatdetektei für die Wirecard auch an anderen Orten - Sie haben das ja eben schon angedeutet -, also insbesondere in Deutschland, tätig war?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** In meinem Fall waren sie in Deutschland tätig, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Und auf andere Personen bezogen in dem Themenkreis - -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich kann nicht zu Wirecard sprechen, wie gesagt - - mich und Umfeld - - Meine Ex-Assistentin wurde - also, es gibt Fotodokumentationen davon - in München verfolgt, fotografiert und mit GPS-Trackern belegt, auch andere Personen, soweit ich weiß, auch das Umfeld des Strache. Also, er war offenbar einer gewissen Paranoia verhaftet. Er hat auch den Herrn Johann Gudenus aufklären lassen. Und sein Ex-Bodyguard war - - Ja, das kann ich dazu sagen. Was PRM detailliert in Deutschland ausgeführt hat in Causa Wirecard, weiß ich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer möchte von der Union? - Dann geht es weiter mit Matthias Hauer. Bitte schön.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Herr Hessenthaler, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Ich würde gern einsteigen mit

dem Themenkomplex, ich sage mal: Kontakt zu Nachrichtendiensten, Sicherheitsbehörden. Haben Sie in der Vergangenheit selbst für das österreichische Bundeskriminalamt gearbeitet?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich würde bevorzugen, diese Art Fragen in nichtöffentlicher Sitzung zu beantworten aufgrund von sicherheitsrelevanten Merkmalen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. Also, ich denke mal, wir sammeln sicherlich erst mal die Fragen, die gegebenenfalls in nichtöffentlicher Sitzung beantwortet werden könnten, und fahren erst mal fort. - Ist Ihnen eine Tätigkeit Jan Marsaleks für Nachrichtendienste bekannt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nur insoweit, wie sie theoretisiert wurde von diversen Medien und von diversen Behördenvertretern, aber nicht aus direkter Quelle. Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie sagen: thematisiert. Gibt es da irgendwelche Belege, die Ihnen vorliegen dahin gehend, -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - oder kennen Sie es nur vom Lesen in den Medien?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich habe mit diversen Personen geredet, die alle dieser Auffassung waren; aber ich habe jetzt keine Dokumente, die das belegen würden. Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Und das waren dann Nachrichtendienste Österreich, Russland. Oder welche waren das?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Also, es gibt wohl eine offensichtliche Verbindung zu der Österreich-Russischen Freundschaftsgesellschaft, der ÖRFG, die in dem Ruf steht, als Einfallstor für russische Interessen in Österreich zu gelten. Dass hier eine Anbindung an diverse Dienste wahrscheinlich und möglich ist, nehme ich an. Aber es ist jetzt nicht so, als ob ich detaillierte Informationen hätte, wer wann zu welchem Zeitpunkt was getan hätte. Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Aufgrund der Verbindung von Herrn Marsalek zum österreichischen Verfassungsschutz soll die Tochter des niederösterreichischen SPÖ-Politikers Gartner dem früheren österreichischen Innenminister den Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche als Berater für eine Reform des BVT, also dieses österreichischen Verfassungsschutzes, empfohlen haben. Haben Sie dazu Erkenntnisse, und gibt es da irgendeinen Zusammenhang zu Wirecard?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Also meine Information ist anders. Meine Information ist, dass Marsalek sich dafür stark gemacht hat, dass Fritsche in der Form Einfluss auf die Neustrukturierung des BVTs gewinnen würde. Die Tochter des Herrn Gartner war, soweit ich weiß, diejenige, die den Kontakt zwischen dem BVT-Beamten Martin Weiss und dem Herrn Thomas Schellenbacher, dem Ex-FPÖ-Politiker, der ja wohl der Ausgangspunkt für diese Geldtaschenlieferungen des Strache gewesen sein soll, hergestellt hat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Haben Sie Erkenntnisse über weitere Kontakte von Herrn Fritsche zu Wirecard-Verantwortlichen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Mir ist bekannt, aber auch das nur in Form von zweiter Hand aus Journalistenrecherchen, mit denen ich Kontakt hatte, dass Herr Fritsche für Wirecard tätig gewesen sein soll.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Herr Kleinschmidt - Sie hatten ja gerade schon berichtet, dass Sie intensiven Austausch mit ihm hatten; er stand uns ja auch hier im Ausschuss zur Verfügung - hat uns von einem Gespräch zwischen Herrn Gattringer, Herrn Gustenau und Herrn Marsalek berichtet. Und darin sei der Satz gefallen - Zitat jetzt, angeblich dann von Herrn Marsalek -:

Ja, die neuen Bodycams, die sind ja „so geil“ und „Wir haben so viel geiles Videomaterial, aber das Dumme ist, das können wir ja nicht für die Werbung benutzen, weil die Jungs erschießen ja alle Gefangenen“.

Können Sie dazu irgendwas sagen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das deckt sich mit den Dokumenten, die mir zur Verfügung gestellt wurden im Sommer 2019. Auch dort findet sich dieses Zitat. Das sind wohl Gedächtnisprotokolle von mehreren Treffen. Ich nehme an, Ihnen liegen dieselben Protokolle vor.

Ansonsten: Mir wurde es von Herrn Kleinschmidt bestätigt, dass es so war. Soweit ich weiß, gab es zu dem Zeitpunkt in Libyen unter Wirkung der Wagner-Gruppe auch durchaus Tötungen, die wohl dokumentiert wurden. Ich glaube, das wurde auch kurz einmal medial aufgegriffen von amerikanischen Medien. Aber ansonsten: Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie haben gerade gesagt, Ihnen liegen da Dokumente vor. Das sind dann diese Vermerke oder Protokolle, oder was ist das?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, ich nehme an, es sind Protokolle. Es geht um diese - - sind halt wohl aus dem Umfeld des Herrn Kleinschmidt bzw. von ihm selber, die diese Geschichte der Beauftragung seiner Firma, ich glaube, der IPA, dokumentieren hinsichtlich des Projekts in Libyen und dann dieser Treffen in München, die es gegeben haben soll, wo sich dann unter anderem bei einem von diesen Treffen laut Kleinschmidt-Protokollen dieser Satz, den Sie gerade zitiert haben, wiederfindet.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Genau. Also, ich hatte zitiert, was er uns im Ausschuss hier gesagt hat.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das steht wortwörtlich so drin in den Papieren. Die wurden beschlagnahmt bei mir bei der Verhaftung. Also, ich nehme an, Sie können diese Dokumente einsehen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Uns liegt unter anderem eine E-Mail von Herrn Gustenau an Herrn Marsalek vom 30. Januar 2018 vor -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Die ist mir bekannt, ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - mit einer detaillierten Projektbeschreibung des Projekts in Libyen. Und danach soll es bei dem Engagement um die Erschließung des libyschen Marktes gegangen sein. Und von Grenzschutzmaßnahmen ist in der Beschreibung jetzt nicht explizit die Rede. Das Ziel des Projekts wird dort beschrieben mit einer langfristigen Erschließung des libyschen Marktes und anderer Märkte in der Region, um insbesondere stabilisierende Effekte auf das Land, zunächst aber im Süden, zu erzielen. So wird das beschrieben. Haben Sie darüber hinausgehende Erkenntnisse zu diesem Projekt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich kann fundierte Vermutungen anstellen. Ich habe keine Fakten dazu. Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, können Sie uns diese fundierten Vermutungen mitteilen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Natürlich. Also, nach Austausch mit Kleinschmidt und mehreren anderen Leuten, die kundig in der Region waren, sagen wir mal: Es gibt ein paar Auffälligkeiten, will ich sagen. - Es wurde wohl im April 2017 bei einem Staatsbesuch von - damals - Außenminister Kurz in Libyen thematisiert diese Schließung der Südgrenze Libyens, um Migrationsströme zu stoppen. Danach gab es zwei Wochen später laut den Dokumenten des Herrn Kleinschmidt eine Kontaktaufnahme des Herrn Michael Kloibmüller, der ihn an Gattringer vermittelte und damit diese bekannte, besprochene Libyen-Causa ins Rollen brachte.

Die E-Mail, die Sie referenzieren, stammt vom 30. Jänner 2018, soweit ich weiß, und wurde von einerseits, glaube ich, einem offiziellen BMLV-, also Bundeslandesverteidigungsministeriums-, Account versendet. Laut den Papieren, diesen Protokollen, die Kleinschmidt erstellte, gab es aber davor, ich glaube, Ende 2017, ein Treffen bei einer Konferenz mit Gustenau, wo dieser wohl zurückruderte mit der Aussage, man solle da vorsichtig sein und Abstand nehmen, weil dieser russische Chuprygin oder dieser Name - - dieser russische Professor, der dem GRU zugeordnet wurde, wohl für die Russen arbeitete.

Also, Kleinschmidt gab mir den Eindruck, als ob er das Gefühl hat, dass Gustenau zurückrudern wollte und sich quasi absichern wollte, was dann diese E-Mail plausibel machen würde, um von der eigentlichen Idee oder dem eigentlichen Projekt ein saubereres Bild zu erzeugen, wenn man so will. Aber, wie gesagt, das ist eine pure Vermutung meinerseits. Das ist jetzt nicht basierend auf irgendetwas.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die Sicherheitsfirma Kaymera Technologies, sagt Ihnen die was?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die Herren Schellenbacher und Weiss?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Natürlich, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Da können Sie was zu sagen. Da gibt es ja auch Meldungen, dass sie Herrn Marsalek bei der Flucht nach Weißrussland geholfen haben sollen. Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja. Ich kann dazu sagen: Wie gesagt, Thomas Schellenbacher war - um zurückzugreifen -, wohl derjenige - oder war derjenige; nicht „wohl“ -, für den 2013 in Österreich für einen Sitz im Parlament aus ukrainischer Seite wohl 10 Millionen Euro flossen, um diesen Parlamentssitz zu akquirieren angeblich, an Strache und die FPÖ. Die bestreiten das bis dato. Beide meinen, nichts erhalten zu haben. Nichtsdestotrotz wurden 10 Millionen wohl gezahlt. Aus dieser Basis heraus sollen sich diese berühmten Fotos dieser Geldtaschen in Straches Kofferraum ergeben haben.

Thomas Schellenbacher hat dann seine Tätigkeit im Parlament aufgenommen und eigentlich nichts gemacht, was für mich damals im Zuge meiner Recherche zu Ibiza das unerklärlich machte, warum jemand 10 Millionen Euro für so etwas zahlen sollte. Es kam dann heraus, dass es in Österreich nicht illegal ist, einen Parlamentssitz zu verkaufen, und bis heute nicht ist; dies muss man dazusagen. Insofern könnte man vermuten, dass es vielleicht eher darum ging, einen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Geldfluss in die österreichische Politik zu ermöglichen, der die Spendengrenze überschreiten könnte, ohne illegal zu sein. Aber auch das ist nur eine Vermutung.

Nichtsdestotrotz: Nach Aufkommen der Spesen vorwürfe gegen Strache im September 2019 wurde zwei Tage später von Herrn Schellenbacher versucht, soweit mir bekannt - ich habe da nur E-Mail-Korrespondenz gesehen, deren Authentizität ich natürlich nicht verifizieren konnte -, aus Dubai heraus ein Aktienpaket abzustoßen, zwei Tage nach Veröffentlichung dieser Spesenvorwürfe, unter Einbeziehung der Commerzbank, Promenadeplatz, München.

Und danach: Mir ist der Haftbefehl bekannt gegen Herrn Weiss, der seine Tätigkeit beschreibt hinsichtlich der Fluchthilfe für Marsalek. Wie gesagt, Martin Weiss an sich ist mir als Name geläufig. Ich kenne ihn nicht. In Österreich ist wohl bekannt, dass er eine direkte Verwicklung in die damalige BVT-Causa gehabt haben soll, also diese angestoßen haben soll. Damit meine ich diese Durchsuchung des BVTs 2018, glaube ich.

Aber ansonsten - - Also, mir ist bekannt aus der Festnahmeanordnung des Martin Weiss, dass er derjenige gewesen sein soll, der auf Bitten von der Assistentin von Marsalek, glaube ich, diesen Flug nach Minsk arrangiert hat über eine Flugchartering-Firma aus Bad Vöslau, glaube ich. Und Schellenbacher soll wohl ausgesagt haben, dass ihm klar gewesen sei, dass das hier heikel sei; aber Herr Weiss hätte ihn immer wieder beruhigt und hätte gemeint, das wäre alles noch „safe“; er hätte das abgeklärt. Schellenbacher meinte dann in seiner Aussage wohl, dass er sich zwar - wortwörtlich - „angeschissen“ habe, aber zeigen wollte, dass er liefern könnte. - So weit kann ich dazu Stellung nehmen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Uns liegt ein Angebot von Herrn Gattringer an Herrn Marsalek aus dem Frühjahr 2016 vor, bei dem es um das Russland-Engagement der Wirecard ging. Herr Gattringer bot der Wirecard unter anderem seine Dienste bei der Informationsbeschaffung an, und dabei spielten auch sicherheitspolitische Themen

eine auffallend große Rolle. Ist Ihnen darüber etwas bekannt, und gibt es da einen Zusammenhang zu Libyen, „Projekt Wagner“?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Also, ich kann dazu nichts Zusätzliches zufügen. Ich weiß um die Rolle Gattringers in der von Kleinschmidt beschriebenen Causa Libyen. Mir ist bekannt, dass Gattringer wie auch Ulmer wie auch noch eine dritte Person, die mir namentlich jetzt nicht einfällt, aus dem Umfeld des Ex-Innenministers Strasser stammen - Kloibmüller war die dritte Person, Entschuldigung -, die sich da alle in irgendeiner Form für Wirecard nachher betätigt haben oder starkgemacht haben, aber ansonsten nichts Zusätzliches, nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Die Firma EMV Tecum: Sagt Ihnen die was?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Entschuldigung?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Nichts.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. Die Firma Gradus Proximus?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** War die Firma, die für Wirecard Social-Media-Beobachtungen machte, soweit mir bekannt, international mit Hinblick auf negative Nachrichten im Social-Media-Bereich, die eben von diesem benannten Ulmer, glaube ich geführt wurde, der, wie gesagt, aus dem Umfeld des Kabinetts Strasser stammt, wie so viele andere in der Causa.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, in dem Zuge gibt es ja den Christoph Ulmer und den Thomas Zach. Sagt Ihnen der Zach auch etwas?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Vom Hören her. Also, der Name ist mir geläufig, aber ich kann dazu nicht mehr sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Warum muss denn ein solcher Auftrag von ehemaligen Mitgliedern von Sicherheitsfirmen ausgeführt werden? Also,





## Nur zur dienstlichen Verwendung

die haben ja jetzt für die Social-Media-Beobachtung nicht zwingendes Know-how.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das stimmt, ja. Das hätte ich auch so gesehen. Ich weiß nicht, warum.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Herr Ulmer und Herr Zach haben Herrn Marsalek regelmäßig zu einem exklusiven Gesprächskreis eingeladen: „Lunch mit ...“ heißt der. Im Dezember 2016 trug Herr Professor Schlie gemeinsam mit Brigadegeneral Gustenau zum Thema „Donald Trump: Game Changer für Europa?“ vor. Sagt Ihnen das irgendwas? Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. Sie waren offensichtlich nicht eingeladen.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. War ich nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Uns interessiert natürlich auch, ob Sie Kenntnisse von weiteren Kontakten der Wirecard zu aktiven oder ehemaligen Sicherheits- oder Geheimdienstbeamten haben. Haben Sie Kenntnisse über das Treffen von Herrn Schmidbauer, dem ehemaligen Geheimdienstkoordinator der Bundesregierung, mit Herrn Marsalek?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Nur aus den Medien.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Haben Sie Kenntnisse über weitere Treffen von Herrn Marsalek mit Vertretern von in- oder ausländischen Sicherheitsbehörden oder Geheimdiensten?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nichts, was nicht medial bekannt wäre. Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sind Sie bei Ihrer Arbeit irgendwann mal - weil uns interessiert natürlich vor allem der Blick nach Deutschland logischerweise - zu irgendwelchen Verbindungen zu dem deutschen Nachrichtendienst oder Verfassungsschutz oder ähnlichen Sicherheitsbehörden gekommen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Mein Wirken war nie in Deutschland in dem Bereich.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Jeder einzelne Kontakt, den Sie uns gerade beschrieben haben, der ist ja für sich genommen interessant. Aber interessant ist ja auch, wie die Kontakte so zusammenhängen. Gibt es da noch etwas, was Sie uns mit auf den Weg geben können, wo Sie sagen, da ist eine besondere Relevanz jetzt für unseren Unterauftrag?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Also, von meiner Perspektive aus - und wie gesagt, ich kann nur die österreichische Sicht annehmen oder für den österreichischen Part sprechen - würde ich die Österreichisch-Russische Freundschaftsgesellschaft als massiv relevant ansehen, weil sich dort sehr viele der handelnden Personen in irgendeiner Art und Weise wiederfinden: sowohl Gustenau als auch Marsalek als auch Braun als auch Rainer Seele - der OMV-Chef, der in Libyen Kurz begleitete - als auch diverse andere Politiker und Ex-Politiker und eben auch bekanntermaßen Gudenus und Florian Stermann, der Vorsitzende, der ja wohl von Marsalek gezahlt wurde bzw. dessen Reisekosten auch übernommen wurden. Dazu kommt, dass mir auch Herr Gudenus beim zufälligen Treffen im Flugzeug von Moskau nach Wien berichtete, dass er gerade - ich habe das damals nicht zuordnen können, muss ich dazu sagen - von einem Treffen auf - er nannte es - einer Jacht auf dem Fluss mit einem Jan - - den er mir unbedingt vorstellen müsste. Aber ich hatte damals kein Interesse, das Umfeld des Herrn Gudenus näher kennenzulernen, nachdem meine Legende nicht unbedingt nähere Aufmerksamkeit vertragen hätte.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie hatten vorhin dieses Schauspiel gegenüber EY erwähnt. Können Sie uns das noch mal näher erläutern, was Ihnen dazu bekannt ist?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Wie gesagt: eben nur das. Also, ich hatte, nachdem der Name - ich weiß nicht mal, wie es sich genau zugetragen hat - - Irgendjemand steckte mir, dass BRM, die damals schon für mich bekanntlicherweise in meiner Causa relevant waren, wohl auch für



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wirecard aktiv gewesen wäre. Ich habe da natürlich sofort die Ohren gespitzt, weil ich schon die ganze Zeit Interesse hatte, aufzuklären, wer - und warum - solch massive Aufwände fährt, um mich aufzuklären und meiner habhaft zu werden. Und, ja, deswegen habe ich versucht, so viel wie möglich über das herauszufinden, eben auch weil ich gewisse Schnittmengen von Anfang an in der Causa Wirecard zumindest auf der österreichischen Seite sah, die mich interessierten. Aber, wie gesagt, außer diesem einen Satz, der mir gesagt wurde - - Weil für mich war EY jetzt nicht von tiefem Interesse. Mich interessierten mehr die Techniken und Leute, die involviert waren, als jetzt ein Schauspiel, das gegenüber EY aufrechterhalten wurde.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk**: Vielen Dank. - Dann als Nächstes Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Danke schön, Herr Vorsitzender. - Herr Hessenthaler, sagt Ihnen der Name Rami El Obeidi etwas?

**Zeuge Julian Hessenthaler**: Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Also nie gehört.

**Zeuge Julian Hessenthaler**: Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Aleksandar Vucak?

**Zeuge Julian Hessenthaler**: Nein, ich glaube nicht.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nee? - Alles klar. - Sie haben angesprochen, dass das Thema Enttäuschung von EY-Prüfern - da sind uns schon mehrere Einzelanlässe bekannt, wo das stattgefunden hat - - das Thema haben Sie angesprochen. Können Sie auch irgendetwas sagen zum Thema „Fälschung möglicher Beweismittel rund um das Thema Bilanzfälschung, Marktmanipulation“? Wir wissen, dass auch da Wirecard umfangreiche Beweise eingereicht hat.

**Zeuge Julian Hessenthaler**: Nein, auch da nicht.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Der Name James Harris: Sagt der Ihnen was?

**Zeuge Julian Hessenthaler**: Nein.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nein. Okay. Zum Glück. - Wie beurteilen Sie denn die Rolle von Markus Braun? Der ist ja nun auch österreichischer Staatsangehöriger und hatte ja auch in Wien Lebensmittelpunkt und hat sich dort durchaus auch am gesellschaftlichen Leben beteiligt. Ist der, ich sage mal, im Kontext dieses Netzwerks, auch politisch-administrativen Netzwerks, über das wir hier sprechen, irgendwo auch mal in Erscheinung getreten? Haben Sie da was wahrgenommen?

**Zeuge Julian Hessenthaler**: Persönlich nicht. Im Zuge meiner Recherchen konnte ich feststellen, dass es wohl eine enge Anbindung an gewisse Berater der ÖVP, also der Regierungspartei in Österreich, gibt. Er soll sehr zurückgezogen gewesen sein. Auch das ist mir bekannt geworden; aber ich glaube, auch das war medial schon thematisiert oder wurde später thematisiert. Und es gab wohl Spenden in irgendeiner Art und Form, die unklarer Natur momentan noch sind.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Was meinen Sie denn mit „Anbindung an ÖVP-Berater“ in dem Umfeld?

**Zeuge Julian Hessenthaler**: Es soll wohl mehrere Treffen mit - - es gibt wohl einen engen Beraterstab um den Bundeskanzler Kurz, der sich teilweise aus Consultern und Boston Consulting etc. zusammensetzt. Mir wurde berichtet, dass eine Frau Mei-Pochtler, glaube ich, sehr gut mit ihm war und wohl der Zugang zur Führungsriege der ÖVP für Markus Braun gewesen sei; wobei er davor wohl, laut Medienberichten, anderen Parteien auch gespendet hatte.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Habe ich auch gelesen, ja. - Stefan Klestil ist ja auch Österreicher und auch mit familiären Verbindungen in die hohe Politik und Aufsichtsrat bei Wirecard. Ist der Ihnen mal irgendwo untergekommen, oder hat der irgendwo auch eine Rolle gespielt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Ich weiß, wer er ist, also der Sohn des ehemaligen Bundespräsidenten mit Bezug nach Moskau durch seine Mutter. Aber ansonsten: Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Keine aktive Erscheinung für Sie erinnerlich?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Kennen Sie Andreas [sic!] Schütz?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Auch nur in seiner Funktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nur in seiner Funktion?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Und sagt Ihnen der Name Dmytro Firtasch etwas?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Natürlich.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Natürlich, ja. Können Sie da ein bisschen ausführen, soweit das hier möglich ist?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich kann nicht wirklich viel dazu ausführen. Also, er ist mir natürlich bekannt. Ich kann jetzt dazu, was man bei einer Open-Source-Recherche finden würde, gerne ausführen: Er war sicher Thema in manchen Gebieten, die mich beschäftigt haben in meinem Leben, aber nichts, was ich jetzt an großartigen Zuträgen zu Wirecard geben könnte, nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hm. - Was wir uns gefragt haben, auch im Gespräch mit Herrn Kleinschmidt: was denn das Motiv dafür war, dass Herr Marsalek, der ja eine Menge zu tun hatte bei Wirecard, dass der sich so sehr in den Krisengebieten des Nahen Ostens auch noch engagiert hat oder dort präsent war. Hatte das mit seiner Rolle bei Wirecard zu tun? Ich sage mal: Bezahldienste, Geldwäscheaktivitäten? War das Faszination für Militär und Gewalt? Waren das private Geldanlagen, Zementfabriken und andere Dinge?

Haben Sie dazu, sagen wir mal, eine fundierte - keine reine Spekulation -, auf Fakten basierende Einschätzung?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Auf Fakten basiert: Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nee, okay. Also, Sie stellen sich die Fragen genauso wie wir, ja? - Okay.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, ich habe Vermutungen. Aber ich könnte es jetzt nicht faktuell untermauern.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein. Das hilft uns auch nichts.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das weiß ich. Deswegen sage ich es.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber wir spekulieren auch noch ein bisschen. - Ja, vielen Dank. Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion. Das war perfekt getimt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Hessenthaler, ich würde gerne auch noch mal sozusagen ein bisschen den Blick weiten, weil wir ja auch versuchen, viele lose Enden, die es aus unserer Sicht nach Österreich gibt, auch einordnen zu können. Mich würde erst mal interessieren: Wissen Sie oder ist Ihnen bekannt, ob es noch weiteres verfängliches Material über österreichische Politiker gibt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Würde ich in einer nichtöffentlichen Sitzung beantworten.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Ich sage mal, sozusagen - - Das ist nicht böse gemeint, aber wissen Sie, ob - - Existieren weitere Videos möglicherweise?

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Entschuldigung, ganz kurz.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja. Wir können die Uhr bestimmt kurz anhalten.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Dazu kann ich keine Angaben machen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Dazu können Sie was?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Keine Angaben machen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sie können keine Angaben - - Na ja, gut. Okay. Interessant. - Dann: Sagt Ihnen der Wiener Gastronom Martin Ho etwas? Und können Sie uns eventuell was zu seiner Vernetzung in die österreichische Politik sagen?

(RA Johannes Eisenberg:  
Kann ich kurz mit ihm sprechen?)

- Na klar.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Beantworte ich Ihnen in einer nichtöffentlichen Sitzung.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, es ist, ich glaube, sozusagen - - Ich will mich um Gottes willen nicht mit Herrn Eisenberg anlegen, aber es wäre gut, wenn Sie vielleicht zumindest sagen könnten - - Also, es ist ja kein Wunschkonzert hier. Sie sind ja als Zeuge hier.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, gut. Dann: Die Frage war noch mal hierzu?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ob Sie uns was zu diesem Herrn Ho sagen können, ja.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Martin Ho ist ein Gastronom in Wien, der in dem Ruf steht, exzellente Kontakte zum Umfeld des Bundeskanzlers Kurz zu pflegen, der sich durch offenbar fleißige Arbeit sehr schnell in den - - zu einem beruflichen Aufstieg im Gastronomiebereich gebracht hat.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sind Ihnen Verbindungen zu Herrn Braun oder Herrn Marsalek bekannt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** In dem Bezug nicht, nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** In dem Bezug nicht. - Sie haben in einem Interview gesagt, dass der damalige FPÖ-Fraktionsvorsitzende Gudenus Sie in Ibiza informiert hat, dass er aus dem Kurz-Umfeld gewarnt worden sei; dieser hätte es über einen Journalisten erfahren. Wissen Sie noch?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, das ist richtig. Aber das mit dem Journalisten war meine Vermutung anhand meiner Informationsbasis. Ist auch aufrecht die Vermutung, dass der Informationslauf so war. Aber: Ja, das ist korrekt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Was ich mich ja auch noch gefragt habe, ist: Es sind ja besondere Umstände, unter denen Sie jetzt heute hier bei uns sind; und wir haben uns jetzt, glaube ich, alle, da ein bisschen auch vertieft eingearbeitet. Können Sie sich eigentlich erklären, warum die österreichischen Ermittlungsbehörden mit so einem Nachdruck gegen Sie ermitteln?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja. Ich kann mir einerseits vorstellen, dass offenbar die österreichischen Ermittlungsbehörden das nicht als eine Möglichkeit zur Selbstreinigung sehen, sondern als einen Anschlag auf den Staat, wenn man so will, auch wenn, ehrlich gesagt, nicht viel dafür spricht, weil normalerweise müsste jeder Staat Interesse daran haben, von Leuten oder von Charakteren, wie sie der Herr Strache auf Ibiza gezeigt hat, befreit zu werden; aber gut. Ansonsten gibt es wohl, wie mir zugetragen wurde, die Vermutung, dass es anderes, weiteres Material geben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

könnte, das anderen Leuten bedrohlich werden könnte.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Haben Sie dann eine Wahrnehmung zur Finanzierung auch im österreichischen Parteienumfeld? Sie haben diese 10 Millionen von Herrn Firtasch genannt.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nicht Herr Firtasch.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist ja für uns total relevant, weil der wiederum hatte ein Konto dann über Herrn Marsalek bei der Wirecard Bank bekommen, ne? Also, Herr Marsalek war ja sowohl Akteur als auch jemand, der Instrumente bereitgestellt hat. Deswegen wäre für uns die Frage: Ist Ihnen da irgendwas bekannt: Finanzierung Politik/Parteien in Österreich durch Wirecard, durch Marsalek?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Also, nur zur Korrektur: Diese 10 Millionen kamen meiner Information nach nicht von Firtasch, sondern von Kolomoiskij.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ah, ja.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Mag sein, dass Firtasch da vorgeschaltet war; das weiß ich nicht. Ansonsten: Ja, also, es ist medienbekannt, dass sowohl Marsalek als auch Braun 2017 intensiv in den Wahlkampf der ÖVP investiert hatten, deren Grundlage ja wohl das „Projekt Ballhausplatz“ mit seiner Spendenakquise war. Das „Projekt Ballhausplatz“ - zur Erklärung - war ein Grundriss, ein Blueprint für den Aufstieg oder die Machtergreifung des Kanzlers Kurz nach der Parteiübernahme und der Umwandlung in die türkise ÖVP.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Noch mal die Verbindungen sozusagen: Ja, das Wissen haben wir auch, irgendwo Hinweise, dass Herr Braun und Herr Marsalek gespendet haben könnten. Für uns ist ja hier auch besonders relevant: Sind über Wirecard irgendwelche Finanzierungen abgewickelt worden?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das weiß ich nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Und die 10 Millionen - ich habe es akustisch nicht verstanden -, von wem kamen die, meinen Sie?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Meines Wissens nach über Viktor [sic!] Kolomoiskij.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Ja, wir hatten gestern auch eine Zeugin hier, die eben auch von mehreren russischen Oligarchen sprach, die über Wirecard Geldwäsche betrieben haben.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das wurde mir auch so zugetragen. Aber ich habe keine Fakten dazu.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Weil wir das mit den - - Also, ich glaube, die Spenden von Herrn Braun: Da haben wir Dokumente dafür. Die Spenden von Herrn Marsalek an die FPÖ: Können Sie dazu noch mal was sagen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, außer dass es mir aus Medien bekannt war, dass es sie gab; mehr nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Es tauchen ja immer wieder auch bekanntere Namen auf. Im Ibiza-Video erwähnen Sie, dass über die Firmen von Herrn Benko Spendengelder an die FPÖ weitergeleitet werden. Könnten Sie das näher ausführen? Und könnten Sie dann auch sagen, ob das eventuell auch über Wirecard irgendwie gelaufen sein könnte?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich erwähne auf dem Ibiza-Video, dass - - Über die Firmen von Herrn Benko Geld? - Wäre mir neu.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Dann habe ich hier einfach eine falsche Frage stehen; das passiert manchmal auch, tut mir leid. - Können Sie uns was sagen - - Herr Alexander Schütz: Der sagt Ihnen was?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Sagt mir was in seiner Funktion, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Haben Sie Informationen zu Treffen oder Kontakten zwischen Herrn Schütz oder seiner Ehefrau - die war ja mal Vize-Kabinettschefin im österreichischen Finanzministerium - mit Herrn Braun?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Also, mir ist bekannt, dass Frau Schütz so weit - aber auch das kommt aus den Ibiza-Untersuchungsausschussprotokollen raus - - dass sie wohl Einladungen gegeben hat, wo Wirtschaftsvertreter geladen wurden, um Treffen mit - - oder bzw. potenzielle Spender zusammengebracht wurden. Aber das können Sie, glaube ich, in den U-Ausschussprotokollen finden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm. - Dann: Herr Kleinschmidt hatte uns hier einiges erzählt zu diesen ganzen Geschichten in Libyen. Ist Ihnen irgendwas in diesem Kontext bekannt, dass es da - - Wir wissen ja: Es gab damals eine Reise von Außenminister Kurz mit Wirtschaftsvertretern aus Österreich darunter. Ich habe gehört, dass es dabei dann auch um die große Frage ging: Wie kann man Geschäfte, die österreichische Firmen in Libyen abwickeln, wie kann man die Finanzierung der Transfers machen? Ist Ihnen da irgendwas - - weil offenbar, glaube ich, damals auch Jan Marsalek dabei war. Sozusagen - ist jetzt reine Spekulation meinerseits - : „Ich habe das Problem: Ich will hier Ölgeschäfte, Gasgeschäfte in Libyen machen. Ich weiß nicht, wie ich das in dieser schwierigen Lage finanziell alles abwickeln soll, aber wir haben ja den Jan. Könnte das nicht die Wirecard machen?“ - so, das ist meine Hypothese. Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, nichts, außer dass ich Ihre Hypothese teile.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sie teilen meine Hypothese? Ja, das ist schon mal gut. - Neben dieser Diskussion mit den Zementfabriken, mit der Miliz in Libyen usw. gab es ja aber offenbar schon deutlich vorher ein Flüchtlingsprojekt in Ägypten irgendwie, wo Herr Kleinschmidt, Herr

Marsalek drinsteckten. Was können Sie uns dazu sagen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nee, Herr Marsalek, glaube ich nicht. Das wurde mir wirklich nur von Kleinschmidt berichtet.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Er berichtete mir damals, als wir Kontakt aufnahmen, dass er ein ähnliches Projekt wie Libyen - also prinzipiell von einem - - 2015, also schon weit vor dem Libyen-Projekt, für einen österreichischen Wirtschaftstreibenden, Herrn Martin Schlaff, projektieren sollte, das dann nie stattgefunden hat. Das war seine Aussage mir gegenüber, was bei mir ein gewisses Interesse weckte, weil, wenn man den Recherchen von englischen Journalisten glauben darf - die sich, glaube ich, auch in dem Buch „Putin's People“ wiederfinden -, Herr Schlaff primär in Verbindung gebracht wird mit der Abwicklung von Ex-KGB-Geldern nach dem Fall der Sowjetunion und dafür auch eine gewisse Bekanntheit genießt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wäre ja dann auch wieder jemand, der gut zu Wirecard passen würde. Ging es bei diesem Projekt auch um einen Flüchtlingsdeal zwischen der EU und Ägypten, an dem der damalige Außenminister Kurz beteiligt gewesen sein könnte?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das wurde von Kleinschmidt in den Raum gestellt, aber nicht bestätigt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Weil Sie das ja eben mit den Verbindungen zu russischen Nachrichtendiensten angesprochen hatten: Besitzen Sie - weil das immer wieder ja auftaucht - weitere Erkenntnisse zu Verbindungen von Jan Marsalek oder anderen Verantwortlichen der Wirecard zu russischen Nachrichtendiensten?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Haben Sie irgendwie mal was gehört, wie Herr Marsalek an diese Nowitschok-Formel gekommen sein könnte?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Offenbar über einen Zugriff im österreichischen Verteidigungsministerium; aber nicht mehr als das.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Ja, danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann hat als Nächstes das Wort: Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Herr Hessenthaler, ich will noch mal ein paar österreichische Spezln abfragen, -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Okay.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - die immer wieder auftauchen. Sie haben vorhin geschildert, dass Sie Herrn Gudenus, glaube ich, auf einem Flug von Moskau wohin getroffen haben?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nach Wien.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nach Wien. Ich frage deshalb, weil uns eine Vorlage vorliegt, die uns im Zuge auch Ihres Anliegens, hier zu erscheinen, übermittelt wurde. Und ich zitiere daraus - dort steht -: Hessenthaler selber traf auf dem Flughafen Johann Gudenus. - Haben Sie ihn jetzt im Flieger oder auf dem Flughafen getroffen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Im Flieger. Auch das habe ich korrigiert gegenüber dem Herrn Wieland, über meinen Anwalt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Und was haben Sie selber in Moskau gemacht, wenn ich fragen darf?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich habe Herrn Gudenus hinterherrecherchiert.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und können Sie etwas sagen - offenbar soll Herr Gudenus dort Marsalek auf einer Jacht getroffen haben -: Ist das zutreffend?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das war seine Beschreibung, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und welche Erkenntnisse haben Sie über dieses Treffen gewonnen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Keinerlei. Ich habe das damals - - Herr Gudenus: Ich traf ihn, wie gesagt, zufällig im Flugzeug. Also, er saß auf einmal neben mir und meinte „Hallo“. Wir kamen in ein Gespräch zwangshalber. Er berichtete mir diverse seiner Aktivitäten in Moskau, die mir teilweise bekannt waren und teilweise nicht bekannt waren. Und eine davon war eben ein Treffen auf einer Jacht mit einem Jan, und der sei so großartig, und den müsse man kennenlernen. Aber das war es zu dem Zeitpunkt für mich. Das Ganze spielte sich ab, glaube ich, im Frühjahr 2017.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Könnten Sie mir sagen, ob - - Sie haben ja bereits bestätigt: Der Name Martin Weiss ist Ihnen ein Begriff, -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - Sie kennen ihn aber nicht persönlich. Korrekt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Kennen Sie Egisto Ott?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Auch nur aus Medien.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Herrn Pircher?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, aber weil er für einen Fall zuständig war, in dem ich involviert war; nicht persönlich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Haben Sie Erkenntnisse über Verbindungen von Herrn Pircher zu Personen aus dem Umfeld von Wirecard?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Kennen Sie - also, er ist Ihnen sicher ein Begriff - - - aber kennen Sie Wolfgang Sobotka persönlich?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Persönlich nicht, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Persönlich nicht. Das heißt, Sie haben ihn nie getroffen? Sie haben auch keine Erkenntnisse, ob er Markus Braun oder Herrn Marsalek kannte.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Kenntnisse schon, weil es mittlerweile bekannt ist, dass es in Moskau in der Botschaft Treffen gab, die für ihn dokumentiert wurden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Kennen Sie Herrn Stermann von der Österreichisch-Russischen Freundschaftsgesellschaft?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Persönlich nicht, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Persönlich nicht. - Kennen Sie den österreichischen Sektionschef im Justizministerium, Christian Pilnacek?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Auch nicht persönlich, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Bitte?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Auch nicht persönlich, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Auch nicht persönlich. Sie sind auch noch nie im selben Lokal verkehrt oder Ähnliches?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, das sind normalerweise nicht die Leute, die momentan meine Freunde sind.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Ich kenne Sie ja auch nicht so gut; von daher kenne ich Ihre Kumpels auch nicht so. - Gut. Dann will ich fragen: Haben Sie denn Erkenntnisse über politisch exponierte Persönlichkeiten aus Deutschland, die, sage ich mal, in der deutschen Öffentlichkeit noch nicht bekannt sind im Zusammenhang mit Wirecard, die Sie uns mitteilen können?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, keine.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hat Ihnen Herr Kleinschmidt, als Sie ihn gesprochen haben, geschildert, dass er sich mit seinen Hinweisen zu dem - ich nenne das jetzt mal - Libyen-Engagement von Herrn Marsalek an die österreichische Botschaft gewendet hat?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, davon hat er berichtet. Er berichtete, dass er, nachdem dieses Treffen mit dem Bodycam-Zitat kam, sich an den österreichischen Botschafter in Tunis, glaube ich, wendete und ihm berichtete, worauf ihm repliziert wurde, er möge vorsichtig sein, weil vielleicht sei - damit meinte der Botschafter wohl sich selber - er auch einer dieser Leute.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hat er auch erwähnt, dass auch gegenüber der deutschen Botschaft es Erwähnungen der Situation gab?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich glaube, er hat auch erwähnt, dass er die deutsche Botschaft versucht hat zu informieren, aber ich glaube, erfolglos, wenn ich mich recht erinnere.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Haben Sie Erkenntnisse - - Herr Schmidbauer hat in einem Interview - Herr Schmidbauer ist der frühere deutsche Geheimdienstkoordinator; wir haben jetzt schon zwei, die Herrn Marsalek persönlich kannten - mit der „Welt“ dargestellt, er sei wegen dieser Formel im Besitz von Herrn Marsalek beunruhigt gewesen; und Herr Schmidbauer ist so ein krasser James-Bond-Typ im Alter von über 80 Jahren, dass er sich persönlich um dieses Problem noch kümmern wollte; so seine Schilderungen. Und er hat in diesem Interview ausgeführt, dass er die Vorwürfe gegen Martin W. als haltlos erachtet, also Fluchthilfe für Herrn Marsalek. Haben Sie dazu eigene Erkenntnisse? Denn nach meiner Kenntnis hat Herr Martin W. diese Vorwürfe gegenüber den österreichischen Sicherheitsbehörden eingeräumt.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ist richtig, ja. Das hat er getan.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Das heißt, Herr Schmidbauer ist offenbar entweder nicht auf





## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Höhe der Zeit oder es gäbe vielleicht Zweifel an seiner eigenen Glaubwürdigkeit?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das ist Ihre Aussage; aber ich würde nicht widersprechen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dann würde ich gerne noch fragen: Was ist eigentlich -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Verzeihung - noch mal der Hauptvorwurf, der Ihnen von den österreichischen Behörden derzeit gemacht wird?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Die angebliche Erpressung von Hans-Christian Strache und Drogenhandel.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Ich bin schon am Ende meiner Zeit. - Nächste Runde machen wir weiter.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. - Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Moin, Herr Hessenthaler. Hier drüben sitze ich. - Hi!

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ach so.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie haben sich ja an den Ermittlungsbeauftragten des Untersuchungsausschusses gewandt. Gab es dafür einen sehr konkreten Grund? War es einfach, dass Sie gesagt haben: „Ich könnte möglicherweise hier hilfreich sein, ganz allgemein“, oder gab es ein spezielles Anliegen, was Sie vielleicht heute noch gar nicht mitgeteilt haben, warum Sie sich an uns gewandt haben?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ganz kurz, Entschuldigung.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Einerseits hatte ich das Gefühl, ein bisschen was beitragen zu können; ich war mir nicht klar, ob ich geladen werde oder nicht. Andererseits war es auch, weil meinem Eindruck nach die Rolle der Republik Österreich hier einfach in der Sache falsch eingeschätzt werden könnte bzw. zu gering gesehen werden könnte. Ich glaube, dass es hier deutliche Schnittmengen und Schnittpunkte zur österreichischen Politik an sich gibt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, „zu gering“: Da höre ich jetzt raus, Sie suggerieren: zu wenig kritisch.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nicht unbedingt zu wenig kritisch. Ich glaube nur - das war zumindest mein Eindruck im Zuge meines Auslieferungsverfahrens -, dass man davon ausgeht, dass Österreich an sich ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland funktioniert, und dem kann ich, glaube ich, widersprechen als Österreicher.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wir haben ja sehr viel jetzt über sicherheitsdienstliche Aspekte mit Blick auf Österreich gesprochen und gehört. Ist Ihnen irgendwie mal die Rolle der österreichischen Finanzaufsicht im Kontext Wirecard über den Weg gelaufen? Die ist ja nicht zuständig - nicht originär, aber möglicherweise doch. Wissen Sie darüber was?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, außer dass es dezidiertes Ziel zumindest der FPÖ in der Regierung Kurz/Strache war, die FMA auszuschalten, weiß ich nichts darüber. Also, es gab mehrere Leuchtturmprojekte, wie sie Strache, glaube ich, nannte. Eines davon war die Ausschaltung der FMA, ein anderes war die Privatisierung von Fernsehsendern und Medien und die Privatübernahme derer, und weitere waren im Bereich Glücksspiel.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also das Übliche, was Rechtspopulisten so machen, wenn sie an der Macht sind. Alles klar; haben wir ja auch die Thematik in Deutschland, deswegen sage ich das an der Stelle. - Ihre Firma sitzt in München.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Berlin mittlerweile; also nicht mehr lange, weil ich sie schließen muss.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Warum hatten Sie sich ursprünglich für München entschieden?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Einerseits weil mein Hauptkunde damals in München war, andererseits weil es eine gewisse Nähe zu Österreich hat und ich eine familiäre Verbindung nach Österreich habe und so ein Pendeln zwischen München und Wien ermöglicht wird.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie machen auf mich den Eindruck, dass Sie nicht so der Typ sind, der auf der Münchener Sicherheitskonferenz rumspringt, -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ach so. Nee.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - weil das immer mal wieder Thema ist mit Blick auch auf Wirecard. Also, die Sicherheitskonferenz war zumindest so: Da gibt es ja viele Side-Events, wo sich Leute dann über den Weg laufen, mal zufällig oder mal nicht. Und Herr Grenell, der ehemalige amerikanische Botschafter hier, kann sich auch nicht daran erinnern, da Herr Marsalek über den Weg gelaufen zu sein. Wissen Sie über Geschehnisse, Begegnungen, Gespräche, Kontakte am Rande der MSC?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, nur das, was in irgendeinem Artikel kürzlich stand, ansonsten nichts, nein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sebastian Kurz war auch da letztes Jahr. Dass er da auch möglicherweise Herrn Marsalek über den Weg gelaufen ist, das wissen Sie auch nicht? Darüber haben Sie auch nichts gehört?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, aber ich glaube, nachdem Marsalek Spender war, kann man davon ausgehen, dass er ihm spätestens in Wien über den Weg gelaufen wäre.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Per Telegram haben sie jedenfalls noch nicht geschrieben; zumindest geben das die Akten nicht her, aber wer weiß. Herrn Marsalek und Herrn Braun, persönlich sind Sie denen nie begegnet, hatten Sie gesagt.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich habe Marsalek einmal in einem Klub irgendwo gesehen, ohne damals zu wissen, wer er ist.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und, ich sage jetzt mal so, die zweite Reihe - Herr Bellenhaus, Herr von Erffa: Sagt Ihnen die was?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Sagt mir namentlich was; keinerlei Erkenntnisse.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die würden Sie jetzt auch nicht erkennen, wenn die jetzt hier säßen oder so.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist Ihnen mal die Rolle, nicht von Wirecard, sondern der Wirecard Bank irgendwo mal begegnet? Das war ein Vehikel, wo durchaus auch strategische Kredite an Marsaleks Buddies - ich sage das jetzt mal untechnisch - verwendet wurde?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, über eine Quelle, die aus dem ehemaligen Umfeld dieser Laundromat-Causa heraus kommt, die über Zypern Geldwäsche damals geregelt hatte. der meinte, dass Wirecard wohl das neue Laundromat sei.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich will natürlich gar nichts über Ihre Quelle wissen, aber aus welchem Umfeld kam dieser Hinweis?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Aus führendem Umfeld der - - Ich habe, offen gesagt, auch selber keinen vollen Namen zu der Quelle. Es war eine Quelle, die mir im Zuge eines Projekts 2016 unterlief, zu der ich bis heute oder bis vor Kurzem, bis zu meiner Verhaftung, sporadischen Kontakt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hielt, der sich als Geldwäscher betätigt, wenn man so will.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Marsalek ist ja offenbar geflüchtet mit einer Cessna von - - Bad Vöslau heißt das, ne?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Bad Vöslau, ja.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mir sagte das vorher gar nichts; no disrespect.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich weiß auch nur, dass es existiert.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es üblich oder ist es erklärbar, dass da dann irgendwie eine kleine Maschine Richtung Minsk aufbricht?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, also, es gibt um Wien herum zwei, drei kleine Privatflughäfen, die alle von Privatfirmen betrieben werden, die prinzipiell für Charterflüge normalerweise zuständig sind. Normalerweise ist der Abflug dann aber eher im General Aviation of Wien-Schwechat, aber der Firmensitz und auch die Lagerung, also die Instandhaltung, findet meistens außerhalb statt; das ist schon korrekt.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Insoweit ist es nicht komplett ungewöhnlich, nein.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Okay. - Und wo Herr Marsalek heute ist, wissen Sie nicht zufällig oder haben sogar ein Video dabei oder so?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wie ist da Ihre Einschätzung? Ich habe mich die ganze Zeit, auch schon als Herr Kleinschmidt hier war, wenn man jetzt die letzten Monate verfolgt, gefragt:

Wieso jetzt die Republik Österreich? Ist Ihrer Wahrnehmung nach auch Österreich vielleicht auch deshalb so eine zentrale Ost-West-/West-Ost-Verbindung, weil Österreich ja mal blockfrei war, und da haben ja viele Österreich genutzt, um Diplomatie, Geheimdiplomatie - heute nennt man das vielleicht Geldwäsche oder so was - zu betreiben? Ist das auch Ihre Wahrnehmung, dass, ich sage jetzt mal etwas überspitzt, Österreich aus dieser Zeit von der Rolle noch profitiert? Weil mich wundert das schon.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Jein. Ich glaube, einerseits, was Österreich - - Also, auffällig in Österreich für mich persönlich war, dass es ab einem gewissen Zeitpunkt, spätestens 2013, einen unglaublichen Influx von osteuropäischen Geldern nach Österreich gab, speziell nach dem Maidan, nach dieser Ukraine-Geschichte, wo wohl sehr viel ostukrainische Oligarchen aus einem bestimmten undefinierten Grund ihr Geld nach Österreich verlagerten, in der einen oder anderen Form, und auch selbst zumindest kurzweilig ansässig waren. Ich glaube, es spielt aber auch eine Rolle, dass die österreichischen Nachrichtendienste kaum ihrer Rolle gerecht werden können und deswegen Österreich, wenn man so will, für jeden, der will, ein unglaublich weiches Ziel bietet. Und kombiniert mit dem Spendenwesen in die Politik ist das eine Melange, die, wenn jemand das nutzen will, wohl recht opportun erscheinen lassen würde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich hatte jetzt so den Eindruck bei Ihren Schilderungen, dass das generell an Politikern in Österreich festzumachen ist und nicht so sehr - - Es besteht ja manchmal auch immer, sowohl in der Runde als auch in der deutschen Öffentlichkeit, so das Interesse, das an einer Partei speziell festzumachen.

Sie haben eben den Bundeskanzler, früheren Außenminister, Kurz genannt, wir haben Herrn Kern, der als früherer SPÖ-Kanzler dann in den Aufsichtsrat der russischen Staatsbahn wechselte; also, das haben wir ja auch in Deutschland, so in der Hinsicht, dass da jemand wechselte. Ist das ein politisches Problem, systematisches Problem? Weil ich habe nach den Ausführungen von Herrn Kleinschmidt schon gesagt: Eigentlich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

müsste ja da jetzt in Österreich die Hütte brennen, wenn man das so hört, auch mit Libyen. Da gehe ich auch zum Beispiel nicht so ganz über Ihre Brücke, weil Herr Kleinschmidt hat das schon ganz gut ausgeführt, indem er gesagt hat: Eigentlich müssten alle Interesse an Libyen haben: Die Russen müssten Interesse haben, die jetzige Regierungspartei, vielleicht auch die Oppositionspartei, weil wer dieses Ventil der Grenze in Libyen kontrolliert, der kontrolliert eigentlich ja auch den politischen Diskurs und dementsprechend vielleicht sogar die Umfragen politischer Parteien in ganz Europa. Das war eigentlich die messerscharfe Analyse von Herrn Kleinschmidt. Ist das auch Ihre Wahrnehmung?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, insoweit: Also, mir wurde einmal zugetragen, mitgeteilt von jemandem aus politischem Umfeld, dass wohl - laut seinen Worten; ich konnte das nicht bestätigen - im Zuge dieser Migrationskrise 2015 politische Interessen geweckt wurden, die Migration an sich zu nutzen für innenpolitische Zwecke, und diese Schließung der Südgrenzen ähnlich wie ein Schleusentor funktionieren sollte, das quasi für den Fall von Wahlen oder innenpolitischen Schwierigkeiten es erlauben würde, Flüchtlingsströme zu lenken und damit Einfluss auf Umfrageergebnisse, auf Wahlergebnisse zu nehmen. Soweit ich mich erinnern kann, soll es eine Absprache gegeben haben zwischen Österreich, Ungarn und Italien in diesem Zusammenhang.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich erinnere mich auch so; ist irgendwie mein Eindruck an der ganzen Geschichte. Gab es dann noch andere Politiker darüber hinaus? Wir haben jetzt über Herrn Kurz gesprochen, über Herrn Strache. Ist Ihnen was zum Beispiel zum Ex-Kanzler der SPÖ, Herrn Kern, bekannt? Bei uns steht hier auch einmal, dass eine Kanzlei vom SPÖ-Anwalt Michael Pilz mit entsprechend diesem Ibiza-Anwalt Ramin Mirfakhrai über den Erwerb des Videomaterials verhandelte. Also, das scheint eine ganz politische Bude gewesen zu sein.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das Ibiza-Video, die Verhandlung da?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, genau. Also, ich habe hier Auszüge entsprechend. Da steht dann eben - ich kann ja mal zitieren, die Zeit habe ich, glaube ich, noch -:

Der Masseverwalter hat eine endgültige Schließung per 28. Februar beantragt, wobei uns nicht dazu gesagt wird, dass es sich um die Kanzlei von SPÖ-Anwalt Michael Pilz handelt, der mit Ibiza-Anwalt Ramin Mirfakhrai über den Erwerb des Videomaterials verhandelte.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Dass es Verhandlungen gab, ist mir bekannt. Aber der Punkt war: Das Ibiza-Video sollte dazu dienen, den Bodyguard von Strache abzusichern. Und dazu hat Anwalt Mirfakhrai Kontakt aufgenommen zu diversen politischen Seiten, die seiner Meinung nach wohl relevant waren. Ich war nicht direkt involviert in diese Kontaktaufnahmen. Ich wusste, dass es sie gibt. Das hat nicht geklappt am Ende, wie man gesehen hat. Ja, das ist das, was ich dazu sagen kann. Also, das Thema, das das Ibiza-Video behandelt, war sicher ab einem gewissen Zeitpunkt dem Großteil der politischen Kreise in Wien zumindest peripher oder cursorisch bekannt. Ja, davon kann man ausgehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dann keine weiteren Fragen. - Dann schaue ich. - Dr. Michelbach für die CDU/CSU-Fraktion, bitte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank. - Herr Hessenthaler, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen. Ich habe zwei Themenkomplexe: erstens das Verbindungsgeflecht von Wirecard mit Nachrichtendiensten, Parteien und russischen Oligarchen. Und der zweite Punkt ist die kriminelle Tätigkeit von Wirecard eigentlich weltweit. Wenn Sie uns zu den beiden Fragen zu einem Bild verhelfen, sind wir Ihnen dankbar.

Zunächst einmal zu Ihrer persönlichen Tätigkeit: Ist es zutreffend, dass Sie selbst in der Vergangenheit für das österreichische BKA gearbeitet haben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Indirekt, ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Indirekt. Gut. - Haben Sie jemals Kontakte zu Geheimdiensten oder zum Verfassungsschutz anderer Staaten, also außerhalb Österreichs, gehabt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, aber weitergehend bitte in geschlossener Sitzung.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das habe ich nicht verstanden. Wie?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, aber weitere Details, bitte, würde ich in geschlossener Sitzung geben, falls nötig.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, gut, das verstehe ich, aber für uns interessant. - Im Zusammenhang mit einer Anfrage beim Bundesnachrichtendienst, BND, wurde dem Bundesfinanzministerium praktisch auf Anfrage mitgeteilt - ich zitiere -:

... eine Tätigkeit MARSALEKS für russische Nachrichtendienste nicht ausgeschlossen werden, diese kann jedoch mangels eigener nachrichtendienstlicher Erkenntnisse unsererseits auch nicht bestätigt werden.

Das heißt also: Entweder weiß man nichts - was für einen Nachrichtendienst nicht gut ist -, oder er verschweigt bei dieser Anfrage unseres Bundesfinanzministeriums die wirklichen Tatbestände. - Was haben Sie denn für eine Einschätzung zu dieser Anfrage des deutschen Bundesfinanzministeriums zum BND, zum Bundesnachrichtendienst?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Auf die Frage, ob Marsalek Kontakte zu russischen Geheimdiensten hatte, oder auf die Frage, ob der BND etwas wusste?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ist beides, wenn Sie so wollen, sehr interessant für uns.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Zum BND kann ich absolut nichts sagen; ich habe keine Kontakte zum BND. Ansonsten: Ja, wenn Sie meine persönliche Einschätzung haben wollen, dann würde ich annehmen, dass Marsalek durchaus Kontakte, Nähe und wahrscheinlich auch ab einem gewissen Zeitpunkt ein - wie sagt man? - Beauftragungsverhältnis oder sonst was mit den russischen Diensten hatte. Aber wissen? Also, ich könnte Ihnen jetzt keine Details dazu nennen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Gab es Kontakte in Wien von den handelnden Personen von Wirecard - also in dem Fall: Braun, Marsalek usw. - zu Parteien? Vielleicht können Sie da mal Ihre Einschätzung sagen.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nun, es ist, glaube ich, medial bekannt, dass Braun ab, ich glaube, Mitte oder grob ab 2010 in die Politik reinspendete, einerseits an SPÖ und Neos, später dann hauptsächlich an die ÖVP. Marsalek soll - - Es gibt wohl Chatprotokolle, die nahelegen oder die eigentlich belegen, dass Marsalek für den ÖVP- und den FPÖ-Wahlkampf Spender war, 2017. Ich glaube, es gibt Chatprotokolle, die im Ibiza-Untersuchungsausschuss aufgetaucht sind, zwischen Gudenus und Stermann, die das, soweit ich weiß, auch referenzieren, wenn ich mich richtig entsinne.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Zu den Wiener Unternehmern vielleicht ein Bild, das wir uns machen können. Sie haben ja diese Österreich-Russische Gesellschaft angesprochen. Da gibt es natürlich auch sehr schillernde Persönlichkeiten wie den Inhaber von Galeria Kaufhof/Karstadt, Herrn Benko, also österreichisch-deutsche Unternehmer. Vielleicht da mal Ihre Einschätzung, inwieweit die in diesem Wiener Verbindungsgeflecht in dieser Österreichisch-Russischen Gesellschaft gewirkt haben. Ist es ein großer Schmelztiegel? Was findet dort statt? Vielleicht mal dazu Ihre Einschätzung.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nun, es ist tatsächlich, wie Sie sagen, auffällig die Häufung von Leuten, die irgendwie in der einen oder anderen Form einen Bezug zu Wirecard haben oder hatten



## Nur zur dienstlichen Verwendung

in dieser Österreichisch-Russischen Freundschaftsgesellschaft. Was dort konkret stattfindet, kann ich Ihnen nicht beantworten. Die Österreichisch-Russische Freundschaftsgesellschaft gilt als einerseits Einfallstor für russische Interessen, wie schon gesagt, andererseits aber auch als Meeting Point, wenn man so will, wenn man Interessen geschäftlicher Natur hat, die man in Russland ausführen will. Es ist auffällig, dass nach Aufkommen des Wirecard-Skandals, als die Österreichisch-Russische Freundschaftsgesellschaft in den Fokus rückte und wohl von dem damaligen Vorstand beschlossen wurde, für Transparenz zu sorgen, es zu einer Art Putsch, wie man es nannte, kam, bei dem Stermann seine Vertrauten in den Vorstand erhob unter Mithilfe von Gudenus und Konsorten/Burschenschaften, die quasi in der Kampfabstimmung dies ermöglichten, was dafür spricht, dass es wohl gewisse Interessenslagen gab, die Transparenz verhindern wollten. Aber es ist auch nur meine Einschätzung.

Ansonsten: Die Wiener Geschäftswelt, wenn man so will, oder die österreichische an sich ist wahrscheinlich definiert davon, dass es in Österreich oft wichtiger ist - was wahrscheinlich bis zu einem gewissen Grad auf alle Länder zutrifft -, wen man kennt, als was man kann und was man hat. In Österreich sind diese Kreise sehr klein gehalten, und vieles hat Überschneidungen mit der Politik.

Und, wie gesagt, Österreich: Wenn man sich anschaut, für welche Spendensummen man welchen Einfluss in der österreichischen Politik offenbar gewinnen kann, wenn man so will, dann ist es doch erstaunlich. Also, es sind oft Summen, die jetzt nicht von der Welt sind. Kleinere fünfstellige Beträge bringen einem offenbar schon Möglichkeiten auf Vorstandsbesetzungen und Ähnliches; zumindest die Möglichkeit - ich will es vorsichtig definieren -, möglichen Einfluss zu erlangen. Das schafft, glaube ich, ein Umfeld, in dem es oft der leichteste Weg, um seine Ziele wirtschaftlicher Natur zu erreichen, scheint, die Politik in der einen oder anderen Form für sich zu gewinnen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank, Herr Hessenthaler, für diese sehr interessante Einschätzung; aber bei Wirecard gehen wir ja von einem bandenmäßigen Betrug aus. Und uns interessiert natürlich das nachrichtliche und kriminelle Umfeld, natürlich nicht nur in Österreich, sondern auch in Deutschland. Sehen Sie auch ähnliche Verbindungen, wie Sie sie jetzt gerade von Wien und Österreich geschildert haben, in Deutschland bei Wirecard?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Dazu kenne ich die deutsche Wirtschaft zu wenig, um das beurteilen zu können. Ich nehme an, Ähnliches passiert überall; aber in dem Umfang und der Intensität ist Österreich doch, glaube ich, etwas speziell, zumindest in der westlichen Welt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Warum sind so viele russische Oligarchen in Österreich inzwischen zu Hause?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Entschuldigung, ganz kurz.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Das ist eine gute Frage, warum so viele russische oder ukrainische Oligarchen ihr Wohl in Österreich suchen. Ich nehme an, es liegt einerseits an den geringen Möglichkeiten der diversen relevanten Kontrollbehörden - sei es nachrichtendienstlicher Natur oder auch sonst -, andererseits weil es halt offenbar möglich ist, gewissen Einfluss auf die Politik zu nehmen, um sich abzusichern. Es gibt wohl einen Grund, warum Herr Firtasch in Österreich ist, zum Beispiel. Aber rückblickend gesehen war das ja der Ausgangspunkt von dem, was jetzt als Ibiza-Affäre bekannt wurde, dass eben man offenbar mit - - obwohl man offen zugibt, osteuropäisches Schwarzgeld anlegen oder mit osteuropäischem Schwarzgeld die Politik beeinflussen zu wollen, man offenbar in Österreich, zumindest bei gewissen Politikern, offene Türen findet.

Das Geld gab es nie, logischerweise - das Ganze war ja Legende -; aber umgekehrt gedacht: Wenn



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt jemand käme mit diesem Geld und das wirklich hätte, dann würde er wohl auf ähnlich offene Türen stoßen. Und ich nehme an, dass das Teil des Grundes ist, warum so viele osteuropäische Geschäftsleute der reicheren Natur Österreich gernhaben, und wohl auch, weil die Gesetze dementsprechend locker sind in gewissen Bereichen und Schlupflöcher lassen, die nicht geschlossen werden, soweit mir bekannt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Wir kommen natürlich auch zu den Themen noch mal „Verbindungen von Wirecard in Österreich zur Politik“: Herr Hessenthaler, aufgrund der Verbindungen von Herrn Marsalek zum österreichischen Verfassungsschutz, BVT, soll die Tochter des niederösterreichischen SPÖ-Politikers Gartner dem früheren österreichischen Innenminister Kickl von der FPÖ den ehemaligen Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche als Berater für eine Reform des BVT empfohlen haben. Was wissen Sie darüber?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein - Entschuldigung -, das habe ich schon vorher, glaube ich, korrigiert: Das ist falsch zusammengeschrieben. Die Tochter vom Herrn Gartner war diejenige, die den Kontakt zwischen Schellenbacher und Martin Weiss, meines Wissens nach, herstellte. Fritsche wurde protegiert von Marsalek gegenüber dem Innenminister Kickl, soweit mir mitgeteilt wurde. Sprich: Also, Marsalek hat sich dafür bei Kickl verwandt - angeblich -, dass Fritsche in den Neustrukturierungen des BVTs eingebunden werden würde.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Herr Hessenthaler, mittlerweile haben ja wohl der Herr Schellenbacher und der Herr Weiss gestanden, dass Herr Marsalek bei der Flucht nach Weißrussland von wem auch immer geholfen wurde; also, sie selbst hätten geholfen. Aber ohne dass, sage ich mal, die staatliche Kontrolle da in irgendeiner Form versagt, wäre das ja auch nicht möglich. Was können diese Herren Schellenbacher und Weiss für die Hilfe geleistet haben? Oder können Sie sich vorstellen, dass eine Umgehung der staatlichen Behörden in Österreich damit stattfinden musste?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Dazu kann ich jetzt nicht wirklich etwas sagen. Ich meine, Schellenbacher und Weiss rechtfertigen sich, soweit ich weiß aus den Papieren, die mir vorliegen, damit, dass Marsalek zu dem Zeitpunkt noch keinen Haftbefehl hatte und sie damit dachten, dass es wohl legal wäre. Dass es natürlich wahrscheinlich ist, dass zumindest im Normalfall staatliche Stellen ein Auge auf eine Ausreise von jemand wie Marsalek haben sollten, wäre logisch; aber ob da etwas umgangen wurde aktiv oder ob es einfach nur wieder an der Schludrigkeit der österreichischen Behörden liegt, kann ich nicht beurteilen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Dann kommen wir noch mal zu dem Thema Gradus Proximus und den Herren Ulmer und Zach. Lassen Sie mich zu den Herren Christoph Ulmer und Thomas Zach und der Firma Gradus Proximus eine Frage stellen, nachdem auch hier eine E-Mail vorliegt - ich zitiere wörtlich -:

Sammlung, Analyse und Bewertung öffentlich zugänglicher Informationen zu möglichen Akteuren, die Aktionen gegen das Unternehmen planen und durchführen, um unter anderem dessen Börsenwert zu reduzieren. (?)

Also, so weit der Auftrag, der hier von Herrn Zach und Herrn Ulmer beschrieben wird. Können Sie uns dazu den Hintergrund der beiden Herren erläutern? Sehen Sie in diesem Auftrag irgendeinen Zusammenhang zu diesen Aktivitäten? Warum musste ein solcher Auftrag von ehemaligen Mitgliedern von Sicherheitsfirmen ausgeführt werden? Da ist ja eigentlich kein Know-how - - was Marktmanipulation oder Finanzmarkt zu Hause ist. Vielleicht mal eine Einschätzung, wie man den Börsenwert reduzieren wollte, sollte?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Also, ich kenne Gradus Proximus nur, wie gesagt, aus der Berichterstattung. Ich kenne auch den Herrn Ulmer nicht persönlich. Bei Herrn Zach, muss ich ehrlich sagen, bin ich mir nicht sicher, weil ich drei Personen kenne, die Thomas Zach - - Also, es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gibt drei Thomas Zach, und ich kenne nur einen davon; sagen wir es so. Das heißt, ich weiß nicht, welcher hier gemeint ist, offen gesagt.

Warum eine Sicherheitsfirma sich im Social-Media-Bereich betätigen sollte, wäre für mich - also aus meiner Erfahrung mit Sicherheitsfirmen - nur damit erklärbar, dass man versuchte quasi - was man vielleicht anderweitig mit „Search Engine Optimization“ bezeichnen würde -, negativer Berichterstattung im Sozialen-Medien-Raum entgegenzuwirken, indem man praktisch eigene - ähnlich wie diese russischen Troll Factories, wenn man so will - Social-Media-Akzente setzt und vielleicht auch noch versucht, kritische oder negative Posts oder Personen, die sich gehäuft kritisch äußern, in irgendeiner Form zu beschränken in ihrer Fähigkeit, das zu machen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Diese Erkenntnis haben wir inzwischen auch, wie Sie es einschätzen. Die Wirecard hat ja über 44,6 Millionen Euro für solche Tätigkeiten ausgegeben, wie uns bekannt wurde; aber wir müssen natürlich hinterfragen, was das für Firmen waren und inwieweit die auch kriminell tätig waren. Da geht es um den Kontakt von Herrn Marsalek zur Sicherheitsfirma Kaymera Technologies, die Schutz- und Überwachungstechnologie anbietet. Verfügen Sie über Kenntnisse zur Beziehung mit Kaymera Technologies?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Die Firma kennen Sie überhaupt nicht?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich glaube, nicht; ich bin mir nicht ganz sicher. Es gab eine Firma aus dem Umfeld von Christoph Gsottbauer, die sich mit der - - ist eine israelische Firma, glaube ich. Ich habe keine Ahnung, ob das dieselbe ist. Ich weiß es schlicht und ergreifend nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Herr Gsottbauer war da involviert; das ist richtig. Der ist bei dieser Mail in cc, die von Herrn Zach versandt wurde.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nun, ich weiß - das ist angefügt auf die Frage -, dass es, ich glaube, im Jahr 2015 oder 16 Berichterstattungen gab - kurz -, dass Gsottbauer sich an einer Firma beteiligen würde, die Sicherheitstechnologie vertreibt. Ob das diese Kaymera ist, kann ich nicht sagen. Ich weiß, ich habe mich damals gewundert, wie so jemand zu solchen Firmentätigkeiten kommt; aber das war es auch.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Der Kollege Hauer hat noch ein paar Fragen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, abschließend noch die Frage - Sie hatten vorhin geschildert, dass Sie schon früh diverse Schnittmengen zwischen Wirecard und Ihren Ermittlungen in Österreich gesehen haben -: Können Sie diese Überschneidungen, die Sie da gesehen haben, noch einmal genauer darlegen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Na ja, einerseits die offensichtliche: Gudenus. Dann eben der - - Ibiza war für mich eine Entwicklung, wenn man so will. Also, ich ging rein in das Projekt im Prinzip als Freundschaftsdienst gegenüber diesem Anwalt, und es entwickelte sich dazu, dass ich, ich glaube, ab einem gewissen Zeitpunkt zu der persönlichen Überzeugung kam, dass hier Einfluss auf österreichische Politik genommen wurde, teils vom Ausland aus durch Geldzahlungen und Geldtransfers. Es gab dann also - - Bei Wirecard fiel mir dann - nachdem ab Sommer 2019 nach Veröffentlichung ja klar war, dass es unmöglich sein konnte, dass Strache quasi alleine hier Malversationen getrieben hatte, die niemandem aufgefallen wären - speziell bei den Dokumenten von Herrn Kleinschmidt auf: die Gehäufung von Ex-Politikern der ÖVP, in dem Fall speziell mit Sicherheitshintergrund, speziell aus dem Kabinett des Innenministers Strasser, was mein Interesse weckte. Weitere Schnittmengen sind klarerweise die Österreichisch-Russische Freundschaftsgesellschaft und wohl auch PRM; Gsottbauer, wie gesagt, war für mich eine weitere Schnittmenge. Das waren, glaube ich, die großen Schnittmengen. Natürlich kann man es dann ins Klein-Klein treiben.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie zu dieser Österreichisch-Russischen Freundschaftsgesellschaft - Sie haben jetzt so ein paar Namen so gesagt, die sich da getummelt haben, jetzt vor allem die österreichische Seite. Können Sie auch was zur russischen Seite da sagen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Offen gesagt: Nein. Weil ich - - Die Österreichisch-Russische Freundschaftsgesellschaft taucht auf meinem Radar auf nach Veröffentlichung von Ibiza, wo ich nicht mehr wirklich sehr handlungsfähig war, speziell in Österreich. Was mir auffiel - das mag aber überhaupt nichts damit zu tun haben -: Es gibt eine jährliche Sicherheitskonferenz, die wohl vom Bundesministerium für Landesverteidigung zumindest gestützt wird - die Valdai-Konferenz, glaube ich -; die hätte, ich glaube, am 18. Mai sogar stattfinden sollen oder am 20., also entweder direkt bei Ibiza oder knapp danach. Und wie mir mitgeteilt wurde, wurden die bereits eingetroffenen Teilnehmer des Hotels verwiesen und der Saal gesperrt, worauf die Konferenz praktisch gestoppt wurde. Diese Konferenz ist ein Zusammentreffen von russischen und österreichischen Sicherheitsleuten, Militärs etc. Diese Absetzung schien mir kurios; und sie wird gestützt von der Österreichisch-Russischen Freundschaftsgesellschaft natürlich. Aber ich kann nicht sagen, ob das damit zusammenhängt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Vielen Dank. - Keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Ich habe auch keine weiteren Fragen zurzeit. Dann wäre jetzt die SPD an der Reihe. Bitte schön, Frau Kiziltepe.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Wir teilen uns die Fragen auf, ich fange an. Und ich habe jetzt wieder das Mikro, das ein bisschen kaputt ist. - Herr Hessenthaler, Sie haben gesagt, Ihre Firma sitzt in München.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** In Berlin jetzt, noch.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Aber saß vorher in München.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Wie lange?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Seit März 2015.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Und wo?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** In der Sonnenstraße.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): In welcher Straße?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Sonnenstraße.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ist Ihnen die Felix-Somary-Stiftung bekannt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nee, ich habe davon gelesen in irgendeinem Medium, aber ansonsten nicht, nein.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Sie kennen auch nicht den Vorsitzenden der Stiftung?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Also, wenn Sie mir sagen, wer es ist, vielleicht, aber so aktuell nein.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ich frage nur: Es gab nämlich eine Veranstaltung dieser Stiftung - aber die Stiftung war, glaube ich, nur Vehikel für diese Veranstaltung - im April 2017.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** War das im Umfeld der Münchener Sicherheitskonferenz, diese Geschichte?

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Na, da war Herr Sarkozy dabei, Stoiber usw. usf.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich habe es gelesen, sagen wir mal so.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Sie haben es nur gelesen.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Haben Sie persönliche Kontakte zu Personen des öffentlichen Lebens in München?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, überhaupt nicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herrn Fritsche kennen Sie nicht persönlich? Herrn Kindler?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Dann wollte ich fragen, ob ich Sie richtig verstanden habe: Sie haben ja darüber gesprochen, dass in Österreich Wahlspenden sehr wichtig sind, man sehr viel dadurch auch erreichen kann, sehr schnell. Und das hat sich so angehört, als ob das nichts Verwerfliches sei. Ist das wirklich so?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das scheint so zu sein. Also, nur um ein Beispiel zu nennen: Man hat wohl diese - - Strache bekam Geld. Er verneint das. Aber es gab Geldzahlungen aus dem Umfeld dieser ukrainischen Oligarchin an die FPÖ für einen Parlamentssitz. Das wurde zur Anzeige gebracht von jemandem, der ausgestochen wurde, der wohl kein Geld erhielt wie erwartet. Und die Staatsanwaltschaft kam dann darauf, dass hier ein Schlupfloch existiere, das es nicht illegal machen würde, diese Parlamentssitze zu kaufen. Spätestens nach diesem Aufkommen war es also bekannt.

Es gibt mittlerweile eine neue Regierung in Wien, die sich - zumindest der kleine Koalitionspartner - Transparenz und Antikorruption verschrieben hat. Das Schlupfloch existiert allerdings noch immer, soweit mir bekannt.

Ähnlich verhält es sich mit anderen Dingen, die - - Also, es kann schon sein, Österreich hat nicht diese rechtliche Vielfalt an sich. Es gibt immer wieder Sachen, die es noch nie gab und deswegen halt nicht im Gesetzbuch stehen. Nichtsdestotrotz: Spätestens wenn es passiert, würde man annehmen, dass solche Schlupflöcher geschlossen werden im Interesse des Volkes oder wie auch immer. Das geschieht allerdings in Österreich häufig nicht, was einen zu dem Eindruck bringen könnte, dass hier gewisse Schlupflöcher absichtlich offen gelassen werden, ja. Das ist also offenbar etwas typisch Österreichisches.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, mit Spenden kann man viel erreichen in Österreich.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, vor allem weil Österreich eine der höchsten Parteiförderungen überhaupt hat; also, die Parteien wären jetzt nicht wirklich auf Spenden angewiesen in Österreich.

Des Weiteren ist wohl auch noch zu erwähnen, dass es in Österreich das absolute Weisungsrecht gibt, sprich: Von Ministeriumsseite aus kann jeder Strafprozess eingestellt werden. Also, die Ministerin oder der Minister hat praktisch das Recht, Weisung zu erteilen - oder auch der Oberstaatsanwalt in einem untergeordneten Fall -, ob ein Verfahren aufzunehmen ist, anzuklagen ist oder einzustellen ist. So begannen zum Beispiel, um jetzt hier ein konkretes Beispiel zu nennen, in meiner Causa - bei Ibiza - die Ermittlungen mit einer Weisung, die besagte, dass der Inhalt dessen, was im Ibiza-Video besprochen wurde, nicht illegal sei, noch bevor irgendwelche Ermittlungsschritte gesetzt wurden. Also, es ist offenbar - - Man kann in Österreich also gewisse Themen abdrehen, wenn es politisch gewollt ist, und gewisse andere Themen aufmachen, wenn es politisch gewollt ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Habe ich Sie richtig verstanden: Sie hatten gesagt, dass Herr Marsalek auch Spenden geleistet hat an die ÖVP.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Und die FPÖ, ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Woher wissen Sie das eigentlich? Wird damit öffentlich -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das ist mittlerweile medial bekannt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - geprahlt, oder woher weiß man das alles?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Also, das ist, glaube ich, in den Unterlagen des österreichischen Untersuchungsausschusses zu finden; aber, ich glaube, das ist mittlerweile auch medial bekannt geworden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Und woher wissen Sie das?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Mir ist es zugetragen worden von, ich glaube, Journalistenseite.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay. - Dann hatte mein Kollege Jens Zimmermann nach René Benko, der ja auch hier in Berlin in meinem Wahlkreis in Friedrichshain-Kreuzberg sehr bekannt ist, gefragt, ob Sie von Spendengeldern Benkos an die FPÖ wüssten.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** An die FPÖ?

**Cansel Kiziltepe** (SPD): FPÖ.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Ich weiß, dass Strache in Ibiza erzählt hat, dass er gerade auf der Jacht von Benko war und dort mit ihm geredet hätte. Und er nennt ihn als Spender im Ibiza-Video bekannterweise, aber ob es - - Benko dementiert, dass es Spenden gab. Insoweit kann ich nicht sagen, dass es welche gab.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Wieso hat Herr Strache eigentlich so viel über Benko berichtet?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Er sagt, weil er angeben wollte. Mein Eindruck war: Er wollte zeigen, wer alles noch auf seiner Seite war, um es zu gewinnen. Aber das ist - - Wie gesagt, er dementiert es. Er sagt: Das war eine besoffene Geschichte.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay. Ich würde an meinen Kollegen weitergeben. Aber Sie hatten eben noch nach dem Namen des Präsidenten der Somary-Stiftung gefragt: Das ist Herr Michael Dzeba. Der ist, glaube ich, auch CSU-Stadtrat. Den kennen Sie auch nicht?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Okay, danke.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Ich habe auch mittlerweile meine René-Benko-Frage zusammen, weil Sie ja auch eben jetzt noch mal so - - Ich glaube, es geht in die gleiche Richtung. Also, wenn ich es richtig gehört habe, steht irgendwie

so im Raum, dass eventuell Herr Benko und Herr Braun quasi für die ÖVP das Video Ihnen abkaufen hätten können.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nee.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Nein?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nee, nee, nee, überhaupt nicht.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Aber, gab es da irgendeine Kombination ÖVP-Video-Benko-Braun?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Nein?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, absolut nicht.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Okay. Na, das ist ja auch gut. - Hatten Sie mal Kontakt zu dem ÖVP-Berater Daniel Kapp?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Der Anwalt Mirfakhrai hatte Kontakt, ich nicht.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Okay. Und wissen Sie, ob der ÖVP jemals belastendes Material über Herrn Strache angeboten wurde?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, bereits 2014 durch den Anwalt, woraufhin die ÖVP den Anwalt in Kontakt brachte mit dem BKA-Beamten Andreas Holzer, der mittlerweile Soko-Leiter ist und BKA-Chef geworden ist.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Ah ja, das ist ja praktisch. Und wie hieß dieser Anwalt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Mirfakhrai.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Das habe ich - -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ramin Mirfakhrai.

**Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Okay. Der Stenografische Dienst hat sich gerade gefreut; aber das sind ja auch Profis im Gegensatz zu mir. - Herr Fritsche noch mal, weil das ist sehr spannend für



## Nur zur dienstlichen Verwendung

uns, weil das sich so ein bisschen anders darstellt, als wir das bisher aufm Schirm hatten: Vielleicht können Sie, wenn möglich, das, was Ihnen bekannt ist über diese Verbindung Fritsche-Marsalek, noch mal - - also, wer da mit wem in Kontakt kam und - -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Also, wie gesagt, meine Erkenntnis erstreckt sich auf diesen einen Satz, den ich schon sagte: dass wohl Marsalek angeblich bei Kickl versuchte, Fritsche für den Neuaufbau des BVTs vorzuschlagen, miteinzubringen, wie auch immer. - Was nicht ganz unlogisch ist, weil das war Kickls Vorzeigeprojekt, das er durch diesen Sturm des BVTs auslöste, und die juristische Basis des Sturms stammte von Anschuldingungen von Martin Weiss wiederum.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das hätten wir ja auch nicht gedacht, dass irgendwann quasi noch hier unsere Wirecard-Geschichten mit diesem doch sehr folgenreichen Sturm auf das BVT in Verbindung gerät; deswegen ist es natürlich interessant. - Noch mal zu Russland-Kontakten: Wirecard hat unter anderem 20 000 Euro auch an diese Österreichisch-Russische Freundschaftsgesellschaft gespendet. Haben Sie eine Vorstellung, was diese Gesellschaft für Marsalek für eine Bedeutung oder Funktion hatte?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Offenbar eine große, wenn er dem Vorsitzenden Stermann seine Reisekosten etc. ersetzte und den auf die Gehaltsliste nahm.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Also, noch mal: Die Österreichisch-Russische Freundschaftsgesellschaft gilt einfach als - - wenn man irgendwas in Russland braucht, ist das die Anlaufadresse: Wenn ich jetzt praktisch ein Einreisevisum brauche in einer Stunde, dann gehe ich dorthin; wenn ich - keine Ahnung was - Zugang brauche zu irgendjemandem in der mittleren Beamtenebene in Russland für irgendwelche Sachen, gehe ich dorthin, wenn ich etc. etc.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich glaube, Sie hatten es eben schon gesagt; deswegen tut es mir

leid, wenn ich noch mal nach dem Namen frage. Der Generalsekretär, der Florian Stermann, der ist aus unseren Unterlagen - das sehen wir auch - - der war nicht nur Generalsekretär dieser Österreichisch-Russischen Freundschaftsgesellschaft, sondern wir sehen: Der hat auch für Wirecard Deals in Russland, Iran, Asien eingeleitet. Und wir wissen auch: Der hat immerhin 2019 120 000 Euro Beraterhonorar bekommen. Können Sie zu ihm noch mal was sagen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nicht wirklich viel mehr, als was Sie schon gesagt haben: dass er umtriebig ist und offenbar von den Russen sehr geschätzt wird - aber mehr kann ich Ihnen auch dazu nicht sagen - und dass er eine sehr enge Anbindung an den rechten Rand der FPÖ offenbar pflegt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Es gibt ja einen offenbar total charmanten Kollegen von uns im Nationalrat, der dort den Untersuchungsausschuss leitet jetzt; ich glaube, das ist Herr Sobotka. Kann das sein?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Der war ja in seinem vorherigen Leben auch mal Innenminister.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Richtig.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wissen Sie was zu seinen Kontakten zu Jan Marsalek?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Außer dass er meint: „Er kann sich daran nicht erinnern“ und dann nachher Fotos auftauchten, die ihn in der Botschaft in Moskau zeigen, nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das haben wir hier ständig, dass Leute irgendwie sich an entscheidende Sachen nicht mehr erinnern können.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** In Österreich erinnern sich Vierzigjährige 86-mal nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, okay. Ganz so schlimm war es hier jetzt noch nicht. - Aber



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen darüber hinaus können Sie uns auch nichts da noch zu sagen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Wenn ich das richtig sehe: Sie haben irgendwie den Gudenus persönlich getroffen, -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Mehrfach.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - und der Gudenus hat Ihnen von einem Treffen mit Marsalek berichtet.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Mit einem Jan.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mit einem Jan. - Aber Sie haben eins und eins oder - -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich vermutete nachher; damals sagte mir Marsalek absolut nichts, hätte mir auch nichts gesagt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, okay. Wissen Sie zufällig, welchen Zweck dieses Treffen hatte mit dem Jan?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich muss ehrlich sagen, meine Erinnerung trübt sich etwas, was das angeht, einfach weil ich übermüdet im Flugzeug saß und ihm nicht so genau zugehört habe.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wir hatten es doch gerade von Erinnerungslücken.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja. Also, ich weiß, er hatte mir irgendwas berichtet, warum ihm dieses Treffen so besonders vorkam. Ich weiß schlichtweg nicht mehr, was.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Hat er zufällig gesagt, auf welcher Jacht das stattfand?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nee, ich weiß nur: Jacht blieb mir in Erinnerung, weil ich nicht wusste, dass es in Moskau Jachten am Fluss gibt. Er sagte: Jacht. - Ich sagte: Wie geht das in Moskau? - Er meinte: am Fluss. - Deswegen blieb mir Jacht in Erinnerung.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, gut. In Moskau kann man sich wahrscheinlich auch viel vorstellen.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Weiß ich nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Eine letzte Frage, dann bin ich auch durch.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sie hatten in einem Interview gesagt, dass Ihnen Geld geboten wurde, wenn Sie fälschlich die SPÖ als Auftraggeber des Ibiza-Videos hinstellen. Von wem kam dieses Angebot?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Von einerseits einem Mitbeschuldigten, andererseits von jemandem aus dem Glücksspielumfeld, nee: von zwei Leuten aus dem Glücksspielumfeld und einem Mitbeschuldigten, die mir nahelegten, ich solle doch an mich denken. Und die Angebote kamen von Ende Mai bis kurz vor Veröffentlichung des Buches der Obermayers, wo man mir dann letztendlich sagte: Das ist deine letzte Chance. Akzeptiere 2 Millionen, bevor das Buch rauskommt. Gib uns das Video und belaste entweder die Strabag oder die SPÖ.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Alles klar. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann geht es weiter mit Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Herr Hessenthaler, können Sie noch mal beschreiben, wie Sie überhaupt in Kontakt mit Herrn Kleinschmidt gekommen sind?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Aus dem Umfeld einer NGO, ehrlich gesagt. Ich bekam diese Dokumente, wie gesagt, zu sehen im Spätsommer 2019, fand sie interessant, versuchte, ihm hinter-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

herzuzurecherchieren, und konnte dann später irgendwann über jemanden, der sich im humanitären Bereich bewegt bei der UNO etc., den Namen Kleinschmidt eruieren und konnte dann etwas später noch Kontakt herstellen via Threema mit ihm.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Was war sozusagen das Motiv für das Umfeld der NGO, diesen Kontakt zu Ihnen herzustellen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich hatte darum gebeten; aus demselben Umfeld kamen die Papiere zu mir.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aha.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Und ich hatte gebeten, ob er mich in Kontakt bringen kann mit der Person.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber warum kamen die Papiere zu Ihnen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Weil es um Österreich ging, im Prinzip. Und nach Ibiza schien ich offenbar eine logische Anlaufstelle für etwas, was sich mit Österreich und Seltsamkeiten in Österreich beschäftigt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, das war letzten Endes so eine Art Informant, Whistleblower oder was auch immer, der Sie auf einen vielleicht recherchierelevanten Sachverhalt aufmerksam machen wollte?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja. Im Prinzip ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Und Sie haben Herrn Kleinschmidt dann auch mal getroffen, gesprochen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Gesprochen ja, getroffen nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Sagt Ihnen der Name Andrej Chuprygin etwas?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, das war derjenige, den ich vorhin nicht aussprechen konnte.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sehr gut. Okay.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, das ist dieser besagte Professor oder was, der GRU-nahe sein soll oder GRU sein soll, wegen dem der Gustenau dann angeblich diese ... (akustisch unverständlich) Aussage machte, dass man da vorsichtig sein müsse und sich zurückgezogen hätte von dem Projekt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Was allerdings dann widersprochen wird von der 2018er E-Mail.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Kam der Ihnen noch mal unter jenseits des Kleinschmidt-Marsalek-Projekts?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Mir wurde nur mitgeteilt, dass er nicht GRU, sondern SVR sei. Aber das kam aus - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Was ist SVR?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich glaube, der Auslandsgeheimdienst.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ach so.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Oder SWR.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nicht GRU, sondern ein anderer Dienst innerhalb der russischen Sicherheitsstruktur. - Sagt Ihnen der Zahlungsdienstleister Tadawul was aus Libyen?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein. Okay. - Und die Atlas Group?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Dann habe ich keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Herr Hessenthaler, haben Sie Kenntnis darüber, ob es auf dem Flughafen Bad Vöslau, der mutmaßlich für die Flucht von Herrn Marsalek genutzt wurde, eine Kameraüberwachung gibt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich habe keine Kenntnis; aber ich würde es annehmen. Ich glaube, es ist Vorschrift.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich frage deswegen, weil sich bisher diese Route ja auf eine Zeugenaussage des Piloten stützen soll.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Also, die Aussagen, die ich sah von Weiss und, ich glaube, auch Schellenbacher, bestätigen das.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Kennen Sie den Privatdetektiv Christoph Gsottbauer von der Kanzlei PRM?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, natürlich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Den kennen Sie persönlich?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Können Sie Ausführungen machen, ob Sie zu ihm noch weitere Erkenntnisse haben, die für uns relevant sind?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Außer dass er angeblich zwei Tage nach Marsaleks Abreise auch selbst ausgereist sein soll und - laut dem, was mir mitgeteilt wurde - nicht mehr zurückkam - - Also, man hat es als „Flucht nach Dubai“ bezeichnet. Ich weiß nicht, ob das stimmt. Aber er ist wohl unmittelbar, nachdem Marsalek seine Abreise getätigt hat, selber auch Richtung Dubai verschwunden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und Martin Weiss soll doch auch in Dubai sich aufhalten. Ist das korrekt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Hat sich in Dubai aufgehalten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Oder hat sich in Dubai aufgehalten vor seiner - -

(RA Johannes Eisenberg:  
War der nicht im Gefängnis?)

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, er war im Gefängnis; mittlerweile ist er entlassen, enthaftet. - Ja, also, es gibt - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Verzeihung, das Letzte habe ich nicht verstanden: „mittlerweile“?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Er ist enthaftet worden. Martin Weiss wurde enthaftet.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Aber er ist ja jetzt nicht wieder - -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ob er wieder in Dubai ist, weiß ich nicht. Er war vorher in Dubai, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber, ich meine, er ist nicht mehr in Haft.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nee. Er ist nicht mehr in Haft. Er wurde enthaftet.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, ich frage nur: Wir haben ihn ja auch mal hier - - Er ist ja auch Gegenstand eines Antrags zur Vernehmung. - Sie haben vorhin noch mal geschildert diesen Flug mit Gudenus. Kannten Sie Herrn Gudenus vorher persönlich bereits?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Bevor ich die Causa Ibiza anfang?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Bevor Sie gemeinsam in diesem Flieger waren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ach so. Ja, natürlich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie kannten ihn. Weil ich mich jetzt gewundert habe, dass der Ihnen so aus dem Nähkästchen erzählt.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nee, nee, deswegen. Also, es gab vorher - - Das waren unsere Vorbereitungstreffen zu Ibiza, und im Zuge dessen saß ich zufällig in einem Flugzeug mit ihm.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Ich verstehe. - Und sagen Sie: Sie haben also weiteres Material womöglich, das Ihnen vielleicht auch als Sicherheit dient; aber dazu wollen Sie hier keine Ausführungen machen im öffentlichen Teil. Das habe ich richtig verstanden?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich habe kein weiteres Material, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie haben kein weiteres Material.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich persönlich habe kein weiteres Material.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie haben Kenntnis davon, dass es weiteres belastendes Material gibt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ich habe davon gehört, dass so etwas möglicherweise existieren soll.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dann würde ich gern noch mal fragen - ist gut möglich, dass Sie dazu überhaupt keine Erkenntnisse haben -: Aber wissen Sie, was ich total verwirrend finde? Ich habe jetzt persönlich mit parlamentarischen Anfragen die Bundesregierung gefragt zu ihren Erkenntnissen und dem Austausch von deutschen Sicherheitsbehörden mit österreichischen Sicherheitsbehörden zu den Personen Egisto Ott, zu Martin Weiss, zu all diesen Personen, die dort aufgeführt sind. Und die Bundesregierung hat jedes Mal geantwortet, dass sie keine Erkenntnisse hat und ein solcher Austausch nicht geführt würde. Ich habe gestern aber einen Brief vom österreichischen Innenminister bekommen, und der letzte

Satz ist: dass man sich natürlich permanent vertrauensvoll austausche zwischen den deutschen und österreichischen Sicherheitsbehörden. Haben Sie irgendwelche Kenntnisse über einen Austausch zwischen deutschen und österreichischen Sicherheitsbehörden?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, außer dass solche Austausche sicher normal sind.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber ich meine jetzt, zum Sachverhalt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Dann hätte ich eigentlich nur noch - - Ich muss mich noch mal kurz orientieren, dass ich nichts vergessen habe. Ach so, können Sie noch mal ausführen: Wenn ich das richtig verstehe, diese karenzierten BVT-Beamten, die waren vor allem dafür da, auch österreichische Polizei-Datenbanken abzufragen für Herrn Marsalek - habe ich das richtig wiedergegeben? -, um zu sehen, ob es zum Beispiel, ich sage mal, Vorwürfe gibt gegen die betreffenden Personen, ob die arbeiten für irgendwelche anderen Dienste, kompromittierendes Material oder Ähnliches, korrekt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** So habe ich das auch verstanden. Es wäre in Österreich jetzt auch nicht so unüblich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Weil in Österreich, ich sage mal, das BVT zum Beispiel so eine Art Beute jeweils von unterschiedlichen politischen Parteien - - wollen die da ihre Leute geparkt haben. Und Marsalek war sozusagen relevant für die FPÖ, um Einfluss zu gewinnen im BVT, korrekt? Es ging um einen Konflikt zwischen Personen aus dem Umfeld von ÖVP und FPÖ?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, ich meine, das ist ein Henne-Ei-Problem: Die Frage ist, was zuerst kam; aber im Prinzip waren das die Interessenslagen, ja.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Und Martin Weiss gehört also eher zu dieser, ich sage jetzt mal, FPÖ-Fraktion im BVT?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das kann man wahrscheinlich so sagen, ja.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Und Marsalek sollte dann für Kickl so ein bisschen überblicken, wer da welches Spiel spielt im BVT, korrekt?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Das weiß ich nicht. Also, man kann jetzt - - Es gibt zwei Sichtweisen auf die Sache: Entweder kann man vermuten, dass Marsalek selbst Einfluss nehmen wollte aufs BVT anhand seines Faibles für Geheimdienste usw. und das wohl nur in Österreich möglich ist, um offen zu sein, oder man könnte vermuten, dass Kickl hier sich jemandes bedienen wollte, der behauptete von sich selber, geniale Geheimdienstkontakte zu haben und halt Leute wie Fritsche vermitteln zu können oder sonst was; keine Ahnung. Da ist die Frage, wie man das, von welcher Seite - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Also, ich frage mich: Was bringt sozusagen Marsalek in diese komfortable Lage, in das österreichische BVT zu spazieren und dort auf einmal das Amt gut zu kennen, Informationen an Kickl liefern zu können?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nun, man muss verstehen, glaube ich, bei den österreichischen Behörden - und das gilt für alle österreichischen Behörden, also nicht nur für das BVT; das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen -: Die österreichischen Behörden sind in der Lage, wenig zu bieten für Informationslieferungen. Das heißt, es gibt kaum finanzielle Vorteile, es gibt auch kaum andere relevante Sachen, die angeboten werden können. Man muss sich vorstellen, dass das ein Geben und ein Nehmen ist in Österreich. Sprich: Wenn man mit interessanten Informationen kommt, kriegt man auch interessante Informationen oder halt auch, im Falle des Falles, Schutz vor irgendwelchen Problemen oder so Ähnliches. Das ist das, wie das in Österreich funktioniert: Wo halt andere größere Behörden Gelder zahlen für ihre Informationen oder sonstige Leistungen erbringen, ist das in Österreich eher so, dass,

wenn man halt als guter Zuträger gilt, dann kann man auch - - also, das, was man als Informant bezeichnen würde, ist in Österreich meistens doppeleisig. Das heißt, als Informant, als guter Informant, als vertrauenswürdiger Informant bin ich auch in der Lage, Daten abzufragen nach eigenen Interessenslagen, oder sonstige Dinge, die normalerweise nicht möglich wären. Das ist gang und gäbe in Österreich.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Allerletzte Frage: Haben Sie Erkenntnisse zu der Beziehung zwischen Martin Weiss und Bernd Schmidbauer, die ja als relativ eng beschrieben wird?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Also, ich weiß, dass sie als relativ eng gelten; aber nein.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann als Nächstes Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank. - Ich glaube, ich kann es auch kurz machen, weil ja schon sehr viel gefragt wurde. Wir hatten vorhin über die FMA kurz gesprochen; dabei habe ich vergessen, kurz noch mal die OeNB zu erwähnen, die Oesterreichische Zentralbank. Auch darüber war immer wieder was zu hören, dass die auch von der FPÖ unterwandert wird. Wissen Sie darüber etwas?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** In Österreich gilt das System des Proporz', wie wir es hier nennen, sprich: je nach Regierungsbeteiligung teilen sich die Partner die öffentlichen Posten auf, die sind meistens nach Loyalitätskriterien, nicht unbedingt nach Expertise besetzt. Es gibt wohl ein paar so - wie sagt man? - Filetstücke der Republik: Das ist einerseits die Bundesbeteiligungsgesellschaft, die die Anteile der Republik hält, die ja jetzt in ÖVP-Hand ist; die Oesterreichische Nationalbank wäre in dem Fall offenbar FPÖ-lastig geworden durch die Bestellung von - mir fällt der Name nicht ein - irgendeinem Professor. Aber ja, das kann man so sehen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es wird ja immer mal wieder spekuliert, dass Wirecard oder Jan Marsalek die Nähe zu Sicherheitsdiensten gesucht hat und auch andersherum, weil Wirecard eine Technologie möglicherweise anbieten kann von einfachen Dingen wie Kreditkartenzahlung bis hin zu komplexeren Dingen. Ist Ihnen darüber etwas bewusst, dass österreichische oder auch andere Sicherheitsapparate darauf zugegriffen hätten?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein. Es wäre logisch; aber nein, mir ist nichts bekannt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hatten Sie eigentlich mal selbst mit der Staatsanwaltschaft München zu tun?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, wohl. Also, ich hatte ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft München im Zuge der Ibiza-Causa.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber da geht es um Ihr Verfahren. Da geht es nicht um das Thema Wirecard?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** War das die Staatsanwaltschaft I? Nein, weil die macht Wirtschaftskriminali- - Doch?

(RA Johannes Eisenberg: Ja, II macht Wirtschaftskriminalität!)

- Können Sie uns den Namen der betreuenden Staatsanwälte sagen?

(RA Johannes Eisenberg: Kann ich Ihnen schicken, habe ich nicht im Kopf!)

- War aber nicht Frau Bäumler-Hösl?

(RA Johannes Eisenberg: Nein!)

- Ja, weiß man nie. Wir haben die verrücktesten Zufälle hier erlebt.

(RA Johannes Eisenberg: Entschuldigung, wir reden über das Ermittlungsverfahren gegen ihn, das eingeleitet wurde im Sommer 2019?)

- Entschuldigung, können Sie das Mikrofon vielleicht benutzen?

**RA Johannes Eisenberg:** Wir reden gerade über das Ermittlungsverfahren, besser gesagt: zwei Ermittlungsverfahren gegen ihn, die im Sommer 2019 eingeleitet wurden und die nicht durchgeführt werden, damit er ausgeliefert werden kann, weil die deutsche Staatsanwaltschaft in München gesagt hat: Das ist nichts, das es wert ist, auch nur Ermittlungen aufzunehmen. - Die Aktenzeichen kann ich Ihnen sagen. Das eine geht zurück auf eine Strafanzeige eines Strache-Anwaltes. Das andere geht zurück auf eine Strafanzeige irgendeines Anwaltes eines Onlineportals, das sich da sehr engagiert hat gegen Herrn Hessenthaler in Österreich, da es aus dem Bereich des Glücksspielkonzerns Novomatic geht. Die Aktenzeichen könnte ich Ihnen nachliefern, habe ich jetzt nicht im Kopf. Ich weiß auch nicht, weil der ja nicht ermittelt hat, welcher - - War das nicht sogar unser Herr Obermayer? Wie hieß der?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bühring vielleicht? Bühring ?

**RA Johannes Eisenberg:** Aber nicht der Name, den Sie gerade genannt haben.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das hätte mich jetzt auch sehr überrascht. Das wäre lieb, wenn Sie uns das zur Verfügung stellen könnten. - Herr Hessenthaler, gibt es noch irgendeine - - Jetzt wurden hier megagute Fragen gestellt. Gibt es noch eine megagute Frage, die noch nicht gestellt wurde, wo Sie sagen: „Bitte fragt mich das“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein, fällt mir jetzt aktuell keine ein, die Sie mich unbedingt fragen müssten, die für Ihre Causa - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sehr gut, habe ich auch den Eindruck. - Ich gebe die letzten zweieinhalb Minuten auch an die Kollegin Frau Paus weiter. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. Danke. - Frau Paus, bitte schön.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Um noch kurz Kontakte abzufragen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

- Können wir mal eben anhalten?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Entschuldigung.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Alles gut?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, Entschuldigung.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ein Name ist noch nicht abgefragt worden: Herr Angermayer. Kennen Sie Herrn Angermayer?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. - Dann wurde schon kurz gestreift, aber ich wollte einfach noch mal fragen: Können Sie noch was sagen zu den Verbindungen, kennen Sie Verbindungen zwischen der Österreichisch-Russischen Freundschaftsgesellschaft und der Münchner Sicherheitskonferenz, die Ihnen persönlich bekannt sind?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nein.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und dann hatten Sie ja selber auch den Geschäftssitz in München und dann in Berlin.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So, jetzt ist das eine völlig andere Gemengelage; aber bei Wirecard fällt ja auch auf, dass Akteure alle Österreicher sind, jedenfalls die entscheidenden, und der Firmensitz aber in Deutschland ist. Gibt es da irgendwie was, was man bedenken sollte, warum das - - Gibt es Gründe dafür, dass Sie sich nicht in Österreich angemeldet haben?

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Ja, weil ich mich mit den österreichischen Behörden überworfen hatte im Zuge eines Projekts und mir klar war, dass in meinem Tätigkeitsbereich schlecht gestimmte Behörden nicht unbedingt hilfreich sind. Deswegen habe ich für mich entschlossen, nach München zu gehen, um mich dem nicht weiter aussetzen zu müssen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay, aber das wäre jetzt nicht übertragbar und - -

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Nee, also das überhaupt nichts damit zu tun.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Alles klar. - Danke schön.

**Zeuge Julian Hessenthaler:** Bitte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** So, dann schaue ich mich mal um. Gibt es weiteres Interesse, Fragen hier zu stellen in der öffentlichen Runde? - Bitte, Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, wir haben keine Fragen mehr in öffentlicher Sitzung. Wir würden aber das Angebot des Zeugen gerne wahrnehmen wollen, zumindest kurz in nicht-öffentlicher Sitzung noch das Gespräch fortzusetzen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dem würde ich entsprechen wollen. - Das heißt, ich frage ein letztes Mal, schaue mich so im Rund um. - Es gibt für die Öffentliche keine mehr, eingestuft auch nicht, aber eben dem Angebot folgend - da auch danke schön -, dass wir noch mal einige Fragen in nichtöffentlicher Sitzung erörtern. Des-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

halb bitte ich dann jetzt, Nichtöffentlichkeit herzustellen, damit wir da dann noch mal weiter ansetzen können.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
11.03 Uhr - Folgt  
Sitzungsteil Zeugen-  
vernehmung, Nicht-  
öffentlich)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
12.07 Uhr)

### Vernehmung des Zeugen Dr. Benjamin Weigert

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die Öffentlichkeit, habe ich gehört, ist wieder hergestellt. Dann können wir loslegen.

Herr Dr. Weigert, ich heiße Sie recht herzlich im Namen des Ausschusses willkommen. - Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Herr Walter Egle, Platz genommen. - Herr Egle, ich darf auch Sie wie üblich herzlich willkommen heißen und Sie auch wie üblich darauf hinweisen - was Sie sicherlich wissen -, Sie dürfen den Zeugen beraten, Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- und Frage-recht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während seiner Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihr Mandant eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**RA Walter Egle:** Nein, danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Herr Dr. Weigert, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür, wie bei jedem Zeugen, bedanke ich mich, weil das spart uns in der Reihe der vielen Zeugen unendlich viel Zeit. Vielen Dank dafür.

Daher kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sons-

tige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann möchte ich Sie bitten, jetzt immer in Zukunft stets das Mikrofon einzuschalten, da wir neben der stenografischen Aufzeichnung auch einen Tonmitschnitt machen. Das geht relativ einfach, indem Sie den Knopf mit dem Zeigefinger drücken. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, leuchtet dieser LED-Ring, und dann ist Ihr Mikrofon scharfgeschaltet. Ziehen Sie es auch gerne ein bisschen zu sich heran; dann können wir Sie immer sehr deutlich vernehmen.

Herr Weigert, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienort mitteilen.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Mein Name ist Benjamin Weigert. Ich bin geboren am [REDACTED] in [REDACTED]. Ich wohne in [REDACTED], arbeite in Frankfurt bei der Deutschen Bundesbank, und ich bin dort Zentralbereichsleiter für den Bereich „Finanzstabilität“.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Herr Weigert, Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Herr Weigert, Sie haben das Wort.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich will die Gelegenheit nutzen, mit einem kleinen einführenden Statement Ihnen meine Einbeziehung, die Einbeziehung der Bundesbank und des Zentralbereichs „Finanzstabilität“ im Zusammenhang mit dem Leerverkaufsverbot kurz darzustellen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich selbst war mit dem Fall Wirecard lediglich in dem Zusammenhang mit dem Leerverkaufsverbot befasst; also ich war vorher nicht damit befasst und danach auch nicht weiter.

Am 15.02.2019 gegen Mittag informierte die BaFin die Bundesbank darüber, dass sie beabsichtige, leerverkaufsbeschränkende Maßnahmen für die Aktien der Wirecard AG nach der EU-Leerverkaufsverordnung anzuordnen. Die Information ging an mich und die in diesen Fällen verantwortlichen Stellen im Zentralbereich „Finanzstabilität“.

Mit der Information durch die BaFin wurde das Ablauf- und Kommunikationsschema in Gang gesetzt, das zwischen der Bundesbank und der BaFin für Maßnahmen nach § 14 Wertpapierhandelsgesetz und Artikel 18 ff. EU-Leerverkaufsverordnung entwickelt und für die Bundesbank-internen Zwecke untergliedert wurde. Dieses Ablaufschema war ursprünglich für die Maßnahmen auf nationaler Rechtsgrundlage nach § 14 Wertpapierhandelsgesetz entwickelt worden, damit zeitnah das darin vorgesehene Benehmen zwischen Bundesbank und BaFin hergestellt werden kann. Bei leerverkaufsbeschränkenden Maßnahmen nach der EU-Leerverkaufsverordnung ist die Benehmensherstellung zwischen Bundesbank und BaFin nicht mehr vorgesehen. Es ist aber das gemeinsame Verständnis von BMF und Bundesbank, dass der Bundesbank in der Regel die Möglichkeit zur Stellungnahme vor dem Ergreifen von Maßnahmen gegeben werden sollte. Nach meinem Verständnis ist dies von entsprechenden Regelungen in der EU-Leerverkaufsverordnung gedeckt. Danach ist es der BaFin durchaus gestattet, mit anderen nationalen Behörden zusammenzuarbeiten.

Diese Zusammenarbeit zu Fragen der Finanzstabilität entspricht letztlich der im Finanzstabilitätsgesetz vorgesehenen Rolle der Bundesbank und wird auch in vielerlei anderen Prozessen gelebt. Daher wurde das bestehende Ablaufschema gemäß der nationalen Rechtsgrundlage in § 14 Wertpapierhandelsgesetz im Jahr 2013 auf Maßnahmen nach der EU-Leerverkaufsverordnung ausgedehnt und zwischen BaFin und Bundesbank abgestimmt.

Das Bundesbank-interne Ablaufschema orientiert sich dabei an der Bundesbank-internen Aufgabenzuordnung und Arbeitsteilung für die Finanzstabilität. Das Finanzstabilitätsmandat ist eine Gesamtbankaufgabe, die unter Federführung des Zentralbereichs „Finanzstabilität“, den ich leite, gemeinsam von allen Bereichen, insbesondere Bankenaufsicht, Märkte, Recht und der Volkswirtschaft sowie in diesem jetzt konkreten Fall der Wirecard AG auf dem Bereich „Zahlungsverkehr“ wahrgenommen wird. Da es sich bei leerverkaufsbeschränkenden Maßnahmen um ein Kriseninstrument handelt, ist zusätzlich der bankinterne Finanzkrisenstab in das Ablaufschema integriert.

Nach dem Finanzstabilitätsgesetz ist es die Aufgabe der Bundesbank, die Stabilität des deutschen Finanzsystems zu überwachen. Es ist ihr gesetzlicher Auftrag, Gefahren für die Finanzstabilität zu identifizieren und zu bewerten. Die Finanzstabilität ist dann bedroht, wenn die Gefahr besteht, dass das Finanzsystem selbst seine Funktion in der Gesamtwirtschaft nicht mehr erfüllen kann. In unseren Analysen berücksichtigen wir unter anderem Ansteckungseffekte, die sich etwa aus Vertrauensverlusten am Finanzmarkt ergeben können, Fragen des Anlegerschutzes oder der Marktintegrität selbst, die sich beispielsweise bei Kursspekulationen und insbesondere Marktmanipulationen bezogen auf einzelne Titel - - berührt sein können, liegen dabei außerhalb des Finanzstabilitätsmandats der Bundesbank.

Nachdem uns die BaFin über die Absicht, ein Leerverkaufsverbot zu erlassen, informierte, habe ich mit dem im Zentralbereich „Finanzstabilität“ für den Prozess verantwortlichen Hauptgruppenleiter die weiteren Schritte besprochen und gab quantitative Finanzstabilitätsanalysen in Auftrag, etwa zu den genannten Ansteckungseffekten.

Alle Bereiche und Stellen der Bundesbank wurden gemäß unserem Ablaufschema informiert, nicht zuletzt, um sich bereitzuhalten für notwendige Zulieferungen für eine etwaige Stellungnahme der Bundesbank. Der stellvertretende Leiter des Finanzkrisenstabs sah keine Veranlassung den Finanzkrisenstab selbst einzubeziehen, da



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sich an dem Tag aus seiner Sicht keine krisenhaften Entwicklungen an den Märkten abzeichnen.

Die zuständige Dezernentin, Frau Vizepräsidentin Professor Buch, habe ich telefonisch über die beabsichtigte Maßnahme der BaFin informiert. Ich habe ihr auch mitgeteilt, dass wir das interne Ablaufschema gestartet haben, Analysen in der Bank und im Zentralbereich angestoßen wurden und wir auf den für den späten Nachmittag angekündigten ersten Entwurf der Allgemeinverfügung der BaFin warten.

Im weiteren Verlauf des Nachmittags tauschte ich mich laufend mit dem Kollegen aus, der die Arbeiten koordiniert, und diskutierte mit ihm den Stand der Arbeiten und die ersten Erkenntnisse, die einmal aus dem Zentralbereich kamen, aber auch von den anderen Bereichen bereits zugeliefert wurden.

Der Zentralbereich „Zahlungsverkehr“ hatte bereits darauf hingewiesen, dass Wirecard von der Zahlungsverkehrsüberwachung als nicht potenziell systemgefährdend für den Zahlungsverkehr eingeschätzt wurde. Die Systembedeutung der Wirecard Bank war gering. Sie wurde nicht im Rahmen der jährlich vorzunehmenden Klassifikation als potenziell oder anderweitig systemrelevantes Institut identifiziert. Hierfür werden einheitliche Kriterien, etwa Größe und Vernetzung, herangezogen. Die draus resultierende Liste der identifizierten Institute wird im Einvernehmen zwischen der Bundesbank und der BaFin festgelegt, also genau so ein Vorgang, wo auch das Finanzstabilitätsmandat der Bundesbank berührt ist, wo wir analytisch bei der Identifikation helfen und Einvernehmen herstellen. Damit war die Wirecard Bank auch nicht Teil einer Finanzstabilitätsüberwachung durch den Zentralbereich „Finanzstabilität“.

Die Auswertung der Nettoleerverkaufspositionen für die Wirecard AG zeigte am aktuellen Rand zwar einen Anstieg, der allerdings im Vergleich zu früheren Episoden mit hohen Nettoleerverkaufspositionen nicht ausgeprägt auffällig war.

Die von mir angeforderten Analysen zu Ansteckungseffekten, die im Zentralbereich „Finanzstabilität“ durchgeführt wurden, lieferten ebenfalls keine Hinweise darauf, dass von der Wirecard-Aktie signifikante Ausstrahlwirkungen auf andere Finanztitel ausgehen.

Wir haben einmal Analysen der Aktienrenditen vorgenommen ähnlich zu den Analysen, die später im Zentralbereich „Volkswirtschaft“ durchgeführt wurden. Die Paarkorrelation der Aktienrenditen lag innerhalb der historischen Bandbreiten.

Wir haben ebenfalls geschaut mit Granger-Kausalitätstest, ob sich Hinweise darauf ergeben, ob denn die Wirecard>Returns prognostische Eigenschaften haben für die Returns anderer Finanztitel.

Abends gegen halb 7 wurde der federführenden Stelle in der Bundesbank dann der Entwurf der Allgemeinverfügung von der BaFin übermittelt. Auf dieser Basis wurde anschließend ein Entwurf für eine Stellungnahme vorbereitet. Die Rückmeldungen der eingebundenen Zentralbereiche zum Entwurf der Allgemeinverfügung entsprachen weitgehend der bereits vorliegenden ersten fachlichen Einschätzungen im Zentralbereich „Finanzstabilität“ und auch in den anderen Bereichen. Es gab keine Indizien für Ansteckungseffekte oder drohende Finanzstabilitätsgefahren.

Das Zwischenergebnis der fachlichen Einschätzung aus der Bundesbank, die dem Entwurf der Stellungnahme zugrunde lag, wurde vom federführenden Hauptgruppenleiter dann telefonisch mit der Arbeitsebene der BaFin geteilt. Im Anschluss an dieses Gespräch teilte mir mein Mitarbeiter mit, dass sich die Informationslage grundsätzlich geändert hat. Im Zuge des Austauschs mit den Kollegen der BaFin sei er mit der Vizepräsidentin der BaFin, Frau Roegele, verbunden worden. Frau Roegele habe ihn darüber informiert, dass die Maßnahme der BaFin im Zusammenhang mit staatsanwaltlichen Ermittlungen stehe, die im Kontext der Berichterstattung der „Financial Times“ aufgenommen worden seien. Die Hintergründe zu den staatsanwalt-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schaftlichen Ermittlungen seien allerdings vertraulich, und sie könne ihm daher nichts weiter dazu sagen. - Mein Mitarbeiter regte Frau Roegele gegenüber an, sich direkt mit Frau Professor Buch in Verbindung zu setzen.

Meine unmittelbare Reaktion darauf war, dass sich hier die Informationslage für uns eigentlich geändert hat. Wir verfügten jetzt offenbar nicht über die maßgeblichen Informationen, um die Gesamtlage einschätzen zu können aus Sicht der Finanzstabilität. Wir konnten auch nicht einschätzen, welche Auswirkungen sich auf das Marktvertrauen, also prospektiv, und damit auf die Finanzstabilität ergeben. Zudem deutete sich - zweitens - an, dass es um Fragen der Marktintegrität und Marktmanipulation geht bezogen auf einzelne Finanztitel, und diese liegen außerhalb unseres Finanzstabilitätsmandats in der Bundesbank.

Direkt im Anschluss an dieses Telefonat kontaktierte ich Frau Professor Buch, um sie über die veränderte Informationslage in Kenntnis zu setzen, und regte an, dass sie sich direkt mit Frau Roegele in Verbindung setzt.

Im weiteren Verlauf des Abends kam es dann zu einem direkten Gespräch zwischen Frau Roegele und Frau Buch. Hierzu teilte mir Frau Buch im Nachgang mit, dass Frau Roegele neuerlich auf die staatsanwaltlichen Ermittlungen hingewiesen habe, die näheren Informationen allerdings vertraulich seien und genaue Hintergründe nicht mit der Bundesbank geteilt werden könnten.

Frau Buch machte demnach gegenüber Frau Roegele deutlich, dass sich die Bundesbank insbesondere mit Blick auf das Finanzstabilitätsmandat nicht zu staatsanwaltlichen Ermittlungen äußern könne, die vertraulich seien und deren Inhalt die BaFin nicht offenlegen könne. Aus der Rückmeldung ergab sich für mich, dass im Ergebnis keine Stellungnahme der Bundesbank erforderlich sein dürfte, da die neue Informationslage darauf hindeutete, dass Fragen der Finanzstabilität nicht berührt sind.

Dementsprechend wurden anschließend alle am Prozess beteiligten Bereiche und Stellen in der

Bundesbank am Freitagabend informiert. Im weiteren Verlauf des Wochenendes informierte uns die BaFin über den Fortgang des Verfahrens mit der ESMA. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Ja, dann würde ich in der üblichen Art und Weise mit allgemeinen Fragen zunächst mal ein bisschen starten. Sie haben sich, glaube ich, ist mein Gefühl, sehr gut vorbereitet. Kann ich trotzdem mal fragen, wie Sie sich insgesamt auf die Sitzung vorbereitet haben? Sind noch Gespräche geführt worden? Ist mit Ihnen von anderer Stelle Kontakt hergestellt worden? Wie war das in Vorbereitung auf heute?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Gut, für die Vorbereitung habe ich mir die Akten noch mal angesehen, um insbesondere die Chronologie - es ist jetzt anderthalb Jahre - - Nein, wie lange ist es jetzt her? Zwei Jahre - - dass die Chronologie wieder klar wird.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber kontaktiert worden von anderen Personen - -

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich wurde von anderen nicht kontaktiert und hatte lediglich Rückfragen bei Mitarbeitern, wenn es um bestimmte Dinge ging.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist schon ein gutes Stichwort für meine nächste Frage: Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren zum Zeitpunkt vor zwei Jahren insgesamt in Ihrem Zentralbereich tätig? Und wie viele waren es zumindest dann bis zum Stichtag 1. Oktober 2020? Hat sich da eine Veränderung ergeben?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, Sie wollen jetzt wissen, wie viele Mitarbeiter - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** In Ihrem Bereich, genau. Im Zentralbereich „Finanzstabilität“.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, im Jahr 2019 dürften wir gewesen sein 170 Personen. Ich kann jetzt nicht sagen, wie viel FTEs, weil - - Vielleicht sind es 170 Personen. Man muss dazusagen, es ist aber nicht nur Finanzstabilität, sondern wir





## Nur zur dienstlichen Verwendung

sind auch für den gesamten Bereich internationale Politik und IWF zuständig; das heißt, Finanzstabilität ist nur ein Teil des Aufgaben- - also nationale Finanzstabilität ist nur ein Teil des Aufgabengebiets. Viel hat sich da eigentlich nicht verändert. Wir hatten einige organisatorische Änderungen. Es dürften ungefähr wieder so viele sein. Wir haben eine Gruppe abgegeben. Ich kann es nicht exakt sagen. Aber ich liefere Ihnen gerne den Stand der jeweiligen - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, dann würde ich schon ein bisschen in den besonderen Teil sozusagen eintreten wollen. - Laut einer durch die Bundesbank verfassten Chronologie des 15. Februar 2019 zu Leerverkaufsbeschränkungen der BaFin auf Aktien der Wirecard AG, auffindbar auf MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 70 ff., informierte die BaFin Sie - Sie haben das ja auch eben geschildert - am 15. Februar 2019 über die Absicht, leerverkaufsbeschränkende Maßnahmen für die Aktien der Wirecard AG zu verfügen. Welche Informationen genau - das war jetzt erst mal so allgemein, was Sie dargelegt haben - - Gab es da noch weitere Informationen, die die BaFin Ihnen eben in dieser doch relativ kurzen Zeit - das war aus meiner Erinnerung auch ein Freitag, und dann musste ja alles doch relativ schnell gehen - - Gab es noch weitere Informationen neben den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen? Sie haben ja selbst auch eben bemerkt, die sind vertraulich zu behandeln. Was waren weitere Informationen, die Ihnen zugänglich gemacht worden sind oder mit versandt worden sind?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Mir persönlich oder dem Bereich? Weil ich glaube, es gab auch einen Austausch zu Leerverkaufspositionen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, je mehr Sie beitragen können, desto besser, weil Sie sprechen ja auch für Ihre Abteilung im Prinzip. Also, dann würde ich die Frage untergliedern in: Was war Ihrer Abteilung oder Ihren Mitarbeitern zu diesem Zeitpunkt noch übersandt worden, und was ist Ihnen jetzt selbst persönlich zur Kenntnis gelangt?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich persönlich habe mit der BaFin jenseits des E-Mail-Kontakts, in

dem einmal die, ich glaube, Ankündigung, dass so eine Maßnahme geplant ist - - hatte ich keinen persönlichen Kontakt, also auch keinen telefonischen Kontakt. Der Kontakt lief über die Schnittstelle, die halt definiert ist, ab, nämlich die Hauptgruppe, die für diese Maßnahmen und dann auch für die gesamten Prozesse zuständig ist. Da lief die gesamte Kommunikation ab. Also, nach außen hatte ich keine Kommunikation mit der BaFin, sondern lediglich über die Kolleginnen und Kollegen, die in der Sache befasst waren und sich dann - - ich weiß jetzt nicht, wie häufig es einen Kontakt auch mit der BaFin auf der Arbeitsebene gab. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Könnten Sie da zumindest - das ist immer von Interesse auch für die Kolleginnen und Kollegen - Namen nennen, wenn Sie jetzt sagen „Kontakt zu Kollegen“ und „Schnittstelle“?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, der für diesen Prozess zuständige Hauptgruppenleiter ist der Jens Seiler.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Noch mal? Jens?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Jens Seiler.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Jens Seiler.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Aus der Hauptgruppe F 42. Müsste aber in den Unterlagen auch erkennbar sein, dass er der Federführer innerhalb der Bundesbank - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir hatten ja gestern Frau Geilfus - na, was heißt gestern? eigentlich noch heute - hier zu Gast. Der Name ist Ihnen auch begrifflich?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Aus den E-Mails, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aus den E-Mails. Weil wir hatten erst hier auch so ein bisschen rumgerätselt: Kommunikationsschema. Einige kannten das auch gar nicht; denen war das nicht bekannt. Ich hatte den Eindruck, Frau Geilfus



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gestern, die kannte zumindest dieses Kommunikationsschema, hat sich aber dann doch beklagt, dass sie danach wohl eine Schnittstelle in der Bundesbank gesucht hätte und dann irgendwann in einem Vorzimmer gelandet sei, damit sie eben entsprechend da wohl auch für sich noch Informationen austauschen kann. Hat sich da im Zeitraum dieses Kommunikationsplans, der aufgestellt war, Schnittstellen, die ja dann vorhanden sein müssen, etwas geändert, ohne dass beide Behörden, also die Bundesbank - ich kürze sie immer noch mit Buba ab - und die BaFin darüber ausgetauscht hätten? Das kam mir gestern so vor, dass da also quasi dort, wo es ja gut ist, so eine Art Notfallplan besteht - das ist ja immer vernünftig und gut -, aber wo die Nummern anscheinend - das war jetzt mein Eindruck - nicht mehr aktuell vorgehalten waren.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das lässt sich ja leicht klären, indem man sich jetzt einfach die Telefonnummern anschaut, die in dem Ablaufschema ja genannt sind.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe heute nur vier Stunden - nicht mal - geschlafen; also ich hatte jetzt keine Veranlassung mehr, das, was Frau Geilfus gestern hier gesagt hat, meine Mitarbeiter auch nicht, noch abzuklären. Deswegen dachte ich, frage ich Sie. Es kann ja auch mal sein, man unterhält sich darüber und sagt: Mensch, das war jetzt vielleicht gerade - jetzt hatten wir so einen Notfall - recht ungünstig, weil die BaFin hat versucht, nach Plan Kontakt mit uns aufzunehmen, und das funktionierte irgendwie nicht so richtig. - Deswegen frage ich da jetzt.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, ich weiß es nicht. Von der Klage höre ich jetzt das erste Mal. Also, das hätte man wahrscheinlich ja an dem Tag dann auch mitbekommen, dass man sagt: Wieso ist da niemand erreichbar? - Es ist bei uns eingelaufen am Vormittag, späterer Vormittag, wenn ich mich recht erinnere. Wir waren in Eltville im Schulungszentrum der Deutschen -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau, das hatte die Kollegin - - Irgendwie, es war eine Schulung, genau.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** - Bundesbank. Es kann sein, dass dort der Empfang - der ist in einigen Teilen des Gebäudes nicht besonders gut - - dass dann der Empfang nicht gut war. Aber erreichbar ist im Zweifel immer jemand auch in der Zentrale. Und wir haben ja dann auch vor Ort miteinander sprechen können und relativ schnell die Dinge in die Bahnen leiten können, die nötig waren.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann würde ich noch zwei kurze Fragen haben, bevor ich den Staffeltab weiterreiche. Aus der genannten Chronologie ergibt sich dann auch, dass seit der Finanzkrise auf Arbeitsebene eine BaFin-Bundesbank-Arbeitsgruppe „wertpapierbezogene „Notfallmaßnahmen““ existiert, in welcher regelmäßig das Vorgehen bei geplanten leerverkaufsbeschränkenden Maßnahmen besprochen werde. Dies ist auch aus den Materialien hier erkenntlich. Was können Sie zur Zusammenarbeit mit der BaFin im Allgemeinen und speziell im Bezug auf diese Arbeitsgruppe berichten? Was haben Sie da wahrgenommen? Wie hat sich Ihnen das dargestellt?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Konkret am 15. oder - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Na ja, vielleicht auch davor. Es kann ja sein - das ist jetzt eine Mutmaßung meinerseits -, dass es davor Potenzial gab und nach diesem Vorfall am 15. Februar 2019 man gesagt hat: „Oh, da muss man vielleicht was verbessern“, also vielleicht auch ein bisschen dynamisch im Zeitablauf des Untersuchungszeitraumes.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann mich nicht an konkrete positive oder negative Rückmeldungen erinnern im Zusammenhang mit den Wertpapieren, also mit dieser Arbeitsgruppe oder den an diesem Kommunikations- und Ablaufschema Beteiligten. Ich kann mich dunkel daran erinnern, dass immer wieder auch mal Anpassungen vorgenommen wurden. Also, man hat das immer wieder auf Wiedervorlage vermutlich gehabt, um da immer wieder mal zu schauen: Muss das angepasst werden, seien es Telefonnummern, seien es andere Dinge?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Im Nachgang zu den Ereignissen vom 15.02. gab es dann einen Auftrag von Frau Buch und auch von - - also erst mal eine Absprache per E-Mail, dass man sich jetzt das noch mal anschaut vor dem Hintergrund des 15.02., wo eben doch sehr spät erst Informationen uns gegeben wurden, über die wir ja zum Zeitpunkt, als das Ganze initiiert wurde, nicht verfügt haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das heißt, Frau Buch oder Sie haben konkret nach dem 15.02. Verbesserungsbedarf analysiert?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir haben darüber gesprochen, dass es sinnvoll wäre, damit praktisch so eine Situation, in der es dann offenbar um andere Dinge auch geht, also Marktvertrauen im Sinne der Marktaufsicht und kriminell- - Ich weiß jetzt nicht, wie man es bezeichnen soll. Also wo andere Dinge auch maßgeblich sein können, dass es sehr frühzeitig einen Austausch gibt auf Leitungsebene, um eben zu verhindern, dass ein komplettes - - Es wird ja die komplette Organisation hier durchlaufen in diesem Ablaufschema, sodass man von vornherein weiß: Sind denn möglicherweise Finanzstabilitätsfragen gar nicht berührt? Also, das war so ein bisschen die Überlegung, glaube ich, dahinter.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Es schien auch so innerhalb dieses Kommunikationsschemas, dass unterschiedliche Meinungen auch herrschten, inwieweit die Leerverkaufsverordnung - - Wir haben gestern Abend und heute Morgen in der Früh so ziemlich alle Artikel - 20, 21, 24, 26, 27 - durchdekliniert - - aber es durchaus unterschiedliche Ansichten gab, was „ins Benehmen setzen“, „zu informieren“ heißen könnte und dass es durchaus, bevor dieser Kommunikations- oder Ablaufplan dann auch durchdekliniert wurde, unterschiedliche Ansichten tatsächlich gab, wie BaFin und Bundesbank eventuell dann zu einem Ergebnis gelangen. Kann das auch eine Feststellung - - Oder war das auch eine Feststellung im Nachgang zum 15.02. von Professor Buch oder Ihrer Abteilung?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein, weil zumindest mein Verständnis - - Und das ist ja im Vor-

feld auch geklärt worden, als die Leerverkaufsverordnung eingeführt wurde, dass die Benehmensherstellung für Maßnahmen nach EU-Leerverkaufsverordnung nicht mehr nötig ist oder nicht mehr vorgeschrieben ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** So kann man das auch ausdrücken, ja. - Dann letzte Frage, bevor ich weiterreife: Federführend und verantwortlich für alle Stellungnahmen ist innerhalb der Bundesbank die Hauptgruppe „Marktprudenzielle [sic!] Überwachung der Finanzinfrastrukturen [sic!]“ der Abteilung „Überwachung systematischer [sic!] Risiken aus dem internationalen Finanzsystem“, welche zu dem von Ihnen geleiteten geleiteten Zentralbereich „Finanzstabilität“ gehört. Waren Sie bei der Erstellung - also nochmals - der Stellungnahme mit der Zusammenarbeit der beteiligten Bereiche innerhalb der Bundesbank zufrieden?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ob ich damit zufrieden war?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich hatte den Eindruck, dass das alles relativ schnell und unkompliziert lief, nachdem alle informiert waren. Ich hatte nicht den Eindruck, dass da irgendetwas hakt, sondern alle waren bei der Sache und haben zum Gegenstand - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann schaue ich zu den Kollegen. - Dann Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Weigert, vielen Dank, dass Sie uns zur Verfügung stehen. - Ich möchte mal einsteigen direkt ein bisschen chronologisch. Sie hatten ja berichtet, Sie hatten sozusagen als erster die Info dann in Ihrem Hause am 15.02. Können Sie noch mal sagen, wie Sie da genau das erste Mal von der beabsichtigten Maßnahme erfahren haben?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Mich sprach der Hauptgruppenleiter - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie immer mit Namen am besten untermauern?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ach so, Entschuldigung. - Ja, mich sprach Jens Seiler an, dass er die Mitteilung bekommen hat, dass die BaFin uns informiert hat, also dass er mit Kollegen vermutlich in der Zentrale eben gesprochen - - dass die BaFin mit Kollegen in der Zentrale gesprochen hat und dass jetzt so eine Maßnahme geplant ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Das war ja wohl nicht nur eine Info, nehme ich mal an, sondern wahrscheinlich stand ja schon im Raum, dass es da eine Stellungnahme der Bundesbank dazu geben soll, oder?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Erst mal gab es nur die Information, dass so eine Maßnahme von der BaFin ergriffen werden könnte. Das war die Informationslage.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. Also, es ging nicht um irgendeine Stellungnahme zu dem Zeitpunkt, dass die angekündigt würde oder dass die gesagt haben so nach dem Motto: „Ja, da brauchen wir aber bis heute Abend irgendeine Stellungnahme von der Bundesbank“ oder so was.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe mit der BaFin selbst nicht kommuniziert. Es ist natürlich das Verständnis - es ist ja ein Kommunikations- und Ablaufprotokoll -, dass in dem Augenblick, wo angerufen wird, dann erst mal dieser Prozess gestartet wird. Das ist das gemeinsame Verständnis.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay, und das gemeinsame Verständnis ist, dass dann am Ende auch, bevor so eine Maßnahme ergeht, eine Stellungnahme der Bundesbank dazu erfolgt.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das ist das erklärte Ziel dieses Ablaufschemas.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Und da gehen Sie auch davon aus, dass das Bundesbank und BaFin auch teilen, diese Auffassung? Oder ist das jetzt Ihre Auslegung dieses Ablaufschemas? Also,

gibt es da irgendwie Zweifel, dass das so sein könnte?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Dieses Ablaufschema dient dazu, dass am Ende eine Stellungnahme steht in der Bundesbank. Das ist ja das erklärte Ziel dieses Ablaufschemas, dass am Ende eine Stellungnahme vom Vorstand beschlossen wird.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, und diese erste Info, die Sie dann über den Herrn Seidel [sic!] erfahren haben, was wurde Ihnen da gesagt, was der Grund für diese Maßnahmen ist?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das kann ich mich nicht mehr dran erinnern, ob er den Grund konkret genannt hatte.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Dann hatten Sie gesagt, dass das auch bei Ihnen besprochen wurde intern auch mit Herrn Seidel [sic!], und dann war die Frage: Wird der Krisenstab eingesetzt? - Da haben Sie gesagt, das wurde nicht gemacht, weil sich ja nichts abgezeichnet hat. - So ungefähr habe ich das verstanden. Können Sie es noch mal sagen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein, es ist so, dass alle Stellen - - Also, Sie haben dieses Kommunikations- und Ablaufschema, und dann werden demnach auch die Bereiche darüber informiert, dass eine solche Maßnahme - in Führungszeichen - „geplant“ ist seitens der BaFin. Sollen sich alle drauf vorbereiten, es werden alle informiert, und dazu zählt auch der Finanzkrisenstab. Und der Finanzkrisenstab hat dann seinerseits gesagt, er sieht keine Notwendigkeit, jetzt einbezogen zu werden. Das ist ja ein reines Informationsgremium innerhalb der Bank, die keine eigene - - Dahinter steht nicht noch mal eine neue Abteilung. Der Finanzkrisenstab ist ein reines Informationsaustauschgremium und Koordinationsgremium. Und das ist aber vorgesehen in dem Ablaufschema. Das bundesbankinterne Ablaufschema sieht vor, dass der Finanzkrisenstab mit informiert wird.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Es gab ja einen Anruf dann von Herrn Seidel [sic!] - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Seiler, Seiler.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ach ja, Seiler. Entschuldigung.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Kein Problem.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - - Seiler um 20.45 Uhr bei der BaFin an dem Freitag. Und da gab es ja eine erste Stellungnahme oder formlose Stellungnahme gegenüber der BaFin. Gab es vorher schon irgendeiner Stellungnahme? Oder war das das Erste, wo Sie Ihre - Sie im Sinne von Bundesbank - Position übermittelt haben?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das war das erste Mal, dass - - Wir hatten, glaube ich, halb 7 - - Es muss gegen halb 7 gewesen sein, dass wir überhaupt den Entwurf ja erhalten haben, der eigentlich für den Nachmittag ja schon angekündigt war. Auf der Basis wurden dann die ganzen Dinge aus der Bank zusammengetragen. Das ist dann ja in einen Entwurf einer Stellungnahme gemündet. Und dann hat der Kollege Seiler die BaFin über den derzeitigen Stand der Erkenntnisse, die wir hatten, informiert.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wieso hat sich eigentlich die Übermittlung der angekündigten Allgemeinverfügung der BaFin an die Bundesbank immer weiter verzögert an dem Tag? Wissen Sie das?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich bin nur der Empfänger dann im Zweifel.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie wissen es nicht. Ist ja in Ordnung, wenn Sie es nicht wissen. Okay.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich weiß es nicht; kann ich Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, ergibt sich nämlich aus den Informationen hier, die uns die Bundesbank vorgelegt hat, dass sich das immer weiter verzögert hatte, was da von der BaFin gekommen ist. - Vor dem Telefonat, das Herr Seiler geführt hat, inwieweit haben Sie sich mit ihm

über diese formlose Stellungnahme ausgetauscht, also über die Inhalte?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich habe mit ihm über die Inhalte gesprochen, einmal die Inhalte, die aus dem Bereich zugeliefert wurden, die ich auch Frau Buch weitergeleitet habe, also so die Quintessenz unserer analytischen Arbeiten im Zentralbereich, und auch das, was die anderen Zentralbereiche im Wesentlichen für Einschätzungen hatten, die sich ja im Wesentlichen auch deckten mit den quantitativen Analysen, die wir gemacht haben - - waren auch die qualitativen Einschätzungen - - entsprachen dem. Da gab es keine Diskrepanz in der grundsätzlichen Aussage.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** In Anbetracht der Tragweite so eines Verbots, warum hat denn dann der Herr Seiler diese Telefonate geführt? Hätte es nicht Sinn gemacht, dass dann die Frau Buch direkt, also auf höchster Ebene, mit Frau Roegele da korrespondiert - - wird?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Na ja, wir waren in einem Stadium, wo noch die Arbeitsebene erst mal einen Entwurf verfasst. Also, da ist - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber die Frau Roegele ist ja jetzt nicht die Arbeitsebene.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein, nein, hat ja auch nicht Frau Roegele angerufen, sondern er hat mit der Kollegin in der BaFin gesprochen und wurde dann weiterverbunden während des Gesprächs.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay, ach so. Es ist über die Arbeitsebene dann zu Frau Roegele hocheskaliert worden.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das ist ja das, was ich auch in meinem Eingangsstatement sagte. Er hatte mich danach darüber informiert, dass sich aus seiner Sicht und auch aus meiner Sicht, nachdem er mir das erzählte, die Situation oder die Informationslage verändert hat. Er ist in dem Gespräch, in dem er unsere Erkenntnisse an die BaFin weitergegeben hat, an die Kollegin der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

BaFin - - wurde dann unmittelbar weiterverbunden - so hatte er mir das geschildert - an Frau Roegele.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Haben Sie den Eindruck, dass die BaFin die Position der Bundesbank angemessen berücksichtigt hat bei den Erwägungen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Es fand ja dann zwischen 21 Uhr und 22 Uhr das Telefonat auf der Führungsebene, also Frau Roegele mit Frau Professor Buch, statt. Wie haben Sie dann über dieses Telefonat erfahren?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann mich an den Tag nicht mehr exakt erinnern. Ich hatte mit Frau Buch im Nachgang telefoniert, und dort wurden mir die wesentlichen Ergebnisse mitgeteilt, insbesondere auch wesentlich für die Frage, wie ich jetzt die anderen Bereiche in der Bank informieren muss oder ob ich informieren muss, weil die standen ja alle noch - - Bis zu diesem Zeitpunkt waren ja noch alle im Dienst und standen Gewehr bei Fuß, weil ja eine Befassung am Wochenende angekündigt war.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - In diesem Telefonat oder in dem Gespräch, was Sie dann mit der Frau Buch geführt haben, wo es um dieses Telefonat mit der Frau Roegele ging, stand da noch im Raum, dass es eine Stellungnahme der Bundesbank geben soll?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich hatte aus dem Gespräch für mich mitgenommen, dass es hier eigentlich um - - dass das Mandat der Bundesbank im Sinne einer solchen Krisenmaßnahme eigentlich nicht berührt ist und dass daher eigentlich keine Stellungnahme erforderlich ist. Das hatte ich so sinngemäß, wenn ich das so heute rekapituliere, aus dem Gespräch mitgenommen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also ist nicht klar gesagt worden: „Es wird noch eine Stellungnahme geben“, es ist aber auch nicht klar gesagt worden: „Es bedarf keiner Stellungnahme“.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann Ihnen das so im Detail nicht sagen. Meine Wahrnehmung damals war, dass durch die neue Sachlage letztlich andere Bereiche betroffen waren und die Finanzstabilität hier nicht im Zentrum stand und deswegen eine Stellungnahme nicht erforderlich ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. - Der Herr Dr. Lipponer hat eine Mail verfasst um 22.22 Uhr an alle Vorstandsmitglieder, und da schreibt er:

... wie uns die BaFin soeben informiert, ist eine Stellungnahme der Bundesbank zu den geplanten Maßnahmen erst am Montag erforderlich.

Ein schriftliches Verfahren am Wochenende ist daher nicht mehr erforderlich.

Das klingt ja jetzt eher so, oder nein, nicht „eher“, sondern das klingt ganz eindeutig so, dass es am Montag eine Stellungnahme geben soll.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das ist ja nicht so ganz damit übereinzukriegen, nach dem Motto: Eigentlich bedarf es gar keiner Stellungnahme.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja, ich kann mir nur erklären, dass das an dem - - Ich meine, wir hatten eine Situation, in der sich am Freitagabend ja die Informationslage komplett geändert hatte und dann erst mal die Frage im Raum stand: Was ist denn jetzt eigentlich? Was machen wir mit diesen Informationen? Und ich kann mir vorstellen, dass eine E-Mail vorbereitet war. Letztlich waren ja alle Gewehr bei Fuß. Der Vorstand war informiert, dass jetzt relativ schnell am Wochenende noch etwas kommt - - und dass das eine vorbereitete E-Mail war. Denn ich habe eigentlich nur die Information gegeben, dass eine Stellungnahme jetzt nicht unmittelbar mehr bevorsteht und deswegen eigentlich alle erst mal Feierabend machen können. Also, im Wesentlichen war meine Rückmeldung: Jetzt können erst mal alle Feierabend machen. - Also, ich kann mir vorstellen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dass es eine vorbereitete E-Mail war, die schon sehr viel früher vorbereitet war und letztlich nur verschickt wurde, weil die Information kam, dass die Sache jetzt zumindest am Wochenende auf jeden Fall nicht stattfinden wird, weil das war im Kern ja erst mal die - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber das ist jetzt eine Vermutung von Ihnen mit der Vorbereitung.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann es Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wissen Sie nicht.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich habe mit Herrn Lipponer nicht direkt, glaube ich, telefoniert, sondern ihn lediglich informiert, dass die Stellungnahme jetzt erst mal nicht kommt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, aus dem Gespräch Buch-Roegele haben Sie dann eher so mitgenommen: „Am Wochenende ist da jetzt kein Handlungsbedarf“, so ungefähr.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein. Ich habe mitgenommen, dass eigentlich kein Handlungsbedarf da ist, weil die Finanzstabilitätsfragen hier eigentlich nicht berührt sind nach unserer Sicht und durch die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wir auch gar keine Einschätzung abgeben können zu diesen Dingen. Ich bin davon ausgegangen, dass gar keine Stellungnahme angefragt wird.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die Frau Professor Buch hat per E-Mail am Sonntag dann mitgeteilt gegen Mittag:

Die BaFin hat in diesem Fall darauf verzichtet, eine Stellungnahme der Bundesbank einzuholen.

Wissen Sie, ob es die Bundesbank war, die verzichtet hat, eine Stellungnahme abzugeben, oder ob die BaFin verzichtet hat, eine Stellungnahme einzuholen, oder ob das gemeinsam überlegt wurde?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Bei dem Telefonat, wo sich darüber ausgetauscht wurde, war ich persönlich nicht dabei. Ich habe wahrgenommen, dass durch die veränderte Informationslage, wie ich es auch schon eingangs sagte, eigentlich keine - - Da waren ganz andere Dinge berührt. Und von daher stellte sich eben die Frage, ob überhaupt eine Stellungnahme hier angefragt werden kann. Also, das war meine eigene Wahrnehmung. Also, insofern - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Waren Sie verwundert, dass die BaFin nicht von Anfang an dieses Thema mit den staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen thematisiert hat? Haben Sie da mal mit der Frau Buch drüber gesprochen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich war am Abend verwundert, dass plötzlich eine Information auftauchte, die vorher nie im Raum stand, also dass es insbesondere dann bei der Übermittlung unserer Informationen durch den Herrn Seiler - - dass dann erst die Information auftauchte.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, das denke ich mir, dass man da verwundert ist, -

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - dass man erst mal eine andere Information dann kriegt, die bisher gar keine Rolle gespielt hat. - Welche Gespräche haben Sie persönlich mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums dazu geführt?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Gar keine.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gar keine. - Sind Ihnen Gespräche bekannt, die andere Vertreter, zum Beispiel die Frau Buch, mit dem BMF geführt hat?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ist Ihnen Korrespondenz mit dem BMF dazu bekannt, zum Beispiel per E-Mail?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ist Ihnen bekannt, dass die Bundesbank dem - - Oder: Ist Ihnen bekannt, dass dem Bundesfinanzministerium der Entwurf der Leerverkaufsverordnung zugegangen ist?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Das Thema „Marktvertrauen und Finanzstabilität“, das bewegt uns jetzt hier schon ein paar Tage und Wochen. Können Sie dazu bitte noch mal aus Ihrer Sicht schildern, wie da die Wechselwirkung ist? Ich habe den Eindruck, dass da die Definitionen durchaus ein bisschen unterschiedlich sind, je nachdem, wen man fragt. Können Sie das noch mal vor dem Hintergrund der aktuellen Entscheidung und dem Leerverkaufsverbot darstellen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich meine, bin ich jetzt als Zeuge gefragt -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, natürlich.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** - oder als Sachverständiger?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Als Zeuge.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Da will ich jetzt nicht - - Marktvertrauen, wie ich schon eingangs sagte, spielt eine Rolle. Es ist ein Transmissionsmechanismus, über den sich Finanzstabilitätswirkungen ergeben können, nicht müssen. Und in dem Sinne betrachten wir Marktvertrauen. Was wir nicht machen, sind Spekulationen, die im Zusammenhang stehen mit kriminellen - - also mit Marktmanipulationen und solchen Dingen. Die schauen wir - - Dafür haben wir weder ein Mandat, noch schauen wir sie uns explizit an. Wir nehmen sie natürlich mit rein, wenn wir da Erkenntnisse haben, dass da möglicherweise was ist. Dann guckt man sich das auch an, ob da Wirkungen entstehen. Aber ganz konkret mit Marktvertrauen im Marktintegritätssinne befassen wir uns nicht; das ist nicht unser Mandat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das Thema Ansteckungsrisiken, das wirkt sich ja sowohl auf das Thema Finanzstabilität als auch auf das

Thema Marktvertrauen aus. Kann man das so sagen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Noch mal, bitte.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das Thema Ansteckungsrisiken, das hat ja in beiden Themenbereichen eine Bedeutung. Ist das richtig?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wenn ich das richtig verstanden habe, hat die Bundesbank keine Ansteckungsrisiken gesehen. Ist das richtig?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir konnten auf Basis der historischen Daten, die uns da vorliegen, keine Ansteckungsrisiken identifizieren.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ist Ihnen bewusst, dass die BaFin ein Ansteckungsrisiko für andere DAX-Aktien gesehen hat?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, nicht dass ich wüsste.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Also, es gibt hier ein Dokument der ESMA. Das ist MAT A BMF-4.04, Blatt 126. Das ist die Stellungnahme der ESMA, und da ist unter Ziffer 24 am Ende der Satz:

Darüber hinaus nimmt die ESMA zur Kenntnis, dass die BaFin ein Ansteckungsrisiko für andere DAX-Aktien meldet.

Also, da gab es eine entsprechende Meldung der BaFin an die ESMA; das ist uns auch so bestätigt worden, dass es diese Meldung gab. Jetzt frage ich mich halt, wie das so zusammenpasst, dass die Bundesbank Ansteckungsrisiken gesehen hat, was auch andere Kollegen von Ihnen uns hier bestätigt haben - -

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Keine.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Keine. Richtig, keine. Gut, dass Sie mit aufpassen. - Ihre Kolle-





## Nur zur dienstlichen Verwendung

gen haben auch bestätigt, dass sie keine Ansteckungsrisiken gesehen haben, aber die BaFin ein Ansteckungsrisiko gesehen hat. Können Sie sich erklären, wie das zusammenhängt?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, ich kann nur sagen, was wir für eine Einschätzung zu dem Zeitpunkt hatten, und diese Einschätzung wurde auf der Arbeitsebene übermittelt. Und mehr kann ich Ihnen nicht sagen. Also, ich kann nicht sagen, wie das dann weiterging.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, sieht halt dann so aus, als hätte die BaFin jetzt Ihre Expertise da nicht so berücksichtigt. - Diese Information dieser staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die dann aufkamen, haben Sie auf der Basis dann noch mal Ihre Wertungen überprüft, oder war das damit quasi erledigt, das Thema?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wenn mit uns Informationen, die für den Sachverhalt relevant sind, nicht geteilt werden können, dann können wir das auch nicht weiter bewerten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, aber da wurden sie ja dann geteilt.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Na ja, lediglich die Tatsache, dass, aber nicht, worum es geht. Hintergründe und dergleichen mehr wurden mit uns nicht geteilt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** „Uns“ heißt jetzt Sie, und Frau Buch wusste Bescheid?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** „Uns“ im Sinne von - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Oder Frau Buch wusste auch nichts?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wie meinen - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Frau Buch wusste auch keine Details?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein. Niemand.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, nach meinem Kenntnisstand war das, was die Frau Roegele meinem Mitarbeiter sagte, letztlich das Gleiche, was sie Frau Buch sagte, also lediglich die Information, dass da andere Informationen wichtig sind, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, streng vertraulich; man kann nichts über die weiteren Dinge sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Dass es gar keine Ermittlungen gab seitens der Staatsanwaltschaft, war Ihnen auch nicht bewusst?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Woher?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay, gut. - Dann letzte Frage für diese Runde. Nach Ihrer heutigen Auffassung mit Blick auf den Untersuchungszeitraum und auf damals: Ist aus Ihrer Sicht das Leerverkaufsverbot nachvollziehbar oder zulässig?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich bin kein Jurist. Kann ich Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, dann mache ich in der nächsten Runde weiter. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Und dann geht es weiter mit Frank Schäffler für die FDP-Fraktion.

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Weigert, da will ich ansetzen: Ist das eigentlich normal oder gab es solche Fälle schon mal bei Ihnen, dass jetzt die BaFin ihre weiteren Kenntnisse nicht mit Ihnen teilt? Ist das normal?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann jetzt nicht für die gesamte Historie sprechen; -

**Frank Schäffler (FDP):** Oder in Ihrer Zeit.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** - aber in meiner Zeit, in der ich da war, war das - also bis heute - ein einmaliger Vorgang.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Frank Schäffler (FDP):** Und ist das bei Ihnen noch mal nachgearbeitet worden, als das Leerverkaufsverbot dann erlassen wurde? Ist dann bei Ihnen danach noch mal das untersucht worden, ob Marktmissbrauch - - ob die Finanzstabilität, das Marktvertrauen tatsächlich gestört waren? Ist da so eine Ex-post-Betrachtung gemacht worden?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir haben keine - - Da sich in der Zeit keine Entwicklungen ergeben haben, haben wir die auch nicht darauf zurückführen können.

**Frank Schäffler (FDP):** Sie haben ja vorhin gesagt in Ihrem Eingangsstatement, dass Sie große Vernetzungen - - also die Größe und die Vernetzung nicht ausreichend waren für ein Leerverkaufsverbot; oder so ähnlich haben Sie das formuliert.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nee.

**Frank Schäffler (FDP):** Oder sagen Sie es noch mal, wie Sie es formuliert haben und wie Sie zu dieser Erkenntnis gekommen sind.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein, ich hatte erwähnt, dass die Wirecard Bank, die ja Teil von Wirecard ist, nicht Teil unserer Finanzstabilitätsüberwachung war, weil es kein systemrelevantes oder potenziell systemrelevantes Institut gewesen ist. Und das wird regelmäßig von uns jedes Jahr - - Mit der BaFin gemeinsam wird identifiziert: Welche Institute sind in Deutschland potenziell oder grundsätzlich oder anderweitig systemrelevant? Und in diesem Kontext wird Vernetzung, wird Größe zugrunde gelegt, um dann zu einem Ergebnis zu kommen, ob es Institute sind, die - -

**Frank Schäffler (FDP):** Also, das war nur die Bank, die Sie quasi da zugrunde gelegt haben, nicht das Unternehmen insgesamt.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Genau. Das Unternehmen selbst kannten wir jetzt nicht aus der normalen Finanzstabilitätsanalyse.

**Frank Schäffler (FDP):** Aha? Sie untersuchen die Unternehmen als Bundesbank nicht allgemein, wenn die im DAX sind oder so? Also, ich sage

mal, wenn eine Siemens in Schwierigkeiten gerät, dann hat das doch für die Finanzstabilität in Deutschland auch eine Auswirkung, oder? Oder kann es zumindest.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja, Sie können sich viele Szenarien natürlich überlegen; aber unser Kernfokus ist erst einmal das Finanzsystem selbst. Was Sie jetzt beschreiben, ist ja eine Möglichkeit, dass Entwicklungen außerhalb des Finanzsystems letztlich dazu beitragen. Und das machen wir nicht mit Bezug auf einzelne Unternehmen, sondern dann wie in der aktuellen Situation die Frage „Solvenz des Unternehmenssektors“.

**Frank Schäffler (FDP):** Okay. - Ich will mal das Themenfeld wechseln. Wie handhabt die Bundesbank private Finanzgeschäfte von Mitarbeitern? Können Sie das mal beschreiben, wie Sie das machen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Die Details weiß der Herr Guericke, der schon hier war. Letztlich müssen wir unsere Finanzgeschäfte offenlegen, und ein Teil der Finanzgeschäfte ist auch verboten, je nachdem.

**Frank Schäffler (FDP):** Und Sie sind ja Leiter eines Zentralbereichs. Wie gehen Sie damit um in Ihrem Zentralbereich?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja, wir unterliegen alle den gleichen Compliance-Regeln.

**Frank Schäffler (FDP):** Ist das Teil von Mitarbeitergesprächen auch?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Oh, da fragen Sie mich jetzt zu viel. Da kann ich Ihnen nicht - -

**Frank Schäffler (FDP):** Gibt es keine Mitarbeiter, die direkt an Sie berichten?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich habe Abteilungsleiter, aber die unterliegen denselben Compliance-Regeln. Wir haben einen Compliance-Beauftragten. Es muss jedes Jahr gemeldet werden, welche Geschäfte gemacht werden usw. Wir ha-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ben Insiderlisten. Also, wenn jemand zu bestimmten Informationen Zugang hatte, müssen wir das melden usw.

**Frank Schäffler (FDP):** Aber gibt es da ein sogenanntes Zweitschriftverfahren?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Da überfragen Sie mich jetzt. Da fragen Sie mich jetzt - -

**Frank Schäffler (FDP):** Handeln Sie denn mit Aktien?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ob ich mit Aktien - -

**Frank Schäffler (FDP):** Oder mit Derivaten.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein.

**Frank Schäffler (FDP):** Oder mit Instrumenten in Aktien.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Außer ETF: Nein.

**Frank Schäffler (FDP):** Und haben Sie irgendwie Vorstellungen - - Also, die Bundesbank ist ja für viele Bereiche auch - wie sagt man? - Vermögensverwalter für die öffentliche Hand, dass im Kern Pensionsrückstellungen dort angelegt werden usw. usf. Kann man sich denn vorstellen, dass die Bundesbank auch in so eine Rolle hineinkommt, dass sie für Bundesbehörden, für obere Bundesbehörden so ein Verfahren entwickelt, um so eine Art Zweitschriftverfahren auf Bundesbankenebene zu organisieren? Kann man sich das vorstellen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann Ihnen dazu einfach gar nichts sagen, weil ich bin nicht der Compliance-Beauftragte und bin nicht in den ganzen Details drin. Tut mir sehr leid.

(RA Walter Egle: Ich frage mich, inwieweit das zum Beweisgegenstand gehört, Herr Abgeordneter!)

**Frank Schäffler (FDP):** Ja, das ist wichtig. Die Finanzgeschäfte sind ja durchaus ein entscheidendes Thema innerhalb der BaFin und auch in anderen Bundesbehörden. Und das hat ja durchaus zu dem einen oder anderen Verfahren auch geführt. Also, insofern ist das, glaube ich, schon eine relevante Größe. Und inwieweit da die Bundesbank ähnliche Compliance-Regeln hat und wie sie damit umgeht, ist natürlich schon sehr relevant.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja, aber ich kann Ihnen trotzdem nichts zu dem sagen, was Sie gefragt haben, ob die Bundesbank da eine aktive Rolle spielen kann.

**Frank Schäffler (FDP):** Gut. - Das war es dann. Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Frank Schäffler. - Und dann Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Das hat mich jetzt doch aber auch noch mal - - Also, es ist natürlich absolut relevant. Ich will es auch ganz klar sagen: Das hat aus meiner Sicht den Präsidenten der BaFin den Job gekostet, dass innerhalb der BaFin durchaus exzessiv mit Wirecard-Aktien und -Derivaten gehandelt wurde. Insofern finde ich das auch keine unverhältnismäßige Frage an einen leitenden Beamten der Bundesbank, wie denn die Compliance-Regeln aussehen, weil in diesem Untersuchungsausschuss geht es genau um solche Fragen.

Und ich finde es schon auch eine Aussage, dass Sie als Leiter des Zentralbereichs sozusagen jetzt dem Herrn Schäffler nicht sagen können, ob Sie mit Ihren Direct Reports darüber reden, welche sozusagen Finanzgeschäfte die machen. Das heißt, ganz offenbar gibt es da ja auch keinen Prozess, dass Sie das machen müssen, und Sie müssen ganz offenbar auch deren Geschäfte nicht freizeichnen. Nur damit ich das einmal zusammengefasst habe.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich zeichne keine Geschäfte frei.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Na ja, weil wir natürlich auch von der BaFin erwarten, dass sie sich bei diesen Compliance-Regeln deutlich verbessert. Nur, mein Eindruck ist - würde ich vielleicht einfach mal mit nach Frankfurt geben -: Ich würde schleunigst empfehlen, dieses Thema auch noch mal aufzurufen - nicht dass es bei irgendeiner ungelegenen Situation dann noch mal zur Sprache kommt.

Sie haben auch gesagt, Sie haben keine Ex-post-Betrachtung zu den Auswirkungen des Leerverkaufsverbots gemacht. Habe ich das richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Keine expliziten, nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Warum nicht?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Es gab keine Veranlassung für uns, das noch mal zu machen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das finde ich interessant, weil, ich meine, wir haben wirklich hochkompetente Mitarbeiter gestern auch kennengelernt, und die Bundesbank hat auch ein sehr ausgeprägtes Forschungsinteresse. Und dann gibt es zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik ein Leerverkaufsverbot, wo die Bundesbank bis zu einem gewissen Zeitpunkt eine ganz explizit andere Meinung hatte, und man guckt sich nicht mal die Effekte an davon. Das verstehe ich nicht.

(Frank Schäffler (FDP): Das finde ich auch komisch!)

Also, das gibt es nicht, und es hat auch niemand für nötig gehalten oder das für relevant gehalten, das mal irgendwie näher zu untersuchen.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, der Kollege des Zentralbereichs Volkswirtschaft, der, glaube ich, gestern ja hier war, der hat sich das - - Ich weiß nicht, wie weit sein Untersuchungszeitraum geht. Ob er bis inklusive 15. geht oder danach, kann ich jetzt nicht sagen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, deswegen bin ich auch auf diesen Punkt gekommen, weil der hat gestern gesagt: Ach ja, mhm. - Also, er hat es leider nur untersucht bis zum Tag der Erteilung. Er hatte zwar Daten noch zwei Wochen hintendran, aber das hat er für nicht so relevant gehalten.

Wissen Sie, ich kann es einfach nicht verstehen, weil ich mache sozusagen eine Analyse, dann weiß ich: Da ist ein Ereignis. Das ist doch für jeden - - Millionen von armen Studierenden, die irgendwelche Masterarbeiten schreiben oder Dissertationen schreiben, die warten doch drauf, dass ich einen Datensatz habe, wo ich weiß, da passiert etwas, und ich kann irgendwie vorher/nachher anschauen. Der Kollege hat das aber auch nicht getan, und er hat uns auch erzählt, dass ihm nicht bewusst ist, dass das irgendwie mal aufgearbeitet wurde. - Okay, haben wir auch geklärt. Vielen Dank.

Dann zum Thema Ansteckungsrisiken. Die BaFin hat abgestellt auf Marktvertrauen, ausgelöst dann durch eben diese Erpressungsgeschichte, die ja von der Staatsanwaltschaft München zugeliefert wurde. Diese Ansteckungsfragen, die Sie normalerweise untersuchen, das sind ja keine Ansteckungen dann, die das Marktvertrauen betreffen, sondern es wären Ansteckungen aufgrund, sage ich mal, irgendwelcher Verästelungen von größeren Finanzinstitutionen oder -unternehmen.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Vertrauen ist ein Element, ein Transmissionsriemen, aber nicht der alleinige. Also, Vertrauenseffekte können auch die Finanzstabilität beeinflussen. Letztlich sind die Analysen, die wir dazu gemacht haben - - versuchen den Vertrauenskanal mit abzubauen, weil ja in aller Regel die Unternehmen, die dann betrachtet werden, ja nicht direkt miteinander verflochten sind, sondern über das Marktvertrauen miteinander verflochten sind und darüber sich Ansteckungseffekte ergeben können.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber was mir auch noch mal wichtig wäre zu klären: Das, was Ihre Kolleginnen und Kollegen geprüft haben, hat immer den Faktor dieser staatsanwaltschaftlichen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Erkenntnisse hinsichtlich Erpressung - - konnte das ja nicht inkludieren.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Genau. Diese Information lag uns nicht vor und konnten wir in dem Sinne auch nicht prüfen. Das ist richtig.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ich gehe da nur drauf ein, weil ich es eben schwierig finde, wenn wir jetzt in einer anderen Argumentation die Erkenntnisse, die da zutage gefördert wurden, nutzen als Argument, dass das, was die BaFin getan hat, ja irgendwie falsch wäre. Und es ist, glaube ich, wirklich ein Paradebeispiel von Äpfel mit Birnen verglichen, weil Sie haben quasi auf zwei unterschiedliche Dinge oder zwei unterschiedliche Szenarien, um es mal so zu sagen, geschaut.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir haben halt die Implikationen von staatsanwaltlichen Ermittlungen - - Wir kannten das nicht, und deswegen kann es nicht Teil der Analyse sein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Ja, vollkommen verständlich. - So. Jetzt habe ich aber noch mal eine andere Frage: Haben Sie dennoch jemals der BaFin an diesem Tage irgendwas Schriftliches zukommen lassen? Also, wenn ich „Sie“ sage, meine ich die Bundesbank.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Mir ist nicht bekannt, dass was Schriftliches das Haus verlassen hätte.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Also, ich halte fest: Bei der BaFin ist an dem Tag, als diese Entscheidung hier gereift ist, am 15.02.2019, keinerlei schriftliche Kommunikation vonseiten der Bundesbank eingegangen.

Aus unserer Erkenntnis gab es einen telefonischen Anruf, der aber auch relativ kurz war. Da ging es irgendwie darum - - Da ist im Prinzip die Haltung so ein bisschen durchge- - dass man sozusagen die Argumentation der BaFin irgendwie für dünn halte. Das war aber auch ein Telefonat auf Arbeitsebene, und es war auch nicht sonderlich lang. Das war im Wesent- -

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das ist vermutlich dieses Gespräch, was ich auch eingangs sagte, was dann in einem Gespräch mit Frau Roegele mündete.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, okay. - Was ich mich jetzt noch frage, ist - das ist schon mehrfach angesprochen -: Hat denn jetzt die Bundesbank keine Stellungnahme abgegeben, oder wollte die BaFin dann keine haben?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Mein Verständnis der Sache ist, dass durch die staatsanwaltlichen Ermittlungen, durch die Weiterungen, letztlich keine Stellungnahme angefragt wurde, weil es eigentlich um was anderes ging, nämlich um Marktintegritätsfragen - das war mein Verständnis -, nicht Finanzstabilität.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Hat das Frau Buch genauso gesehen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, wie sie es gesehen hat. Ich kann nur sagen, was meine Wahrnehmung war aus den Rückmeldungen, die ich bekommen habe.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gab es da irgendwie Diskussionen, wie man da jetzt der BaFin quasi - in Anführungszeichen - auch formal antwortet oder wie - ich habe das, glaube ich, an anderer Stelle gesagt - Sie es vielleicht auch bei sich - in Anführungszeichen - für die Buchhaltung verakten?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nicht dass ich mich daran erinnern könnte.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, weil man könnte ja auch einfach sagen: Okay, also, Roegele sagt: Staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, kann euch mehr nicht sagen. - Frau Buch sagt: Okay, dann sind wir hier irgendwie raus. Dann geben wir auch keine Stellung ab. - Roegele sagt: „Verstehe ich. Schönes Wochenende!“, Sie: „Feierabend machen“, sozusagen.

Aber aus den Akten ergibt sich für uns ein bisschen anderes Bild. Also, zumindest aus den E-Mails scheint es so, als hätte es bei Ihnen im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Hause sehr wohl eine Diskussion darüber gegeben, wie das denn jetzt zu betrachten ist, also ob Sie auf eine Stellungnahme quasi verzichtet haben oder ob die BaFin am Ende keine wollte. Also, ich habe hier eine E-Mail vorliegen; die ist auf einem unserer wunderbaren Computer hier. Die MAT-Nummer - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Eingestuft.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja, das ist eingestuft. Ich werde auch nicht daraus vorlesen. - Auf jeden Fall ist es eine E-Mail, die ist am - ich glaube, das ist nicht der Geheimhaltung unterlegen - - Na ja, egal. Also, es ist eine E-Mail aus Ihrem Haus. Sie ist von Sonntag, dem 17., gewesen, und irgendwie wäre es jetzt wahrscheinlich unglaublich, wenn Sie da nicht irgendwie die zumindest bekommen hätten. Ich würde Ihnen die gerne mal vorlegen lassen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann Zeit stoppen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sie müssten, damit unsere Geheimschutzstelle keinen Herzinfarkt bekommt, da unter dieser Uhr irgendwie - - damit meine Praktikantin von oben nicht reinlesen kann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist doch wunderbar. Das ist ja schon hier gelebte Praxis. Sehr gut. Dann passt das.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. - Also, es sind sogar zwei E-Mails. Da sind Sie einmal Empfänger und einmal Sender. Lassen Sie sich so viel Zeit, wie Sie brauchen.

(Dem Zeugen werden am Rande des Sitzungssaals Dokumente auf einem Notebook gezeigt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein, ich kenne ja den Vorgang.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ach so. Ja, das ist ja umso besser. Deswegen frage ich ja so, ich will jetzt nicht sagen, blöd, aber deswegen frage ich ja

so nach, weil ich habe das zumin- - Ich kenne ja immer nur schriftliche Kommunikation. Deswegen reden wir miteinander. Ich habe das so aufgefasst, dass es bei Ihnen eine Diskussion darüber gab, wie man das jetzt framt, würde man neu-deutsch sagen.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja. Das ist aber nicht der Fall, sondern letzten Endes gab es E-Mail-Austausche. Da wurden wir um einen Kommentar gebeten, ob das so dem entspricht. Und ich habe daraufhin meine Wahrnehmung mit kommuniziert, und die wurde von den beiden anderen, die dort mit angesprochen waren, offensichtlich geteilt, dass meine Wahrnehmung vom Freitag der entspricht. Und dann ist das verschickt worden.

Es gab ja noch vorher - - Morgens um sechs oder wann kam ja der Entwurf, der, glaube ich, zur ESMA dann auch geschickt wurde. Ja, und in diesem Kontext war auch meine Wahrnehmung: Das deckte sich mit dem, was am Freitag besprochen wurde.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Das ist was, was wir nachher mit Frau Dr. Buch besprechen müssen. Aber uns stellt sich eben das Bild dar, dass es eben eine Veränderung in dieser Position gab. Also, noch am Samstag gab es Kommunikation mit der BaFin. Da wurde es so: „Wir brauchen keine“ oder „Wir verzichten“ - - Und dann, nachdem Sie diese Mail mit Ihrer Wahrnehmung verschickt hatten, gab es dann Kommunikation mit Frau Roegele. Auch der Inhalt dieser Kommunikation war dann mehr oder weniger genau der Hauptinhalt. Der einzige Inhalt war genau das, was Sie als Anmerkung weitergegeben haben. Und deswegen kann man zumindest aus dem Paper Trail nachvollziehen, dass es zumindest an der Spitze bei Frau Dr. Buch über das Wochenende eine Veränderung in dieser Position gab: „Verzichten wir?“ oder „Werden wir gar nicht aufgefordert, eine abzugeben?“.

Ich würde im Normalfall ehrlicherweise sagen: Das ist Jacke wie Hose. - Aber jetzt sind wir ja hier in einem auch durchaus politischen Ausschuss, und es geht so ein bisschen um die Frage



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sozusagen: Es gibt die These, Sie sind ausgetrickst worden von der BaFin. Man wollte Sie irgendwie aktiv daran hindern, dass Sie schützend da reingrätschen. Und dann frage ich mich, wenn ich dann so eine Kommunikation nachvollziehe: Wie passt das zusammen? - Also, die Heldengeschichte sehe ich darin jetzt nicht. Aber da müssen Sie nicht drauf antworten. Ich habe wieder nur laut gedacht, und meine Zeit ist rum. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Dr. Zimmermann. - Dann geht es weiter mit dem Kollegen Dr. Toncar, ne?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein, Frank Schäffler war gerade dran.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frank Schäffler war dran. Also, ich merke die Spuren der Nacht. - Dann ist das Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Herr Dr. Weigert, in der Korrespondenz, die jetzt der Kollege Zimmermann Ihnen vorgehalten hat, da gibt es ja einen Vorlauf. Und der Vorlauf bezieht sich ja - ich sage das jetzt mal abstrakt - auch auf den Austausch, der von der Bundesbank mit Frau Roegele geführt wurde. Interessant ist, dass die Frage der Stellungnahme und ob man eine abgibt, ja in dieser Kommunikation, die hier veraktet ist, überhaupt keine Rolle spielt in den Äußerungen von Frau Roegele. Es wird aber eine SMS erwähnt. Die finden wir aber nicht in den Akten. Haben Sie irgendwelche Erkenntnisse dazu? Ich sage es mal so: Würden Sie ausrichten noch mal an Ihre Institution, dass das sehr hilfreich wäre, diese auch vorliegen zu haben?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Von wem denn die SMS?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Es gab offenbar SMS-Verkehr zwischen Frau Buch und Frau Roegele.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja, aber - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist das fehlende Puzzlestück in dieser Korrespondenz. Verstehen Sie mein Interesse?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nee, ich verstehe Ihr Interesse. Ich kann nur - - Ich weiß nicht, ob ich der richtige Adressat bin.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein, nein. Sie persönlich nicht, aber Sie vertreten Ihre Institution, und ich will nur drauf hinweisen, dass ja Beweisbeschlüsse auch vollständig umzusetzen sind. Und deswegen: Das ist quasi auch ein Hinweis - fürs Protokoll - an unser Sekretariat, dass dem noch mal nachgegangen wird, -

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Okay.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - weil dann können wir, glaube ich, den Sachverhalt besser erhellen.

Zumindest, um das jetzt auch so abstrakt zu belassen - Sie sagen ja, Sie kennen im Wesentlichen die Korrespondenz -: Es gibt ja sozusagen zwei Interpretationen des Vorgangs, wenn ich das jetzt mal wieder abstrakt so beschreiben darf. Die eine ist: „Eine Stellungnahme der Bundesbank ist nicht erforderlich“, und die andere ist: „Die BaFin verzichtet auf das Einholen einer solchen Stellungnahme“. Würden Sie mir zustimmen, dass in der Korrespondenz, die Ihnen Herr Zimmermann vorgehalten hat, quasi die Bundesbank ja - - oder Sie vorschlagen, dass man sagen könnte, die BaFin verzichtet auf eine Stellungnahme? Jetzt frage ich mich: Warum muss man überhaupt so etwas diskutieren? Also, entweder: „Sie ist nicht erforderlich“ oder man hat eine Sprachregelung. Das verstehe ich nicht ganz.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, meine Wahrnehmung an dem Freitag war, dass sich einfach die Informationslage komplett geändert hat in dem Augenblick, wo plötzlich staatsanwaltliche Ermittlungen im Raum standen. Es ging um Dinge der Marktintegrität, kriminelle Machenschaften und dergleichen mehr. Und damit war eigentlich - - Das berührt einfach unsere Kompetenz gar nicht, unser Mandat. Das war meine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Wahrnehmung. Insofern stellt sich für mich zumindest persönlich gar nicht die Frage, ob - - Also, ich meine, man kann eigentlich in diesem Fall von uns gar keine Stellungnahme - in Anführungszeichen - erwarten, weil zu diesen Dingen können wir gar nichts sagen. Das ist meine Wahrnehmung in dem Rahmen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber wenn ich das richtig verstehe: Das würde ja eher die These bekräftigen, dass eine Stellungnahme dann gar nicht erforderlich war. Also, dann muss ja niemand drauf verzichten. Dann ist sie einfach schlichtweg nicht erforderlich, weil es um einen ganz anderen Sachverhalt geht. Deswegen frage ich mich: Wie kommt diese Korrespondenz zustande über die Frage, ob man dokumentiert, dass eine andere Institution auf eine Stellungnahme verzichtet habe?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja, dem ging ja - - Also, meine Wahrnehmung vom Freitag deckte sich auch mit der E-Mail, die am Sonntagmorgen ja kam, wo halt lediglich nur noch zur Kenntnis, dass die Anordnung - - oder ich weiß jetzt nicht mehr genau, wie das Dokument heißt, was dann morgens verschickt wurde -, lediglich noch zu unserer Information.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, aber - - Vielleicht muss ich meine Frage anders stellen. Wenn ich erfahre: „Deine Meinung ist gar nicht gefragt“, dann tausche ich mich doch nicht noch darüber aus, ob jetzt jemand anderes auf meine Meinung verzichtet, sondern dann sage ich: „Okay, ich bin nicht zuständig“, und das war's.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich sehe jetzt nicht den Unter- - Also, ich sehe den Unterschied nicht so, wie Sie ihn sehen. Vielleicht haben wir da eine andere Interpretation. Ich weiß es nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wie sehen Sie es denn? Helfen Sie mir doch mal.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Na, ich sehe, dass letztlich hier Themen eine Rolle spielten, für die wir keine Kompetenz in dem Sinne hatten, wo

wir eine Einschätzung abgeben können, was da die Implikationen sind.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das heißt aber, dass trotz Ihrer Nichtzuständigkeit theoretisch eine Stellungnahme hätte eingeholt werden können von Ihnen. Und deswegen haben Sie sich entschieden, dann eher zu sagen: Na gut, dann soll halt eine andere Institution jetzt sagen, sie verzichten darauf.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das kann ich nicht beurteilen, weil ich habe an dem - - Wie gesagt, die Rückmeldung, die ich bekam, war, dass hier andere Dinge berührt sind und eben nicht das Mandat der Bundesbank berührt ist mit dem Finanzstabilitätsmandat und von daher keine Stellungnahme kam.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie mir abschließend noch sagen, ob Sie den Artikel 24 der Leerverkaufsverordnung als abschließend betrachten oder nicht?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich bin kein Jurist. Ich kann Ihnen - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Waren Sie auch nicht befasst mit dieser Frage?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und haben Sie die Zeitungsveröffentlichung der „Financial Times“ irgendwie in Ihren Analysen - - Also, da gab es ja eine Häufung von Zeitungsartikeln, die irgendwie die BaFin offenbar sehr kritisch sah. Hat das in Ihren Überlegungen irgendeine Rolle gespielt?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir haben uns damit nicht befasst, nein. Also, es spielte insofern eine Rolle - jetzt nicht direkt, sondern indirekt -, als die Leerverkaufspositionen betrachtet wurden und analysiert wurde, ob sich dort Auffälligkeiten ergaben. Und da gab es eben Perioden in früheren Phasen, wo deutlich höhere Nettoleerverkaufspositionen zu verzeichnen waren.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann als Nächstes Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hallo, Herr Dr. Weigert! Ich grüße Sie. Schön, dass Sie uns zur Verfügung stehen. - Ich möchte mal ganz grundsätzlich fragen: Ist es denn normal, dass zwei Bundesbehörden in einer Frage auch mal eine unterschiedliche Meinung haben können?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Vermutlich.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich will es hoffen. Ich glaube, wir leben in einer Demokratie. Man darf das, deswegen kommt das vor.

Und würden Sie mir auch zusprechen - - Würden Sie auch das bejahen, wenn Sie als Institution gefragt sind bei einer Frage und eine Meinung haben, dass Sie diese Meinung dann auch, ich sage jetzt mal, offensiv, auch gerade, wenn sie gut fundiert ist, auch nach außen vertreten?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wenn sie gut fundiert ist, vertreten wir natürlich unsere Positionen; das ist klar.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und würden Sie sagen, dass in dem Fall Ihre Meinung zum Leerverkaufsverbot - - dass Sie die, Sie als Institution, offensiv der BaFin gegenüber vertreten haben, ich würde sagen, auch bis zum Konflikt?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Bis zu welchem Konflikt?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, bis zum Konflikt, wo zwei unterschiedliche Meinungen aufeinandertreten. Denn für mich ergibt sich dieses Bild auch nach der Befragung, dass Sie so Berater auf Zuruf waren. Und ich glaube, das ist ja auch nicht zufriedenstellend für Ihre Rolle und für Ihr Selbstverständnis. Eine Bundesbehörde muss ja auch eine Meinung bis zum Konflikt mit einer anderen Behörde vertreten. Und da will ich Sie fragen, ob Sie glauben in

der Bewertung dieses Vorgangs, ob Sie das getan haben.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir haben bis zu dem Zeitpunkt, wo sich die Informationslage geändert hat, unsere analytische Kompetenz in diesen Vorgang eingebracht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber wenn Sie sagen: „die Informationslage verändert“, heißt das für mich: Der Hinweis „staatsanwaltschaftliche Ermittlungen“ schlägt alles andere, Fragen der Finanzstabilität. Und das ist dann auf einmal sozusagen beiseitegeschoben. Gehören zu einem vollen Bild nicht beide Perspektiven?

Übrigens gerade, weil Sie jetzt ja mehrmals betont haben, dass Sie kein Jurist sind: Die BaFin - - Die Kollegin, die gestern da war, hatte genau das andere Problem, dass die dort keinen Ökonomen im höheren Dienst hatten und trotzdem diejenigen waren, die maßgeblich diese Entscheidung getroffen haben. Da sollte man doch ein gesamthaftes Bild haben und deswegen auch Ihre Expertise berücksichtigen. Und das ist ja nicht passiert.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir haben ja unsere Expertise bis zu dem Zeitpunkt eingebracht, die zum Thema Finanzstabilität beigetragen - - oder die wir beitragen konnten.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sagen Sie doch mal in Ihren Begriffen und gerne untechnisch: Haben Sie als Bundesbank auf eine Stellungnahme verzichtet, oder hat die BaFin gesagt: „Wir brauchen das nicht“?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nach meinem Verständnis waren wir in einem anderen - in Anführungszeichen - „Prozess“, weil es hier um Marktintegritätsfragen ging.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Habe ich verstanden. Aber noch mal meine Frage: -

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Und damit - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - Haben Sie als Bundesbank gesagt: „Wir verzichten drauf“, oder hat die BaFin gesagt: „Wir brauchen euch nicht“? Das sind ja zwei unterschiedliche Dinge, die sozusagen zu dem Ergebnis geführt haben.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Meine Wahrnehmung aus den Rückmeldungen am Freitag war, dass wir zu diesen Fragen überhaupt keine Stellung nehmen können, weil das nicht unser Mandat berührt. Die Frage von staatsanwaltlichen Ermittlungen - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hat Ihnen aber die BaFin quasi gesagt? Denn Sie hatten ja anfangs eine andere Rechtsauffassung. Ich weiß, Sie sind kein Jurist. Aber Sie als Bundesbank - - Das hatte uns Herr Guericke gesagt: Anfangs war eine andere Rechtsaufsicht. - Das heißt, Sie haben sich von der BaFin belehren lassen und haben gesagt: Dann geben wir halt keine Stellungnahme ab.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Na ja, durch die staatsanwaltlichen Ermittlungen ergab sich ja ein ganz anderes Bild. Also, wir haben ja die Situation uns angeschaut unter der Maßgabe, dass hier eine Krisensituation vor der Haustür steht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, genau, Krisensituation.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Und die haben wir auf Basis unserer - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Umso mehr wäre ja Ihre Expertise gefragt.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Genau. Und auf Basis unserer Informationen konnten wir das nicht verifizieren.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie denn eigentlich Ihren Verzicht auf diese Stellungnahme mal mit Ihrer Rechts- und Fachaufsicht abklären lassen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Mit wem?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mit der Rechts- und Fachaufsicht. Das wäre das BMF in dem Fall. Hätte man das vielleicht nicht mal mit denen abklären müssen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nicht dass ich wüsste, dass wir das abgeklärt - - Also, mit dem BMF hatten wir da in dieser Frage keinen Kontakt. Es gab den Kontakt seinerzeit, als es um die Frage einer weiteren Einbindung bei EU-Leerverkaufsverordnungen, also bei Maßnahmen nach EU-Leerverkaufsverordnungen, ging. Da gibt es einen Schriftverkehr mit dem BMF, in dem dargelegt wird, dass der Bundesbank vor Ergreifen solcher Maßnahmen die Möglichkeit gegeben werden sollte, Stellung zu nehmen. Das ist letztlich auch die Basis für diesen Prozess.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie das mit Herrn Guericke abgeklärt?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Was habe ich mit Herrn Guericke abgeklärt?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dass Sie jetzt keine Stellungnahme abgeben.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich habe mit Herrn Guericke mich über die veränderte Informationslage ausgetauscht an dem Freitagabend. Ich glaube, es gab auch noch mal einen Austausch zwischen Frau Buch und Herrn Guericke, aber ich kann mich daran - - Also, ich könnte das jetzt nicht mit Sicherheit sagen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie sagen - Sie haben das jetzt mehrmals betont - die neue Informationslage. - Würde ich auch so einschätzen. Ich finde es ein bisschen euphemistisch; aber jeder hat seine Worte.

Ich würde es mal so zusammenfassen: Weder in dem Leitfaden auf MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 6, noch im Ablaufschema der BaFin - das ist MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 29 - gibt es irgendeine Unterscheidung zwischen den Begriffen von „Marktvertrauen“ und „Finanzstabilität“, und zwar weder in der BaFin noch in der Bundesbank. Das ist die Welt am 15. Februar 2019. Und auf einmal, um 20.30 Uhr, ändert sich diese



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Welt. Und es muss ja irgendwie ein Ereignis gegeben haben, was diese Auffassung auf einmal verändert hat, und das wollen wir ja auch verstehen, wie es dazu kam. Da ist etwas passiert, das auf einmal eine neue Rechtslage ausgelöst hat. Und Ihr Hauptgruppenleiter F 42 rief in der BaFin an - was ja auch interessant ist, da erst mal anzurufen - und erklärte, dass die Stellungnahme negativ ausfallen würde.

Deswegen habe ich jetzt zwei Fragen. Erstens, glauben Sie, dass die Stellungnahme nicht abgeschickt worden wäre, wenn sie negativ ausgefallen wäre? Und glauben Sie, dass es richtig ist, dass eine Stellungnahme nur deshalb nicht abgeschickt wird, weil sie negativ ausfällt?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das waren zwei Fragen.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Die erste Frage war, ob wir negative Stellungnahmen abschicken oder nicht. Das war Ihre erste Frage. Wir nehmen zu verschiedenen Dingen Stellung, und die sind positiv oder auch mal negativ. Das hindert nicht daran, die Stellungnahme abzugeben. Das ist nicht der inhaltliche - - Das Ergebnis ist nicht maßgeblich dafür, ob - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber Sie sehen ja hier schon irgendwie den Konflikt oder die Frage, die sich einfach hier an der Stelle aufdrängt. Sie haben eine klare Auffassung. Sie haben eine klare Expertise. Das gesamte Haus bei Ihnen arbeitet an dieser Frage. Und dann telefonieren offenbar ein paar Leute, und dann sagt man: „Leute, lehnt euch irgendwie zurück. Wir machen jetzt Feierabend“ oder so; hatte Herr Zimmermann vorhin, glaube ich, so schön gesagt.

Und warum? Weil auf einmal zwei unterschiedliche Meinungen, der BaFin und der Bundesbank, sich gegenüberstehen. Für mich liest sich das ganz klar, dass Sie, warum auch immer und von wem auch immer, dort offensiv an der Frage gearbeitet haben, wo Sie auch große Expertise haben, und auf einmal davon dann irgendwie losgelassen haben, weil um 20.30 Uhr an dem

15. Februar auf einmal sich eine andere Rechtslage dargestellt hat. Würden Sie nicht sagen, dass das einfach sehr verdächtig ist?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Informationslage. Ich kann Ihnen gerade nicht folgen, weil Sie sagen, es hätte sich um 20.30 Uhr eine neue Rechtslage ergeben. Es hat sich erst einmal eine neue Informationslage ergeben, und diese Informationslage bezog sich auf staatsanwaltliche Ermittlungen, die Hintergrund der geplanten Maßnahme waren.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Keine Frage mehr, Herr Gottschalk. - Nur abschließend: Wir fragen deswegen so pedantisch da nach, Herr Dr. Weigert - sehen Sie es uns nach -, weil genau diese staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen alleine, die weder das Finanzsystem bedroht haben noch Ansteckungseffekte noch Nachahmungseffekte - - alle Ihre Experten würden sich darüber kaputt lachen, ich sage es mal ein bisschen flapsig - am Ende die Grundlage waren, dass die BaFin dieses Leerverkaufsverbot verhängt hat auf einer Rechtsgrundlage, auf der sie es nicht verhängen hätte dürfen. Und deswegen fragen wir da so pedantisch nach, wie dieses Ergebnis zustande kommt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. - Ja, ich mache da gleich weiter, weil letztlich, glaube ich, ist auch die Frage zu beantworten - deswegen frage ich Sie das jetzt auch mal -: Was ist denn höher angesiedelt: Marktvertrauen oder Finanzstabilität? Und ich frage das sehr bewusst.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, in meinem Aufgabenbereich ist Finanzstabilität - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Eben, deswegen. Es könnte ja sein, deswegen frage ich das - - Ich mache jetzt mal den Herrn Zimmermann; versuche ich, mal nachzumachen. Ich denke jetzt auch mal laut und denke: Es könnte ja sein, dass ein Teilbereich in der Finanzstabilität - - So würde ich das sehen, wäre meine Definition. Wenn ich mir den Markt anschau - und Sie sprechen sehr global über Finanzstabilität; da gehört ja noch ein bisschen mehr zu als jetzt zu einer Marktstabi-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

tät - ,dann könnte es ja sein, dass die Finanzstabilität über diesem sogenannten Marktvertrauen steht.

Wenn dem so sei, dann hätten Sie ja an diesem bewussten Freitag, was der Kollege Bayaz eben auch ausgeführt hat, ohne dass wir jetzt noch mal auf 20.30 Uhr gucken - das ist ja schon der Film, der davor abläuft - - Dann muss man doch sagen: Wenn Marktvertrauen ein Element der Finanzstabilität ist und Sie erkennen: „Die BaFin geht da jetzt in einen Bereich rein“ - Dr. Bayaz hat das eben gut aufgeführt -, weil die Staatsanwaltschaft - -

Das muss wirklich auch noch mal geklärt werden, wie sich Staatsanwaltschaften vielleicht in Zukunft zu verhalten haben in solchen Dingen; denn die ist da eigentlich fein raus. Die sagt so nach dem Motto: Pst. Ich habe hier ein Geheimnis für dich, aber nicht weitersagen. - Und wenn ich nicht handele, bin ich der Blöde, weil die Staatsanwaltschaft sagt dann: Na ja, ich habe es dir doch gesagt. - Und tut es jemand nach draußen, hast du eigentlich auch den Schwarzen Peter.

Nun noch mal meine direkte Frage: Was ist denn höher anzusiedeln aus Ihrer Sicht, der ja die Finanzstabilität sozusagen bearbeitet? Da muss es ja mal auch Gedanken gegeben haben.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, für uns ist das Finanzstabilitätsmandat maßgeblich und Marktvertrauen - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, das haben wir alles verstanden. Meine Frage war sehr klar: Was sehen Sie als höherwertig und sozusagen auch als die große Klammer an: die Finanzstabilität oder das Marktvertrauen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das sollte man aber eigentlich, finde ich, wissen - weil es kann ja zu diesem Fall mal wieder kommen - am 15.02. Vielleicht - dann könnte ich jetzt etwas flapsig sagen - war es ja auch gut so, weil - - Wenn man

diese Frage nie sich gestellt, beantwortet und akademisch durchdacht hat, muss ich keine Antwort geben, und dann kann ich sagen: „Na ja, lass mal die BaFin da vielleicht ins Messer laufen, und wir machen um 20.30 Uhr, wenn da noch ein weiteres Faktum dazukommt“ - ich sage jetzt mal wie Herr Michelbach -, „ein bisschen den schlanken Schuh oder gehen ins Wochenende. Und dann lass die BaFin mal machen“. Das ist nämlich auch eine mögliche Interpretation. Ich finde, das ist schon wichtig, dass man sich als Hüterin der Währung Gedanken darüber macht: Was ist höherwertig? Oder was umfasst den einen Teilbereich?

Und dann kämen Sie nämlich aus der Nummer nicht raus. Wenn Sie nämlich sagen würden in Ihren eigenen Abläufen in der Bundesbank: „Finanzstabilität steht darüber, die Marktstabilität ist ein Teilbereich davon“, dann ist auch ganz logisch: Wenn in einem Teilbereich von einer anderen Behörde, hier der BaFin, etwas unternommen wird, was dann ja auch, weil es ein Teilbereich ist, die Finanzstabilität negativ beeinflussen könnte, weil man hat ja - das sagen auch alle - fast das Gegenteil von dem erreicht, was die BaFin erreichen wollte, dann ist das für mich schon verdammt wichtig an der Stelle, entweder dass BaFin und Bundesbank das - wir wollen ja auch was lernen - gemeinsam tun oder die Bundesbank einfach sagt: Freunde, wir sind Hüter der Währung. Wir sehen die Finanzstabilität wie das Bundesfinanzministerium deutlich über der Marktstabilität angesiedelt.

Und insoweit, wenn die BaFin aufgrund welches Artikels aus der Leerverkaufsverordnung meint, sie fuhrwerk da rum, um es mal auch etwas populistisch auszudrücken, dann müssten Sie da ja eigentlich sich in den Weg werfen und sagen: Stopp, da geht ihr drüber, und das berührt uns jetzt auch. Und das wollen wir nicht, weil wir haben hier Analysen gehört, Kovarianz. - Ich bin da bei Dr. Zimmermann: Da ist viel ausgerechnet worden. Und dann wären Sie doch in der Pflicht gewesen, zu sagen: BaFin, stopp!

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir haben lediglich die Information bekommen, dass staatsanwaltliche Ermittlungen dort stattfinden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. Aber noch mal: Sie haben wirklich im Hause der Bundesbank noch nie darüber nachgedacht, mal zu prüfen: Welches, um es mal so auszudrücken, ist vielleicht hier das höherwertige Gut im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung oder einer geldpolitischen Maßnahme?

Ich erinnere an das magische Viereck, dass man gesagt hat: Das sind eigentlich gleichrangige Ziele. Die versuchte man ja über Jahrzehnte auszutarieren, ein Drahtseilakt der besonderen Art. Und jetzt sitzen Sie als Vertreter der Bundesbank, die ich sehr wohl sehr hoch achte und als eine großartige Institution sehe, und sagen: Nee, wir haben uns eigentlich noch nie darüber Gedanken gemacht: „Was ist jetzt höherwertig anzusehen?“

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Marktvertrauen - ich hatte das bereits eingangs gesagt - oder Vertrauen im Allgemeinen - und dazu zählt dann auch Marktvertrauen - ist Teil einer Finanzstabilitätsanalyse. Das ist ein Transmissionsriemen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aha.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Inwieweit Marktvertrauen als Ziel - - Nicht immer dann, wenn Marktvertrauen verloren geht, ist auch die Finanzstabilität unmittelbar betroffen, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist klar.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** - Marktvertrauen im Sinne von Vertrauenseffekten. Marktvertrauen hat auch was mit Marktintegrität zu tun. Es hat auch was zu tun mit - jetzt fällt mir das Wort nicht ein - Manipulation und dergleichen mehr. Also, es hat ja Weiterungen, und es berührt Finanzstabilität in einem bestimmten Bereich, aber eben nicht den gesamten Bereich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist mir klar, aber mit den Ausführungen würde ich sogar sagen: Wir sind jetzt vielleicht im Vorstadium eines wissenschaftlichen Diskurses: Was könnte jetzt zu wem und zu welchem Teilbereich gehören?

Aber mit dem Eingangsstatement von Ihnen, da muss man ja sagen: Die Marktstabilität ist ein Teil der Finanzstabilität. - Und wenn ich das dann eben so sehe, dann muss ich als Bundesbank an dem Punkt - und da bin ich auch bei Dr. Zimmermann - sagen: Stopp! Das ist ein Teilbereich. Nach EU-Leerverkaufsverordnung, ja, könnt ihr das so machen. Aber stopp. Für die Finanzstabilität: Da sind wir Herr am Ring. Und wir sehen das als einen Teilbereich an.

Das hätte man ja alles diskutieren können. Das könnte ja auch vielleicht in anderen Kommunikationsformen noch mal kurz erörtert worden sein. Aber ich dränge ja - - Und wir alle wollen ja auch, dass das nie wieder passiert. Zeitdruck ist der schlechteste Ratgeber. Und wenn man mal einfach wissenschaftlich abgeklärt hat, von mir aus ja im gegenseitigen Austausch mit der BaFin: „Wer hat denn hier eigentlich final die Hose an?“, weil man eben, nochmals - da komme ich nicht drüber weg -, das Marktvertrauen als eine Teilmenge der Finanzstabilität sieht, dann wären Sie an diesem Freitag eben in der Verantwortung gewesen und nicht an dem Punkt, zu sagen um 20.30 Uhr: Tschüss, jetzt ist Wochenende. - Das ist einfach mein Punkt. Und deswegen: Das müssen Sie doch mal in Zukunft klären.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Was soll ich dazu jetzt sagen? Ja, man kann sich dazu - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sagen Sie Ja oder Nein. - Herr Hermann hat schon mal gesagt: Herr Gottschalk, ich nehme das auf. Wir werden jetzt unsere Leute zur Fortbildung, was Geldwäsche angeht, schicken - weil die bietet das Finanzministerium seit 2013 an. Das war den Bayern nicht bekannt. „Das ist ja in Ordnung“, hat er mir hier zugesagt; ist auch protokolliert. Wenn Sie jetzt sagen: „Ja“, dann bin ich verdammt beruhigt, wenn Sie das mal in Zukunft, wenn das heute auch ein Ergebnis sein könnte, mit der BaFin regeln.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Die BaFin ist für die Marktaufsicht ja zuständig.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. Aber dann wird sie sicherlich auf Ihren Rat hören, wenn Sie nämlich sagen: Wir sind aber hier für die Finanzstabilität zuständig. Das ist unser ureigenster Beritt. - Da wird auch, glaube ich, jeder im Finanzministerium Verständnis für haben. Und dann wären Sie an diesem Punkt um 20.30 Uhr gewesen, nämlich die Hand zu heben und zu sagen: Stopp! Ihr mögt das so sehen. Wir haben aber mal dekliniert und festgelegt: Ihr seid ein Teilbereich der Finanzstabilität. - Das ist der Punkt.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das führt uns trotzdem zu der Frage zurück: Wenn über staatsanwaltliche Ermittlungen marktaufsichtliche Erwägungen eine Rolle spielen, dann können wir sie nicht beurteilen. Wenn ich nicht weiß, worum es geht - und das ist das, was ich eingangs ja sagte - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber selbst dann hätten Sie sagen können: Wir wissen nicht, worum es geht. Wir sind aber hier Chef im Ring, weil wir es mal so definiert haben. Dann bringt uns das bei, oder regelt das mit Frau Bäumler-Hösl, dass darüber Auskunft gegeben wird.

Das müssen wir in Zukunft auch mal regeln, dass eine Staatsanwaltschaft nicht sagen kann: Ich habe was, aber nicht weitersagen. - Und derjenige, der Empfänger dieser Botschaft ist, hat den Schwarzen Peter; denn egal, was er macht, es ist Lose-lose für ihn: Handelt er nicht, dann sagt - nochmals, ich habe es ja gesagt - die Staatsanwaltschaft: Ich habe es dir doch gesagt. - Handelt er und gibt das weiter, dann sagt die Staatsanwaltschaft: Stopp, wir haben immer gesagt: „Bitte ganz vertraulich behandeln!“ Also, was ihr da gemacht habt, geht ja mal gar nicht. - In jedem Fall ist der Empfänger einer solchen Botschaft in einer verdammt schlechten Situation.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Aber Herr im Ring für die EU-Leerverkaufsverordnung ist die BaFin.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das weiß ich. Nochmals - - Okay. Dann Kollege Michelbach für die CDU/CSU.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank, Herr Dr. Weigert, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. - Wir stehen vor der Aufklärung zum falschen Komplex Leerverkaufsverbot. Und da gibt es für mich zwei grundsätzliche Themen: erstens „Versagen zum Leerverkaufsverbot durch falsche Fachkenntnisse“, und zweitens „Versagen zum Leerverkaufsverbot durch Falschaussagen zwischen der BaFin und der Bundesbank“.

Und jetzt habe ich längere Zeit zugehört und habe gehört, dass die Stellungnahme der Bundesbank nicht stattgefunden hat wegen staatsanwaltlicher Ermittlungen. „Neue Informationslage“, sagen Sie. So bestätigen Sie?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir haben eine neue Informationslage bekommen. Daraufhin hat Frau Buch mit Frau Roegele gesprochen. Und das Ergebnis war, zumindest meiner Wahrnehmung nach, an dem Freitag, dass wir uns nicht zu diesen Dingen äußern können, die staatsanwaltliche Ermittlungen betreffen und auch nicht uns gegenüber offengelegt werden können.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Die staatsanwaltschaftliche Ermittlung ist das Thema. Ich lege Ihnen jetzt - bitte anhalten -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - mal einen Vermerk der Oberstaatsanwältin Bäumler-Hösl vor. Und ich bitte, den mal anzuschauen, und dann sagen Sie mir, wo da „Ermittlungen“ steht. Das ist die Grundlage für diese ganze Schimäre Ermittlungen, staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. Lesen Sie das mal. Wo lesen Sie dort irgendwo, dass es Ermittlungen gibt?

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand lesen in diesen  
Unterlagen)

Es ist eine Telefonwiedergabe von einem Rechtsvertreter von Wirecard, der da natürlich eine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Story erzählt hat. Und das hat sie als Vermerk der BaFin geschickt.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja, aber davon habe ich - - Ich muss Ihnen sagen: Das sind ja jetzt hier alles Erkenntnisse, die Sie im Nachhinein haben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, aber - -

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich habe davon ja keine Kenntnis.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Klar, gestehe ich Ihnen ja zu, Herr Dr. Weigert. Aber Sie sind doch selber Opfer, indem Sie mir hier jetzt laufend erzählen: staatsanwaltliche Ermittlungen. - Die gab es nicht.

Also, ich will nur sagen: Bitte, ich meine, das muss man von einem so hohen Mitarbeiter der Bundesbank schon eigentlich erwarten, dass er die Begriffe „Vermerk“ und „staatsanwaltliche Ermittlungen“ in irgendeiner Form hier auseinanderhält. Sie sind mehr oder minder ausgehebelt worden durch Ihre sicher zuständige Fachanalyse. „Und warum?“, fragen wir uns. Warum?

Das müssen wir aufklären. Hat das Konzept - - Hat Ihre Stellungnahme, Ihre Einlassung bei der Frau Buch und bei der BaFin nicht in das Konzept gepasst? Das kann doch nicht anders sein, dass man Sie einfach aus dem Verkehr gezogen hat mit Ihrer Stellungnahme.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, ich kann Ihnen da nichts über die Beweggründe sagen. Ich kann Ihnen nur sagen, was unsere Beobachtung an dem Freitag war. Wir waren halt überrascht, dass zu so einem späten Zeitpunkt - ich meine, das sind ja sehr - - wir arbeiten da unter Hochdruck, wenn solche Sachen angestoßen werden -, letztlich völlig neue Informationen, die dann aber nicht geteilt werden können, über staatsanwaltliche Ermittlungen - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Vorher hat man erwartet, dass Sie ein anderes Urteil, eine andere Stellungnahme

scheinbar abgeben. Dann haben Sie eine Fachstellungnahme, die sich ja aus heutiger Sicht als absolut richtig erweist, auch wenn man die Handlungen und die Handelsunterlagen betrachtet - - Können Sie sich vorstellen, dass die an der obersten Stelle bei der Bundesbank und der BaFin entscheidenden Vorgehensweisen mit dieser staatsanwaltschaftlichen Informationslage, die man als Argument benutzt hat - - letzten Endes nachträglich eine Begründung finden musste, um Ihre Stellungnahme zunichtezumachen, auszuhebeln?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das wäre reine Spekulation für mich; kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, aber den Sachverhalt gibt es doch zweifellos.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Genau. Ich kann Ihnen nur sagen, wie ich den Sachverhalt an dem Tag erlebt habe, wahrgenommen habe. Und da ist meine Beobachtung nur, dass ich - - Sieben, acht Stunden lang sind wir von anderen Voraussetzungen ausgegangen, die mit neuen Informationen am Abend sich dann verändert haben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, ich denke, da hat Ihre Kompetenzanalyse nicht gepasst, und dann hat man die Kriminalstory eines Interessenvertreters aufgebraucht. Na ja, gut.

Ich kann nur mal jetzt in den ersten Punkt „Leerverkaufsverbot durch falsche Fachkenntnisse“ einsteigen. Da ist es ja so: Hat die BaFin überhaupt die Kompetenz, derartige Marktanalysen, so wie Sie sie ja fundiert machen, durchzuführen? Sie müssten ja da auch einen Eindruck haben: Kann das dort überhaupt jemand? Sind ja lauter Juristen, keine Volkswirte.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Na gut, der Hintergrund der langjährigen Zusammenarbeit, auch gemäß Finanzstabilitätsgesetz, ist ja, dass die Bundesbank als Analyseinstanz genau diese Analysen beitragen soll. Und die Einbindung basiert - also die Einbindung jetzt in dem konkreten Fall



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zur Leerverkaufsverordnung und § 14 Wertpapierhandelsgesetz, nationale Rechtsgrundlage - ja genau darauf, dass die Bundesbank hier ihren analytischen Input liefert.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Haben Sie sich am 15. Februar 2019 mit der BaFin - eigentlich Ihre Zuständigkeit als Bundesbank - über diese Kompetenz und auch über diese Analyse mal ausgetauscht? Und hat man dort mal Ihre Stellungnahme zumindest mündlich zur Kenntnis genommen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wie gesagt, der Kollege Seiler hat die Erkenntnisse unserer Analysen mit der BaFin telefonisch geteilt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Und die Sachverhaltsschilderung der Bundesbank war praktisch ja sehr konkret, so wie wir jetzt von Ihrem Kollegen und von Ihnen erfahren haben. Kann es sein, dass die BaFin das nicht für konkret genug gehalten hat oder das fachlich anders beurteilt hat? Gibt es überhaupt die Möglichkeit, das anders zu beurteilen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, wie die BaFin letztlich mit diesen Erkenntnissen umgegangen ist oder welche Auswirkungen das hatte auf die eigene Einschätzung.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Wir haben ja einen Vermerk von Herrn Wieland, Ihrem Kollegen, der zitiert wurde in einer E-Mail, wo es heißt - ich zitiere -:

Den Bafin-Vermerk finde ich außerdem auch handwerklich nicht gut.

Hat man darüber zumindest mal mit der BaFin gesprochen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich kenne die E-Mail. Das ist die Einschätzung im Rahmen der internen Zulieferungen gewesen. Ich kann Ihnen aber nicht sagen, ob jetzt konkret zu dem, was Sie zitiert haben, ein Austausch stattgefunden hat; kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Aber diese Anmerkung: Wie war denn das zu verstehen? Ich bemühe mich, dass Sie mal mir die fachlichen Zusammenhänge sagen: Warum war das „handwerklich nicht gut“? Wie kommt er zu so einer Formulierung?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das müssen Sie ihn selber fragen. Aber ich glaube, er war ja gestern hier, um genau das zu beantworten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, ich habe ihn gefragt, -

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann das jetzt nicht mehr - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): - ob da schlampig gearbeitet wurde. Aber Sie sind ja noch mehr Fachmann oder mindestens so Fachmann.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann mich jetzt nicht mehr an seine konkreten Argumente erinnern. Ich kenne diese E-Mail, aber weiß nicht, was ihn zu dem Schluss gebracht hat.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Können Sie sich vorstellen, dass die BaFin das juristische oder ökonomische Handwerkszeug gar nicht hat, um solche Entscheidungen wie Leerverkaufsverbote überhaupt allein zuständig zu fällen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Oh, das kann ich Ihnen beim besten Willen nicht sagen. Dafür kenne ich die BaFin - - Ich kenne die Kollegen der BaFin sehr gut, mit denen wir zusammenarbeiten in vielen Fällen. Und die machen alle einen sehr kompetenten Eindruck auf mich, mit denen wir da zusammenarbeiten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Trotzdem haben sie natürlich eine falsche Entscheidung gefällt. - Was ist denn Ihre Einschätzung zum erlassenen Leerverkaufsverbot der BaFin? Hat das letzten Endes am Markt falsches Vertrauen widerspiegelt? Oder was haben Sie da gesehen, oder was haben Sie da im Nachhinein noch an Bewertungen zu führen?





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wie gesagt, wir haben keine Ex-post-Analyse durchgeführt. Und insofern kann ich Ihnen auch nicht sagen, ob jetzt das eigentliche Ziel erreicht wurde, ob es nicht erreicht wurde; kann ich Ihnen dazu keine Auskunft geben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Dann haben wir natürlich auch die Frage: Wie oft haben Sie in Ihrem ganzen beruflichen Werdegang schon mal Leerverkaufsverbote ausgesprochen? Sie sind der entscheidende Mann dafür.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir sprechen die ohnehin nicht aus. Also, das macht ja die BaFin.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, klar. Aber in Ihrer Stellungnahme bewertet.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das war, wenn ich mich recht erinnere, die erste Stellungnahme.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Und wie lange sind Sie in der Branche oder in dem Fachbereich tätig, Herr Dr. Weigert?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich bin seit 2015 bei der Deutschen Bundesbank.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Also innerhalb von sechs Jahren der erste Fall, wenn man das so will.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Interessant. Gut. - Dann haben wir das Thema, dass wir noch mal drauf zurückkommen auf diesen ominösen Freitag, 15. Februar 2019. Da ist es richtig - - Oder: Ist es richtig, dass die erste formlose Stellungnahme durch Herrn Seiler mit dem Anruf um 20.45 Uhr bei der BaFin erfolgt ist, oder gab es bereits vorher weiteren Kontakt zur BaFin? Das ist ein Punkt, wo wir auch noch nicht klar sind, was letzten Endes da in Wirklichkeit stattgefunden hat.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann Ihnen nicht genau sagen, ob es noch zusätzlichen telefonischen Kontakt gab, der sich auf Abstimmungen möglicherweise bezog, oder auch um Daten, die teilweise noch angefragt wurden, also zu Nettoleerverkaufspositionen beispielsweise. Aber inwiefern jetzt bereits Einschätzungen vorher kommuniziert wurden: Da gehe ich davon aus, dass vorher keine Einschätzungen kommuniziert wurden. Wir haben ja auch erst um 17 - wann war das? -, 18.30 Uhr den ersten Entwurf bekommen. Vorher haben wir ja im Prinzip die Analysen gefahren unter der Maßgabe, dass hier eine mögliche Finanzstabilitätsbedrohung abgewehrt werden soll mit der Maßnahme.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Noch mal zur BaFin: Hat die BaFin bei den Erwägungen zum Erlass des Leerverkaufsverbots die kritischen Aspekte der Bundesbank überhaupt nicht gewichtet? Oder was war die Grundlage? Da muss man doch auch später noch mal in der Bundesbank drüber gesprochen haben, warum diese fachliche Analyse da überhaupt keinen Durchschlag gefunden hat.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann Ihnen das nicht sagen, wie die Analysen oder die Erkenntnisse der Kollegen letztlich Einfluss hatten auf das Endergebnis. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Aber können Sie sich vorstellen, dass man mit dem Argument „Die ESMA hat ja zugestimmt“ Ihre Expertise der Bundesbank quasi vom Tisch gewischt hat?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich weiß nicht, inwieweit überhaupt dieser Prozess, dass wir bei solchen Leerverkaufsverböten gemäß EU-Leerverkaufsverordnung - - dass dieser informelle Prozess, der zu einer Stellungnahme der Bundesbank ja dann führen würde, bei Erlass oder vor Erlass solcher Maßnahmen, weil uns die Möglichkeit gegeben werden soll, eine solche Stellungnahme abzugeben - - Inwieweit über diese Dinge überhaupt Kenntnis besteht bei der ESMA, dass wir diese Art von Prozess haben, das weiß ich nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Wissen Sie, Herr Dr. Weigert, das war jetzt eine ganz wesentliche Einlassung als Zeuge, weil bisher die BaFin ja sich auf die ESMA gestützt hat und der Herr van Walsum von der ESMA erklärt hat gestern, dass er das gar nicht beurteilt und gar nicht beurteilen kann und beurteilen wird, sondern dass er dafür nicht Zuständigkeit hat.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Für was?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Für eine solche Expertise, wie sie der Bundesbank nach Artikel 20 eben zukommt.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nach Artikel 20?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Nein. Wie es der Bundesbank zukommt, diese offizielle Stellungnahme Finanzstabilität.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir haben keine - - Also, es gibt keine gesetzliche Pflicht seitens der BaFin noch eine gesetzliche Verpflichtung seitens der Bundesbank, in diesem Fall eine Stellungnahme abzugeben. All das basiert auf einer Absprache mit dem BMF aus dem Jahr 2013.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja. Aber für uns ergibt sich das Bild - und dazu bitte ich noch mal eine Einschätzung zu geben -: Die Bundesbank hat nicht so gewollt wie wir als BaFin. Dann haben wir natürlich ein Argument gebraucht. Da haben wir die Staatsanwaltschaft benutzt, und dann haben wir noch die ESMA benutzt, um letzten Endes zu unserem Ziel Leerverkaufsverbot zu kommen. - Ist diese Einschätzung völlig falsch?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann die Einschätzung - - Ich kann dazu nichts sagen, weil ich nicht weiß, was aufseiten der BaFin für Erwägungen eine Rolle gespielt haben. Ich kann nur den Teil beurteilen oder zu dem Teil etwas sagen, der für mich sichtbar war zu dem Zeitpunkt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das verstehe ich, dass Sie sich nicht zwischen alle Stühle setzen. - Der Kollege Hauer hat noch eine Frage.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Weigert, mich interessiert noch mal das, was wir eingangs besprochen haben. Als Sie diese Information das erste Mal bekommen haben, dass da jetzt ein Leerverkaufsverbot im Raum steht oder leerverkaufsbeschränkende Maßnahmen - - Ich kann mir nicht so richtig vorstellen, dass da der Grund keine Rolle gespielt hat, weil wenn es so ein wichtiges Thema ist, dann ist doch das Erste, was man fragt: Warum soll da so was gemacht werden?

Also, dass jemand anruft und sagt: „Es gibt vielleicht leerverkaufsbeschränkende Maßnahmen“, und dann ist das der komplette Inhalt der Mitteilung, das finde ich nicht so lebensnah. Deshalb noch mal meine Frage, ob Sie sicher sind, dass zum damaligen Zeitpunkt Sie nicht von dem Herrn Seiler irgendetwas gehört haben, was Grund für diese Maßnahmen sein soll.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann mich nicht daran erinnern, einen konkreten Grund genannt bekommen zu haben. Da es aber ein Kriseninstrument ist, so eine leerverkaufsbeschränkende Maßnahme, bin ich davon ausgegangen, dass in irgendeiner Form finanzstabilitätsrelevante Gründe dafür infrage kommen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sonst hätte man Sie ja wahrscheinlich auch gar nicht kontaktiert.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Genau das würde ich auch vermuten.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das ist ja die Schlussfolgerung irgendwo dann, ne? Okay, aber Sie erinnern sich nicht, dass das eben konkret Thema war? Oder können Sie ausschließen, dass es Thema war?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich wurde mündlich informiert darüber, dass das passiert. Und in erster Linie ging es mir darum, die Prozesse zu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

starten, weil keine Zeit zu verlieren war. Die genauen Hintergründe - - Ich kann mich jetzt nicht konkret daran erinnern, was er mir da vielleicht noch gesagt hat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Dann sind wir durch mit den Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Matthias Hauer. - Ja, ich hatte mir jetzt noch mal - - Das war ja insoweit schon noch mal relevant, was auch Kollege Michelbach gesagt hat, weil auch das, was ich gestern zu einem der Kollegen gesagt habe, schon ganz faszinierend für mich gewesen ist. Wir hatten den Herrn van Walsum hier, und ich hatte dann das eigentlich verglichen. Und das müsste ja für die Deutsche Bundesbank noch sehr gegenwärtig sein. Kollege Michelbach hat das nur so angedeutet.

Aber tatsächlich: Wenn die BaFin dann mit dem Leerverkaufs- - mit dieser Allgemeinverfügung entsprechend zur ESMA geht, dann sieht die Argumentation - - Die könnte auch grob falsch sein. Ich habe ihn das explizit gefragt: Also, da könnte auch was Falsches drin sein. Was könnten Sie denn dann machen von der ESMA? - Und dann sagte der Kollege van Walsum: Gar nichts, weil das dürfen wir nicht. Wir dürfen auch nicht - das war auch ganz interessant - nachfragen, wenn wir Mängel seitens DPR, BaFin in der Zusammenarbeit, in der Prüfung feststellen und die monieren. Dann können wir das sagen, dann haben wir einen dreijährigen Wiedervorlagerhythmus. - Aber als Eskalationsstufe dürfte diese ESMA dann noch nicht mal an die Aufsichtsbehörde, also an die sozusagen federführende Stelle, hier das Bundesfinanzministerium - - sondern stünde wieder im luftleeren Raum.

Und ich habe das so ein bisschen verglichen, und es trifft gerade jetzt hier auf das Leerverkaufsverbot zu, weil es ist ja aufgeführt worden: Da sind einige Dinge sozusagen in das Feld geführt worden, die ja gar nicht so waren. Das erinnert mich so an Eurostat 2004, habe ich gesagt. Als die Eurostat wusste, sie kriegt falsche Zahlen aus Griechenland geliefert, und Griechenland ist mit

falschen Zahlen trotz der Kenntnis von Eurostat - - Man hat das ja dann später auch geändert, dass Eurostat heute mal sagen darf: Sorry, aber bei euren Statistiken, da haben wir schon so ein bisschen Zweifel.

Und wenn man das jetzt ins Gesamtkonzept legt und was ich auch vorher gesagt habe: „Vielleicht, wenn die Bundesbank und die BaFin sich mal darüber austauschen: Was ist höherrangig - - Und Sie sind ja auch davon ausgegangen, dass die BaFin - Sie haben es ja eben auch noch mal gesagt zum Kollegen Hauer: wir sind schon irgendwie davon ausgegangen - wohl irgendwie das Gefühl hatte, da könnte auch die Finanzstabilität berührt sein, negativ wie positiv. Das ist ja dann Ausgang der Prüfung.

Dass dann nochmals die Relevanz für mich, damit sich das nicht wieder ereignet, schon nach wie vor noch mal sehr, sehr groß ist: Wie beurteilen Sie das? Oder wie sehen Sie es? Würden Sie mir da zustimmen, zukünftig eine Regelung zu treffen, wer hier dann final das letzte Wort hat?

Jetzt noch mit den Informationen zur ESMA, weil ich wusste das vorher auch nicht, war gestern überrascht, als das so ausgeführt wurde. Denn letztlich stehen die dann da und müssen das, selbst wenn sie meinen, da haben die Zweifel, so zur Kenntnis nehmen und sagen: Okay, dann macht mal euer Leerverkaufsverbot. - Wussten Sie das? Und würden Sie in Ihrer Wahrnehmung dann auch sagen: „Wir sollten uns in Zukunft da mal auseinandersetzen“, was ich in der vorherigen Fragerunde so gesagt habe?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, ich wusste nicht, dass die ESMA da im Zweifel die Dinge hinter- - Worum es ja Ihnen geht, ist, dass die Dinge hinterfragt werden können, dass man noch mal Plausibilitätsprüfungen machen kann. Das war mir nicht bewusst. Aber solche Governance-Fragen sind ja zentral für das, was Sie hier tun; von daher.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Eben, deswegen. Weil vielleicht ist man dann - - Auch vor dem Hintergrund dieser Kenntnis hätte sich vielleicht ja - ist alles jetzt „Hätte, hätte, Fahrradkette“ -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

aber an diesem 15. Februar die Bundesbank doch heroisch, sage ich mal, in irgendeiner Form - wie auch immer; ich weiß nicht, wie; aber ich glaube, auch da gibt es bestimmt so eine Notbremse - dazwischengeschmissen; denn ich glaube, das war für uns gestern alle so ein Erkenntnisprozess. Wenn man jetzt denkt, die ESMA könnte ja noch: Nein, die kann nicht, die darf noch nicht mal. Die hat keine Möglichkeit; so hat das Herr van Walsum ausgedrückt.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Aber das ist ja bei dem derzeit angelegten Prozess ganz genauso zwischen Bundesbank und BaFin, wo praktisch aus - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, aber es kann ja nicht Sinn des Erfinders sein am Ende des Tages, wenn man das dann weiß, weil es könnte ja auch mal eine falsche Information sein, oder Schweigen wird als Zustimmung gewertet. Hier sind ja jetzt viele Möglichkeiten, so nenne ich das sehr vorsichtig, im Raum, wie sich diese Tage 15., 16., 17., 18. Februar aus welchem Blickwinkel auch immer der Teilnehmer darstellen könnten. Aber - -

(Der Zeuge hustet)

- Möchten Sie erst mal was trinken?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann Zeit kurz stoppen. Also, wenn Sie keine Getränke mehr haben oder so was, sagen Sie bitte auch Bescheid. Nicht dass es heißt: „Bundesbanker verdurstet“ oder so.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Alles gut. Liquidität haben wir.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann machen wir weiter. Ich erhebe auch keinen Diskont.

(Dr. Jens Zimmermann (SPD): Wo ist der Gewinn? Sie haben doch keinen Gewinn überwiesen!)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das regelt mal bitte euer Finanzminister mit der Bundesbank.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Liquidität ist doch was anderes.

(Der Zeuge lacht)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nicht an dieser Stelle, Dr. Zimmermann, bei aller Sympathie. - Ja, also mit der Kenntnis: Würden Sie zustimmen: „Man muss diesen Prozess mit Finanzstabilität, Marktvertrauen, dem Instanzenzug der Beteiligten, BaFin, Bundesbank, ESMA, rückgekoppelt mal überarbeiten“?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, es macht sicherlich Sinn, darauf zu schauen; denn ich weiß persönlich auch nicht, wie eine Stellungnahme beispielsweise - - welchen Einfluss die bei der Entscheidungsfindung in der BaFin dann gehabt hätte. Also, kann ich Ihnen auch nicht sagen. Von daher: Die Governance-Fragen sind sicherlich wichtig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Das beruhigt mich jetzt, und deswegen schenke ich dem Ausschuss jetzt Zeit. - Und dann ist als Nächstes der Kollege Zimmermann dran.

(Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD) unterhält sich mit seinem Mitarbeiter)

- Ich wollte jetzt nicht unterbrechen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, wir haben über spannende österreichische Videos noch mal uns kurz ausgetauscht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Oha. Darüber würde ich mich auch gerne austauschen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau, also insofern ist das totaler Kindergeburtstag hier.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Sie haben das Wort, Dr. Zimmermann.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. - So, ich hätte noch zwei Punkte, die ich noch mal - - die auch beide schon angesprochen wurden, aber ich würde sie gerne noch einen Tick besser verstehen. Es gibt ja diesen Leitfaden für den Umgang in solchen Situationen. Und in diesem Leitfaden ist ja eigentlich hinterlegt, dass der Vorstand sich damit befassen muss eigentlich.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Kann ich Ihnen jetzt nicht sagen, ob er sich befassen muss, sondern das ist das erklärte Ziel dieses Leitfadens, dass es auf den Vorstand zuläuft.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. - Wir können ihn gerne noch mal kurz vorlegen. Aus unserer Sicht geht daraus hervor - -

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge und sein Rechts-  
beistand lesen in diesen  
Unterlagen)

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja, das Ganze läuft auf den Vorstand zu. Und das Vorstandsmitglied, das für den Bereich Finanzstabilität zuständig ist, Frau Buch, ist dann diejenige, die diese Vorlage in den Vorstand bringt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Also, das wäre laut diesem Leitfaden eigentlich Vorstandsbefassung. Und genau, es steht eben drin: Analyse von F.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist Ihr Fachbereich.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** So. Also, wir halten fest: Es gibt einen Leitfaden für das Thema Leerverkaufsverbotserteilung. Der Vorstand müsste danach damit befasst werden. Die Zentralabteilung F liefert die Analyse. So.

Ich war im letzten Sommer in Eltville. Das war einer meiner wenigen Urlaubstage. Jetzt war aber

die komplette Leitung von F an diesem Tag in Eltville, und Sie haben vorhin das schon so gesagt - das kann ich bestätigen -: Da ist manchmal die Handyverbindung nicht so gut.

Jetzt stellt sich daraus für mich so ein bisschen die Frage: Hatte das nicht eventuell Auswirkungen auf die Schlagkraft, auf die Geschwindigkeit, mit der reagiert werden konnte? Ich weiß, Sie hatten vorhin darauf auch schon kurz geantwortet. Das war gestern in der - - Oder heute Morgen in der Vernehmung kam es so ein bisschen rüber: Die BaFin musste erst mal sich durchtelefonieren, um eben die zuständigen Ansprechpartner zu erreichen. - Also, kann es sein, dass das das zumindest ein bisschen auch verzögert hat?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, die Schlagkraft hat das mit Sicherheit nicht reduziert. Denn wenn Sie die gesamte Leitung des Zentralbereichs in Eltville versammeln, dann haben Sie halt auch alle da, die Sie sonst möglicherweise erst mal lange suchen müssen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ach so, die muss man sonst lange suchen.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Der eine mag ja im Urlaub sein, der andere mag an einem Freitag auch schon früher nach Hause gehen usw. usf. Also, von daher war es eher von Vorteil, dass alle Beteiligten oder alle die, die in irgendeiner Form zuliefern könnten aus dem Zentralbereich, vor Ort waren. Man konnte das auf dem sehr kleinen Dienstweg dann besprechen. Von daher würde ich nicht sagen, die Schlagkraft hätte das reduziert, also im schlimmsten Fall verbessert, weil wir halt alle an einem Ort waren.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das wissen Sie vielleicht: Wir haben ja dort PC-Räume, und da können wir ohne Weiteres - - Wir sind voll arbeitsfähig dort und aufgrund der räumlichen Nähe sogar dann fast arbeitsfähiger, wenn alle in einem Raum sitzen können, jeder an seinem Rechner.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, das ist auf jeden Fall - - Vielen Dank. Das ist interessant. Das heißt aber auch, Sie hätten im Zweifel dann auch irgendwann Freitagnacht eine Stellungnahme der BaFin zuliefern können.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja, selbstverständlich. Also, der Prozess lief ja - Sie können das ja an den - - Sie haben ja vorhin schon von dem Kollegen Wieland eine der E-Mails vorgelesen. Also, die Zulieferungen kamen, und wir haben dann um 18.30 Uhr, als die Stellungnahme dann - - nicht die Stellungnahme, der Entwurf der BaFin zugeleitet wurde, haben wir ja relativ schnell reagiert. Und dann waren alle fleißig bei der Arbeit. Also, das hat den Prozess nicht verzögert. Der Prozess wurde - - Wenn wir früher diese Informationen gehabt hätten über staatsanwaltliche Ermittlungen, dann hätte man früher auch miteinander auf der Leitungsebene vermutlich sprechen können.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, weil aus den internen Aufzeichnungen von dem Tag, so um 16 Uhr, da könnte man zu einem anderen Ergebnis kommen, was die - -

(Abg. Dr. Jens Zimmermann (SPD) blickt auf ein vor ihm stehendes Notebook)

- Dieser Computer ist unfassbar sicher. Der geht zielsicher aus, vor allem die Geheimschutzstelle. Hier kann keiner was sehen. - Nein, ich frage es deshalb, weil unsere eingestufteten Unterlagen - ich frage mich auch, warum das alles eingestuft ist - - aber die suggerieren, dass Frau Buch Ihre Auffassung so ganz und gar nicht geteilt hat, und das auch am 15.02. um 16.02 Uhr. Da haben Sie von ihr eine E-Mail bekommen, und da hört sich das ganz anders an.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Was steht - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Dann dürfen Sie gerne wieder - -

(Dem Zeugen werden am Rande des Sitzungssaals Dokumente auf einem

Notebook gezeigt - Der Zeuge und sein Rechtsbeistand nehmen Einblick)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar, das sieht gut aus.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Deswegen da jetzt - -

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Aber kann ich dazu gleich was sagen?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sehr gerne.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das müssen Sie vor dem Hintergrund der sich immer weiter verzögernden BaFin-Zulieferung sehen. Also, uns wurde ja frühzeitig indiziert, dass wir am Nachmittag einen Entwurf bekommen. Das hat hier weniger damit was zu tun, ob wir intern in der Lage sind, zu reagieren, als vielmehr mit der Frage: „Wann können wir denn überhaupt mit dem Entwurf rechnen?“, um dann an die Vorstandsmitglieder - - Und letztlich geht es hier auch darum, die Vorstandsmitglieder ja darüber zu informieren. Das ist der Hintergrund der Sache.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, ich sage mal, es ist doch eigentlich, wenn es gerade um Finanzmarktstabilität geht, gerade das Wochenende so - - Das ist ja doch Usus, dass da die Dinge passieren, häufig. Ich gebe zu: Ich habe das nicht so gelesen, dass das jetzt nur an der Zulieferung durch die BaFin liegt, sondern so, dass das irgendwie nicht eine Vorstandsbefassung möglicherweise - - so schnell gar nicht durchzuführen ist. Und da wird ja sogar abgewogen. Also, da wird ja nicht in dieser Mail stehen - - Man kann sagen, was, glaube ich, nicht drinsteht. Also, da steht ja nicht drin: „Wir können keine Stellungnahme abgeben, weil die BaFin so lange braucht“ usw. - das wäre ja eine klare Geschichte -, sondern da wird ja sogar überlegt, wie man Abhilfe schaffen kann, alternativ.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Aber zu den Beweggründen für die E-Mail müssen Sie dann mit ihr sprechen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das machen wir auch.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich kann Ihnen nur sagen, was damals am Nachmittag uns bewegte, als wir darüber sprachen: „Wie kriegen wir das mit dem Prozess hin?“ usw.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Alles klar. - Herzlichen Dank. Dann haben wir keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann geht es weiter mit dem Kollegen Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Herr Weigert, der Leitfaden ist gerade von Herrn Zimmermann ja schon angesprochen worden, Datum: 20. Oktober 2020, MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 6, 23 Seiten. Es gibt einen Ablaufplan für Leerverkaufsnotfallmaßnahmen, MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 57 f. Es gibt § 14 Wertpapierhandelsgesetz. Es gibt Artikel 24 der Delegierten Verordnung zur Leerverkaufsverordnung. Was haben diese vier Quellen gemeinsam? Keine differenziert danach, dass die Bundesbank - - oder dass die zuständige Behörde bei Finanzmarktstabilität irgendwie mehr beitragen dürfe oder beim Marktvertrauen weniger. Diese Differenzierung existiert in keiner der anwendbaren Vorschriften, insbesondere nicht im Leitfaden, 23 Seiten - - findet sich nicht einmal eine Andeutung in die Richtung, dass Sie da einen anderen Maßstab anlegen müssen. Deshalb frage ich Sie jetzt einfach mal: Wo steht es denn? Sie tragen hier seit Stunden etwas vor - auch nicht als Einziger -, was nirgends steht. Und ich möchte Sie jetzt mal fragen: Wo steht das? Wo finde ich denn das? Wer hat denn diese Entscheidung getroffen, dass Sie bei Marktvertrauen plötzlich draußen sind?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das ist die Auffassung im Haus, dass für Marktintegritätsfragen, marktaufsichtliche Fragen die BaFin zuständig ist und wir da nicht zuständig sind.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und wo steht das? Das war die Frage. Sie haben es ja schon zimal gesagt, dass das die Auffassung ist. Aber es gibt ja schriftliche Polycys, und da ist nichts davon zu lesen, von dem, was Sie da sagen, nichts!

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Möglicherweise ist der Fall, dass wir dann über staatsanwaltliche Ermittlungen, die im Zusammenhang stehen mit Einzeltiteln und Marktmanipulation usw. - - wurde möglicherweise nicht darüber nachgedacht zu dem Zeitpunkt, als diese Dinge erstellt wurden. Und letztlich sehe ich da, vor dem Hintergrund, auch diesen Austausch zwischen Frau Buch und Frau Roegele im Nachgang, dass man dieses Ablaufschema sich vor dem Hintergrund noch mal anschauen sollte, insbesondere ein frühzeitiger Austausch auf Leitungsebene.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja. Ja, ja. Also, meine Vermutung ist auch, dass die Idee, diese Schere im Kopf, in der Tat ziemlich exakt am 15.02.2019 um 22 Uhr entstanden ist. Allerdings - das muss ich Ihnen auch sagen -: Der Leitfaden, der heute gilt, stammt vom 22. Oktober 2020 und hat immer noch nicht den Punkt, den Sie hier geltend machen, drin, immer noch nicht, bis heute nicht.

Ich will Sie aber noch mal was anderes fragen: Ist denn für die Beurteilung eines Leerverkaufsverbots seitens der BaFin nicht mehr erforderlich, als festzustellen, dass Finanzstabilität oder Marktvertrauen gefährdet sind? Kann denn die BaFin Ansteckungseffekte selber beurteilen? Kann denn die BaFin Leerverkaufspositionen analysieren? Kann sie volkswirtschaftliche Analysen machen, die man ja auch beim Thema Marktvertrauen braucht? Kann sie das, oder kann die Bundesbank da hilfreiche Beiträge leisten?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, ich kann Ihnen nicht sagen, wie die analytischen Kapazitäten der BaFin in diesem Bereich sind. Typischerweise wird die Bundesbank für analytische Arbeiten zur Finanzstabilität, zu makroökonomischen Fragen hinzugezogen. Deswegen ist sie ja auch im Finanzstabilitätsgesetz recht prominent genannt, wenn es darum geht, die Gefahren zu identifizieren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Eine kurze Ergänzung nur zu dem Leitfaden, warum da der 20. Oktober - - Ich glaube, das ist dem Umstand geschuldet, dass es ausgedrückt wurde und - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ach so, okay. Aber es gibt auch kein - -

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das ist das seinerzeitige Dokument, aber vermutlich - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das ist forensische Analysefähigkeit. Sie haben wahrscheinlich recht, wie auch immer.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ich bin selber darüber gestolpert, als ich in die Unterlagen geschaut habe. Und da der Ausdruckzeitpunkt der 20. ist, gehe ich - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Aber ich will nur mal eins festhalten: Möge die Bundesbank vielleicht - ich weiß nicht, ob das nötig ist - nichts zum Thema „Gefährdung des Marktvertrauens“ sagen. Zur Frage „Geeignetheit eines Leerverkaufsverbots, Ansteckungsgefahren“, also auch verhältnismäßigkeitsrelevante Themen, kann nur die Bundesbank oder jedenfalls die Bundesbank sehr viel besser als die BaFin beitragen. Deswegen bin ich der Meinung, dass es nicht überzeugt, selbst wenn Sie sich aus dem Tatbestand Marktvertrauen ganz raushalten und sagen: „Staatsanwalt; können wir nicht mitreden“ - - nicht überzeugend, dass Sie auch bei einer reinen Gefährdung des Marktvertrauens gar keine hilfreichen Beiträge zur Beurteilung insbesondere der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme treffen können. Ich glaube, dass Sie Stellungnahmen hätten abgeben müssen und auch hätten helfen können bei der Maßnahme. Aber, ich weiß nicht - - Oder sehen Sie das anders?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Also, wir hatten weder eine rechtliche Verpflichtung noch hatte die BaFin eine rechtliche Verpflichtung, von uns eine Stellungnahme einzuholen. Also, es ist ein Prozess, der rechtlich nicht verankert ist in dem Sinne.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Darüber war ich schon mit Herrn Guericke völlig unterschiedlicher Auffassung, aber wie auch immer. Jedenfalls: Hilfreich, glaube ich, kann die Bundesbank auch dann sein, wenn nur Marktvertrauen gefährdet ist. - Ich will aber noch mal fragen: Wann wurde denn der Bundesbank, nur um das noch mal ganz klarzuziehen - vielleicht haben Sie es auch schon gesagt -, erstmals am 15.02. gegenüber das Wort „staatsanwaltschaftliche Ermittlungen“ erwähnt? War das vor dem Telefonat am Abend oder im Telefonat?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein, es war während des Telefonates -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** - des Hauptgruppenleiters Jens Seiler, der die Ergebnisse geteilt hat oder unsere Erkenntnisse, unsere Einschätzungen geteilt hat und im Zuge dessen weiterverbunden wurde an Frau Roegele. Und dann ist er auf mich zurückgekommen und sagte: Hier sind völlig neue Informationen; neue Sachlage.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das war um 20.- - Also, wenn es in den Unterlagen so drinsteht, dann war es um 20.45 Uhr. Es war auf jeden Fall ...

**Dr. Florian Toncar** (FDP): ... im Telefonat.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ja.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das war meine Vermutung auch. - Haben Sie eigentlich am 15. oder, sagen wir mal, vor dem 18.02., vor Erlass des Leerverkaufsverbots, von der BaFin erfahren, dass die BaFin just am 15.02. die DPR mit der Prüfung der Bilanz der Wirecard AG beauftragt hat, am selben Tag? Bemerkenswert, oder?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir wussten alles das, was wir - -





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Die machen ein Leerverkaufsverbot mit Ihnen, sagen: „Die Marktintegrität ist gefordert“, und am selben Tag wird die DPR beauftragt, die Richtigkeit der Bilanz der Wirecard AG zu prüfen. Haben Sie nicht gewusst?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Nein, nein, nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Nein. Okay. - Dann Dr. Bayaz, Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Weigert, ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie uns erklärt haben, dass die BaFin plötzlich von übergeordneten Gründen gesprochen hat, die für ein Leerverkaufsverbot sprechen und eigentlich nichts mehr mit Finanzstabilität, also Ihrem Bereich, zu tun hätten. Ist Ihnen bekannt, dass die BaFin eine von Wirecard ausgehende Gefahr für das Finanzsystem gesehen hat?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wenn ich mich recht erinnere, konnte man aus den Unterlagen eine gesamtwirtschaftliche Bedeutung ablesen, die Wirecard zugesprochen wurde. Wenn meine Erinnerung da richtig ist, dann war das in der, ich glaube, ersten Fassung. Aber müsste ich jetzt selber nachschauen, ob das der Fall ist.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nee, das passt in etwa. Zumindest war das der Versuch der BaFin. Aber hat das Ergebnis Sie überzeugt an der Stelle?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Na ja, unser Ergebnis stand ja vorher schon fest, dass zumindest Wirecard aus unserer Sicht nicht - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, die haben ja auch methodisch anders gearbeitet. Man kann ja dann auch zu anderen Ergebnissen kommen. Aber deswegen frage ich so: Ihr Ergebnis stand fest, und das hat dann auch natürlich Ihren Blick sozusagen nicht erschüttert.

Wir haben gestern übrigens sehr lange darüber gesprochen, über die „Methodik“ - ich mache das jetzt bewusst in Anführungszeichen -, dass man, ich sage es mal in meinen Worten, zwei Bloomberg-Charts, wo man ein bisschen an den Achsen herumgespielt hat, um irgendwie einen Zusammenhang zu zeigen - - Ich nehme mal an, Ihre Kollegen würden sich da insgeheim eher darüber lustig machen. Aber das steht nicht zur Debatte.

Ich frage mich jetzt, welche Kenntnisse Sie haben, wieso die Bundesbank nicht einfach die Stellungnahme, wie in den Ablaufplänen vorgesehen, an die BaFin geschickt hat mit einem Disclaimer: Hier geht es nur um Risiken der Finanzstabilität, „Take it or leave it“. Aber hier habt ihr es mal gelesen. Ich lege euch das auf den Tisch. Das wäre doch seriöse Arbeit. Warum hat man sich dazu nicht durchgerungen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe die Entscheidung dafür ja nicht getroffen, wie jetzt weiter verfahren wird. Also, für mich war klar, dass wir hier nicht mehr im regulären Prozess sind, weil plötzlich andere Erwägungen eine Rolle spielen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn Sie sagen: „Wir sind nicht mehr im regulären Prozess“, dann sind wir irgendwie im irregulären Prozess. Das macht ja - - Also, auf uns alle macht das den Eindruck: Das war jetzt nicht irgendwie das standardmäßige Vorgehen. Ich weiß, das war erstmalig. Aber Sie sagen gerade: Wir sind nicht mehr im regulären Prozess. - Das suggeriert so: Wir sind hier irgendwie nicht den „smoothen“ Weg gegangen, wie wir uns das eigentlich vorgestellt hätten. Das muss Sie ja auch unzufrieden machen.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Na ja, also, wir kriegen halt relativ spät - das habe ich ja schon mehrfach gesagt - entscheidungsrelevante Informationen zu staatsanwaltlichen Ermittlungen, die wir dann auch gleichzeitig nicht - - die nicht offenbart werden aus Vertraulichkeitsgründen. Und das ist dann die Situation, in der man am Freitagabend um 20.30 Uhr oder 20.45 Uhr war.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Glauben Sie, dass die Meinung der BaFin gewesen ist: „Wir haben diesen Case mit der Staatsanwaltschaft. Wir haben eigentlich auch schon eine Entscheidung getroffen, was wir machen wollen, und eigentlich interessiert uns alles andere darüber hinaus nicht“? Würden Sie den Eindruck teilen?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich - - Ich muss jetzt - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Spricht nicht sehr vieles dafür.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Wir müssen da ein bisschen aufpassen. Ich kann hier über meine Wahrnehmung am 15.02. sprechen, und heute haben wir alle gemeinsam viel mehr Erkenntnisse. Also, von daher: Damals war ich einfach verwundert, so spät diese Informationen zu bekommen, die das Bild aus meiner Sicht verändert haben, und habe es dann auch entsprechend weitergegeben.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Also, wir haben ja jetzt lang und breit über den 15. bis den 18. Februar gesprochen. Ich will mal einen Schritt weitergehen: Sie haben ja vorhin zum Kollegen Zimmermann gesagt, Sie hätten sich das Leerverkaufsverbot nie noch einmal angeschaut und den Prozess und auch das Ergebnis irgendwie evaluiert. Und was ich dann nicht verstehe: Gerade Sie als Bundesbanker - - Sie laden uns übrigens, was wir sehr schätzen, auch Mitglieder des Finanzausschusses, ja regelmäßig immer ein in die Parlamentarischen Gesellschaft oder woanders, wo wir dann irgendwie über datengetriebene Wirtschaftspolitik sprechen. Und jetzt würde ich mich fragen: Sie haben das erst jetzt - - Die Analysen der Bundesbank wurden bei dem Prozess erst ignoriert, und jetzt gibt es im Nachgang nicht mal den Versuch der Politik-evaluation; weil wir wollen doch aus diesen Dingen auch klüger und besser werden. Warum hat es das nie gegeben?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Na ja, zum einen basierte das auf Informationen, die wir nicht kannten, also außer der Tatsache, dass da auch

andere Informationen waren. Und wir haben uns lediglich - „lediglich“ muss man sagen - den Prozess danach angesehen, um halt sicherzustellen, dass so was eigentlich nicht vorkommt, also, wie gesagt, dass staatsanwaltliche Ermittlungen mit ein Erwägungsgrund sind, was auch immer da dann dahintersteckt. Diese Maßnahme kam ja zumindest in unserem bisherigen Leitfaden nicht vor, und „Wie soll man damit umgehen, wenn Marktintegritätsfragen eine Rolle spielen?“

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn ich Sie fragen würde - - Wir wollen ja hier auch daraus lernen. Wir beschäftigen uns ja auch mit dem FISG gerade darum, wie wir Finanzaufsicht besser gestalten können, dass es künftig einen besseren, einen anderen Prozess gibt, beispielsweise dass die Bundesbank „no matter what“ bei so einer Sache eingebunden wird. Das kann ja auch ein Wunsch sein, den Sie äußern dürfen. Würden Sie das als sinnvoll erachten?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Ob das sinnvoll ist, kann - - Ich glaube, es hängt davon ab, wie die Gesamtgovernance aussieht. Das habe ich jetzt auch zum ersten Mal gehört, dass zum Beispiel die ESMA gar nicht eine Prüfung vornehmen kann. Also, ich denke, das ist Teil einer Gesamtgovernancebetrachtung, wo hier die Checks and Balances sowohl auf der analytischen als auch dann auf der Entscheidungsebene - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, Herr Weigert, da müssen Sie doch jetzt - - Das ist doch jetzt nicht optimal gelaufen. Also, das ist doch jetzt für Sie - - Sie machen sich doch jetzt auch kleiner, als Sie sind, dass Sie sagen: Na ja, wenn wir dann künftig, in Zukunft, nicht gebraucht werden, muss man uns nicht fragen. - Also, dieses Leerverkaufsverbot, das war doch eine schlechte Entscheidung. Das ist jetzt keine Frage, weil Sie wahrscheinlich die nicht klar beantworten werden. Aber das wollen wir doch in Zukunft besser machen. Und da hätte ich jetzt schon von Ihnen irgendwie auch den Mumm erwartet, wenn ich das jetzt mal so salopp sagen darf, zu sagen: Das kann künftig besser gehen. Ich glaube, wir als Bundesbank mit unserer Expertise können dazu auch was beitragen. Ja, man sollte uns vorher mal gefragt haben. Man kann unsere



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Expertise immer noch in die Tonne werfen. Aber dass man eine schriftliche Stellungnahme von uns abfragt: Das ist doch jetzt nicht zu viel verlangt, da zu sagen: Das fände ich gut.

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Na ja, wir hatten ja seinerzeit - - oder wir - - hat die Bundesbank ja darauf gedrängt, dass man die Gelegenheit bekommt, auch wenn es nicht explizit vorgesehen ist. Also, insofern ist es -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und das können Sie sich vorstellen, dass man zu dem Modus wieder zurückkommt?

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** - eine sinnvolle Geschichte, die Arbeitsteilung, die im Finanzstabilitätsgesetz ja auch vorgesehen ist, da zu nutzen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. „Sinnvoll“, das ist jetzt so, glaube ich, das Maximum der Gefühle, was man aus einem Bundesbanker rausbekommt. Aber das stellt mich jetzt an der Stelle erst mal zufrieden. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann schaue ich zu den Kollegen der CDU/CSU. - Keine Fragen mehr. Ich gucke mich an. - Keine Fragen mehr. Ich schaue zu den Kollegen der SPD. - Keine Fragen mehr. Ich schaue zur FDP. - Ich schaue zum Kollegen De Masi.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich habe immer viele Fragen. Aber ich werde sie hier nicht mehr beantwortet bekommen, deswegen: keine Fragen mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das war eine philosophische Antwort, die gefällt mir. - Dr. Bayaz.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, ich würde sagen, wie am 15.02.: Schönes Wochenende! Freitag.

(Heiterkeit)

**Zeuge Dr. Benjamin Weigert:** Das wünsche ich Ihnen auch.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann stelle ich fest oder unterstelle, dass in eingestufter Sitzung auch kein Bedarf mehr besteht. - Nein.

Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss der Vernehmung.

Des Weiteren muss ich jetzt noch, weil zwei stille Vorhalte gemacht worden sind, ein Schweigegebot zur Abstimmung bringen. Also, Herr Dr. Weigert, Herr Rechtsanwalt Egle, Sie hatten Einblick in zwei als VS-Vertraulich, -Geheim eingestufte Unterlagen. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung, liebe Kollegen. - Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich stelle fest: Der Ausschuss macht dem Zeugen Dr. Weigert und seinem Rechtsbeistand Herrn Rechtsanwalt Egle die Geheimhaltung der als Geheim oder Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die Ihnen durch die Vernehmung in der Sitzung zur Kenntnis gelangt sind. Der Zeuge, also Dr. Weigert, und sein Rechtsbeistand Rechtsanwalt Egle werden darauf hingewiesen, dass derjenige, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann. Aber ich denke - - Gut, finde ich gut.

Dann darf ich mich tatsächlich jetzt an dieser Stelle bedanken. Ich bin fast ein bisschen neidisch, dass Sie jetzt schon in ein wunderbar sonniges Wochenende gehen können, wünsche Ihnen ein selbiges. Und in der etwas schwierigen, ungewöhnlichen Zeit wünsche ich Ihnen beiden wie immer: Bleiben Sie gesund, und kommen Sie gut nach Hause. Ein schönes Wochenende!



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**RA Walter Egle:** Danke schön. Wiedersehen!

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön, Herr Egle. - Gut, dann machen wir weiter mit der Zeugenvernehmung Professor Dr. Claudia Buch. Das heißt, unsere dritte und letzte Zeugin bitte ich dann zu uns in den Saal.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung der Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Professor Buch, ich heiße Sie recht herzlich willkommen. Frau Professor Buch, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeugin und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt.

Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit dem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür auch, wie bei jedem Zeugen, ein herzliches Dankeschön, weil in der Summe der vielen informativen Zeugen spart uns das eine ganze Menge an Zeit.

Damit kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu entscheiden. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann möchte ich Sie noch bitten, dass Sie immer darauf achten, dass Sie das Mikrophon einschalten, wenn Sie das Wort ergreifen. Das geht hier relativ einfach. Sie drücken den Button oder Knopf, der den Zeigefinder abbildet, und dann leuchtet dieser LED-Ring und Ihr Mikrophon ist sozusagen scharfgeschaltet. Das ist notwendig, weil wir als Rückfall

eben, aber auch für später, falls der Stenografische Dienst nicht mehr anwesend ist, eine Tonspur anfertigen.

Frau Professor Buch, ich würde Sie zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihren Beruf, Ihr Alter und Ihren Wohn- oder wahlweise Dienort mitteilen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich darf Sie zunächst mal alle ganz herzlich begrüßen. Mein Name ist Claudia Buch oder per Pass Claudia Maria Buch, um ganz genau zu sein. Ich bin Diplom-Volkswirtin. Ich bin Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank und bin privat in [REDACTED] - - habe ich meinen Wohnsitz.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Oh, schön. Gut, bei uns in NRW. Sehr schön. - Frau Professor Buch, Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Frau Professor Buch, Sie haben das Wort.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank. - Ich würde in der Tat gerne die Gelegenheit nutzen, mich zunächst einmal für die Einladung zu bedanken, vor dem Wirecard-Untersuchungsausschuss als Zeugin auszusagen. Und ich würde gerne - ich habe es ja schon gerade etwas gemacht - beginnen mit einigen Angaben zu meiner Person, aber auch meiner Rolle in der Bundesbank und würde dann zu der konkreten Fragestellung hier heute kommen.

Ich bin also Diplom-Volkswirtin, bin seit Mai 2014 Vorstand und auch Vizepräsidentin der Bundesbank. Der Vorstand der Bank ist ein Kollektivorgan. Also, er trifft wesentliche geschäftspolitische Entscheidungen. Eine besondere Rolle der Vizepräsidentin besteht in der Vertretung des Präsidenten beispielsweise bei Beratungen des Vorstands.

Die Bundesbank ist nach einem Dezernatssystem organisiert. Also jeder Vorstand hat die Zuständigkeit für bestimmte Zentralbereiche. In meinem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Fall sind das die Bereiche „Finanzstabilität“, „Statistik“ und „Revision“. Und hier ergibt sich auch mein Bezug zum Thema Wirecard; denn ich war im Wesentlichen an einer Stelle damit befasst: Das war im Februar 2019, als es um die möglichen Auswirkungen eines Leerverkaufsverbots von Wirecard-Aktien auf die Finanzstabilität ging.

Bevor ich darauf näher eingehe, möchte ich zum etwas besseren Verständnis unsere Zusammenarbeit mit der BaFin kurz erläutern; denn die Grundlage für das Finanzstabilitätsmandat der Bundesbank ist das Finanzstabilitätsgesetz, das Anfang 2013 in Kraft getreten ist. Das Gesetz weist der Bundesbank eine besondere Rolle bei der Analyse der Finanzstabilität zu, und Finanzstabilität definieren wir als einen Zustand, bei dem das gesamte Finanzsystem jederzeit in der Lage ist, seine Funktionen zu erfüllen. Ich werde in dem konkreten Fall darauf gleich noch eingehen.

Drohen jetzt Gefahren für die Finanzstabilität, dann ist die BaFin die entsprechende Behörde, die Maßnahmen ergreift, also Maßnahmen ergreift, um die Funktionsweise des Finanzsystems zu sichern, vor allem auch die Realwirtschaft davor zu schützen, dass es negative Ansteckungseffekte gibt, die sich realwirtschaftlich auswirken können.

Lassen Sie mich vor diesem Hintergrund zu der Entscheidung der BaFin, eine Allgemeinverfügung bezüglich Leerverkäufen von Wirecard-Aktien zu erlassen, kommen und unserer Rolle darin.

Ich bin also gegen Mittag des 15. Februar 2019, einem Freitag, von dem Leiter des Zentralbereichs „Finanzstabilität“, Dr. Benjamin Weigert, informiert worden, dass die BaFin eine Allgemeinverfügung auf Basis von Artikel 20 der EU-Leerverkaufsverordnung plane. Nach diesem Artikel können Leerverkäufe verboten werden, wenn ungünstige Ereignisse oder Entwicklungen eingetreten sind, die eine ernstzunehmende Bedrohung für die Finanzstabilität oder das Marktvertrauen in dem betreffenden Mitgliedsstaat darstellen.

Die BaFin ist die Behörde, die national derartige Verbote aussprechen kann. Wenn sie eine solche Maßnahme plant, ist es laut einem Schreiben des BMF aus dem Jahre 2013 nicht erforderlich, dass die Bundesbank ins Benehmen gesetzt wird. Der Bundesbank soll aber in der Regel die Möglichkeit zu einer Stellungnahme gegeben werden. Eine gesetzliche Pflicht zur Einbeziehung der Bundesbank besteht nicht. Die zuständige europäische Aufsichtsbehörde, die ESMA, muss einbezogen werden.

Welche konkreten Schritte jetzt nötig sind, um eine Leerverkaufsnotfallmaßnahme zu erlassen, hat die BaFin in einem Ablaufschema beschrieben. Bezüglich der Bundesbank ist darin zunächst die Information der Arbeitsebene vorgesehen. Für eine Stellungnahme der Bank wäre der Vorstand einzubeziehen.

Gemäß diesem Schema war die Arbeitsebene der Bundesbank am späten Vormittag des 15. Februar von der BaFin über die geplante Maßnahme informiert worden.

In der Bundesbank wurde dann im weiteren Verlauf des Tages, also 15. Februar, analysiert, inwieweit die Kursentwicklung der Wirecard-Aktie für die Finanzstabilität relevant ist. Und am frühen Abend des 15. Februar war dann unsere Arbeitsebene von der BaFin informiert worden, und der Entwurf der Allgemeinverfügung wurde zugesandt.

Parallel dazu wurde auf der Arbeitsebene auch der Entwurf einer Stellungnahme der Bundesbank vorbereitet. Die Einschätzung war, dass ein Leerverkaufsverbot aus Sicht der Finanzstabilität eher skeptisch zu sehen sei. Ich teile diese Einschätzung der Arbeitsebene.

Lassen Sie mich aber kurz erläutern, wie wir zu dieser Einschätzung gekommen sind. Wie schon gesagt, ist ein stabiles Finanzsystem eines, das funktioniert, also Investitionen finanziert werden, Ersparnisse sicher angelegt werden können, der Zahlungsverkehr funktioniert. Und das bezieht sich eben auf das gesamte Finanzsystem und die Rückwirkungen auch zur Realwirtschaft.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Leerverkäufe tragen grundsätzlich dazu bei, dass Finanzmärkte funktionieren. Haben Investoren pessimistische Erwartungen über die Bewertung von Aktien, können sie diese durch Leerverkäufe zum Ausdruck bringen. Das kann verhindern, dass die Märkte zu optimistisch sind und sich die Aktienkurse von den Fundamentaldaten abkoppeln.

Systemische Risiken hingegen gefährden die Funktionsweise des Finanzsystems. Solche Risiken können entstehen - und das ist ein wichtiger Punkt später dann auch für unsere Einschätzung -, wenn sich Schieflagen in einzelnen Bereichen des Finanzsystems über Ansteckungseffekte ausbreiten. Das können also direkte Ansteckungseffekte sein über vertragliche Verbindungen, die dann über Dominoeffekte das Finanzsystem erfassen. Es kann aber auch indirekt über den Vertrauenskanal entstehen, wenn zum Beispiel ein Preisverfall an den Märkten stattfindet. Und das ist natürlich auch etwas, was über Leerverkäufe beschleunigt werden kann.

Das heißt - und das ist ein ganz wichtiger Punkt in der Abgrenzung -: Es kann Situationen geben, in denen das Marktvertrauen in Teilen des Finanzsystems gefährdet ist, nicht aber die Finanzstabilität. Beispielsweise können Leerverkäufe eingesetzt werden, um den Preis eines bestimmten Finanztitels manipulativ zu beeinflussen, um Insiderinformationen zu nutzen. Also, wenn sich das auf einen einzelnen Titel bezieht, ist das eine Situation, in der das Marktvertrauen gefährdet ist und entsprechend auch Maßnahmen erforderlich sind, um Anleger zu schützen.

Unser Blickwinkel aus dem Finanzstabilitätsmandat heraus ist ein anderer. Wichtig für uns ist es, ob sich Störungen des Marktvertrauens in einzelnen Bereichen über Ansteckungseffekte auf das gesamte Finanzsystem übertragen. Und hier komme ich jetzt wieder zu dem konkreten Fall, denn genau das haben wir dann geprüft, oder die Kollegen auf der Arbeitsebene, am 15. Februar. Wir haben uns also vier Indikatoren angesehen, um zu untersuchen, ob diese Ansteckungseffekte drohen. Das ist zunächst mal die Entwicklung der Wirecard-Aktie, dann die Systemrelevanz des

Unternehmens, die Wahrscheinlichkeit von Ansteckungseffekten und das allgemeine Marktumfeld.

Zunächst zur Entwicklung der Wirecard-Aktie: Deren Kurs war ja seit Januar 2019 unter Druck. Die Nettoleerverkaufspositionen waren deutlich angestiegen. Das war ja auch der Bezug zur Allgemeinverfügung der BaFin, der der Arbeitsebene vorlag. Denn daraus ging hervor, dass aus Sicht der BaFin Leerverkäufe auf den Kurs der Wirecard-Aktie einwirken, zu exzessiven Preisbewegungen führen könnten und aus Sicht der BaFin durch ihre trendverschärfende Wirkung den Verlust des Marktvertrauens in Deutschland bewirken könnten.

Wir haben uns jetzt, wie gesagt, die Ansteckungseffekte und die möglichen Risiken für die Finanzstabilität angesehen, zunächst die Frage, ob das Unternehmen systemrelevant ist. Denn typischerweise - das hatte ich ja eben erläutert - sind einzelne Unternehmen und Institute nicht Fokus der Finanzstabilitätsanalyse, mit Ausnahme von global oder national systemrelevanten Banken. Da gehen also Indikatoren ein wie die Größe, die Vernetzung von Instituten. Hiernach ist die Wirecard Bank klar als nicht systemrelevant eingestuft.

In einem zweiten Schritt wurde die Wahrscheinlichkeit von Ansteckungseffekten analysiert, also geschaut, ob Aktienkurse sehr stark im Gleichlauf sich bewegen oder sich Schwankungen einzelner Aktien auf den gesamten Markt übertragen.

Eine erste Untersuchung stellte die Frage, ob es eine starke Korrelation, also einen Wert nahe dem Maximalwert von 1, zwischen dem Kurs der Wirecard-Aktie und anderen Finanztiteln gab. Die Korrelationen lagen aber zwischen 0,2 und 0,4, also innerhalb der historischen Bandbreiten. Das deutete also nicht auf Ansteckungseffekte hin.

Eine zweite Untersuchung fokussierte auf die Wechselwirkungen zwischen Wirecard und dem Gesamtmarkt, und es war weder ersichtlich, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Wirecard-Aktie auf den Gesamtmarkt Auswirkungen hatte, noch umgekehrt. Also keine relevanten Rückwirkungen.

Und schließlich wurde dies ergänzt um eine allgemeine Einschätzung der Marktlage; denn je instabiler, je turbulenter die Märkte sind, desto leichter können Ansteckungseffekte entstehen. Insgesamt war aber Mitte Februar 2019 eine Situation gegeben, in der die Märkte vergleichsweise robust waren. Also auch aus dieser Perspektive eine geringe Gefahr von Ansteckungseffekten.

Zusammengefasst also: Auf Basis der Indikatoren, die uns vorlagen, und der Indikatoren, die wir berechnet haben, gab es keine Situation im Februar 2019, bei der Ansteckungseffekte von der Wirecard-Aktie auf den Gesamtmarkt drohten und damit die Finanzstabilität in Gefahr war.

Lassen Sie mich zurückkommen zu den Abstimmungen und dem weiteren Ablauf mit der BaFin. Am Abend des Freitags, des 15. Februar, wurde ich über ein Gespräch informiert des zuständigen Hauptgruppenleiters im Zentralbereich „Finanzstabilität“ mit der BaFin. In diesem Gespräch war der BaFin die skeptische Haltung unserer Arbeitsebene bezüglich der geplanten Allgemeinverfügung aus Sicht der Finanzstabilität signalisiert worden.

Der Mitarbeiter wurde dann mit der Exekutivdirektorin und Vizepräsidentin der BaFin, Frau Elisabeth Roegele, verbunden, die erstmals, also erstmals an diesem Tag für uns, über vertrauliche staatsanwaltschaftliche Ermittlungen in diesem Zusammenhang informierte. Er regte daher ein Gespräch zwischen Frau Roegele und mir an. Ich habe anschließend mit Frau Roegele telefoniert. Kern dieses Telefonats war meine Einschätzung auf Basis unserer Analysen, dass aus der Kursentwicklung der Wirecard AG, der Wirecard-Aktie, keine Gefahren für die Finanzstabilität drohten. Aus dieser Perspektive ergab sich keine Notwendigkeit eines Verbots des Shortselling.

Frau Roegele informierte mich dann aber darüber, dass der BaFin Informationen über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen vorlagen, die aus

Vertraulichkeitsgründen nicht mit uns geteilt werden konnten. Da sich ein solcher Sachverhalt unseren Analysemöglichkeiten entzieht, habe ich erklärt, dass wir hierzu nicht Stellung nehmen können.

Die endgültige Entscheidung der BaFin, auf unsere Stellungnahme zu verzichten, ist an diesem Abend, an dem 15. Februar, noch nicht getroffen worden, um die Möglichkeit zu einer rechtlichen Prüfung zu haben. Allerdings waren wir uns einig, dass eine Stellungnahme am Wochenende nicht erforderlich sei. Der Vorstand wurde deswegen am späteren Abend des 15. Februar informiert, dass eine Stellungnahme erst am Montag, 18. Februar, erforderlich sei und eine Beschlussfassung am Wochenende entfalle.

Letztlich ist aber eine Beschlussfassung des Vorstands nicht erfolgt, da die BaFin auf eine Stellungnahme der Bundesbank verzichtete. Hierzu hatte ich am Samstag, den 16. Februar, noch einmal Kontakt mit Frau Roegele. Ich habe erklärt, dass eine Stellungnahme der Bank aus unserer Sicht nicht erforderlich sei, da es sich um Sachverhalte außerhalb unserer Zuständigkeit handele. Frau Roegele hatte dann vorgeschlagen, uns die finalen Unterlagen für unsere Akten zukommen zu lassen. Das wiederum hatte ich bestätigt, weil dann eben klar sei, dass wir nichts mehr zu veranlassen hätten.

Entsprechend habe ich anschließend den Leiter unseres Zentralbereichs „Recht“, Herrn Dr. Guericke, per Mail informiert. Ganz im Einklang mit dieser Verabredung hat uns Frau Roegele am frühen Morgen des Sonntag, also des 17. Februar, lediglich mit Bitte um Kenntnisnahme informiert, dass die geplante Maßnahme von der BaFin gegenüber der ESMA notifiziert worden sei, der Entwurf einer positiven Stellungnahme der ESMA bei der BaFin eingegangen sei und das Abstimmungsverfahren im Board der ESMA starte. Diese Mail war, basierend auf unserer Verabredung vom Samstag, so zu verstehen, dass die BaFin auf eine Stellungnahme der Bundesbank verzichtete.





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Sonntagmittag habe ich dann den Vorstand der Bundesbank per Mail informiert, dass die Verfahren bei der ESMA liefen und die BaFin in diesem Fall darauf verzichtete, eine Stellungnahme der Bundesbank einzuholen. Entsprechend habe ich auch Frau Roegele und die Leitung der BaFin per Mail informiert. Und hiermit waren jetzt aus unserer Sicht die formalen Abläufe im Zusammenhang mit dem Verbot der Leerverläufe abgeschlossen.

Im Nachgang hat es anlassbezogen weitere Analysen gegeben. Diese bestätigten letztlich unsere frühere Einschätzung der fehlenden Systemrelevanz. Beispielsweise gingen von der Insolvenz der Wirecard AG keine negativen Effekte für die Finanzstabilität aus.

Ich bin dann noch im Sommer 2020, also nach der Insolvenz, in die weiteren Prozesse zur Kommunikation der Bundesbank zur Beantwortung der parlamentarischen Anfragen und Presseanfragen zum Thema Wirecard eingebunden gewesen. Aber ich denke, das Leerverkaufsthema ist sicherlich das, was Sie, uns hier heute am meisten interessieren wird.

Damit möchte ich schließen, und ich bedanke mich zunächst mal für Ihre Aufmerksamkeit und bin gerne bereit, freue mich darauf, Ihre Fragen zu beantworten. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Frau Professor Buch. - Ich würde, wie immer, erst mal einige allgemeine Fragen stellen, aber die erste - - Sie haben sich sehr gut, denke ich, vorbereitet. Das ist jetzt mein ganz subjektiver Eindruck. Deswegen: Die Frage schenke ich mir an der Stelle.

Ich würde gerne wissen: Durch welche Ereignisse oder Entwicklungen hätte die Finanzstabilität im Untersuchungszeitraum denn beispielsweise in Gefahr geraten können? Sie haben das ja eben in dieser Vier-Punkte-Prüfung mal aufgeführt.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Das ist jetzt ein bisschen eine hypothetische Frage, weil sich das ja immer festmacht sozusagen an der Marktlage, die man damals vorgefunden hat. Und

wir hatten also im Februar 2019 eben keine Situation, in der es jetzt besonders große Spannungen an den Märkten gegeben hätte. Aber ich versuche trotzdem mal, das sozusagen in diesem hypothetischen Sinne zu beantworten. Also, eine Marktlage, in der es gerade sehr turbulent an den Märkten zugeht, wo - - Ich gehe vielleicht mal als Beispiel auf den März des vergangenen Jahres - - Da hatten wir durchaus vielleicht jetzt auch eine Extremsituation. Da hatten wir eine Situation, wo der Coronaschock traf, es eine große Unsicherheit gegeben hätte. Also, wenn man jetzt so insgesamt eine sehr unruhige Marktlage gehabt hätte, dann ist natürlich die Gefahr, dass plötzlich von einem Ereignis Abstrahleffekte, Ansteckungseffekte ausgehen, viel größer; das wäre eine Situation gewesen. Oder wenn man es jetzt mit einem Institut zu tun gehabt hätte, was schon mal per se viel systemrelevanter gewesen wäre, als es eben hier die Wirecard Bank - ich habe mich jetzt nur auf die Bank bezogen - war. Es gab ja andere Indikatoren, auch was die Wirecard AG für den Zahlungsverkehr anging. Da waren eigentlich auch unsere Indikatoren - - sprachen alle dafür, dass hier keine Systemrelevanz vorliegt.

Also, das wären mal zwei so Eckpunkte: die allgemeine Marktlage sehr viel turbulenter oder ein Institut, was sehr viel systemrelevanter ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde da gerne noch mal zum Begriff „Marktvertrauen“ kommen. Einige Kollegen hatten - - nicht nur die Kollegen. Ich denke, heute sind sich die meisten Marktteilnehmer darüber einig, auch wenn „meisten“ hier ein sehr schwammiger Begriff an der Stelle ist, dass das Leerverkaufsverbot eine eher - jetzt bin ich diplomatisch - unglückliche Entscheidung war und das Leiden oder auch den Überlebenskampf der Wirecard AG eher zulasten der Anleger verlängert hat. Und das hat mich vorhin zu Ihren Kollegen immer zu dieser Frage bewegt: Ist denn nicht eigentlich die Finanzstabilität - und Sie haben das eben eigentlich für mich auch so zum Teil mit Ja beantwortet, ohne dass ich es gefragt habe, in den Ausführungen - - Also, auch noch mal vielen Dank für die ausführliche Schilderung.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ist denn nicht aus Ihrer Sicht in der Beurteilung auch jetzt „Finanzstabilität“ der Oberbegriff, und der Begriff „Marktvertrauen“ sortiert sich, gruppiert sich irgendwo darunter? Was mich dann wiederum eigentlich dazu veranlasste, vorhin zum Dr. Weigert zu sagen: Hätte nicht, wenn man das weiß oder wenn man das so sähe, diesen Prozess - - Er sagt: Er ist noch nicht zu Ende definiert. Da war ich etwas erschrocken, auch in Bezug jetzt auf die Ereignisse von vor zwei Jahren. Wenn man das dann ja bejahen könnte in einem, noch mal, wissenschaftlichen Diskurs, auch zwischen BaFin, von mir aus noch ESMA und der Bundesbank, dass man dann sagt: „Na ja, final“ - ich habe das etwas flapsig ausgedrückt - „hätte ja dann doch - - wenn man sagt: Finanzstabilität: Da sehe ich jetzt mal die Bundesbank als Hüterin der Währung. Sie haben das ja eben auch sehr schön beschrieben. Es ist eben dann nicht nur der Markt. Es sind die Sparprozesse, es sind die Geldzahlungsströme, die Finanzströme, Liquidität, viele Dinge, die da eine Rolle spielen. Wäre dann nicht doch die Bundesbank, wenn man das mal zu Ende beurteilt hätte oder beurteilen würde in Zukunft hier am Ende des Tages, den entscheidenden Hinweis - - vielleicht aber auch, ich habe so gesagt, die Hosen eigentlich anhaben müssen, zu sagen: „Liebe BaFin, das ist schön und gut, Marktstabilität. Aber hier seid ihr im Bereich auch der Finanzstabilität“ - Sie haben dann eben wunderbar ausgeführt, warum Sie sagen: die Finanzstabilität ist schon gar nicht beurteilt -, und für die Zukunft da dann einen anderen Prozess zu definieren.

Denn unser Eindruck ist - das wird sich, glaube ich, in der Fragerunde gleich oder in den nächsten Runden ergeben; das ist erst mal nur der Eindruck -, dass die Bundesbank vielleicht an dem Freitag ganz glücklich war, dass dann die BaFin für sich entschieden hat: Wir wollen keine Stellungnahme mehr haben. Und als ich Ihrem Kollegen Dr. Weigert dann eben gesagt hatte: Insbesondere - - Wir hatten gestern Herrn van Walsum von der ESMA hier, und der stellte uns dann für meine Überraschung auch dar: Selbst wenn die BaFin falsche Informationen vorgelegt hätte oder das Schweigen der Bundesbank als eine Art von Zustimmung und Passierenlassen gewertet hätte

und man wäre bei der ESMA zu dem Schluss gekommen: „Das ist falsch“, wäre das nicht deren Kompetenz, da nachzufragen. Das dürfen die auch gar nicht, sondern sie müssen - - Ich habe das so ein bisschen mit Eurostat 2004 und dem Eintritt Griechenlands mit etwas sehr optimierten Zahlen in der Statistik zum Euro ausgedrückt. Letztlich darf die ESMA das nicht.

Und wenn man diesen ganzen Zug mit den Ereignissen jetzt sieht, wäre es dann nicht aus Ihrer Sicht an der Zeit, das mal zu Ende zu definieren, damit sich dann Wirecard tatsächlich nicht wiederholt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, das war jetzt ein ganzes Bündel an Fragen, und das ist - - Also, ich setze vielleicht noch mal an zwei Stellen an. Zunächst mal: Ich weiß jetzt nicht ganz genau, was Herr Weigert gesagt hat oder der Kollege von der ESMA.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, natürlich.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, ich setze vielleicht noch mal an der Stelle an, wo es diese Abgrenzung zu - - Oder warum habe ich die auch so deutlich gemacht zwischen dem Thema Marktvertrauen und Finanzstabilität? Es gibt natürlich Tatbestände - und ich glaube, dass hier so einer vorgelegen hat -, wo das Marktvertrauen - - Wir müssen ja auch immer uns in die Situation Februar 2019 versetzen, also wo die BaFin möglicherweise einen guten Grund gehabt hat, so zu handeln, wie sie gehandelt hat. Das kann ich letztlich nicht beurteilen, weil mir auch viele Informationen nicht vorgelegen haben. Wir konnten ja sozusagen nur auf der Informationsgrundlage arbeiten, analysieren, die wir dann hatten.

Aber nehmen wir mal die ganze juristische Frage jetzt da raus - hätte sie, dürfte sie, was auch immer, nur um das analytisch abzugrenzen -: Es kann durchaus eine Situation geben, in der ein Finanztitel das - - Vielleicht hätte - - Wenn man damals sogar schon gewusst hätte, um es einfacher zu machen, dass das ein Betrugsfall gewesen ist und so, wo es wirklich große Probleme bei einem Finanztitel gibt, das wäre also ganz klar ein



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Punkt, wo man sagen muss: Man muss die Anleger schützen. Das ist natürlich unglaublich wichtig. Jeder, der investiert am Aktienmarkt, muss auch die Sicherheit haben, dass das, worin er da investiert, auch eine gewisse Werthaltigkeit hat und dass die Zahlen stimmen. So.

Also, ich glaube, das ist ein ganz, ganz berechtigtes Interesse der Anleger des Finanzplatzes, dass sozusagen diese Dinge klar und sichtbar in den Zahlen sind. So, und dann hat die BaFin Instrumente, Möglichkeiten, Informationsquellen, dann auch mit solchen Fällen, was Anlegerschutz, Marktvertrauen angeht, umzugehen.

Das, was der Gesetzgeber gesagt hat nach der Finanzkrise, war - - Das ist sozusagen ein sehr isolierter Fall, den ich jetzt mal bewusst so dargestellt habe - - Der Gesetzgeber hat nach der Finanzkrise gesagt: „Ja, wir müssen aber auch sicher sein, dass so was wie die globale Finanzkrise nicht noch mal passiert“, wo wir einfach viel zu wenig das Gesamtsystem im Blick gehabt haben. Jeder hat auf seinen einzelnen Bereich geguckt, aber das System und „Wie sind eigentlich die Rückwirkungen zur Realwirtschaft?“, das haben wir zu wenig im Blick gehabt. So, und deswegen gibt es eben das neue Mandat auch der Bundesbank, was Finanzstabilität angeht. Da hat der Gesetzgeber dann aber auch gesagt: Da ist eine relativ hohe Hürde gegeben. Man darf nicht einfach so eine Maßnahme ergreifen aus Finanzstabilitätssicht, weil das eben dann auch - - Also, jede Maßnahme, die man ergreift, kann immer Vor- und Nachteile, Wirkung und Nebenwirkung haben. Und deswegen sind wir eben auch - - versuchen wir, das analytisch, so klar es eben geht, abzugrenzen und die Hürde auch hochzulegen, wenn man sagt: Aus Finanzstabilitätssicht sind Maßnahmen erforderlich. - Und das wäre eben der Fall gewesen, wenn insgesamt der Markt in einer ganz anderen Verfassung gewesen wäre, das Institut wichtiger gewesen wäre für den Gesamtmarkt. Aber ich glaube, dass - -

Ich habe es ja eben gesagt: Ich bin keine Juristin. Aber so verstehe ich auch den europäischen Gesetzgeber mit der EU-Leerverkaufsverordnung, die ja die Grundlage ist. Da steht ja auch „Marktvertrauen oder Finanzstabilität“. Das ist eine

„Oder“-Verknüpfung. Da sind jetzt aber wahrscheinlich Juristen hier im Raum, die das viel besser wissen, wie das zu interpretieren ist. Also, vielleicht möchte ich mich da nicht weiter jetzt auf juristisches Terrain begeben. Aber ich glaube, das ist durchaus auch gesetzlich so gedacht, vom Gesetzgeber so gedacht, dass es hier doch zwei Bereiche gibt, die unterschiedliches Handeln erfordern können.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann bin ich zunächst erst einmal durch. - Und der Kollege Dr. Michelbach setzt dann fort für die CDU/CSU.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Frau Professor Dr. Buch, vielen Dank, dass Sie uns heute zur Verfügung stehen. - Und es geht um die Aufklärung zum Erlass eines Leerverkaufsverbots durch die BaFin. Wir halten mit der Bundesbank eine starke Expertise vor. Trotzdem wird das Leerverkaufsverbot nach unserer Auffassung, die wir heute erhärtet bekommen haben, falsch eingesetzt. Wie oft haben Sie in Ihrer ganzen Laufbahn ein Leerverkaufsverbot mit zu entscheiden gehabt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Eine ganz formaljuristische Antwort wäre gewesen: „Keinmal“, weil wir sozusagen nicht die zuständige Behörde sind.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, aber beteiligt - -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Aber wenn ich mal das Formaljuristische weglasse, war das der einzige Vorgang, wo ich zu tun hatte mit dem Thema Leerverkäufe.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Aber Sie gehen davon aus, dass es ein seltenes Instrument ist.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das ist das, was die Evidenz uns sagt. Ja, genau.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Ihr Mitarbeiter hat gesagt: In sechs Jahren war es das erste Mal. Sie sind, glaube ich,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

noch nicht so lange als Vizepräsidentin dabei, aber gut. Auch das war uns wichtig, das noch mal darzulegen; denn wir haben ja mit der Bundesbank hochkarätige Fachleute. Und die werden, wenn es darum geht, dann in ihrer Stellungnahme nicht gebraucht. So stellt sich das für uns dar. Und warum hat die BaFin vor Erlass des Leerverkaufsverbotes auf eine förmliche Stellungnahme der Bundesbank verzichtet? Das müssen Sie in irgendeiner Form als Vizepräsidenten einer solchen Institution sich ja fragen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich kann Ihnen am Ende die Frage, warum die BaFin etwas getan hat oder nicht getan hat, nicht beantworten, weil das ja auch eine Entscheidung der BaFin gewesen ist. Ich kann Ihnen sagen, was unsere Einschätzung war, ob in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme notwendig ist oder nicht. Ich hatte Ihnen das ja eben geschildert: Es muss nicht unbedingt sein, dass eine Stellungnahme eingeholt wird. Das ist in einem Schreiben des Finanzministeriums festgelegt, sozusagen in Interpretation der Frage: Was bedeutet denn jetzt die EU-Leerverkaufsverordnung für die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Institutionen? Die BaFin ist die Institution, die diese Maßnahmen entscheiden muss. Sie muss sie auch mit der ESMA abstimmen. Und die Frage ist: „Werden andere nationale Behörden oder Institutionen einbezogen?“, und das ist eine Soll-Bestimmung. Von daher ist letztlich, wenn Sie so wollen, die BaFin die Herrin des Verfahrens und muss auch die Frage beantworten, warum sie das nun am Ende dann macht oder nicht. Also, wir hätten bereitgestanden, die Stellungnahme abzugeben. Wir waren selber der Meinung, weil wir uns einfach aufgrund a) fehlender Zuständigkeit für das Thema Anlegerschutz und b) auch aufgrund der Tatsache, dass, selbst wenn wir alle Informationen gehabt hätten über die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen - - also mal hypothetisch: Wir hätten sie nicht. Aber wenn wir sie gehabt hätten, hätten wir im Grunde genommen auch keine analytischen Instrumente gehabt, damit umzugehen, weil es da ja sehr - ich scheue jetzt ein bisschen den Begriff „forensisch“ in diesem Zusammenhang - - aber weil es ja sehr stark darum ging, was jetzt genau bei diesem Institut los ist, „Was sind die Vorwürfe?“. Wir wussten das alles nicht, und

da wären auch im Grunde genommen unsere analytischen Möglichkeiten, die ja immer auf das gesamte System blicken, nicht wirklich anwendbar gewesen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, das waren eigentlich die zwei Gründe, warum wir gesagt haben: Wir brauchen - - Wir haben der BaFin gesagt: Ihr müsst das prüfen, ob ihr eine Stellungnahme von uns hier braucht, ihr eine ganz andere Begründung nehmt für die Leerverkaufsverordnung. - Aber die Entscheidung darüber musste die BaFin treffen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das ist uns klar. Und dass Sie nicht für die BaFin sprechen können, ist uns auch klar. Aber im Wesentlichen haben Sie ja das entscheidende Stichwort gerade gesagt. Und dann muss ich Ihnen eine bildliche Vorhaltung machen. - Ich darf Sie mal bitten, die Uhr anzuhalten. - Sie sprechen von staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, die Ihnen vonseiten der BaFin, von wem auch immer - und darüber bitte ich Sie uns zu informieren - - letzten Endes gesprochen hat.

Ich lege Ihnen hier einen Vermerk vor, der Grundlage bei der BaFin war für die Aussage „staatsanwaltschaftliche Ermittlungen“. Wenn Sie mal den Vermerk der Oberstaatsanwältin Bäumler-Hösl der Staatsanwaltschaft München ansehen, dann schauen Sie mal, ob das, dieser Vermerk, irgendwo das Wort „Ermittlungen“ vor-sieht.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin liest in diesen Unterlagen)

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich bin immer ein bisschen - - Also, das Lesen unter Zeitdruck, wenn mir viele zugucken, ist immer nicht so richtig - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Nein, nein, nein, nein, lassen Sie sich ruhig Zeit. Wir haben alle Zeit der Welt.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich muss auch sagen: Das ist ein Vermerk, den ich nicht kenne. Also, von daher kann ich jetzt im Grunde genommen auch dazu keine Aussage treffen. Da bitte ich vielleicht auch den Vorsitzenden ein bisschen um Guidance, weil ich, wie gesagt - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Frau Professor Buch, das ist für uns ganz wichtig. Wir haben das aufzuklären, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): - wie die, sagen wir mal, Kommunikationsströme zu welcher Entscheidung geführt haben. Da bitte ich Sie wirklich um Verständnis. Und Sie sagen, dass die fachliche Stellungnahme der Bundesbank letzten Endes vom Tisch gewischt war, weil es angebliche staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gebe. Das haben Sie ausgesagt. Dazu stehen Sie.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Noch mal, jetzt muss ich ja sagen: Das ist meine Erinnerung. Wir haben keine schriftliche Information bekommen von der BaFin. Meine Erinnerung ist - ich kann Ihnen das nur so wiedergeben -, dass dann das erste Mal zunächst unsere Arbeitsebene informiert wurde, dass hier staatsanwaltschaftliche Ermittlungen liefen. Und meine Erinnerung ist, dass mir das telefonisch so mitgeteilt ist. Ob jetzt die Vokabel „Ermittlungen“ - - Also, ich habe diesen Vermerk nie gesehen. Und für mich war das so zu verstehen, ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das deckt sich total mit Ihrer Arbeitsebene. Die haben das genau so mitgeteilt bekommen, wie Sie das schildern und wie Sie das in Erinnerung haben. Nur ist da ein ganz anderer Sachverhalt. Hier ist ein Vermerk der Oberstaatsanwältin von einem Interessenvertreter von Wirecard, der einen Anruf bei der Oberstaatsanwältin

geführt hat. Und die hat hier einen Gedächtnisvermerk aus diesem Telefonanruf des Rechtsanwaltes von Wirecard gefertigt, mehr nicht.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das ist möglich. Aber dazu kann ich nicht Stellung nehmen, weil ich, wie gesagt, zunächst - - Mir ist auch gesagt worden, dass das vertrauliche Informationen sind. An der Stelle habe ich nicht weiter nachgefragt. Und ich habe keinerlei Möglichkeiten gehabt, damals nicht, heute nicht, sozusagen in die Kommunikation zwischen BaFin und Staatsanwaltschaft zu blicken.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Verstehe ich alles, aber Sie müssen uns auch verstehen, dass wir nicht akzeptieren können, dass in unseren Institutionen, Behörden Entscheidungen aufgrund von Räuberpistolen geführt werden. Da bitte ich doch um Verständnis. Dass Sie der Sache dann auch aufgesessen sind, wie viele andere, ist ein Aspekt, den wir so sehen müssen. Aber vielleicht schildern Sie noch mal detailliert, was Sie aus diesem Telefonat mit der Frau Roegele so im Gedächtnis haben, weil darauf kommt es jetzt schon noch mal an, dass wir erkennen, wo die Kommunikationsprobleme in unseren Institutionen und Behörden wirklich liegen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, die Formulierung, dass wir einer Information aufgesessen sind, die würde ich jetzt vielleicht ein bisschen weniger scharf formulieren. Aber ich kann Ihnen gerne noch ein bisschen das Wenige, was ich weiß aus diesem Telefonat, und das, was ich hier erinnere - - Aber das, denke ich, reflektiert den Informationsstand, den ich damals hatte, sehr, sehr gut.

Wie gesagt: Ich habe gesagt - das hatte ich ja eben geschildert -: Wir sehen hier nichts, was das Thema Finanzstabilität angeht. Ich habe kurz, so wie ich mich erinnere, über unsere Analysen berichtet; aber das war jetzt nicht der entscheidende Punkt. Und ich habe dann eben erfahren - aber da kann ich mich nur noch an Stichworte erinnern -, dass von Erpressung die Rede war, dass auch der Name einer Nachrichtenagentur genannt worden ist. Aber ich muss sagen, dass ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das zu dem Zeitpunkt überhaupt nicht zuordnen konnte, zumal dann auch noch gesagt worden ist, dass das vertrauliche staatsanwaltschaftliche Informationen sind, die auch nicht weiter mit uns geteilt werden konnten. Und so sehr ich immer dafür bin, dass wir auch auf Basis vollständiger Informationen handeln, aber wenn Ihnen eine andere Behörde sagt: „Da gibt es vertrauliche staatsanwaltschaftliche Informationen“, dann bin ich zumindest nicht die Person, die dann versucht, da mehr Informationen herauszubekommen und jemanden in Bedrängnis zu bringen, dass er mir vertrauliche Informationen gibt, die er mir eigentlich nicht geben darf. Das war mein Verständnis, dass wir einfach - - dass diese Informationen nicht für uns waren. Ich konnte das auf meinem damaligen Informationsstand auch nicht detaillierter einordnen. Es war auch nichts, was jetzt unsere Einschätzung, was Finanzstabilität angeht, in dem Moment geändert hätte, weil das doch sehr danach klang, dass das ein isoliertes Thema für dieses eine Unternehmen ist.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Frau Professor Buch, erachtete die BaFin vielleicht nur deshalb auf einmal eine förmliche Stellungnahme der Bundesbank für nicht mehr notwendig, da sie nach dem Telefonat mit Herrn Seiler und auch mit Ihnen wusste, dass die Bundesbank ein Leerverkaufsverbot eigentlich dann ablehnte?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das weiß ich nicht, weil das wieder ein bisschen über die BaFin reflektiert und ich nicht natürlich nicht genau weiß, wie die Entscheidungen dann in der BaFin gelaufen sind. Ich habe aber - auch das weiß ich jetzt nur aus unseren Akten - - dass die BaFin wohl schon am Anfang sozusagen - habe ich ja eben geschildert, der Kontakt war zunächst mal über die Arbeitsebene - - dass schon am Anfang eigentlich auch kommuniziert worden war, dass die Begründung der Allgemeinverfügung nicht Finanzstabilität sei. Und das sieht man ja auch, wenn man den Entwurf der Allgemeinverfügung sich anschaut und auch dann hinterher den Text. Da war nicht Finanzstabilität das Thema. Inwieweit dann wann wie wo genau die Entscheidungen in der BaFin gefallen sind, das kann ich Ihnen so nicht sagen. Ich hatte nicht das

Gefühl, dass sie einen starken Druck hatte, eine Stellungnahme von uns zu bekommen, weil - - Es ist jetzt nur nach zwei Jahren noch eine Erinnerung. Also, das kann ich Ihnen nicht genauer sagen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Haben Sie nicht heute den Verdacht, dass man Ihnen diese Stellungnahme der Bundesbank abhandeln wollte? Weil das ist ja doch außergewöhnlich, dass man nicht eigentlich auch eine solche Institution wie die Bundesbank ins Boot nimmt, wenn man solch eine weitgehende Entscheidung trifft.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, die Vokabel „abhandeln“ würde ich hier nicht verwenden, weil nach meiner Erinnerung schon in diesem ersten Telefonat an dem Freitagabend eigentlich sehr schnell diese beiden Eckpunkte klar waren: Es gibt einerseits Informationen, die wir nicht haben, die wir auch gar nicht einfließen lassen können, und es gibt andererseits kein Finanzstabilitätsthema, aber eben aus Sicht der BaFin ein Thema Anlegerschutz, Marktvertrauen. Von daher war - - Sie müssen sich das nicht so vorstellen, dass wir da jetzt darüber gerungen haben und man das irgendwie abverhandeln muss, sondern es war im Grunde genommen schon auch da eine relativ große Einigkeit, dass es, jetzt mal abweichend von dem, was mal abstrakt als Ablaufschema aufgeschrieben war, was ja nicht an diesem konkreten Fall festmachen konnte - hier eigentlich aus unserer Sicht - und auch der Sicht der BaFin dann vermutlich nicht - keine Notwendigkeit einer Stellungnahme gab. Aber ich muss noch mal sagen: Das ist - - Ich kann das nicht - - Oder die Bundesbank hat ja keine Bringschuld, was so eine Stellungnahme angeht, sondern das ist eine Holschuld der BaFin, die letztlich die anfordern muss auch bei uns, weil sie die maßgebliche Behörde ist und auch eben das Verfahren hier steuert.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, diese Verschiebebahnhof-Lösung, die sehen wir nicht so. Wäre es nicht auch zu Ihrer Absicherung der bessere Weg gewesen, sich nicht auf das Vorgehen der BaFin einzulassen, sondern



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Stellungnahme einfach dennoch abzugeben? Weil Sie waren ja einheitlich im Hause verfasst.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, aber wir brauchen ja auch einen Adressaten für unsere Stellungnahme. Wir brauchen auch jemanden, der die sozusagen anfordert.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Die BaFin.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Also, das ist aber in dem ganzen Verfahren und auch so, wie ich den Brief des Finanzministeriums aus 2013, der das Verfahren ja beschreibt - - So wie ich das interpretiere oder wie unser Haus, unsere Rechtsabteilung, das interpretiert, ist die BaFin die maßgebliche Behörde, die diese Maßnahmen erlässt und die sich eine Stellungnahme anderer Institutionen einholen sollte in dem Verfahren. Aber es ist sozusagen nicht unsere Aufgabe, diese Stellungnahme jetzt anzudienen. Und die BaFin wollte eben diese Stellungnahme dann letztlich nicht. So habe ich das dann ja auch schriftlich noch mal an unseren Vorstand, den BaFin-Vorstand geschrieben.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, jetzt ist die Bundesbank ja keine Laufkundschaft, Frau Professor Buch. Wie konnten Sie sich denn darauf einlassen? Warum gaben Sie denn nicht dennoch eine förmliche Stellungnahme ab, die ja bereits im Laufe des Tages in der Bundesbank abgestimmt war und einheitlich war? Das wäre doch wirklich zu Ihrer Absicherung der richtige Weg gewesen. Das verstehe ich nicht. Wenn ich von etwas überzeugt bin, dass ich als Bundesbank etwas abgeben soll, dann kann ich doch nicht einfach eine Stellungnahme in Luft auflösen, so quasi: Wir machen nichts, schönes Wochenende.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Na ja, so war das ja nicht. Also, die Kollegen haben ja durchaus auch am Wochenende gearbeitet und haben sich mit diesen Dingen beschäftigt. Also nein. Der zweite Punkt - - Jetzt haben wir gerade sozusagen über den formalen Prozess gesprochen und dass die Bundesbank nicht von sich aus in dem Prozess da eine Stellungnahme anbietet und dann

die BaFin guckt, ob sie sie nimmt oder nicht, sondern die BaFin muss eben das entscheiden, ob sie sie einholt.

Der zweite Punkt ist: Uns fehlten ja auch für eine fundierte Stellungnahme ganz wichtige Faktoren, die den Sachverhalt betreffen. Also, die Informationen - - Ich hatte Ihnen ja eben gesagt: Das Schriftstück, was Sie mir eben vorgelegt haben, kannte ich nicht. Ich kannte auch nicht - - oder wir kannten nicht Kommunikation der BaFin mit anderen Behörden, anderen Institutionen. Also, von daher hatten wir im Grunde genommen keinen Sachverhalt, auf dem wir auch hätten dann entsprechend aufsetzen können. Das war ja der zweite Punkt, also dass uns einfach da sowohl die Zuständigkeit als auch die Informationen fehlten.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Wie war das bei dem Telefongespräch mit der Frau Roegele? Haben Sie da Ihre Meinung deutlich vertreten und die Frau Roegele wollte Ihnen das dann nicht abnehmen oder ausreden, oder haben Sie eine kritische Einschätzung gegenüber der Frau Roegele vertreten? Also, da müssen wir schon mal ein bisschen mehr Inhalt von Ihnen zur Kenntnis nehmen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Also, das hatte ich ja schon gesagt: Das war sozusagen die Information, die zunächst auf der Arbeitsebene kommuniziert worden war an die BaFin, dass wir eben aus Sicht der Finanzstabilität keine Notwendigkeit für ein Leerverkaufsverbot sahen auf Grundlage unserer Informationen, unserer Indikatoren. Das habe ich schon sehr deutlich gemacht. Und dann kam sozusagen die zusätzliche Information, die sich dann auch unserer Bewertung, unserer Zuständigkeit, unserer Analyse-möglichkeiten entzog, dass es hier staatsanwalt-schaftliche Ermittlungen gibt. Also, von daher ist sehr klar gewesen, wie unsere Einschätzung ist zum Thema Finanzstabilität. Ich glaube, das war auch allen klar. Aber es war eben auch die Grenze dessen erreicht, wo unsere Zuständigkeit ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, das kommt immer wieder auf die Räuberpistole raus. Aber was soll das? Hätte die Stellungnahme nicht gerade in diesem Fall natürlich dann vielleicht noch mal nachträglich erfolgen müssen, um die BaFin vielleicht dann doch noch davon abzuhalten, eine solche rechtswidrige oder falsche Maßnahme zu erlassen? Sie sagen, Sie haben eine Nachbetrachtung geführt. Wie sah denn diese Nachbetrachtung aus, und zu welchem Zeitpunkt wurde die durchgeführt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, zunächst mal: Wir haben jetzt gerade noch einen Teil weggelassen. Es gab ja auch parallel noch den Prozess zur ESMA, in den wir jetzt nicht weiter eingebunden waren. Da haben wir nur das Ergebnis gesehen. Ich würde jetzt auch keine juristische Einschätzung abgeben wollen hier, ob das jetzt eine rechtswidrige Handlung war oder nicht.

Die Nachbetrachtung: Wir haben dann in der Tat, nachdem wir sozusagen über den weiteren Verlauf mit der ESMA informiert worden sind - - Aber noch mal: Da haben wir auch nicht die Unterlagen, die Informationen gehabt, die zur ESMA gegangen sind, sondern wir haben immer das Ergebnis gesehen. Da habe ich dann in der Tat - ich weiß nicht; ich glaube, mich jetzt richtig zu erinnern, dass es an dem Montag danach gewesen ist - noch mal an Frau Roegele auch geschrieben und gesagt: Wir müssen vielleicht mal ein Lessons Learned machen zu diesem Prozess. Und da sollte es eben aus unserer Sicht genau darum gehen, dass man einfach das noch mal - - also dass man über diesen Vorgang noch mal spricht, aber vor allem auch guckt, wie man die zeitlichen Prozesse staffelt, weil natürlich bei uns - - Das ist völlig klar, dass in so einer Situation, die - Sie haben es ja eben gesagt - auch außergewöhnlich ist, dann sozusagen alle an Bord sind und alle arbeiten. Aber in diesem Fall - - Wenn man also frühzeitig gewusst hätte: „Es geht gar nicht um Finanzstabilität. Es geht um Marktvertrauen“, dann hätte man ja vielleicht auch die Prozesse anders steuern können, wenn wir die Informationen am Anfang gehabt hätten. Also, das war einfach noch mal die Idee des Lessons Learned und einfach noch mal vielleicht mehr Hintergründe hierzu erfahren.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Haben Sie mit der Frau Roegele auch mit der Einschätzung Ihrer Mitarbeiter, dass das ganze Antrags- und Beschreibungswesen der BaFin handwerklich schlecht gemacht wurde - - Also, das ist eigentlich „Setzen, sechs“, wenn man so was - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dr. Michelbach, ich muss ganz kurz unterbrechen. Wir haben wie gestern leider offensichtlich ein Technikproblem. Die Zeit bitte kurz anhalten. Zur Erklärung für unsere Zeugin: Wir sind ja öffentlich und streamen auch in andere Räume, und dazu sind wir auf die Bild- und Tonübertragung angewiesen. Und die ist uns jetzt leider abhandengekommen. Das heißt, wir suchen jetzt eine Leitung und den Ton.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Dann darf ich vielleicht die Gelegenheit nutzen: Eben haben Sie auch mal „Anhalten“ gesagt, weil das - - musste die Zeit angehalten werden, als man mir ein Dokument noch vorgelegt hat. Ich habe das Anhalten nicht ganz verstanden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir haben eine sogenannte Berliner Runde, und diese Berliner Runde gliedert die Fragezeiten nach dem Proporz und der Stärke der Fraktionen. Und somit, damit wir auch genau sein wollen und nicht gesagt wird, vielleicht: „Der eine wird mir bevorzugt, und der andere darf länger reden“, hat jede Fraktion ein bestimmtes Kontingent - 21, 13, 7, 6, 6, 6 ist, glaube ich, die Gliederung; man ist da manchmal auch ein bisschen großzügig -, und dann wird die Zeit natürlich gestoppt, weil das wäre jetzt ja ungerecht gegenüber Kollegen Michelbach, wenn wir die Zeit runterticken lassen, während wir ein technisches Problem beheben. Das ist eigentlich der Hintergrund.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Wenn ich nicht dran schuld bin.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wenn wir jetzt etwas länger brauchen - gestern war das so; ich warte mal auf eine Rückmeldung -, würde ich vielleicht auch für fünf Minuten unterbrechen. Dann kann jeder sich die Beine vertreten oder





## Nur zur dienstlichen Verwendung

frischmachen. Aber ich warte dann mal eben auf die Technik. Das ist der Hintergrund.

Also, wir würden dann etwa für gute fünf Minuten unterbrechen, weil das gesamte System muss neu gestartet werden, also rebootet werden. Das heißt, so dicker Daumen zwanzig vor in etwa setzen wir dann fort. Wer jetzt rauchen möchte, kann dies tun. Wer was trinken möchte, möchte dies tun. Und ich bitte Dr. Zimmermann, wie immer, oder vielleicht einen Kollegen, die Tür zu öffnen. Dann können wir entsprechend auch in Coronazeiten immer für Frischluftzufuhr sorgen.

(Unterbrechung von  
15.32 bis 15.43 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich stelle fest, dass die Öffentlichkeit wiederhergestellt ist. - Und Dr. Michelbach, Sie machen weiter und kriegen sogar noch einen Bonus.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Vielen Dank - Frau Professor Buch, ich denke, Sie haben sich auch erholt. - Ich bin stehen geblieben bei dem BaFin-Vermerk, den Ihr Mitarbeiter, der Herr Wieland, mit der kritischen Äußerung, mit einem Vermerk Ihnen gegenüber verbunden hat. Ich finde den BaFin-Vermerk außerdem auch handwerklich nicht gut. Was haben Sie mit dieser Aussage gemacht? Haben Sie das der BaFin vorgehalten? Haben Sie gesagt: „Habt ihr überhaupt eine Expertise in der Angelegenheit?“?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, das ist ein Vermerk, der, wenn ich das jetzt aus den Akten richtig erinnere, an dem Freitagnachmittag, früher Abend entstanden ist, der sozusagen auf der Arbeitsebene ausgetauscht worden ist, den ich jetzt nicht gesehen habe. Von daher konnte ich jetzt nicht am Freitag - ich glaube, gegen halb 10 abends war es, als ich mit Frau Roegele telefoniert habe - - hätte ich jetzt nicht sagen können: Und im Übrigen gibt es noch diesen Vermerk. - Also, den habe ich sozusagen jetzt aus den Unterlagen gesehen. Ich glaube auch - ich meine, Sie haben Herrn Wieland selber dazu befragt; er müsste eigentlich selber erklären, was er damit gemeint hat - - Ich habe mit ihm jetzt nicht - - Ich

habe jetzt nicht über jeden einzelnen Schritt der Analysen auf der Arbeitsebene mit den Kollegen da gesprochen, weil ich da Vertrauen habe, dass sie ihre Prozesse gut organisieren. Also, von daher kann ich Ihnen jetzt nicht mehr dazu sagen, nur eben, dass ich diesen Vermerk so jetzt auch an dem Tag nicht selber gesehen habe, weil der sozusagen - - Das war der Austausch auf der Arbeitsebene dazu.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut, der Herr Wieland hatte uns ja dazu auch zur Verfügung gestanden. Und wir haben den Eindruck natürlich damit empfunden, dass er als Fachmann durchaus kritisch und entsetzt war über das, was hier von der BaFin kam. Hat die BaFin überhaupt die Kompetenz, derartige Marktanalysen, Sachverständigengutachten, Expertisen durchzuführen? Weil wenn man nicht einmal einen handwerklich guten Vermerk machen kann, die wesentlichen Dinge dort weglässt - - Und dann machen die eine Entscheidung ohne die Bundesbank. Haben die die Kompetenz nach Ihrer Auffassung?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, ich kann zunächst weder zu dem sagen, wie Herr Wieland das jetzt genau gemeint hat oder interpretiert hat oder was er hier gesagt hat, noch möchte ich jetzt über eine andere Institution urteilen, wie sie arbeitet, welche Informationen sie hat, wer dort tätig ist. Ich gehe mal davon aus - und das ist auch das, was ich sehe in unserer Zusammenarbeit mit der BaFin - - Meine Schnittstelle ist ja - - oder wo wir miteinander agieren, ist der Ausschuss für Finanzstabilität. Da sind wir ja beide regelmäßig da. Und da habe ich jetzt überhaupt keine Zweifel daran, dass die BaFin auch gutes, kompetentes Personal hat. Aber, wie gesagt, ich kann jetzt diesen konkreten Vorgang - - und grundsätzlich zu einer Einschätzung: „Wie ist die BaFin aufgestellt? Wer arbeitet da?“ - - Da müssten Sie auch - - Das ist letztlich ja was, was man mit der BaFin diskutieren sollte.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Wissen Sie, wie viele Ökonomen bei der BaFin da tätig sind?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Sehr wenig. Können Sie ein paar ausleihen aus der Bundesbank. - Aber eine abschließende Frage: Wie ist das bei Ihnen als Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank angekommen, dass die ESMA ohne eigene Analysen dann mehr oder minder zugestimmt hat? Wir haben den Herrn van Walsum von der ESMA hier gehört, und der sagte uns: Wir haben gar keine Aufgabe für eine Analyse, so wie die Bundesbank.

Das heißt: Wie erleben Sie, dass die BaFin zwei Alibis Ihnen gegenüber oder auch gegenüber uns vertreten hat: Erstens staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, die keine waren, und zweitens: „Die ESMA hat zugestimmt, und alles andere, was die Bundesbank gesagt hat, hat uns nicht interessiert“? Das ist doch ein Vorhalt, den Sie beurteilen müssen, denn so kann das ja in Zukunft nicht laufen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, ich würde jetzt, wie gesagt, zurückversetzt in diese Situation im Februar 2019, wahrscheinlich die Sprache weniger stark wählen, als Sie das gerade gemacht haben, was die Alibis angeht. Aber - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das ist so meine bayerische Eigenart, weil Sie kommen ja aus Essen. Das ist ja wieder anders. Sie sind vornehm.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich kann nur sagen: Also, die ganze sozusagen - - Der Prozess, die ESMA betreffend, weil ESMA eben die zuständige europäische Institution ist, das ist wirklich ein Prozess, der komplett ohne die Bundesbank, ohne die Notenbanken läuft. Das ist aber nicht so, weil wir uns da irgendwie zurückgezogen haben oder das nicht wollten, sondern weil das eben die Prozesse nach den europäischen Vorgaben so sind. Also, von daher kann ich das jetzt nicht einschätzen. Ich kann lesen, was die ESMA dann hinterher in ihrer Stellungnahme geschrieben hat; aber auch da kann ich Ihnen jetzt keine Einschätzung liefern, wie da die Ressourcen, die analytischen Möglichkeiten sind. Wie gesagt auch, ich wusste auch von Frau Roegele am Freitag, die ESMA muss eingebunden werden. Das weiß man ja aus dem Ablaufschema. Ich

habe dann das Ergebnis des Prozesses gesehen, aber nicht die Schritte dazwischen. Von daher kann ich das nicht, leider nicht, weiter einordnen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Michelbach. - Dann hat als Nächstes das Wort der Kollege Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Vielen Dank. - Frau Professor Buch, Sie haben zweimal Bezug genommen auf den Brief des Bundesfinanzministeriums aus dem Jahr 2013, aus dem nach Ihrer Auffassung hervorgeht, dass die Benehmenserstellung nicht erforderlich ist. Was mich sehr verwundert, ist, dass Sie völlig unterschlagen haben und mit keinem Wort erwähnt haben, dass es ja einen Leitfaden der Bundesbank selber gibt, 23 Seiten, MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 6. In dem steht auf Seite 12:

Anders als die BBk vertreten BaFin und BMF die Auffassung, dass bei einem Erlass von leerverkaufsbezogenen Maßnahmen ... **keine Benehmenserstellung** mit der Bundesbank erforderlich sei.

Das ist der heute gültige Leitfaden. Warum haben Sie denn das nicht erwähnt in Ihrem Eingangsstatement, sondern nur das BMF-Schreiben?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Ich kann noch mal - - Also, es gibt verschiedene Dokumente, die sich mit dieser Frage beschäftigen: Wer muss wann was machen, wenn es um so eine - - entweder Leerverkaufsverbot geht oder auch Maßnahmen nach dem Wertpapierhandelsgesetz? Es gibt einmal das Schreiben des BMF, dann gibt es das Ablaufschema der BaFin; und dann haben wir sozusagen noch mal für uns das - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Genau, alles bekannt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Dann haben wir für uns noch mal intern auch sozusagen - - sind diese Dinge noch mal durchgegangen und haben das noch mal erläutert, so.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Und mein Verständnis ist - - Also, ich glaube, da ist immer sehr klar, in all diesen Dokumenten, dass in diesem Fall hier keine Benehmensherstellung erforderlich ist. - Und jetzt habe ich gerade den Faden verloren.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das verstehe ich auch, weil das nicht so - - weil das so nicht stimmt.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nee, nee, Entschuldigung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie haben den Dissens in Ihrem Leitfaden -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - offen ausgesprochen. Es ist ein offener Dissens.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ach so, nein, nein, nein, nein. Also, jetzt habe ich ihn wieder, den Faden. Entschuldigung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, bitte.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Na, ich glaube nicht, dass das ein Dissens ist, sondern es gibt - - Aber das ist jetzt vor meiner Zeit auch, und das ist auch eine juristische Diskussion gewesen, die sich auch in unseren Dokumenten dann reflektiert, dass es wohl eine Diskussion gegeben hat, dass die Frage war: Muss jetzt eine Benehmensherstellung erfolgen oder nicht? Aber die Klarstellung letztlich - und das ist auch dann das, was in allen Dokumenten drin ist - - Es gibt ja auch vom AFS einen Ablaufplan, also vom Ausschuss für Finanzstabilität. Da ist sehr klar, dass keine Benehmensherstellung erforderlich ist, sondern eine Stellungnahme. Und so habe ich jetzt unsere Dokumente interpretiert, dass es vorher da mal eine Diskussion auch zwischen den

Juristen gegeben hat, als die EU-Leerverkaufsverordnung kam: Was muss denn jetzt genau gemacht werden? Aber dazu kann ich Ihnen leider keine detailliertere Informationen geben, weil ich bei diesen Diskussionen auch, die dann zwischen unserem Haus und zwischen BaFin und BMF gelaufen sind, auch nicht involviert war und nicht dabei war.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay, ja, nee, das ist klar. Der Dissens ist trotzdem offen, und ich wundere mich ein bisschen. Aber ich habe eh ein bisschen das Gefühl, hier wird - - Na ja, ich sage es nicht.

Haben Sie eigentlich mal hinterfragt, was die Vertraulichkeit der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen angeht? Das kann man ja leicht behaupten. Aber war das vertraulich? Ich habe hier ein Dokument, sage ich mal. Das ist ja das, was Ihnen vorgelegt worden ist, das, was die Staatsanwaltschaft München um 8.50 Uhr an jenem 15.02. an die BaFin geschickt hat. Da steht kein Wort von „vertraulich“. Und das ist über eine normale Fax-Leitung geschickt worden. Da steht nichts von „vertraulich“. Haben Sie das nicht hinterfragt? Ich meine, da kann man Ihnen ja alles erzählen. Das kann ja dann im Grunde jeder so - - kann die BaFin dann sagen: Vertraulich. Steht aber gar nicht drauf, dass das vertraulich - - Haben Sie da mal eine Rückfrage gestellt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Was würden Sie machen, wenn - - Entschuldigung, ich darf eigentlich nicht zurückfragen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie dürfen, da bin ich locker.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Wenn Ihnen eine Behörde sagt, sie hat eine vertrauliche staatsanwaltschaftliche Information, da kann ich doch nicht sagen: Sind Sie sich denn sicher, dass das eine vertrauliche Information ist? Also, das muss ich ganz ehrlich sagen - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich danke Ihnen für die Frage. Jetzt antworte ich mal, was ich antworten würde. Ich würde sagen: Wir beide sind Auf-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sichtsbehörde. Wir haben unterschiedliche Aufgaben, sind aber im Prozess beide involviert. Und auch die Bundesbank unterliegt in ihrem Tätigkeitsbereich umfassenden Verschwiegenheitspflichten. Es besteht überhaupt kein Problem, oder ich frage gerne auch selbst nach in München. - Das hätte ich, glaube ich, geantwortet, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Gut.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - weil das auch die Lage ist.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, das fand ich - - Noch mal: Ich gehe davon aus - - Ich muss auch davon ausgehen, dass, wenn mir eine Behörde mitteilt, dass sie vertrauliche Informationen hat, die sie nicht weitergeben kann und die dann im Übrigen - das ist ja das, was ich eben auch ausgeführt habe - auch gar nichts damit zu tun hatten - und das war auch, so wie meine Erinnerung ist, das gemeinsame Verständnis in diesem Telefonat - und die auch jetzt keine Implikationen für das Thema Finanzstabilität gehabt hätten, für das wir zuständig waren. Dann habe ich überhaupt keine Notwendigkeit gesehen - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Frau Buch, das können Sie doch gar nicht beurteilen, wenn Sie die Informationen nicht können.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das können Sie erst beurteilen, wenn Sie die Informationen kennen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Gut, also noch mal: Ich habe keine Notwendigkeit gesehen und keinen Anlass gesehen vor allem auch, diese Aussage der BaFin hier zu hinterfragen. Ich muss davon ausgehen, dass, wenn mir eine Behörde mitteilt, dass sie vertrauliche Informationen hat, ich dann auch nicht da nachbohre und in dem Sinne von der Behörde verlange, dass sie diese Vertraulichkeit mir gegenüber bricht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Allerdings haben Sie gesagt, das Wort „Erpressung“ und „Nachrichtenagentur“ sei in dem Gespräch doch gefallen; Sie hätten es bloß nicht einordnen können.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Richtig.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Dann haben Sie ja fast alles gewusst, was die BaFin auch hatte. Nur wenig hat gefehlt, sage ich mal, aber - -

(Heiterkeit der Abg.  
Dr. Florian Toncar (FDP))

- Entschuldigung. - Ist Ihnen denn gesagt worden, dass sozusagen die Quelle, die Informationsquelle, auf der sich das Stichwort „Erpressung und Nachrichtenagentur“ bezogen hat, ausschließlich der Anwalt von Wirecard war und der Zeuge Marsalek, den wir sicher jetzt alle besonders gut kennen. Das ist der Belastungszeuge, auf dem der Vermerk basiert, ausschließlich überbracht vom Anwalt von Wirecard. Ist Ihnen diese Information - -

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Nee, also das nicht, ja? Also, können Sie das ausschließen, dass Sie das wussten?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich kann heute nur das sagen, was ich erinnere. Ich habe keine Erinnerung daran, dass es weiter gehende Informationen hier gegeben hat.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich finde, also ehrlich gesagt, wenn man mal so auf den Vorgang schaut von oben: Der heute meistgesuchte Betrüger der Welt schickt seinen Anwalt mit einem in sich ungeschlüssigen Vorwurf zu Staatsanwaltschaft; die verschriftlicht das, und er, heute der meistgesuchte Betrüger der Welt, bekommt ein Leerverkaufsverbot - - Ich finde das einen ganz ungeheuerlichen Vorgang und erschreckenden Vorgang.

(Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans  
Michelbach (CDU/CSU):  
Das ist mehr wie Köpenick!)

- Ja.

(Zuruf: Hans! - Gegenruf  
des Abg. Dr. h. c. (Univ



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kyiv) Hans Michelbach  
(CDU/CSU): Entschuldigung!

Wenn wir mal über Ansteckungseffekte reden: Sind Ansteckungseffekte Thema der Finanzstabilität oder des Marktvertrauens, Ansteckungseffekte auf andere Titel, zum Beispiel DAX-Titel? Ist das ein Thema der Finanzstabilität oder des Marktvertrauens, oder kommt es auf den Kontext an?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein, es - - Es ist so, wie ich es eben geschildert hatte: Sie können eine Situation haben, wo das Marktvertrauen in einem isolierten Teil des Finanzsystems, hier eine Aktie oder ein kleiner Teil des Finanzsystems, gestört ist, weil es Marktmanipulation gibt, Insiderhandel, was auch immer, betrügerisches Verhalten, so. Die Frage dann, ob daraus ein Problem für die Funktionsweise des Finanzsystems folgt - das ist ja eine hohe Hürde, ne? -, das hängt eben davon ab, ob es diese Ansteckungseffekte gibt, also ob ein begründeter Verdacht besteht, dass andere Titel beeinträchtigt werden, dass es, wie ich es eben geschildert habe, eine Preisspirale gibt und diese Dinge.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Darf ich Sie mal fragen: Würden Sie prinzipiell sich zu Ansteckungseffekten äußern wollen, weil Sie das dem Thema Finanzstabilität zuordnen? Also, würden Sie als Bundesbank für sich in Anspruch nehmen: „Ansteckungseffekte thematisieren wir, weil das gehört zu unserem Mandat ‚Finanzstabilität‘, oder sagen Sie: „Ansteckungseffekte hat mit unserem Mandat nichts zu tun“?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nee, nee, genau. Also, mein Punkt war ja eben, dass wir - - Die Bundesbank hat ein Finanzstabilitätsmandat, aber kein Mandat, was Anlegerschutz angeht. Dafür haben wir keine gesetzliche Grundlage, keine Information.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist mir bekannt. Aber wo würden Sie denn die Ansteckungseffekte jetzt eingruppieren?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nee, die Ansteckungseffekte gehören zur Finanzstabilität. Das ist sozusagen der Kern der Finanzstabilitätsanalyse.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist Ihnen bekannt, dass die BaFin gegenüber der ESMA mit Ansteckungseffekten auf andere DAX-Titel und Finanztitel argumentiert hat?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich habe ja eben schon gesagt: Also, die Information, die die BaFin an die ESMA weitergegeben hat, der ganze Prozess von der BaFin zur ESMA, darin waren wir nicht involviert.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Kennen Sie nicht, kennen Sie nicht. Aber es sind genau diese Argumente gefallen. - Wenn ich noch eins fragen darf: Warum haben Sie nicht einfach die Stellungnahme abgegeben: „Finanzstabilität ist nicht berührt, nicht gefährdet. Punkt“?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Aus dem Grund, den ich eben schon erläutert habe: dass es unser Verständnis des Prozesses ist, nicht dass wir sozusagen eine Stellungnahme abgeben, sondern dass die eingefordert werden muss von der zuständigen Behörde, die eine Maßnahme erlässt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nur dazu.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das ist die BaFin, und die BaFin konnte in diesem Fall darauf verzichten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann ist als Nächstes Fabio De Masi - -

(Widerspruch des Abg.  
Dr. Jens Zimmermann  
(SPD))

- Entschuldigung! Ha, ich wollte nur testen, ob Dr. Zimmermann wach ist. Gut, alles klar. - Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Professor Dr. Buch, ich hätte



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zunächst erst noch mal eine ganz konkrete Nachfrage, weil Sie das in Ihrem Eingangsstatement genannt haben und danach noch so ein-, zweimal hin und her. Sie sagen, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe: Die BaFin hat auf Ihre Stellungnahme verzichtet. Könnten Sie mir sagen, konkret durch was? Also, wie hat sich das geäußert, dass - -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, also, wir haben - - Ich hatte ja schon geschildert: Ich habe an dem Freitagabend mit Frau Roegele gesprochen, und wir haben da entsprechende Informationen ausgetauscht: meine Informationen - hier ist nicht Finanzstabilität berührt -, ihre Informationen: Es gibt zusätzliche Informationen über staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. - Wir haben dann darüber gesprochen, ob jetzt hier eine Stellungnahme erforderlich ist oder nicht, weil offenkundig das Thema Finanzstabilität nicht betroffen war, wohl aber Marktvertrauen. Anlegererschutz, Marktmissbrauchsaufsicht ist Thema der BaFin - Finanzstabilität wäre unser Thema. Von daher war unsere Einschätzung, dass wir hier in diesem Fall keine Stellungnahme abgeben müssen.

Das haben wir dann aber sozusagen auch noch mal geklärt. Aber ich habe auch mit unserem Rechtsbereich Rücksprache gehalten und habe mich dann eben noch mal mit Frau Roegele - das war aber im Grunde genommen nur noch mal, um das zu klären - am Samstag noch mal verständigt, und da hat sie dann gesagt: Wir brauchen - - Wir schicken Ihnen sozusagen die Unterlagen, die Notifizierung der ESMA für Ihre Akten. - Und dann habe ich gesagt: Das ist für uns hilfreich, weil wir dann eben wissen: Wir müssen keine Stellungnahme abgeben. - Also, von daher waren wir uns schon weitgehend einig; das war sozusagen unser Plan A von dem Freitagabend, dass keine Stellungnahme von uns benötigt wird.

Noch mal: Sozusagen die Entscheidung darüber, ob diese Stellungnahme nun eingeholt wird oder nicht, ob man verzichten kann oder nicht, die kann ich ja nicht alleine treffen, sondern die muss die BaFin als zuständige, kompetente Behörde treffen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das finde ich eben interessant, dass - - Also, ich habe die Bundesbank irgendwie anders mal wahrgenommen. Also, dass Sie sich da einfach das Heft des Handelns aus der Hand nehmen lassen, dass die Bundesbank einfach sagt: „Die BaFin sagt: Ja, wahrscheinlich brauchen wir eure Stellungnahme nicht“, und Sie sagen: „Ach, ist ja super, Sie brauchen unsere Stellungnahme gar nicht“ - -

Ich habe auch noch mal eine Frage: Gibt es eigentlich - Sie haben gerade gesagt, Sie haben Ihre Rechtsabteilung damit befasst - in der Bundesbank für diese Einschätzung einen Aktenvermerk?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Alles, was in der Bundesbank dazu erstellt worden ist, und alles, was wir in der Bundesbank gemacht haben: Das ist alles in den Unterlagen, die wir abgegeben haben. Also, es ist jetzt, soweit ich das weiß, nicht in der Nacht sozusagen von - - Das war ja auch eine relativ kurze Frist. Da gibt es jetzt nicht einen Vermerk, der jetzt diese Sache geprüft hätte. Also - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist natürlich ärgerlich, weil - - Verzeihen Sie, wenn ich Ihnen da ins Wort falle, weil ich auch nicht ganz so viel Zeit habe. - Also, ich halte mal fest: Es gibt nicht den Aktenvermerk, wo die Rechtsabteilung einfach mal diese Frage geprüft hat: Müssen wir eine Stellungnahme abgeben? - Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen: Haben Sie irgendwann mal darüber nachgedacht, ob Sie vielleicht sogar ein Benehmen herstellen müssen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein. Also, noch mal: Ich würde das infrage stellen, dass wir da überhaupt eine - - Sozusagen die Entscheidung darüber: „Muss diese Stellungnahme eingeholt werden oder nicht?“, die muss ja von der BaFin gefällt werden; also, von daher, muss da auch die rechtliche Prüfung dann entsprechend vorgenommen werden.

Wir haben dann hinterher, als sozusagen die Dinge so umgesetzt worden sind, wie sie verabredet worden waren, den gesamten Prozess auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schriftlich dokumentiert - ich hatte ja eben darüber gesprochen, dass dann der Vorstand informiert worden ist, die Leitung der BaFin informiert worden ist -, und das war aus unserer Sicht auch sozusagen in Dokumentation dieses Vorgangs ausreichend.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, also Sie haben - - Ja, „Sprachregelung“ finde ich auch noch mal interessant. Warum braucht es denn eigentlich eine „Sprachregelung“?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Was meinen Sie jetzt - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, ich finde, es braucht eine saubere juristische Einschätzung und keine „Sprachregelung“, weil - - Ich sage es ganz ehrlich: Wenn ich mir Ihre ganze Kommunikation anschau, dann geht es dabei die ganze Zeit um „Sprachregelungen“. Und die „Sprachregelung“ ändert sich von: „Wir müssen Benehmen herstellen“, von: „Wir kriegen den Vorstand gar nicht so schnell zusammen“, über: „Ich habe mit Frau Roegele telefoniert, und jetzt ist doch nix erforderlich“, bis hin zu: „Ja, wir machen eine Sprachregelung, dass dann doch keine notwendig ist.“ Also, das sieht für mich nach einem totalen Chaos aus und einer vollkommenen Unklarheit, was eigentlich zu tun ist.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, also, das würde ich jetzt anders interpretieren. Also, es ist ja so gewesen, dass wir zunächst mal - - Und das muss man auch sagen: Auch die BaFin hat sich ja ganz klar an den Ablaufplan gehalten. Wir hatten ja eben schon über die Dokumente gesprochen, die sozusagen - - Es gibt einen rechtlichen Rahmen, und dann gibt es eine Vereinbarung auch, wie sozusagen, wenn so ein Leerverkaufsverbot erlassen wird, dann sozusagen der Reihe nach zu agieren ist. Und die BaFin hat sich ja genau an diesen Ablaufplan auch gehalten. Also, das ist sozusagen immer unsere Maßgabe gewesen. Das ist ja auch - - Sie sehen ja: In diesem Ablaufplan sind auch die einzelnen Ansprechpartner in unserem Hause. Also es war sozusagen auch etwas, was zwischen den Häusern abgestimmt war. Und die BaFin hat sich ja an diesen Ablaufplan gehalten.

ten. Nur, der war lange vor diesem Vorgang geschrieben. Dass der jetzt hier auf einen Fall angewendet wurde, der vielleicht nicht so war, wie man es sich am grünen Tisch ausgedacht hat, das sei noch mal dahingestellt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber das ist ja auch das, worauf der Kollege Toncar, glaube ich, hinauswollte. Also, ich meine, Sie haben einen Ablaufplan, es ist dokumentiert, das ist alles so gemacht, wie man es sich denkt. Nur, am Ende des Tages kommt aus meiner Sicht halt - - Und das haben Sie eben so angedeutet: Ja, genau, der Ablaufplan war jetzt nicht hundertprozentig auf diesen Fall ausgelegt. - Aber ich frage Sie noch mal: Gab es bei Ihnen, am Freitag zum Beispiel, die Einschätzung, dass Sie Benehmen herstellen müssen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Dann würde ich Ihnen jetzt gerne einen stillen Vorhalt machen; denn Sie haben am 15.02. eine Mail verschickt, und da - - Ich weiß schon, dass ich es nicht vorlesen darf; ich muss ihn nur selber einmal lesen, weil wir nur einen von diesen supergeheimen Laptops hier haben und die Geheimschutzstelle schon wieder einen Herzinfarkt bekommt, weil den da draußen jemand lesen könnte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich bitte, die Zeit zu stoppen. - Dr. Zimmermann, die Zeit ist gestoppt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Verzeihung, Sie müssten da jetzt unter diese Uhr gehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. Ich erkläre das sonst, Dr. Zimmermann. - Also: „Stiller Vorhalt“ heißt: Sie kriegen jetzt etwas Eingestuftes, was nicht für die Öffentlichkeit bestimmt ist. Sie können sich das jetzt anschauen, unter dem Rangring. Und wenn Sie gefragt werden, bitte nicht daraus zitieren! Sie können sagen: „Ja, das sehe ich auch so“, „Aha“, „Okay“, „Ja, ich wusste davon“, je nachdem, wie geschickt - und das macht er gut, das weiß ich - Dr. Zimmermann Ihnen dann die Fragen stellt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Es ist vollkommen unproblematisch; es ist nämlich Ihre eigene E-Mail.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sie müssen - - Es geht leider nur da oben, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - weil Ihre E-Mail, die ist so geheim, dass das Staatswohl gefährdet ist, wenn die jetzt jemand von da oben lesen könnte. - Ja, das ist leider so; das ist die Definition.

(Der Zeugin werden am Rande des Sitzungssaals Dokumente auf einem Notebook gezeigt - Die Zeugin nimmt Einblick)

- Kennen Sie diese E-Mail? - Also, „VS-Vertraulich“ ist schon eine ordentliche, eine amtliche Einstufung. Können Sie eigentlich sagen, warum diese E-Mail eingestuft ist?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, wir haben - - Also, noch mal: Grundsätzlich ist die gesamte Einstufung unserer Akten von der Rechtsabteilung bei uns vorgenommen worden. Und in Teilen sind dann ganze Akten, um die nicht sozusagen auseinanderzunehmen, als Vertraulich eingestuft worden oder eben in einer bestimmten Vertraulichkeitsstufe und nicht sozusagen die einzelnen Stücke daraus. Also, diese - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja. Das finden wir aber nicht gut.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Verzeihen Sie, Sie sind die Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank. Ich hätte jetzt schon, zum Beispiel, gerne gewusst, warum die Deutsche Bundesbank der Meinung ist, dass diese ganze Kommunikation, also auch so: „Hey, Peter, ich schicke dir die Handynummer von ...“ - - Das ist VS-Vertraulich.

Wir müssen hier diesen riesigen Aufstand machen, weil die Deutsche Bundesbank der Meinung ist, dass das so geheim ist.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Ich hätte zwei Fragen - - Also, wie gesagt: Das Erste müsste, wie gesagt, mit unserer Rechtsabteilung geklärt werden, und das ist eine Diskussion darüber, wie jetzt Einstufungen sind. Ich kann nur sagen: Also, bei uns ist es aus Gründen der Praktikabilität so gemacht worden. Und wir haben dann ja auch, als gesagt worden ist, bestimmte Unterlagen sollen rückgestuft werden, das entsprechend gemacht. Also, ich glaube, das ist eine Sache, die man auch lösen kann.

Jetzt zu der Mail. In der steht - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ärgert mich. Wenn ich das kurz noch ein- -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das kann ich so nicht stehen lassen. Wir haben am Dienstag die Aufforderung zur Herabstufung an die Bundesbank geschickt. Und, dummerweise, jetzt sind Sie hier, und wir haben noch gar keine Rückmeldung bekommen. Also, Sie sind ja hier jetzt auch als Zeugin in einem Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages, Sie sind hier nicht als Gast und Expertin zu einem netten Gespräch. Ganz ehrlich: Also, ich wollte auch nicht, dass diese E-Mails offen zur Verfügung stehen, weil sie ein schwieriges Bild zeichnen. Aber ich wüsste jetzt gerne - nachdem Sie Ihre E-Mail noch mal angeschaut haben -, ob Sie irgendwann der Meinung waren, dass die Bundesbank Benehmen herstellen muss.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Also, zunächst noch mal, einmal, weil ich diesen Vorwurf jetzt ungern im Raum stehen lassen würde, der so klingt, als hätte ich jetzt sozusagen in einem Prozess, dass Sie eine Anfrage gestellt haben an die Bundesbank, dass etwas zurückgestuft wird - - Und ich habe gerade Ihre Aussage ein bisschen so verstanden, als hätte ich jetzt eingegriffen, damit mir hier bestimmte Dinge nicht vorgehalten werden. Das muss ich -





## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Nein, aber Sie hätten eingreifen können -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - ganz klar zurückweisen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - und hätten Ihre Rechtsabteilung darum bitten können, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - sagen können: Ich muss hier vor dem Untersuchungsausschuss aussagen. Ich bitte darum, dass alles ermöglicht wird, dass der Untersuchungsausschuss möglichst gut seine Befragung durchführen kann. - Und, wissen Sie: In einem Untersuchungsausschuss gibt es selten Zufälle - es gibt immer nur so ganz komische Verkettungen. Und ich wette, dass am Montag die Herabstufung von einigen Unterlagen durch Ihre Rechtsabteilung genehmigt wird.

Aber lassen Sie uns nicht da weiter drüber reden. Ich habe noch drei Minuten. Ich würde gerne wissen, ob Sie Benehmen herstellen wollten.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich würde gern diesen einen Satz noch zu Ende bringen. Ich - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Nein. Nein, nein, nein.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Gut.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich stelle hier die Fragen - Entschuldigung! -, und ich hätte jetzt gerne eine Antwort auf meine Frage.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Gut. Ja, dann beantworte ich Ihnen jetzt diese Frage. In der Mail, die ich damals an meinen Büroleiter geschrieben habe, steht der Begriff „Benehmensherstellung“, weil ich zu diesem Zeitpunkt unterwegs gewesen bin - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sie dürfen aus dieser E-Mail nicht zitieren; die ist amtlich geheim gehalten.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja. Ich habe das aber selber - - kann ich ja diese Vertraulichkeit aufheben, denke ich mal. - Ich habe das geschrieben, weil ich an diesem Nachmittag unterwegs war; ich hatte nicht die Unterlagen vor mir liegen. Ich kann es nur noch mal betonen: Ich bin keine Juristin. Ich habe auch im Laufe des Tages - die Uhrzeit, kann ich mich jetzt nicht mehr genau erinnern, wann diese Mail geschrieben worden ist - - Wir haben im Laufe dieses Tages auch noch über diese Dinge gesprochen. Ich war unterwegs; ich hatte nicht diesen Ablaufplan bei mir; ich hatte die Unterlagen nicht bei mir. Und das ist schlicht, wenn Sie so wollen, eine Fehlinterpretation von Begriffen bei mir, weil ich nicht Juristin bin, weil ich zu diesem Zeitpunkt für mich diese Trennung so klar nicht hatte. Das heißt aber nicht, dass das Haus, alle Kollegen auf der Arbeitsebene, die daran gearbeitet haben, die nicht gehabt hätten. Da bitte ich um Ihr Verständnis, dass ich da, weil ich die Unterlagen nicht neben mir liegen hatte, dann entsprechend diese Begrifflichkeiten nicht so sauber getrennt habe, wie ich das - - Im Nachhinein -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - haben Sie völlig recht -, wäre es besser gewesen. Aber es ist so.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wir sind hier total nachsichtig beim mittleren und gehobenen Dienst. Aber Sie sind Vorständin der Deutschen Bundesbank; deswegen habe ich da höhere Ansprüche. Aber ich verstehe das voll und ganz, wenn Sie sagen - - Ich halte fest: Sie haben am 15.02. nachmittags um 16 Uhr in einer falschen Einschätzung der Lage noch gedacht, Sie müssten Benehmen herstellen.

Und das andere, was Sie gesagt haben, dass Ihre Arbeitsebene möglicherweise schon eine andere Erkenntnis hatte, das mag ja sein. Aber wir sind wieder bei dem, was Herr Toncar fragte. Es gibt diesen Leitfaden. Wir fragen uns hier: Wie waren eigentlich die Abläufe? - Und Sie sind da um 16 Uhr am Freitag noch davon ausgegangen, dass Sie Benehmen herstellen müssen. Und über das Wochenende hinweg ist daraus geworden, die BaFin will gar keine Antwort und will gar keine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Stellungnahme von Ihnen. Das wundert mich. Haben Sie sich mit Frau Roegele per SMS ausgetauscht?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich habe alle wesentlichen Schritte, alle Kommunikation mit Frau Roegele, die ich vorgenommen habe, dokumentiert. Ich habe im Wesentlichen mit Frau Roegele telefoniert und gemailt. Ich kann mich - - Auch da muss ich bitten - - Das liegt zwei Jahre zurück. Ich bin mir nicht hundertprozentig sicher, auf welchem Weg ich mit ihr jetzt in jedem Schritt kommuniziert habe. Alle wesentlichen Dinge sind schriftlich festgehalten worden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also, ich muss mich entschuldigen, weil ich auch wieder seit dreißig Stunden wach bin. Aber, Entschuldigung, das kann - - Also, sozusagen: Was heißt denn jetzt bitte „alle wesentlichen“? Erste Frage: Können Sie ausschließen, dass Sie mit Frau Roegele auch per SMS kommuniziert haben?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ausschließen kann ich das nicht, nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, gut. - Haben Sie bei der Vorlage der Unterlagen an den Untersuchungsausschuss mal irgendwie überhaupt geprüft, ob diese Kommunikation vorliegt? - Na ja, also, sozusagen Ihre Rechtsabteilung, die scheint ja sehr gewieft zu sein. Und in diesen vertraulichen Unterlagen, aus denen ich ja nicht zitieren darf, steht sogar drin, dass da vermutlich per SMS kommuniziert wurde. Und Sie haben nicht mal nach dieser SMS gesucht?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, ich habe noch mal eine Abstimmung mit Frau Roegele an dem Samstagvormittag gehabt. Nach meiner Erinnerung - aber es ist leider so, es liegt zwei Jahre zurück -, nach meiner Erinnerung haben wir da telefonisch miteinander noch mal in Kontakt gestanden, einfach weil es ja auch - - Wir hatten am Abend vorher telefoniert; das war relativ spät. Wir haben dann beide einen neuen Sachstand bekommen. Und ich meine, mich heute daran zu erinnern, dass wir dann gesagt haben: „Wir telefonieren noch mal am Samstagvormittag“, um

sozusagen diese Frage: „Muss jetzt eine Stellungnahme erfolgen oder nicht?“, um das noch mal zu klären.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Aber ich habe keine Verpflichtung, jetzt jedes Telefonat zu dokumentieren. Ich habe dann ja im Nachhinein - das hatte ich ja eben auch geschildert - an den Leiter der Rechtsabteilung geschrieben und habe das festgehalten, was da dann vereinbart worden ist.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ah, das hat der CEO von Goldman Sachs ja auch gedacht. Und ich habe heute Morgen hier auch schon wieder SMSen von Gott und der Welt - - Und wir kriegen sie alle, weil Sie müssen sie vorlegen.

Ich hätte noch mal die Frage: Liegt Ihr dienstliches Kommunikationsgerät - - Existiert das noch, ist das noch vorhanden, oder ist das zwischenzeitlich möglicherweise verschrottet worden oder - - Also, ich meine, ich tausche mein Handy auch relativ oft.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich muss gestehen, dass ich das im Moment nicht genau weiß, wann -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - mein Telefon ausgetauscht worden ist oder wer noch mal damit gearbeitet hat.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gut, also, dann kann ich ankündigen, dass wir da noch mal einen Beweisbeschluss machen werden, weil wir der Meinung sind, dass die Beweisbeschlüsse - - Oder, das heißt, wir machen keinen, wir fordern noch mal die Erfüllung des existierenden Beweisbeschlusses, und dann können wir das hier auch noch mal klären. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Und dann Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Ja, die SMS hatte ich ja bei Herrn Weigert auch schon angesprochen; das haben wir, glaube ich, auch schon im Protokoll. Deswegen will ich noch mal da nachfragen: Frau Professor Buch, hat sich denn Ihre dienstliche Telefonnummer geändert seit dem 16. Februar 2019?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Die hat sich nicht geändert, okay. Das heißt, theoretisch müsste ja, sofern sich auch bei Frau Roegele die dienstliche Nummer nicht geändert hat, nachvollziehbar sein, ob eine SMS vorhanden ist - es sei denn, sie wurde gelöscht. Löschen Sie öfters SMS von Ihrem dienstlichen Telefon?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich lösche keine Mails von meinem Telefon. Ich kann nicht ausschließen, dass ich - ich habe keine Cloud-Funktion, wo Dinge gespeichert sind - bei irgendwelchen Updates - - Ich habe das, ehrlich gesagt, noch nie geprüft.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie löschen jetzt keine Textnachricht oder so aus Ihrem Telefon?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich lösche nicht bewusst Mails, um irgendwie - - Also, ich muss auch sagen: Bei mir läuft keine wesentliche Kommunikation jetzt per SMS, sondern Dinge, die festgehalten werden müssen in den Akten, die werden aktenkundig gemacht, die laufen per E-Mail. An dem Wochenende sind alle unterwegs gewesen, haben nicht am Schreibtisch gesessen. Von daher haben wir da sehr viel auch per E-Mail kommuniziert.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Gut. Bei uns geht aus den Akten - - wird der Schluss nahegelegt, dass es eine SMS gibt, die nicht mehr auffindbar sei. Und das ist irgendwie, ich sage mal, fast so ein Running Gag: In jedem Untersuchungsausschuss gibt es immer eine ganz wichtige SMS, die nicht auffindbar ist. - Deswegen macht uns das halt so misstrauisch. Und deswegen wäre doch normalerweise in Vorbereitung eines sol-

chen Termins hier der übliche Gang, zum Beispiel mit Frau Roegele noch mal Kontakt aufzunehmen: Haben Sie noch diese SMS auf Ihrem Gerät? - Ist das erfolgt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, zunächst mal: Die Stelle aus den Akten kenne ich. Und ich vermute mal, dass ich selber aus meinen Akten zitieren kann. Also, da steht an einer Stelle, bei einer bestimmten Korrespondenz, dass die vermutlich per SMS gelaufen ist; das ist sozusagen eine Rekonstruktion, die ich selber gemacht habe. Also, das geht nicht um Mitarbeiter oder so oder mein Sekretariat, sondern da habe ich selber, als ich sozusagen - - Wir haben die Chronologie dieser Abläufe zusammengestellt, und ich konnte mich an dieser Stelle schlicht nicht mehr genau erinnern, weil - das haben wir sozusagen im Sommer letzten Jahres gemacht - das lag andert-halb Jahre zurück, der Vorgang. Und da habe ich selber diese Vermutung aufgeschrieben.

Und ich muss sagen: Im Nachhinein bin ich mir relativ sicher, dass wir da noch mal telefoniert haben. Aber auch das ist was, was letztlich nur Frau Roegele klären könnte oder andere, denen ich dann darüber berichtet habe.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Frau Buch, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Der Punkt ist - - Darf ich noch?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - ich bin mir hundertprozentig sicher: -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - Wenn Frau Roegele hier sitzt, wird sie uns erzählen, dass sie das jetzt auch nicht in Vorbereitung gemacht hat. Und ich will verhindern - weil wir sind ja auch sehr teuer; also, bei uns läuft ja der Tacho auch immer mit; -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - wir sind ja auch sehr teuer für den Steuerzahler - - dass wir einfach unseren Job gut machen können. Deswegen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

würde ich jetzt gerne auch festhalten, ob einfach noch mal Benehmen mit Frau Roegele hergestellt werden kann, bevor sie hierherkommt, dass sie überprüft, ob es eine solche SMS gibt auf ihrem Telefon.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich würde gerne - - Mit Frau Roegele kann ich gerne Kontakt aufnehmen, über diese Dinge sprechen. Ich hatte jetzt die Information, dass alle, die möglicherweise als Zeugen geladen sind, sich nicht untereinander abstimmen. Also, ich habe ganz bewusst das nicht gemacht, ich bin jetzt nicht auf irgendjemand zugegangen und - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, das verstehe ich; das ist ein ganz legitimer Einwand; da haben Sie vollkommen recht.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** So.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Dann müssen wir das klären. Aber mir ist es wichtig, dass es geklärt wird. - Da haben Sie vollkommen recht, korrigiere ich mich.

Gut, dann würde ich gern jetzt auch noch mal einen stillen Vorhalt machen; das sind jetzt die handschriftlichen Notizen meines Referenten. Zum Glück sind es nicht meine, weil sonst könnten Sie es nicht lesen; aber das ist ganz gut lesbar. - Es wäre ganz gut, wenn wir die Zeit auch anhalten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, machen wir.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Es sind jetzt schon wieder 20 Sekunden rum ungefähr.

(Ein Fraktionsmitarbeiter  
begibt sich mit Unterlagen  
zum Platz der Zeugin)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Stopp, Stopp! Bevor meine Geheimschutzstelle wieder Schweißperlen hat: Bitte geheime Vorhalte oder stille Vorhalte unter dem Rangring. Sonst kriege ich wieder Ärger, und das will ich nicht. Frau Buch, bitte gehen Sie zum - - Ja, wir müssen das ma-

chen; sonst kriege ich Ärger mit der Geheimschutzstelle, weil es könnte jemand mit dem Opernglas im Rang sitzen, und dann haben wir eine Staatskrise.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, bei meiner Handschrift bestünde da keine Gefahr; das kann keiner lesen, nicht mal ich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielleicht gibt es da auch einen, der kann Runen und andere Schriftzeichen lesen; ich weiß es nicht.

(Der Zeugin werden am  
Rande des Sitzungssaals  
Unterlagen gezeigt - Die  
Zeugin nimmt Einblick)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, Sie kennen die E-Mail offenbar auch. Ich darf jetzt nicht daraus zitieren, deswegen stelle ich die Frage jetzt so: Was war denn Plan B? Also, Sie kennen ja den alten Spruch: Wer A sagt, muss auch B sagen. - Ich sage mal, in dem Fall - -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, wer A sagt, muss auch B sagen. Was war Plan B?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, also, das war das, was ich Ihnen eben schon - - Im Grunde genommen war der Inhalt dieser Mail, die mir gerade noch mal vorgehalten worden ist, das, was ich auch eben in meinem Eingangsstatement gesagt habe: Wir hatten sozusagen an dem Freitagabend - - waren wir uns schon einig darüber, dass man eigentlich keine Stellungnahme braucht. Noch mal: Die BaFin hätte anfordern müssen. Wir hätten sie im Zweifel abgegeben, wenn sie angefordert worden wäre. Von daher ist das Plan B.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, Plan B wäre gewesen, wir hätten die Stellungnahme gemacht. Aber wenn die BaFin sie nicht anfordert, müssen wir sie an der Stelle auch nicht abgeben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und dann haben Sie sich noch mal rückversichert bei Ihren eigenen Juristen im Haus, dass das nicht erforderlich ist, übers Wochenende, korrekt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Dann war das eben diese Frage, die wir eben besprochen haben, also wo noch am Nachmittag ich nicht - sprachlich auch nicht ganz, juristisch nicht ganz sauber war - - „Benehmen“ versus „Stellungnahme“, um das sozusagen noch mal zu klären wirklich und dann auch eine juristische Einschätzung davon zu haben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und dann möchte ich Sie fragen: Sie haben Frau - - Darf ich das jetzt zitieren? - Nee, das darf ich jetzt wieder nicht zitieren. Gut, dann muss ich es anders machen. - Frau Roegele hat sich doch auch mit Ihrem Bundesbankjuristen ausgetauscht, korrekt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nach meiner Erinnerung hat es diesen Kontakt nicht gegeben, aber das ist jetzt nach meiner Erinnerung. Also, es gibt einen E-Mail-Verkehr, wo dann auch die Telefonnummern ausgetauscht werden, damit das noch mal stattfinden kann. Aber da müssen Sie wieder - - Das habe ich jetzt auch wiederum weder mit Herrn Guericke, in dem Fall, besprochen noch mit Frau Roegele, weil mein Stand war, dass wir uns nicht vorher koordinieren dürfen. Also - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und warum hat, sage ich mal, Frau Roegele direkt mit Ihrem Bundesbankjuristen kommuniziert, anstatt dass, ich sage mal jetzt, Sie mit Ihrem Hausjuristen kommunizieren und dann Frau Roegele die Position mitteilen? Warum lief das direkt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Weil das beides Juristen sind und ich nicht. Also, ich dachte, bevor ich nur der Mittler bin zwischen den juristischen Positionen, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - wäre es sinnvoller, wenn die direkt miteinander sprechen. Aber das war dann ja - - wurde so geklärt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber es ist doch korrekt, dass der Verzicht auf eine Stellungnahme im Wesentlichen ausgelöst wurde durch die Kenntnisnahme, dass es staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gibt, korrekt? Also wenn es keine staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gegeben hätte, wäre unter Umständen auch „Finanzstabilität“ einschlägig gewesen und Sie hätten eine Stellungnahme abgegeben?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Jetzt muss ich noch mal kurz nachdenken. Also, Ihre Frage ist: Wenn wir - - Genau. Also, unsere Stellungnahme war ja so weit vorbereitet, war so weit fertig, basierend auf unseren Indikatoren, Informationen. Und dann kam diese zusätzliche Information hinzu, die wir - - also einerseits das ganze Thema ja auch sehr stark dann in Richtung „Marktrustauen“ brachte, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - sodass sowieso schon mal, von daher, klarer war, dass es kein Finanzstabilitätsthema ist, und - das ist ja auch das, was ich eben gesagt habe - da hätten wir auch gar nicht weiter analytisch das einordnen können. Also - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wissen Sie, was so verrückt ist? Ich muss da in der nächsten Runde dann weitermachen. Wissen Sie, verrückt ist: Sie hätten eine Stellungnahme abgegeben, die negativ gewesen wäre, die also in dem Sinne ein großes Problem verhindert hätte, und dann wird das aufgrund eines Ereignisses, nämlich der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, nicht getan - und die Staatsanwaltschaft sagt hier, sie hat gar nicht wegen Erpressung ermittelt. Verstehen Sie? Das ist ein Sachverhalt, der ist so verrückt, dass Sie nachvollziehen werden, warum wir da so genau nachfragen: weil man kann sich so etwas auch organisieren. Ich will hier keine falschen Unterstellungen machen, aber das alles ist sehr seltsam. Niemand hat je die Ermittlungsakte gesehen, auch wir nicht, und die Staatsanwaltschaft sagt: Wir haben deswegen nicht ermittelt. - Aber alle berufen sich auf diese ominösen Ermittlungen mit einem Kronzeugen, der ein britischer



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Drogendealer ist. Und das kann man keinem erzählen. - Aber da darf ich jetzt gar nicht mehr weiterreden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann bitte Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich glaube, Frau Buch wollte eben noch mal antworten. Das war keine Frage - - also noch nicht auf mein Zeitkonto. Frau Buch, Sie sahen so aus; ich will Sie da in Ihrem Redefluss nicht hindern.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, ich will nicht Ihre Zeit zu sehr beanspruchen. - Also, wenn ich nur kurz darauf reagieren darf?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber selbstverständlich, klar.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. - Das ist aber eine Information - - Also, das können Sie jetzt aus der heutigen Perspektive und in Kenntnis von viel mehr Aktenlage, als ich sie oder wir sie zu dem Zeitpunkt hatten - - kommen Sie zu dieser Schlussfolgerung. Ich muss mich ja immer sozusagen auch als Zeugin in diese Situation in diesem Februar 2019 zurückversetzen. Und da war eben das das, was wir an Informationen vorliegen hatten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann jetzt Dr. Bayaz. Bitte schön.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja; vielen Dank. - Ich würde vielleicht später bei dem Thema noch mal einsteigen. Mich treibt das auch um. Und, Frau Professor Buch, Sie sehen ja auch, dass wir hier, glaube ich, schon die Puzzle-teile nicht ganz zusammenbekommen; deswegen ist es auch so wichtig, dass wir das vertiefen.

Ich will es einmal in ein flapsiges Beispiel packen: Wenn ich die BaFin bin und Herr De Masi ist die Bundesbank und ich schmeiße eine Party und ich lade ihn ein und dann kommt raus, dass auf meiner Party auch seine Ex-Freundin ist, und wir wissen auf einmal: „Oh, das ist Stress“ und er hat eigentlich super Lust, zu dieser Party zu kommen, ich möchte aber, dass er da gar nicht

hinkommt, dann ist jetzt immer die Frage: „Hat er eigentlich abgesagt oder habe ich ihn elegant ausgeladen?“ - Und da kriegen wir sowohl von der BaFin als auch von der Bundesbank einfach widersprüchliche Aussagen. Das Wichtige ist: Es geht halt hier nicht nur um eine Party, sondern es geht um dieses Leerverkaufsverbot. Und Sie kennen ja auch die politische Bedeutung, auch für den Kapitalmarkt. Und da haben wir einfach bis heute keine klare Antwort, und das stellt uns einfach unzufrieden.

Und ich sage mal so: Ihre Vorgänger, auch in anderen Ebenen der Bundesbank, die konnten immer nur sagen: Ich wurde um diesen oder jenen Schritt gebeten, den zu prüfen; ich habe meine Sache gemacht; den Rest müssen Sie die politische Ebene fragen. - Und Sie sind ja sozusagen die politische Ebene, aber Sie können uns an der Stelle auch nicht weiterhelfen. Und das macht uns an der Stelle einfach so unzufrieden. - Jetzt habe ich selbst mir viel Zeit geklaut, aber das war mein Bedürfnis, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das musste raus.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - noch mal deutlich zu machen, warum wir, glaube ich, an der Stelle nicht wirklich weiterkommen und zufrieden sind.

Ich will einfach mal zwei Schritte zurückgehen, auch über etwas Grundsätzlicheres sprechen. Ich stehe auch auf Ihrem Newsletter, der Bundesbank, drauf und kriege da regelmäßig Ihre Reden, von Ihnen und Ihren Kollegen, und manchmal habe ich Zeit und Lust, die dann auch vollständig zu lesen. Sie haben eine gehalten am 2. März 2020. Da reden Sie über politische Maßnahmen - ich würde Leerverkaufsverbote eindeutig dazu zählen -, und es geht um evidenzbasierte Wirtschaftspolitik. Da sagen Sie - ich zitiere -:

Nach Umsetzung der Maßnahme können ex-post Evaluierungen Aufschluss darüber geben, ob die beabsichtigten Ziele erreicht wurden und etwaige unbeabsichtigte Nebenwirkungen aufgetreten sind. Die Ergebnisse können dann in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Gestaltung künftiger Politikmaßnahmen einfließen.

Das sagen Sie am 2. März 2020 sehr abstrakt.

Deswegen möchte ich Sie konkret fragen: Haben Sie denn in der Bundesbank - Sie oder Ihre Leute - eine solche Ex-post-Evaluierung der Vorkommnisse um dieses Leerverkaufsverbot vorgenommen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Es hat eine Untersuchung gegeben, die im Nachgang zu diesem Leerverkaufsverbot stattgefunden hat, wo es noch mal um die Frage ging: Welche Finanzstabilitätsimplikationen gibt es jetzt, also was waren die Ausstrahlungen auf den Gesamtmarkt? Die Analyse - Sie hatten auch den Kollegen hier aus der volkswirtschaftlichen Abteilung, glaube ich, der die erstellt hat - kommt zu dem Ergebnis, dass man schon gesehen hat, dass in der Zeit vor dem Leerverkaufsverbot es eine stärkere Rückwirkung von Wirecard auf den Gesamtmarkt gegeben hat; also das war sogar noch mal ein bisschen mehr Indiz für vielleicht doch Ansteckungseffekte, als das in den Analysen, die an dem Freitagnachmittag gemacht worden sind, drin war. Aber sie kommt auch zu dem Ergebnis, dass insgesamt die Volatilität am Gesamtmarkt nicht angestiegen ist, weil es andere, kompensierende Faktoren gegeben hat. Wie das jetzt genau technisch gemacht worden ist, das hat der Kollege Ihnen vermutlich, hoffentlich erklärt. Also, das ist sozusagen das Follow-up, was wir gemacht haben, was uns dann auch noch mal darin bestärkt hat, dass hier kein Finanzstabilitätsthema war.

Unsere Aufgabe ist es jetzt wiederum nicht - und ich kann auch dazu vielleicht gleich noch mal einen Satz sagen, warum ich denke, dass es so wichtig ist, auch unsere Mandate einzuhalten - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wenn es schnell geht, weil meine Zeit abläuft.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Deswegen lasse ich die Erklärung vielleicht mal weg, aber ich sage nur, einfach: Wir haben auch da, weil wir ja überhaupt keine Informationen haben, um

jetzt im Detail zu prüfen, ob es hier Marktmissbrauch gegeben hat, Insiderhandel gegeben hat, ob diese Vorwürfe, die die Staatsanwaltschaft prüfte, die im Raum standen - - Also, wir haben das Thema „Marktmissbrauch“ oder „Störung des Marktvertrauens“ nicht weiter untersucht, weil: nicht unsere Zuständigkeit.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Müsste das nicht Teil einer Evaluierung sein? Und wenn wir vielleicht nicht über diesen Marktmissbrauch sprechen, weil Sie sagen: „Das ist nicht unsere Expertise“, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - müsste man nicht wenigstens auch den Prozess evaluieren, weil - - Also, ich würde Sie jetzt - - Können Sie ja sagen, wie Sie es bewerten. Aber dass dieser Prozess nicht ideal gelaufen ist - deswegen stellen wir so viele Nachfragen -, dem würden Sie hoffentlich zustimmen. Also, zu so einer Evaluierung gehört ja nicht nur sozusagen die inhaltliche Bewertung, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - sondern auch: Wie stimmt man sich in Zukunft darüber ab?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da können Sie ja nicht zufrieden sein.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, und deswegen hat es ja auch - - Genau, da waren wir, glaube ich, eben schon mal gelandet, bei dem Punkt, dass ich auch an Frau Roegele geschrieben hatte, man muss hier eigentlich mal ein Lessons learned dazu machen. Und das ist genau der Punkt, dass wir auch -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und ist das geschehen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - unser Angebot gemacht haben. Frau Roegele hat mir dann - nach



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Erinnerung - zwei Wochen später geschrieben: Ja, das wäre gut. - Wir haben dann sozusagen in unser Ablaufschema noch mal ein früheres Gespräch auf Leitungsebene mit aufgenommen. Es ist aber ansonsten - - hat es keine weiteren Gespräche mit der BaFin jetzt konkret darüber gegeben. Wir hatten das angeboten - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also es würde heute genauso laufen? - Ich mache Ihnen mal ein Beispiel: Jetzt meldet sich sozusagen die BaFin: Leerverkaufsverbot, ganz anderes Unternehmen, ganz anderes Thema, ganz andere Situation. Ihre Leute arbeiten wie verrückt in allen Abteilungen und kommen zu einem einhelligen Ergebnis. Und dann sagt die: Ja, wir haben da so staatsanwaltschaftliche Ermittlungen; ich kann Ihnen da aber leider nicht mehr drüber sagen. Bitte gehen Sie wieder ins Wochenende! - Das würde doch heute wieder genauso laufen. Das kann Sie doch nicht zufriedenstellen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, natürlich würde dieser Fall nicht noch mal so eintreten. Und nach der Erfahrung, die wir jetzt auch alle gemacht haben, würde man natürlich an der ein oder anderen Stelle - - Also, diesen Fall wird es so nicht noch mal geben. Und wir würden uns weiter - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein. Wenn die BaFin zu Ihnen sagt: „Liebe Bundesbank, wir brauchen euch nicht“, würde es genau so wieder laufen, natürlich. Das ist die rechtliche Situation, wie wir sie heute vorfinden. Und wenn die BaFin sagt: „Wir reden hier über Marktvertrauen und Marktmanipulation“ - das sind ja so ein bisschen schwammige Begriffe, die nicht ganz technisch sind -, dann sind Sie aus dem Spiel, dann würde es wieder genau so laufen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich gehe jetzt doch noch mal auf den Punkt - - Also, wenn es einen Fall gäbe - und das ist jetzt der zukünftige, hypothetische Fall; ist natürlich ein konstruierter -, wo es allein um das Thema Marktvertrauen ginge, dann müsste man diese Diskussion wieder führen: Ist jetzt die Bundesbank da zuständig, sozusagen in die Aktion einer anderen Behörde,

die Zuständigkeiten hat, Instrumente hat, Informationen hat, reinzugehen? Und der Gesetzgeber gibt uns die Zuständigkeit für das Thema Finanzstabilität nach Finanzstabilitätsgesetz, aber wir sind nicht sozusagen die Marktmissbrauchsbehörde. Also, das ist - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Würden wir uns alle nicht das Leben viel einfacher machen, wenn Sie künftig, egal was die BaFin an möglichen Hinweisen auf dem Tisch hat - - sagen: „Standardmäßig wollen wir eine Stellungnahme, ganz offiziell, schriftlich, von der Bundesbank einholen. Wir können uns immer noch anders entscheiden. Aber das ist das Mindeste“?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** So war es ja früher auch.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und die Rechtsauffassung - - Wenn ich Herrn Guericke richtig im Ohr habe, hat er ja noch bis zum 15.02., 20.30 Uhr, selbst gedacht, dass dem genau so sei.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Was Herr Guericke jetzt genau bis wann gedacht hat und wie seine Entscheidungsprozesse waren oder was er hier gesagt hat, das kann ich jetzt auch wieder nicht einordnen.

Wir haben natürlich im Vergleich zu der früheren Situation im Moment auch eine andere Lage, weil wir noch die europäische Gesetzgebung haben, die ja dann sozusagen das nationale Recht an der Stelle da dominiert. Also, das ist eine Frage, die man in der Tat überlegen müsste. Das müsste der Gesetzgeber entscheiden; das können wir auch nicht entscheiden. Ich glaube schon, dass es Dinge gibt, die man jetzt mit Blick auf diesen konkreten Fall - die nächste Krise wird eine andere sein - - also dass es schon Dinge gibt, über die man nach vorne gerichtet sprechen muss: Was kann man jetzt eigentlich aus diesem Prozess lernen? - Das ist ganz klar. Das sehe ich





## Nur zur dienstlichen Verwendung

als einen Teil Ihrer Aufgabe, und dazu tragen wir auch sehr gerne bei, darüber nachzudenken; klar.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Über die rechtlichen Grundlagen sprechen wir dann noch mal in der zweiten Runde. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Womit wir - das ist ja fast ein Doppelpass - wieder bei dem wären, was ich bei meinen eingänglichen Bemerkungen gemacht habe. Ich würde mir nämlich dann wünschen - Sie haben es jetzt eben gesagt, und Kollege Bayaz hat das Minimum ausgefüllt -, ich bin der Meinung nach wie vor, Sie sollten mit der BaFin etwas ausarbeiten, weil Marktstabilität ist ein Element innerhalb der Finanzstabilität. Und dann kämen wir nämlich ganz genau, automatisch, wenn Sie uns das vorlegen, in gemeinsame Absprache und Arbeit mit der BaFin, dass der Gesetzgeber da so eingreifen kann, weil in dem Moment würden Sie ja dann auch über die Leerverkaufsverordnung quasi dazwischenparken, weil Sie sagen: Stopp! Wir haben das hier so definiert. „Finanzstabilität“ ist der Oberbegriff. - Deswegen hatte ich vorhin gesagt, so ganz flapsig: Die Bundesbank hat da doch die Hosen eigentlich an als Hüterin der Währung.

Und das würde ich mir wünschen. Ich glaube, das ist quasi jetzt einmal der runde Schluss zu dem, was ich etwas länger vorhin ja in meinen ersten Bemerkungen genau deshalb bemerkt habe, weil das ist für mich der Schlüssel zu allem. Dann kann sich weder die Bundesbank aus unserer Sicht, glaube ich, wegducken - wenn sie es wollte, was ich nicht glaube -, noch könnten nebulöse Äußerungen - und das müssen wir vielleicht an anderer Stelle klarziehen - einer Staatsanwaltschaft - - Das hatte ich auch angedeutet: Da ist man fein raus, wenn man das so formuliert, zumindest als Staatsanwaltschaft. Ich will auch gar nichts Böseres hinein- - Man kann die Geschichte aus sehr verschiedenen Blickwinkeln sehen. Und wären wir nicht in Deutschland, dann könnte ich die Geschichte, was sich in München ereignet hat, noch unter einem ganz, ganz anderen Gesichtspunkt - - Kollege De Masi oder, ich glaube, Toncar hat gesagt: Da bestelle ich mir dann irgendwie ein Leerverkaufsverbot. - Dass

das in Deutschland jemals möglich ist, hätte ich dann nicht gedacht.

Gut. Jetzt komme ich aber wieder - es ist ja immer noch das Leerverkaufsverbot - - Das war mir vorhin in Ihren Ausführungen, vielleicht auch, weil ich ähnlich leide da wie Kollege Zimmermann mit, ich glaube, drei Stunden Schlaf jetzt zwischen den letzten 48 Stunden - - War denn das Leerverkaufsverbot entweder - das war es wohl nicht, weil Sie haben ja gesagt: Wir haben da dann über das Wochenende nichts mehr gemacht - - jemals danach, also nach diesem 18. Februar, nochmals Thema im Gesamtvorstand der Deutschen Bundesbank?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Die ganz genauen Daten kann ich jetzt nicht mehr erinnern, aber relativ zeitnah natürlich zu dem Leerverkaufsverbot haben wir uns auch damit beschäftigt. Ich habe noch mal dann auch im Vorstand berichtet; denn es ist ja so gewesen, dass der Vorstand voll beschlussfähig gewesen wäre am Wochenende. - Das war eben mal so kurz angeklungen, als wäre der Vorstand irgendwie nicht da gewesen. Das ist natürlich ganz klar: Wenn es um solche Dinge geht, sind wir auch beschlussfähig. - Und es hat dann ja auch sozusagen eine Vorabinformation an den Vorstand gegeben, bei der eine Stellungnahme angekündigt worden ist. Dann ist das zu nächst mal, wie ich es geschildert habe, verschoben worden auf den Montag. Und dann am Sonntag gab es sozusagen als Information an alle die Information, dass die Stellungnahme eben nicht von der BaFin eingefordert worden ist. Also, von daher war der Vorstand die ganze Zeit an diesem Wochenende eingebunden und war auch voll handlungsfähig. Also, das waren ganz klare Prozesse bei uns im Haus.

Und dann haben wir - wie gesagt, das kann ich jetzt im Detail - - Wir haben sicherlich an dem Dienstag - dienstags sind unsere Vorstandssitzungen - darüber gesprochen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** War Herr Jens Weidmann zum Beispiel auch über das - - oder haben Sie sich mit Jens Weidmann auch über das Leerverkaufsverbot ausgetauscht?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** An dem Freitagabend war er natürlich - - habe ich mich mit ihm - - Wir haben, glaube ich, telefoniert, um eben das kurz abzuklären. Da war er eingebunden. Also, von daher war der Vorstand die ganze Zeit informiert und hätte auch die ganze Zeit -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... handeln können.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - handeln können; das ist klar. Und wir haben uns dann noch mal, an dem Dienstag dann, zu den Prozessen noch mal ausgetauscht. Das war auch großes Einvernehmen, dass auch der Vorstand hier nicht irgendwie, ja, mit irgendwas nicht einverstanden gewesen wäre. Und wir haben auch dann unsere regelmäßige Marktanalyse; da ist sicherlich auch kurz über das Thema Wirecard berichtet worden. Und dann erinnere ich es jetzt leider nicht mehr genau, ob wir dann auch im März noch mal drüber gesprochen haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Vielleicht auch für die Öffentlichkeit, weil das kennt ja jetzt nicht - - Ich würde noch eine Frage haben zum Ausschuss für Finanzstabilität. Das ist ja ein Gremium - das ist ein fürchterlich sperriges Wort; ich habe mir das mal aufschreiben lassen - - marktprudenzielle, das heißt auf Stabilität des Finanzsystems abzielende, Aufsicht zu stärken und enger mit der mikroprudenziellen, das heißt der institutsspezifischen, Seite sozusagen der Aufsicht sich zu verzahnen und da für viel mehr „Finanzstabilität“ - da ist es wieder, das Wort - zu sorgen. - Das ist dieser nach § 2 des Finanzstabilitätsgesetzes beim BMF eingerichtete Ausschuss.

Ist der denn hier in irgendeiner Form auch eingebunden gewesen oder auch noch mal danach eben entsprechend? Weil wir ja alle uns, glaube ich, jetzt einig sind: Das war suboptimal, wie das lief in jenen Februartagen vor zwei Jahren. - Gab es da noch mal einen Austausch? Oder gab es vielleicht auch an diesem ominösen Wochenende

zwischen dem 15. und 18. da mit dem Gremium einen Austausch, was ja dann auch notwendig machen würde, dass das BMF da irgendwo in dieser Verzahnung ein Zahnrädchen gewesen wäre?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, zunächst mal - ich fange mal chronologisch an mit dem Wochenende -: An dem Wochenende und auch in dem Ablaufplan, über den wir eben gesprochen haben, da hat der AFS keine Rolle. Es gibt so ein - kann mich jetzt nicht genau erinnern, wie der Titel ist - Handbuch des AFS, wo auch unterschiedliche Instrumente drinstehen und wie die Abläufe sind. Da steht genau das drin, worüber wir gesprochen haben, der 2013er-Brief des BMF, also eine Stellungnahme, kein Benehmen. Das ist sehr klar da geregelt.

Es gibt aber jetzt in diesem Prozess keine Befassung des Ausschusses für Finanzstabilität. Also, von daher war der Ausschuss an dem Wochenende nicht involviert, musste er auch nicht sein; das ist völlig d'accord mit dem Prozess.

Und noch mal: Da das Ablaufschema, der gesamte Prozess in der Hand der BaFin ist, gab es auch von uns, von mir keine Kommunikation mit dem BMF - hätte es aber eben auch nicht geben müssen, weil ich davon ausgehe, dass das über die BaFin läuft.

Es gab im Nachgang keine Befassung mit diesem Thema. Den Vorsitz, muss man sagen, hat das Finanzministerium in diesem Ausschuss; BaFin und Bundesbank sind Vertreter auch in dem Ausschuss.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hatten Sie - weil das ist auch eine Feststellung, die wir alle zusammen gestern, aber auch in den Vormonaten schon gemacht haben - vielleicht Whistleblower oder auch bei Ihnen Kontaktpersonen, die versucht haben, im Zuge dieses Leerverkaufsverbots mit Ihnen in Kontakt zu treten oder Ihnen entsprechende Analysedaten, eigene Erhebungen zur Verfügung zu stellen? Weil wir hatten gestern auch - das muss man an der Stelle eben auch sagen - eine, wie ich finde, sehr engagierte junge Frau, eine Frau Quadir aus New York, die einen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eigenen Hedgefonds managt, und die hat fast schon - ich will es mal sagen - sich mehr als aufgedrängt mit Informationen. Und ich denke, heute wünschte man sich auch, die BaFin hätte damals die junge Dame mal vorgelassen und sich deren Argumente und Geschichten, insbesondere was Nordamerika und die Federal Bank of Middle East angeht und die handelnden Personen - - Also, da spielt viel eine Rolle. Hatten Sie also an der Stelle auch Informationen oder ist Ihnen das bekannt im Hause, dass Personen versucht haben, mit Ihnen in Kontakt zu treten, um zu dieser Geschichte rund um Wirecard und das Leerverkaufsverbot Ihnen was mitzuteilen oder Ihnen Analysen, Daten, Unterlagen zur Verfügung zu stellen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich habe nichts dieser Art erhalten. Ich habe auch keine Kenntnis darüber, dass im Haus - - Wir haben sozusagen eine - - Ich glaube, das heißt „Bürgeranfragen“; es gibt also ein Format auf unserer Homepage, wo man sozusagen Fragen an die Bundesbank richten kann. Ich habe keine Kenntnis, dass uns da etwas zugegangen ist. Es würden auch Dinge, die sozusagen dann in die Zuständigkeit der BaFin fallen würden, dann auch von dort aus weitergegeben. Aber ich habe keine Kenntnis darüber und habe das auch jetzt in unseren Akten so nicht gesehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Haben Sie denn so was wie eine - ich habe das jetzt nicht gefunden, aber manchmal - - ich bin ja nun auch schon etwas älter, das heißt, das muss dann da nix heißen - Whistleblower-Hotline oder eine Whistleblower-E-Mail, also eine Art elektronischen Postkasten, wo sich ein Whistleblower dann auch vertrauensvoll an Sie wenden kann und nicht wie bei der BaFin weggedrückt wird?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Das heißt - - Also, bei uns heißt das jetzt nicht in dem Sinne „Whistleblower-Funktion“, sondern wir haben sozusagen die Möglichkeit, Bürgeranfragen an uns zu richten; das wird auch sehr - - da wird sehr regelmäßig davon Gebrauch gemacht. Eine dezidierte Whistleblower-Funktion: Da sind wir auch im Moment in der Umsetzung.

Da bin ich jetzt nicht ganz trittfest, bis wann. Es gibt ja eine Richtlinie.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte tun Sie das auch. Ich glaube, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - auch das wäre wichtig, dass wir da in der Neuzeit ankommen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Aber da ist, glaube ich, so wie ich es höre - - Da gibt es ja auch noch eine Frist, bis zu der dieses dann umgesetzt ist. Das läuft auch im Moment, soweit ich das weiß, in den Notenbanken. Also, das ist sicherlich wichtig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke. - Dann Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, sehr geehrter Herr Vorsitzender. - Sehr geehrte Frau Professorin Buch, zunächst einmal vielen Dank, dass Sie uns hier Rede und Antwort stehen. Insgesamt, was jetzt das Leerverkaufsverbot angeht, muss ich feststellen, dass ich es schon irgendwo erschreckend finde, wie leicht das 2019 war, ja, ein Leerverkaufsverbot hinsichtlich Wirecard zu erreichen, dass es da, ja, so eine abenteuerliche Geschichte gab gegenüber der Staatsanwaltschaft, die der Wirecard-Anwalt geschildert hat, und das war dann einer der Aspekte, weswegen die BaFin sozusagen die Bedenken beiseitegewischt hat und, ja, sich noch nicht mal die staatsanwaltliche Info da irgendwie hat schriftlich bestätigen lassen. - Aber das erst mal nur als Statement vorab.

Jetzt komme ich zu meiner Frage. In dem Gespräch, was Sie mit der Frau Roegele geführt haben: Haben Sie da auch gefragt vielleicht - gut, mir war klar oder mir ist klar, das sollte vertraulich behandelt werden; insofern haben Sie da jetzt nicht so viele Informationen bekommen -, aber haben Sie denn zumindest mal darüber geredet, ob der BaFin das irgendwie mal schriftlich vorliegt oder ob die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eröffnet hat? Weil das sind ja



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schon Fragen, die sind jetzt für die Vertraulichkeit nicht relevant, weil Sie ja gar nicht wissen so richtig, worum es geht dann, aber vielleicht für die, ja, Verlässlichkeit der Informationen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, ich kann nur noch mal die Situation schildern, die damals vorlag, und ich habe da Informationen bekommen von der BaFin, von der Behörde, die zuständig ist für das Thema „Anlegerschutz, Marktmissbrauch“, dass hier staatsanwaltschaftliche Ermittlungen laufen. Eben gesagt: Ein paar Eckpunkte sind genannt worden, aber ansonsten ist gesagt worden, dass das vertraulich ist. Da habe ich nicht nachgefragt. Da gehe ich mal davon aus, wenn eine Behörde diese Informationen hat, dass die auch in der angemessenen Form vorliegen. Das kann ich jetzt nicht beurteilen, weil ich für diesen Politikbereich gar nicht zuständig bin: „In welcher Form hätte das denn dann vorgelegen haben müssen?“, und so. Also, von daher war das für mich jetzt nichts, wo sich eine Notwendigkeit ergeben hat, an dieser Stelle jetzt weiter nachzufragen. Das ist ja dann normales Behördenhandeln, wo ich davon ausgehe, dass das auch entsprechend - - dann die Informationen da sind.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. Also, die Frau Roegele hatte da keine Zweifel aus Ihrer Sicht, dass das, was dort im Raum stand, auch ernst zu nehmen war? Oder hatten Sie den Eindruck, dass die BaFin das auch irgendwie kritisch beleuchtet - diese Vorwürfe, die da im Raum standen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das ist schwer, jetzt aus einem Telefonat diese Form von Einschätzung zu geben. Aber ich habe - sonst hätte ich ja natürlich - - Wenn es da Zweifel gegeben hätte, dann hätte ich auch weiter nachgefragt, hätten wir länger drüber gesprochen, aber ich habe das so verstanden, dass diese Informationen vorliegen und auch entsprechend dann belastbar sind.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Halten Sie das Leerverkaufsverbot eigentlich rückblickend für eine richtige Entscheidung?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Es ist schwer, das aus der jetzigen Perspektive - - also das zu trennen, was man heute weiß und was man damals gewusst hat. Es ist völlig klar, dass das - gegeben das, was wir heute alles wissen - eine ganz starke Signalfunktion auch an den Markt gehabt hat, dass das auch gezeigt hat, dass die BaFin hier eine bestimmte Einschätzung dieser Situation hatte. Aus der Situation damals heraus kann ich das nicht bewerten, weil da eben auch andere Informationen vorgelegen haben. Also, die Signalfunktion ist völlig klar, die das Leerverkaufsverbot gehabt hat - natürlich.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wäre das eigentlich denkbar, dass, wenn man durch zum Beispiel falsche Anschuldigungen - zum Beispiel, indem man über seinen Anwalt bei der Staatsanwaltschaft etwas mitteilt, Vorwürfe, und das ist dann mit ursächlich für so ein Leerverkaufsverbot - - Ist das eigentlich auch denkbar, dass durch dieses, ja, Inverkehrbringen dieses falschen Vorwurfs - - dass das eine Marktmanipulation darstellt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Weil das hat ja auch den Kurs - - beeinträchtigt ja auch den Kurs, wenn ein Leerverkaufsverbot erlassen wird.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, also, ich möchte jetzt nicht hier juristisch versuchen, einzuordnen, was sich für eine Marktmanipulation qualifiziert oder nicht, weil uns dazu auch sozusagen das analytische Instrumentarium fehlt. Also, im Grunde genommen ist die Frage, die Sie stellen, eine, die sich an die Marktmissbrauchsaufsicht richtet, also: Was sind Indikatoren - wir haben eben über Indikatoren für Finanzstabilität gesprochen - für Marktmissbrauch? Und der Fall, den Sie geschildert haben, der klingt so, als könnte es einer sein. Aber es gibt auch viele andere Dinge, die da untersucht werden. Aber da bin ich zu weit weg von dem Thema Marktmissbrauchsaufsicht, um zu wissen: Was sind die Indikatoren, die da dann herangezogen werden? Was sind die analytischen Möglichkeiten auch, die man hat, um tiefer da reinzugehen und sich die Marktsituation dann anzusehen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Also, wir haben ja viel heute schon diskutiert über Finanzstabilität und Marktvertrauen, und jetzt sagt ja die Bundesbank: Für Marktvertrauen sind wir nicht zuständig. - Sie gucken so skeptisch. Habe ich richtig wiedergegeben so im Weitestgehenden?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Jetzt frage ich mich: Wenn die BaFin auf Sie zukommt wegen des Themas „leerverkaufsbeschränkende Maßnahmen“ und es gibt zwei Möglichkeiten - das eine ist „Marktvertrauen“, das andere ist „Finanzstabilität“ - und man stützt es - - oder man hat sowieso im Hinterkopf: „Es gibt da eine Anzeige, es gibt staatsanwaltschaftliche Überlegungen, nenne ich das jetzt mal, das könnte sich auf das Marktvertrauen auswirken, da kann aber die Bundesbank sowieso nichts zu sagen“: Wieso frage ich dann die Bundesbank? Waren Sie nicht, ich sage mal, überflüssig in diesem ganzen Thema, wenn es sowieso um das Marktvertrauen ging und die staatsanwaltlichen Ermittlungen? Hätte man sich ja den Kontakt zu Ihnen auch sparen können.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Gut, also, das sozusagen - - Genau die Entscheidungsprozesse der BaFin, wann die Entscheidung gefällt worden ist, das Leerverkaufsverbot so oder so zu begründen: Das wäre wieder eine Frage, die sich an die BaFin richtet. - Dass jetzt sozusagen die Klärung innerhalb dieses, ja, Schemas, dieses Ablaufschemas - - dass diese Klärung stattfindet: „Gibt es hier eine Stellungnahme? Kann die Bundesbank zu diesem Sachverhalt Stellung nehmen oder nicht?“, das halte ich für sinnvoll. Also, von daher würde ich nicht sagen, a priori, wenn die BaFin sagt: „Es geht um das Thema Marktvertrauen und mögliche Kursmanipulationen“ - - Also, dass man dann gar nicht mit uns in Kontakt tritt, das würde ich jetzt - - das wäre ein bisschen weit gefasst. Aber von daher halte ich es schon - - Noch mal: Ich glaube, die BaFin hat sich an das Schema gehalten, und dann sind wir eben an eine Stelle gekommen, wo es nicht um Finanzstabilität ging, aber um Marktvertrauen - die Themen, über die wir gerade gesprochen haben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich will Ihnen mal meine Einschätzung dazu sagen: Mir macht es eher den Eindruck, dass die BaFin dieses Leerverkaufsverbot erlassen wollte und es eben auf das Marktvertrauen gestützt hat. Sicherlich hat da diese staatsanwaltschaftliche - - dieser Vermerk eine Rolle gespielt, sicherlich auch andere Fragen. Aber man fühlt sich natürlich bei so einem weitgehenden Thema besser, wenn man auch grünes Licht von der Bundesbank bekommt, zum Beispiel, weil vielleicht die Finanzstabilität auch irgendwie in Gefahr ist. Insofern macht es für mich eher den Sinn, warum man Sie überhaupt da so einbezogen hat, dass man sozusagen einen Zweiten haben wollte, der auch grünes Licht gibt, damit man am Ende nicht der ist, der es alleine gemacht hat. Und deshalb hat man Sie gefragt, in der Hoffnung, Sie sagen: Ja, Finanzstabilität ist auch in Gefahr. - Aber jetzt haben Sie ja leider dann nicht die passende Antwort gegeben und haben gesagt: „Keine Ansteckungsrisiken und“ - ich will das jetzt nicht alles noch mal aufwärmen - - aber auf jeden Fall kritisch das Thema Finanzstabilitätsgefährdung betrachtet. Und dann plötzlich brauchte man auch Ihre Stellungnahme nicht mehr.

So, das wäre eine Schlussfolgerung, die aus meiner Sicht da eher Sinn macht, warum man Sie überhaupt da so einbezogen hat.

Bei der Allgemeinverfügung: Gab es da eigentlich inhaltliche Änderungen im Stadium „Entwurf“ zu „Finale Fassung“?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, zunächst mal noch mal zu der Einschätzung: Aber das müssen Sie die BaFin fragen, wie der Prozess sozusagen war.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Auf jeden Fall fragen wir das die BaFin; da können Sie von ausgehen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. - Was denn die Allgemeinverfügung angeht - das habe ich mir jetzt im Nachhinein noch mal angesehen, auch in den Unterlagen; das konnte ich jetzt nicht mehr aus dem von vor zwei Jahren genau erinnern -: Es hat nach meiner Erinnerung - - Was



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die wesentliche Begründung angeht, also den Grund, warum das Leerverkaufsverbot erlassen werden muss, hat es nach meiner Erinnerung keine wesentliche Änderung gegeben. Es sind, glaube ich, noch ein bisschen Informationen über das Unternehmen hinzugefügt worden; es sind sozusagen in der Schilderung des Sachverhaltes noch Dinge geändert worden. Aber ich glaube, die wesentliche - - Aber noch mal - jetzt spreche ich auch ein bisschen ungeschützt, weil ich keine Juristin bin -: Was sozusagen der wesentliche juristische Punkt dann ist: Der ist nach meiner Wahrnehmung der Dinge nicht geändert worden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hat das Leerverkaufsverbot eigentlich irgendwelche Auswirkungen gehabt auf die Arbeit der Bundesbank, auf die Aufgaben, die die Bundesbank hat? Und haben Sie das auch noch mal eben nicht nur unter dem Aspekt gesehen: „Wir tragen jetzt irgendwie dazu bei, dass das zustande kommt“, sondern - - Oder waren Sie auch irgendwie involviert, ich sage mal, die Folgen dieses Leerverkaufsverbots in Ihre Arbeit irgendwie einzuarbeiten?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hat keine Rolle gespielt; -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - okay. - Dann interessiert mich als Nächstes der Austausch mit dem Bundesfinanzministerium. Hatten Sie in irgendeiner Weise Kontakt zum Bundesfinanzministerium in der Sache Wirecard-Leerverkauf?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** In der Sache nicht. Wir sind natürlich in regelmäßigem Austausch - wir haben eben über den Ausschuss für Finanzstabilität gesprochen -, deswegen: Die Präzisierung Ihrer Frage ist wichtig. - Also, in diesem Zusammenhang nicht, nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Wissen Sie, ob die Frau Roegele ihre Position mit dem Finanzministerium in irgendeiner Weise abgestimmt hat -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Dazu kann ich nichts sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - oder ob die Frau Roegele den Herrn Hufeld in irgendeiner Weise beteiligt hat?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** In dem Sinne, ob Frau Roegele intern ihn beteiligt hat, kann ich auch nichts sagen, weil das sozusagen die internen Prozesse sind. Ich kann nur sagen, dass die Mail, die ich - ich hatte eben kurz berichtet, dass an dem Sonntag sozusagen, als sich die Dinge so weit geklärt haben, wir die Informationen von der BaFin bekommen haben und ich den Vorstand informiert habe und den Vorstand der BaFin, dass die BaFin auf eine Stellungnahme verzichtet hat - - auf der Mail, auf meiner Mail, ist Herr Hufeld in Kopie gewesen und, ich meine, auch morgens, als Frau Roegele mir das geschickt hat. Da müsste ich jetzt aber noch mal genau nachgucken. Also, von daher ist er sozusagen an dem Sonntag auf diesem E-Mail-Verkehr gewesen, aber ich weiß natürlich nicht - - Ich gehe davon aus, dass intern da gesprochen wird, aber dazu kann ich nichts sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Es gab dann ja auch eine Einschätzung der ESMA. Das ist ja zumindest unstrittig, dass das notwendig war, dass die ESMA da auch einbezogen wird. Finden Sie es eigentlich erforderlich oder sinnvoll, dass auch die Position der Bundesbank der ESMA mitgeteilt wird, bevor die ESMA sich dazu einlässt, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - oder ist Ihre Position da egal?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, also, es gibt grundsätzlich bei der Frage, ob die - - welche Informationen die ESMA bekommt und ob andere nationale Institutionen - jetzt sprechen wir viel über die Bundesbank; aber das können ja auch andere sein - einzubeziehen sind oder nicht - - Da gibt es die Möglichkeit nach dem europäischen Recht, dass andere Institutionen gehört werden, aber das ist nicht formal festgelegt. Auch die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Frage müsste man jetzt an die ESMA stellen. Da gibt es ja einen Grund dafür, warum das so geregelt ist, und da gibt es auch eine rechtliche Grundlage dafür. Aber das ist jetzt nichts, was sozusagen sein muss in diesem Prozess; es kann sein, es muss aber nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, wissen Sie: Wenn es jetzt fünf Institutionen gäbe, die das genau so gesehen hätten wie die BaFin, hätte ich die Frage nicht gestellt, weil dann finde ich es auch nicht so schlimm, wenn sich eh alle einig sind; da kann man vielleicht auch mal zwei Institutionen weglassen. Aber wenn ich doch jetzt eine Institution habe, die jetzt auch eine große Relevanz hat und auch sehr geschätzt ist für ihre Arbeit, nämlich die Bundesbank, und die hat zum Beispiel einen anderen Blick auf das Thema Ansteckungsrisiko, dann finde ich das schon, dass man das mitteilen sollte seitens der BaFin an die ESMA. Würden Sie das teilen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das ist jetzt wieder eine Frage, die die Kommunikation BaFin/ESMA betrifft, und ich habe diese Kommunikation nicht gesehen. Also, ich wusste nur an dem Freitagabend: Es startet jetzt das Abstimmungsverfahren in der ESMA. - Ich habe die Unterlagen dazu nicht gesehen; ich habe sozusagen das Ende des Prozesses dann gesehen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, ich kann Ihnen zum Thema „Ende des Prozesses“ hier auch zitieren aus der Stellungnahme der ESMA. Das ist MAT A BMF-4.04, Blatt 126; das ist dort Ziffer 24, am Ende. Da steht:

Darüber hinaus nimmt die ESMA zur Kenntnis, dass die BaFin ein Ansteckungsrisiko für andere DAX-Aktien meldet.

Also, die BaFin hat an die ESMA gemeldet, sie sieht ein Ansteckungsrisiko für andere DAX-Aktien. - Das ist doch eine Position, die der Position der Bundesbank widerspricht. Sehe ich das richtig?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das kann ich insofern nicht sagen,

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Frau Buch!)

als dass ich nicht weiß, auf welcher Grundlage die BaFin diese Informationen analysiert, ermitelt hat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Kein Problem. Ich frage anders: Sieht die Bundesbank ein Ansteckungsrisiko für andere DAX-Aktien?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Wir haben - das hatte ich ja eben geschildert - eine Reihe von Analysen durchgeführt, die nicht zu dem Ergebnis gekommen sind, dass es starke Ansteckungseffekte - - die Gefahr starker Ansteckungseffekte droht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut, das reicht mir als Antwort; dann ziehe ich nämlich den Schluss, dass es ein Widerspruch ist zu dem, was hier steht.

Und dann würde ich mal fragen - jetzt ganz abstrakt -: Wenn es einen Widerspruch gibt zwischen der Position der Bundesbank und der Position, die die BaFin einnimmt, im Vorfeld eines Leerverkaufsverbots, müsste dann nicht die Bundesbank ein Interesse daran haben, dass der ESMA so ein Widerspruch mitgeteilt wird?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, ich weiß nicht genau, auf welches Stadium des Prozesses Sie da ansetzen. Also, noch mal: Es gibt ja keinen - ich bin jetzt wieder ein bisschen prozedural und formal - - Also, die ganze Kommunikation zwischen der BaFin - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich bin vor dem Leerverkaufsverbot; das ist ja besonders spannend.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Ja, ja, klar. - Also, die ganze Kommunikation dann zur ESMA läuft über die BaFin. Wir haben davon nichts gesehen; wir haben sozusagen das Ergebnis gesehen. Ich hatte Ihnen das eben geschildert. Also, die Information, die ich dann am Sonntag sehr früh, morgens um sechs, bekommen habe



## Nur zur dienstlichen Verwendung

von Frau Roegele, war, dass die entsprechenden Verfahren bei der ESMA liefen. Wenn ich mich jetzt richtig erinnere, war zu dem Zeitpunkt auch schon eine positive Stellungnahme der ESMA eingegangen. Also, das ist sozusagen ein Teil des Prozesses, den wir gar nicht gesehen haben, wo wir auch die Kommunikation nicht gesehen haben - aber auch, weil das die Zuständigkeit der BaFin ist, eben diese entsprechende Kommunikation und Einbeziehung der ESMA zu führen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. Ich verstehe, dass Sie da nicht klar drauf antworten wollen, weil es ja auch primär die BaFin betrifft und jetzt die Bundesbank dann quasi die Institution ist, die einfach da übergegangen wurde.

Mich interessieren noch die analytischen und forensischen Möglichkeiten, die Sie bei der Bundesbank haben und die die BaFin hat in Bezug auf die Vorprüfungen, die bei so einem Leerverkaufsverbot geprüft werden. Können Sie dazu etwas sagen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, zunächst mal: Forensische Kapazitäten, Möglichkeiten im Sinne von - - Ich bin nicht hundertprozentig sicher, ob ich den Begriff jetzt rechtlich richtig interpretiere, aber meine Interpretation ist immer, dass es da auch darum geht, zum Beispiel, wenn es jetzt um Betrugsfälle geht, also sozusagen Verdachtsfällen nachzugehen oder so. Da haben wir keine Möglichkeiten, keine Kompetenzen, keine Instrumente. Also, bei einem Betrugsfall oder wenn sozusagen Marktmissbrauch im Raum steht: Da haben wir keine Zuständigkeiten auch und - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Da wenden Sie sich dann an die BaFin?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Also, wenn es an irgendeiner Stelle - -Ich mache es mal an dem Beispiel Aufsicht. Zum Beispiel: Es gibt ja eine gemeinsame Aufsichtsfunktion zwischen Bundesbank und BaFin. Also, wenn wir irgendwelche Verdachtsfälle in irgendeiner Situation haben, dann würden wir sozusagen das an

die BaFin geben, die dann auch die entsprechenden Kompetenzen und Instrumente hat. Also wenn das jetzt mit „forensisch“ gemeint ist!

Das Thema „analytisch“: Jetzt auch gerade, wenn es um Leerverkäufe geht, dann ist es schon so, dass wir auch die Informationen haben über Leerverkäufe, also sozusagen alle Informationen, die benötigt werden, um Finanzstabilitätsrisiken zu identifizieren, Ansteckungseffekte. Diese Informationen, die bekommen wir auch.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gibt es hinsichtlich der Voraussetzungen zu Artikel 20 unterschiedliche Auffassungen bei Bundesbank und BaFin, was die Auslegung dieser Voraussetzungen angeht, oder ist man sich da einig? Oder gibt es da gemeinsame Definitionen, Festlegungen?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Da kenne ich jetzt kein Papier, Dokument, das sich damit auseinandersetzt. Von daher denke ich - - Wir beide kennen das Gesetz und die Voraussetzungen, und da gibt es auch dieselbe Interpretation. Aber es ist jetzt nicht ein Papier angefertigt worden, in dem das sozusagen beschrieben wird.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber Ihnen ist da jetzt auch kein großer Streit bewusst oder bekannt, dass Sie sagen: „Das sehen die schon immer anders“?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Ja, gut, dann nur noch mal als letzte Bemerkung - dann bin ich mit den Fragen auch meinerseits durch -: Wir hatten ja vorhin über Ihren, möglicherweise, SMS-Kontakt zu der Frau Roegele diskutiert. Da möchte ich nur erwähnen, dass ein SMS-Kontakt ja immer zwei Seiten hat, nämlich: Einer schickt eine SMS, und der andere bekommt eine SMS. - Insofern müssten wir ja auch die SMS dann zweimal eigentlich in den Akten finden, nämlich gegebenenfalls dann einmal bei der Bundesbank und einmal bei der BaFin. Insofern können wir ja bei beiden dann noch mal suchen, ob wir da was finden. Aber bisher hat sie ja scheinbar noch keiner gefunden; denn sonst hätten wir sie sicher-





## Nur zur dienstlichen Verwendung

lich hier schon vorgelegt. Aber wir suchen natürlich weiter. Ich wollte es nur erwähnen, dass also das nicht nur Sie trifft, sondern eben auch gleichermaßen die BaFin. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Ja, ich würde die Geschichte eigentlich - - Oder ich finde das auch sehr plausibel. Ich hatte das versucht ja auch vorhin mit mehreren Blickwinkeln auf die Geschichte anzudeuten, was Matthias Hauer sagte.

Ich hatte gestern - oder war es in der Woche davor? ich weiß es gar nicht mehr - über dieses Leerverkaufsverbot auch gesprochen, und da hatte ich gesagt: Na ja, das ist ja eine Allgemeinverfügung. Und ob es nun Artikel 20, 24, 27, 28 EU-Leerverkaufsverordnung ist: Am Ende des Tages bleibt dieses Leerverkaufsverbot ja eine Allgemeinverfügung. Und da greift nun wieder tatsächlich unser Verwaltungsverfahrensgesetz - und hier § 28. Warum sage ich das? Wenn man diesen Paragraphen sehr ernst nimmt - und das sollte man -, dann heißt es dort in Absatz 1:

Bevor ein Verwaltungsakt erlassen wird ...

- sind die Rechte eines Beteiligten und Betroffener eben entsprechend zu hören und -

ist diesem Gelegenheit zu geben, sich zu den für die Entscheidung erheblichen Tatsachen zu äußern.

Es sei denn - und das wird dann fortgeführt; das ist das Spannende daran -, man meint, da ist so „Gefahr im Verzug“. Wenn natürlich aber Gefahr im Verzug ist, dann kann ich natürlich nicht drei, vier, fünf, sechs Tage zuwarten, sprich: Wenn ich mich dann entschieden habe - und das setzt ja die Geschichte von Matthias Hauer fort -, dass ich diesen Zug in Bewegung setze, und jetzt rollt das Ding - jetzt kommt, wie Matthias Hauer eben gesagt hat, zum einen die Bundesbank und sagt: „Finden wir irgendwie nicht so, dass die Finanzstabilität gefährdet ist“, die BaFin will aber diese Allgemeinverfügung rausheben, weiß sicherlich auch im Hinterkopf, dass dieser § 28 als Norm da

ziemlich einschlägig ist -, dann kann ich mich nämlich nur noch auf Gefahr im Verzug berufen.

Warum sage ich das? Weil ich habe - ich glaube, gestern war es - einen der Kollegen damit konfrontiert, dass gerade mal 50 Prozent der Betroffenen - nämlich 14 von 28 Beteiligten und Betroffenen - gehört und informiert worden sind seitens der BaFin. Das heißt, die waren in einer ziemlichen - ich glaube, so nennt man das - Zwickmühle, von Ihnen dieses zweite grüne Licht, was eigentlich gar nicht erforderlich wäre - - Aber wenn man dann dieses Votum abgegeben hätte und man hätte es bei der ESMA mit eingegeben - ich habe gesagt, die ESMA hätte es dann nicht geprüft; darf sie auch nicht, kann sie auch nicht -, dann hätte sie gesehen: Die Bundesbank hat da ein Problem mit. - Und gleichzeitig hat man sich wohl irgendwie entschieden: „Das müssen wir ja natürlich dann noch mal die BaFin-Beteiligten - und da das Führungspersonal unter Umständen - fragen, dass der Zug jetzt losfährt“, mit dem Ergebnis: Nur die Hälfte der Beteiligten haben sich bisher geäußert, weil es war ja dieses blöde Wochenende auch dazwischen. - Dann waren die ganz schön in Druck, oder?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich kann Ihnen das nicht sagen, was - - Also, ich weiß, ehrlich gesagt, nicht, was laut Verwaltungsverfahrensgesetz genau die BaFin - - wen sie noch hätte hören müssen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** § 28 ist das.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, es ist eine Allgemeinverfügung, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - und dann muss ich eben entsprechend - das ist die Norm - noch mal die Betroffenen hören, zumindest informieren, mit ins Boot nehmen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Aber - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Da waren mal gerade 14 von 28; das hatte ich gestern auch aus den Akten, hatte es auch zitiert. Ich habe jetzt diese Unterlagen nicht, nur die Norm, und es passt zu dem, weil irgendwo müssen wir ja diese ganzen losen Enden hier mal zusammenbinden. Und was nach Hören so vieler Beteiligten und der Abläufe, die ja immer deutlicher werden, wie wir sie rausarbeiten - - Dann kann das ja nur - - Irgendwann muss man sagen: Was ist jetzt die plausible Geschichte am Ende des Tages? Ich kann mir jetzt nicht vorstellen - es sei denn, Sie sagen Ja, aber das glaube ich nicht -, dass Sie gesagt haben am 15. abends: Wir ducken uns weg. - Könnten Sie jetzt mit Ja beantworten, würde uns jetzt eine Menge ersparen; aber ich glaube, den Gefallen tun Sie weder mir, noch entspricht das wahrscheinlich den Tatsachen, es sei denn, Sie haben es so wahrgenommen damals.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein. Wir haben gesagt, dass wir zu diesem Sachverhalt nicht Stellung nehmen können, weil der Sachverhalt nicht innerhalb unserer Kompetenz lag. Aber wir hätten natürlich eine Stellungnahme abgegeben.

Zu den anderen Dingen kann ich nichts sagen. Also, die Zahlen kenne ich nicht, und ich kenne auch die Einzelheiten dieser juristischen Notwendigkeiten nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe das gestern und auch, ich glaube, heute einen Ihrer Kollegen gefragt: Haben Sie sich nicht selbst mal gefragt - so vielleicht am Sonntagabend oder Sonntagmorgen schon um sechs, als Frau Roegele Ihnen dann gesagt hat: „So, jetzt geht da alles bei der ESMA“ - -: „Warum haben die uns überhaupt gefragt? Was wollten die?“? Ich meine, so eine Frage stellt man sich ja schon mal. Also, ich habe mir die auch manchmal so gestellt, und man wird ja dann auch in der freien Wirtschaft etwas vorsichtig, wenn der Bereichsleiter eines anderen Teils des anderen Unternehmens dich zu was fragt und man selbst zur Überzeugung kommt, ist eigentlich nicht deine Baustelle. Und dann sitzt du sonntags vielleicht am Frühstückstisch und fragst dich: Was soll das? Was war Zweck? Wem nützt das? - Ja.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ist schon eine Frage an - - Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie sind ja jetzt nicht irgendwer; das hat ja auch Herr Dr. Zimmermann gesagt.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, Sie sind ja schon eine der Hüterinnen unserer Währung sozusagen, um das mal zu übertragen, und dann denke ich ja auch, Sie sind da jemand, der auch mal für sich dann so denkt. Und dann sagt man auch sonntags vielleicht mal mit der Familie - oder man ist sonntags mal auch für sich gerne allein -: Was wollte denn die BaFin da jetzt eigentlich von mir? Hatten Sie solche Fragen gestellt sich, und zu welcher Antwort sind Sie da gelangt, wenn Sie so mit sich selbst in diesen Dialog getreten sind?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, ich glaube, der Grund, warum die BaFin uns - - warum dieser ganze Prozess mit der BaFin gelaufen ist, so wie ich ihn geschildert habe - am Freitag insbesondere und auch über das Wochenende hinweg -, ist ganz klar: weil es eben nach dem gemeinsam auch ja vereinbarten Ablaufschema, das die BaFin hat - - Das war ja mit uns auch so weit abgestimmt, dass es jetzt in so einem Fall richtig, wichtig, normal ist, dass da eine Abstimmung auch mit der Bundesbank erfolgt; das ist völlig klar. Nur, es ist dann eben - - Also, noch mal: Ich sage ja auch die ganze Zeit, dass die BaFin auch durchaus diesem Ablaufschema gefolgt ist. - Aber dann letztlich: Sie ist die Herrin des Verfahrens, sie entscheidet, ob so eine Stellungnahme eingeholt wird oder nicht. - Sie hat sich entschieden, die nicht einzuholen, und wir waren auch der Meinung, dass es nicht unbedingt notwendig ist, weil eben Dinge betroffen sind - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Noch mal - Moment -: Das ist uns jetzt ja - - Noch mal - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** So. Genau.  
Also - - Und von daher - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, dann wären wir jetzt in der Endlosschleife.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, aber das - - Entschuldigung. Jetzt bin ich mal uncharmant; bin ich sonst selten. Aber an der Stelle: Das ist uns ja allen klar, aber das ist so ungefähr wie: Ich täusche dann mal an am Freitag, und dann sage ich: Nee, doch nicht. - So ist ja die Geschichte der BaFin. Da kam ja was, und dann hat man Ihnen ja irgendwie gesagt am Sonntag - eigentlich schon etwas früher wahrscheinlich; deswegen wollen wir ja gerne so unbedingt diese SMS haben -: Nee, eigentlich doch nicht. - Also, so mein Motto ist das, was Kollege Hauer eben gesagt hat: „You’ll never walk alone“ war vielleicht erst mal die Intention der BaFin. Und dann stellte sie fest: „Walk‘ ist nicht gut; wir müssen hier rennen aufgrund § 28 und vieler anderer Dinge“, weil der Zug schon fuhr. Und dann hat man gesagt: Na gut, dann stehen wir jetzt alleine unter Umständen im Regen und lassen die Bundesbank da mal weiter hinten zurück.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Also, zunächst mal noch mal: Der gesamte Prozess ist aus meinen Augen klar und auch schriftlich und auch per E-Mail dokumentiert. Also, die Vereinbarung, die Verabredung, die wir getroffen hatten am Samstag, dass die BaFin uns die Unterlagen zur Kenntnisnahme zukommen lässt, dass sie damit entsprechend auf eine Stellungnahme verzichtet: Das habe ich ja schriftlich dokumentiert an den Vorstand, an die BaFin. - Also, von daher gibt es da keine Lücke jetzt in dieser Dokumentation.

Und noch mal: Ihre Frage war ja: Warum sind die denn auf uns zugekommen? - Das ist ja eigentlich nicht das Über- -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. Denkt man ja mal drüber nach. Ich wette, dass Sie es getan haben.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, aber das ist ja nicht das Überraschende, sondern das war sozusagen das, was auch in dem Ablaufschema enthalten ist, dass man dann, wenn man über die Dinge spricht, zu dem Ergebnis kommt: Hier liegt ein Sachverhalt vor, zu dem wir uns nicht äußern können. - Das ist ja dann noch mal der zweite Schritt. Aber ich habe sozusagen natürlich darüber jetzt nicht nachgedacht im Sinne eines Unterstellenden, was jetzt gerade vielleicht so ein bisschen hätte - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist ja nicht Unterstellen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, ja, genau.  
Also, ob die uns - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Man analysiert einen Vorgang.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, genau. Also, ich habe einfach das - - Ich habe das als einen normalen Abstimmungsprozess gesehen und habe auch nicht jetzt irgendwie angenommen, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - dass die BaFin hier nicht entsprechend ihrer Kompetenzen, ihrer Informationen handelt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann ist die SPD an der Reihe. Frau Kiziltepe, bitte schön.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Danke. - Frau Professor Dr. Buch, ich finde das immer noch - - Also, das Ganze hört sich sehr lückenhaft aus meiner Sicht an - und abgestimmt. Und deshalb würde ich das gerne noch mal strukturiert durchgehen.

Genau, es kam ja auch hier mehrfach - - wurde mehrfach auch genannt: Es gibt einen Leitfaden der Bundesbank. In diesem Leitfaden, auf Seite 12, steht: Der Bundesbank ist die Möglichkeit zur Stellungnahme vor dem Ergreifen von Maßnahmen nach Artikel 20 zu geben. - So.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dann gibt es ein Handbuch der BaFin. Und dort steht auch drin: ... die Möglichkeit zur Stellungnahme vor dem Ergreifen von Maßnahmen nach Artikel 18 ff. EU-Leerverkaufsverordnung gegeben werden sollte. - So.

Dann - die ganze Diskussion und die Fragestellung, die wir hier hatten - fragt man sich noch immer, trotz Ihrer Antworten: Warum hat die Bundesbank keine Stellungnahme abgegeben?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Die Bundesbank hat keine Stellungnahme abgegeben, weil die BaFin in diesem Fall auf die Stellungnahme verzichten konnte. Die BaFin ist sozusagen - das hört sich jetzt ein bisschen - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** „Konnte“.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** „Konnte“?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** „Verzichten konnte“, nicht „musste“ oder - -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, sie konnte. Ja, sie hat verzichtet, also sie verzichtete darauf. Und die BaFin ist ja diejenige, die sozusagen den Prozess steuert. Und ich nutze den Begriff jetzt vielleicht rechtlich nicht ganz sauber, aber sozusagen mein Verständnis ist: Die Holschuld liegt bei der BaFin. - Aber - - So.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber was ist denn das konkrete Ereignis darüber, dass Sie zu diesem Ergebnis kommen und keine Stellungnahme abgeben, obwohl Sie nach diesen beiden Leitfäden die Möglichkeit dazu haben? Warum nutzen Sie das nicht?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das konkrete Ereignis ist, dass in dem Telefonat, was ich mit Frau Roegele an dem Freitagabend hatte, sehr klar wurde einerseits: „Wir haben aus unserer Sicht hier kein Finanzstabilitätsthema“, andererseits aber auch: Das, womit die BaFin begründet, dass sie das Problem des Marktvertrauens sieht, das sind Informationen bezogen auf staatsanwaltschaftliche Ermittlungen, die uns a) nicht vorlagen, nicht vorliegen konnten und - b) - die auch gar nicht sozusagen in unserem analytischen

Rahmen unserer Möglichkeiten überhaupt verarbeitbar gewesen wären. Das ist was, was mit dem Thema „Marktmissbrauch, Anlegerschutz“, mit all diesen Dingen zu tun hat; aber da hat der Gesetzgeber gesagt, das ist nicht unsere Aufgabe, sondern das ist die Kompetenz der BaFin.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, aber das ist wieder - - Was ist das konkrete Ereignis?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das konkrete Ereignis ist, dass wir bis zum späteren oder was auch immer - - dass wir wissen - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, haben Sie sich gedacht, Frau Buch: „Okay, wir können eine Stellungnahme abgeben, uns fehlen aber die Informationen von der Staatsanwaltschaft; deshalb geben wir lieber keine“? - Also, waren das so die Gedankengänge? Wie war der Entscheidungsprozess bis dahin?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, genau. Ich sage es noch mal: Also, wir haben sozusagen - - Also, die Arbeitsebene hat sozusagen an dem Freitagnachmittag Dinge analysiert, die ich eben beschrieben habe. So. Dann gab es eine neue Information - das erste Mal 20.30 Uhr rum - an dem Freitagabend: Hier geht es um staatsanwaltschaftliche Ermittlungen. - Das habe ich dann noch mal entsprechend auch mit Frau Roegele besprochen, verifiziert. Die Information wäre erst an die Arbeitsebene gegangen.

Und das ist der Punkt, wo wir dann gesagt haben: „Das ist etwas, wozu wir nicht Stellung nehmen können“, weil wir, selbst wenn wir die vollständigen Informationen gehabt hätten, wenn wir alle Akten gehabt hätten, alles das, was Sie jetzt besser wissen als ich, selbst dann nicht hätten analysieren können: „Was bedeutet denn jetzt das für die Finanzstabilität?“, sondern das ist dann ein Thema des Marktvertrauens, und da ist die BaFin die zuständige Behörde. Das ist der entscheidende Punkt gewesen, wo wir gesagt haben: Eigentlich denken wir auch: -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau, aber diese -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - Wir müssen hier keine Stellungnahme abgeben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - Definition, dass die BaFin für das Marktvertrauen zuständig ist und für die Finanzstabilität die Bundesbank, haben wir ja trotzdem. Aber es gibt diese Handreichungen von der Bundesbank und der BaFin. Sie können trotzdem eine Stellungnahme abgeben. Sonst würde hier ja stehen: Weil die Bundesbank nicht zuständig ist im Falle von einem Leerverkaufsverbot auf Grundlage „Marktvertrauen“, verzichten wir oder ist es nicht notwendig, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - dass die Bundesbank hier Stellung nimmt.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Also, da ist für mich - aber das müsste tatsächlich dann auch noch mal mit den Juristen - - Also, wenn Sie wirklich eine juristische Einschätzung haben wollen, müsste das mit einem Juristen besprochen werden. Aber für mich ist maßgeblich der Brief - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Haben wir ja.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, genau. - Für mich ist maßgeblich der Brief des BMF von 2013, in dem drinsteht: Es ist keine Benehmensherstellung erforderlich; es sollte eine Stellungnahme eingeholt werden. - Ich paraphrasiere jetzt meine Erinnerung aus dem Brief. - So, und das ist für mich der entscheidende Punkt hier.

Und das andere - - Die Ablaufschemata sind dann ja sozusagen die: „Wie setze ich das jetzt um?“, aber das schafft ja nicht in dem Sinne jetzt Recht oder stellt eine rechtliche Verpflichtung dar. Es gibt keine gesetzliche Verpflichtung -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, das ist - -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - der Bundesbank, hier eine Stellungnahme abzugeben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Für mich ist leider immer noch nicht nachvollziehbar, warum die Bundesbank keine Stellungnahme abgegeben hat, und die Dokumente, die uns hier vorliegen, geben auch ein anderes Bild - auch kein klares Bild, aber ein anderes Bild - - was Sie hier gerade schildern. Deshalb würde ich gerne noch mal einen stillen Vorhalt machen in der Frage.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. Dann die Zeit kurz stoppen und dann wieder bitte unter den Rangring! - Danke.

(Der Zeugin werden am Rande des Sitzungssaals Dokumente auf einem Notebook gezeigt - Die Zeugin nimmt Einblick)

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie können das gerne entstufen, wenn Sie möchten.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, kann ich gerne machen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, da geht es um eine - - Ich weiß nicht, ob jetzt alle wissen, über was ich rede.

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Nee!)

Aber - - Also, ich weiß nicht, wie still das jetzt - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, es geht um den Vorgang, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, ja, ich - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - auch um die Kommunikation in Ihrem Haus.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich kann das selber sagen, genau. - Also, es geht darum - - Ich hatte ja eben in meiner Eingangsstellungnahme geschildert, dass wir sonntagmorgens sehr früh informiert worden sind über die Notifikation der ESMA, dass eine positive Stellungnahme ein-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gegangen ist. Ich habe dann überlegt, wie ich entsprechend dann die Kommunikation - weil der Vorstand war ja sozusagen noch in Wartestellung, dass möglicherweise eine Stellungnahme abgegeben wird - - wie ich dann den Vorstand entsprechend informiere. Und dann haben wir kurz untereinander mit dem Zentralbereichsleiter „Finanzstabilität“ und „Recht“ das abgestimmt, wie jetzt die Kommunikation an den Vorstand und auch an die Leitung der BaFin erfolgt. Und das ist dann sozusagen wortgleich oder inhaltsgleich am entsprechenden Mittag erfolgt.

Also, und das ist jetzt einfach nur sozusagen die Iteration darüber: Wie formulieren wir diese Information an den Vorstand und an die BaFin?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau. Darf ich jetzt daraus zitieren eigentlich?

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Einfach machen! - Gegenruf  
des Abg. Fabio De Masi  
(DIE LINKE): Genau, hinterher fragen!)

- Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die Vizepräsidentin hat gesagt: -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - „Ich entstufe das“, und zitiert selbst draus.

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Das Benehmen ist hergestellt!)

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau. An diesem Sonntag - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und dann würde ich das so werten wollen, dass Sie das jetzt können.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Danke sehr, Herr Vorsitzender. - An dem Sonntagvormittag schreiben Sie ja Benjamin Weigert - genau: Herrn Weigert - und Herrn Guericke an und sagen dort, dass Sie jetzt

folgenden Absatz an Frau Roegele schicken würden. Und dieser Absatz lautet:

Hiermit möchte ich Ihnen mitteilen, dass uns die BaFin darüber informiert hat, dass ihre Entscheidung in der oben genannten Angelegenheit bei der ESMA notifiziert wurde und die dortigen Abstimmungsverfahren laufen. Eine Stellungnahme von uns ist nicht erforderlich. (?)

So.

Dann kommt eine Rückmeldung von Herrn Guericke. Und Herr Guericke ist ja der Leiter der Rechtsabteilung, oder?

(Die Zeugin nickt)

- Ja. - Dann schreibt Herr Guericke:

Liebe Claudia, liebe Frau Buch,  
du könntest auch schreiben, dass die BaFin schließlich darauf verzichtet hat,

- also dass die BaFin darauf verzichtet hat -

von der Bundesbank eine Stellungnahme einzuholen. (?)

Und das hört sich so an, als ob hier noch mal juristisch mit allen Feinheiten festgeklopft wird, dass von der BaFin aus das kam und nicht von der Bundesbank aus. Finden Sie nicht?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, also zunächst mal: Wenn wir es jetzt ganz präzise machen: Die Mail kam von Herrn Weigert; mit ihm duze ich mich, mit Herrn Guericke nicht. Aber das ist jetzt - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ach so, habe ich verwechselt. Dann Entschuldigung.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Wir reden über so viele vertrauliche Dinge, dann kann ich das auch sagen. - Also, das ist sozusagen nicht jetzt, wie Sie es gerade ein bisschen interpretiert haben, in dem Sinne eine rechtliche Einschätzung,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nur mal den Prozess - - Uns war wichtig, den Prozess sauber zu dokumentieren. Und so, wie es da formuliert worden ist, ist es sowohl an den Vorstand der Bundesbank als auch an die Leitung der BaFin gegangen. Und ich habe darauf, also dass eben entsprechend in diesem Fall die BaFin verzichten konnte auf die Stellungnahme - - Das ist an beide Institutionen, an die Leitungen ganz klar kommuniziert worden. Es hat dem auch niemand widersprochen. Also von daher: Es ist nichts, was wir uns da jetzt ausgedacht haben, sondern es war einfach nur, um diesen - - weil uns das wichtig war, den Prozess auch sauber zu dokumentieren, und damit ist er dann sauber dokumentiert gewesen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau, aber es ist ja tatsächlich so, dass Sie in Ihrer ersten E-Mail schreiben:

Eine Stellungnahme von uns ist nicht erforderlich. (?)

Und dann korrigiert Herr Guericke oder Herr Weigert -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Herr Weigert.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - jetzt habe ich es wechselt -, der Mensch von der Rechtsabteilung, und sagt: Nein, nein. Schreib doch lieber: Die BaFin wollte das nicht. - So.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein, es gibt keine Korrektur, sondern eine Klarstellung an der Stelle, weil das wichtig ist. Deswegen sprechen wir hier jetzt darüber. Es ist nicht etwas anderes gewesen als das, was in der ursprünglichen Mail stand, sondern es war eine Klarstellung, und die kam vom Leiter der Finanzstabilität, nicht aus der Rechtsabteilung.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Dann möchte ich noch einen stillen Vorhalt machen.

(Der Zeugin werden am Rande des Sitzungssaals Dokumente auf einem Notebook gezeigt - Die Zeugin nimmt Einblick)

Genau, das ist jetzt am Samstag. Ich darf jetzt nicht daraus zitieren oder so?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich habe das aber eben in meiner Stellungnahme drin gehabt, also genau das Wording habe ich eben gesagt. Hier geht es jetzt um eine Mail an dem Samstag, als ich, wie gesagt, noch einmal Kontakt mit Frau Roegele hatte. Noch mal, um es klarzumachen: Alle unsere Prozesse sind dokumentiert. Nach meiner Erinnerung haben wir da auch noch mal gesprochen; aber das wird sich klären. Danach habe ich dann an jetzt den Leiter unserer Rechtsabteilung geschrieben, dass aus unserer Sicht keine Stellungnahme erforderlich ist.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das steht *nicht* im Widerspruch zu dem, was wir gerade besprochen haben; denn nach meinem Verständnis - und hier kann ich mich auch nur auf das verlassen, was aus unserer Rechtsabteilung kommt und was auch mein Verständnis dieses Prozesses ist - ist die BaFin die relevante Behörde, die überlegt, die entscheidet, ob sie eine Stellungnahme einholt oder nicht. Wir können sagen: „Wir denken, wir brauchen hier bei dieser Sache keine Stellungnahme, weil es nicht um Finanzstabilität geht, weil es andere Informationen bei der BaFin gibt“, aber letztlich - jetzt sage ich es ein bisschen umgangssprachlich - das Abbestellen der Stellungnahme, das - ist mein Verständnis - kann nur die BaFin. Andersrum, wenn sie gesagt hätte: „Wir wollen die Stellungnahme“, hätten wir sie auch abgegeben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, vielen Dank, Frau Buch. Aber verstehen Sie, dass ich das alles so nicht nachvollziehen kann, dass es für mich wie abgesprochen klingt und lückenhaft? Weil: Sie sollen nach diesen Leitfäden und Handbüchern eine Stellungnahme abgeben; freitags glauben Sie noch an eine Benehmensherstellung; samstags sagen Sie: „Aus Sicht der Bundesbank ist das nicht erforderlich, eine Stellungnahme abzugeben“; sonntags wird gesagt: „Die BaFin möchte keine Stellungnahme“, oder die BaFin sagt: Auf eine Stellungnahme wird verzichtet. - Also, das ist innerhalb von kürzester Zeit von einer Position zur



## Nur zur dienstlichen Verwendung

anderen Position, und irgendwie passt das Bild hier nicht.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, „abgesprochen“ in dem Sinne - - Ich weiß nicht, was Sie mit „abgesprochen“ meinen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** „Abgesprochen“, „abgestimmt“ habe ich erwähnt, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Zwischen - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** - weil auch in diesem Sprechzettel für Herrn Wuermeling, der ja bei uns in der Sondersitzung im September war, klingt das genauso. Also, man findet diesen Satz hier von der Entwicklung durch die Rechtsabteilung über verschiedene Dokumente bis - - in diesem Sprechzettel für Herrn Wuermeling. Es steht dann dadrin:

Daraufhin verzichtete die BaFin auf die Einholung einer ... Stellungnahme ...

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das steht da so, weil wir die Prozesse dokumentiert haben und weil das so richtig ist. Ich möchte nur ganz deutlich darauf hinweisen: Es hat jetzt hier keine Abstimmung im Sinne der Zeugenvernehmung vorab zwischen den Zeugen gegeben; das hatte ich ja eben schon mal gesagt. Das ist ja völlig klar, dass wir - - Also, das wollte ich nur noch mal klarstellen. Also, das ist hier das gleiche Wording, weil die Dinge so gewesen sind, wie sie sind und weil sie so dokumentiert sind.

Noch einmal: Dass in meiner Mail - ich glaube, jetzt sind wir beim Freitagnachmittag - der Begriff „Benahmen“ gestanden hat, das bitte ich zu entschuldigen - - oder Verständnis dafür zu haben, dass ich das geschrieben habe als Nichtjuristin, ohne dass mir die Unterlagen vorlagen, die Leitfäden, all diese Dinge. Das war sozusagen an der Stelle juristisch nicht sauber; aber es ist völlig klar - noch mal: das Schreiben des BMF, 2013 -, dass hier keine Benahmensherstellung erforderlich ist. Das weiß ich jetzt, das habe

ich - - Wenn Sie so wollen, wenn Sie so hart wollen: Das war falsch, was am Freitag in meiner Mail gestanden hat.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank, aber Sie können auch noch heute oder in den kommenden Tagen eine Stellungnahme abgeben. Also, es steht Ihnen offen, meine ich. Sie konnten vor zwei Jahren eine Stellungnahme abgeben, in den zwei Jahren; Sie können heute noch eine Stellungnahme abgeben zu diesem Leerverkaufsverbot. Es steht Ihnen offen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. Dann bedanke ich mich an der Stelle. - Und dann ist Dr. Toncar für die FDP-Fraktion bereit.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Und, Frau Professor Buch, ich kann nur vorab Abbitte leisten dafür, dass ich Sie auch noch mal ein bisschen quälen muss mit diesem ganzen Thema Marktvertrauen. Aber ich habe vorhin schon rausgearbeitet, dass in den Dokumenten, in den Policies diese geistige Unterscheidung zwischen den beiden Begriffen nicht auftaucht; auch übrigens in dem Brief des BMF aus 2013, auf den Sie stark rekurrieren, wird nicht unterschieden zwischen Finanzstabilität und Marktvertrauen, also nirgends. Und jetzt wird meine Vermutung, dass das erst hinterher gewissermaßen der gesichtswahrende Ausweg war, nachdem Sie mit Frau Roegele gesprochen hatten, Frau Roegele gesagt hatte: „Wir wollen das machen“, Sie gesagt haben: „Wir können aber von unserer Auffassung - - wir können das nicht bescheinigen, wir sehen das einfach anders, wir können ja nicht das Gegenteil bescheinigen“, dass das dann der für alle Beteiligten gesichtswahrende Ausweg war, zu sagen: Wir splitten den Artikel 20 Leerverkaufsverordnung und sagen: Die Bundesbank macht nur Finanzstabilität.

Das wird ja auch durch ein anderes Indiz gestärkt, mit dem ich Sie gern auch konfrontieren möchte: Ihre Mitarbeiter, die Mitarbeiter der Bundesbank, haben sich den ganzen 15.02. über mit beiden Themen auseinandergesetzt. Ich will mal zum Beleg dieser Beobachtung zitieren erstens die E-Mail von Martin Wieland, dem Leiter der





## Nur zur dienstlichen Verwendung

Market Intelligence, Abteilung M 2, an Kai Tänzler - das ist MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 62 -:

Lieber Kai,

anbei die Änderungen zum Marktteil, wie besprochen.

Sonst wie telefonisch besprochen: Eher Skepsis, was die Begründung „Marktvertrauen“ angeht.

Und das wird dann noch mal kurz ausgeführt.

Also, die Bundesbank hat sich mit Marktvertrauen ja beschäftigt und übrigens auch der Bereich F 42, der ja direkt Ihnen unterstellt ist. MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 64: „Einschätzung und Handlungsempfehlungen“ zur Allgemeinverfügung, Leerverkaufsverbot - Verfasser steht nicht namentlich, aber F 42 kennen Sie ja -, wird ausgiebig auf Gesichtspunkte des Marktvertrauens Stellung genommen, insbesondere auf Seite 5:

Leerverkaufsbeschränkungen bergen außerdem das Risiko unerwünschter Nebenwirkungen.

Sie können

... die Marktliquidität reduzieren, die Kursvolatilität erhöhen und die Unsicherheit unter den Marktteilnehmern verstärken ...

Also, da wird sogar argumentiert, dass Leerverkaufsverbote sogar Marktvertrauen beschädigen können, ganz die andere Richtung.

Dann wird weiter ausgeführt:

Bestätigt sich die Vermutung der gezielten Kursmanipulation und ist davon auszugehen, dass es auch in Zukunft zu einer solchen kommen kann, erscheint es zwar unangemessen, eine Leerverkaufsbeschränkung grundsätzlich abzulehnen. ... auch in diesem Fall wäre die Verhältnismäßigkeit ... kritisch zu prüfen. Vorzuziehen

wäre ein gezieltes Vorgehen gegen Manipulatoren.

... Zudem sollte, sofern sich die von der Presse vorgebrachten Artikel als wahr erweisen sollten, einer fundamentalen Neubewertung des Unternehmenswertes durch den Markt nicht entgegenwirken, um gerade die Marktfunktionsfähigkeit nicht negativ zu beeinflussen.

Ihre Mitarbeiter haben sich ausführlich mit dem Thema Marktvertrauen beschäftigt. Kannten die das Mandat nicht, den Prüfauftrag nicht, der ja das alles angeblich gar nicht umfassen sollte?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, zunächst mal: Der Punkt ist nicht, dass Finanzstabilitätsanalysen völlig losgelöst von irgendwelchen Marktvertrauenseffekten sind. Das ist auch nicht das, was ich eben hier gesagt habe, sondern ich habe gesagt: Es kann Situationen geben, in denen nur das Thema Marktvertrauen betroffen ist, was einen Titel angeht. Und das ist nach unserer Einschätzung die Situation, die hier vorliegt. - Aber natürlich haben Finanzstabilitätsanalysen auch immer etwas mit Marktvertrauen zu tun. Also, von daher: Wenn Sie den Begriff „Vertrauen“, „Marktvertrauen“ in Finanzstabilitätsanalysen finden, ist das kein Widerspruch zu dem, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - was ich eben gesagt habe.

Der zweite Punkt: Der Gesetzgeber, der europäische Gesetzgeber, hat diese beiden Begrifflichkeiten in der Leerverkaufsverordnung. Also, da gibt es - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wollen wir jetzt juristisch - - Da steige ich gern ein, und Sie werden in der nächsten Antwort sagen, Sie sind keine Juristin; -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Richtig.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - das sage ich Ihnen voraus.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Richtig.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Dann lassen Sie es lieber.

(Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Juristen sagen alle, sie sind keine Ökonomen!)

Wir können die Diskussion führen, sofort. Aber dann müssten Sie die Folgefragen auch beantworten, die juristischen, zum Beispiel zu Artikel 24 der Delegierten Verordnung, der gerade nicht unterscheidet, sondern das, was Sie gerade in Wahrheit ja angedeutet haben, nämlich dass das ein sozusagen ineinander verschränktes Konstrukt ist, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - es nicht immer klar abgrenzbar ist, auch anhand der Tatbestandsmerkmale sehr klar zum Ausdruck bringt.

Ich will aber noch mal was anderes fragen, wofür ich auch noch keine richtige Erklärung oder kein richtiges Verständnis habe: Warum haben Sie am Freitagabend entschieden, dass zunächst einmal bis Montag keine Stellungnahme erforderlich sein soll, wo die Maßnahme doch am Montag verabschiedet werden sollte? Da war doch eigentlich schon klar, dass diese Verschiebung in Wahrheit sozusagen die Beerdigung der Stellungnahme war. Sie haben am Freitagabend ja im Vorstand auch verschickt - ne? -:-

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** - Am Wochenende nicht nötig, vor Montag nicht nötig. - Aber am Montag sollte doch das Leerverkaufsverbot vor Börsenöffnung noch - -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. Also, es war sozusagen nur noch die Option offengehalten, dass wir nachträglich diese Stellungnahme abgeben, dass die BaFin nachträglich diese Stellungnahme von uns abfordert. Aber sozusagen der Weg Richtung ESMA, der war sowieso da

schon beschritten, was man ja auch daran sieht, dass dann am Sonntagmorgen auch die positive Stellungnahme der ESMA da war. Wie gesagt: Was jetzt genau am Samstag dazwischen passiert ist, dazu kann ich nichts sagen, aber es war zunächst mal offengehalten worden, dass man die sozusagen nachreicht, diese Stellungnahme.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Es stand am Freitagabend noch eine nachträgliche Stellungnahme im Raum?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Haben Sie am 15., 16. oder 17.02. erfahren, dass die BaFin, und zwar auch Frau Roegele sozusagen als Exekutivdirektorin in Verantwortung, just am 15.02. noch etwas anderes gemacht hat außer dem Leerverkaufsverbot, nämlich die DPR mit der Kontrolle der Richtigkeit der Rechnungslegung der Wirecard AG beauftragt hat?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Weil ich finde das auch eine ganz bemerkenswerte Koinzidenz und in der Tat auch unter Ägide von Frau Roegele eine ganz andere Note auch, was das Vorgehen angeht. Okay. - Herr Vorsitzender, ich glaube, ich schenke dem Ausschuss 33 Sekunden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vorbildlich. - Dann ist als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke an der Reihe.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, Frau Buch, ich hoffe mal, wir kommen hier raus, bevor die Sonne untergegangen ist.

(Cansel Kiziltepe (SPD): Ja, dann beeile dich mal! -  
Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bevor sie aufgeht!)

Ich hatte noch mir fest vorgenommen, heute Abend schön zu joggen, mir was Nettes zu kochen. Deswegen versuchen wir das mal.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich wollte Sie fragen noch zwei, drei generelle Dinge, und zwar erstens: Sie sind ja auch Teil der Bankenaufsicht mit der Bundesbank, wo Sie ja auch, ich sage mal, ein Stück weit geteilte Zuständigkeiten mit der BaFin haben. Gibt es Fälle, in denen im Zuge Ihrer aufsichtsrechtlichen Tätigkeit, auch geteilter Zuständigkeiten, die BaFin Sie in Kenntnis gesetzt hat von staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen und gesagt hat: „Details teilen wir Ihnen aber nicht“? Kommt das öfters vor?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Die kurze Antwort darauf ist, dass ich dazu nichts sagen kann, weil ich nicht für die Bankenaufsicht zuständig bin. Wenn Sie erlauben, wenn Sie ein bisschen von der Redezeit geben, würde ich das etwas erklären, wie das organisiert ist im Haus, damit ich nicht immer sagen muss: Wir sind für irgendwas nicht zuständig oder ich bin nicht zuständig. - Es ist so, dass grundsätzlich es eine Zusammenarbeit gibt zwischen Bundesbank und BaFin nach der Aufsichtsrichtlinie. Also, wir machen, die Bundesbank macht den ganz wesentlichen Teil der Aufsicht vor Ort, auch über die Hauptverwaltungen. Und die BaFin ist aber auch da letztlich die zuständige Verwaltungsbehörde, die hoheitlich handeln kann; das können wir nicht. Also, da gibt es diese Aufgabenteilung.

Innerhalb der Bundesbank ist es so - ich hatte ja kurz das Dezernatssystem erwähnt -, dass es einen Kollegen gibt im Vorstand, der zuständig ist für die Bankenaufsicht. Und die ganzen Abstimmungen, die zwischen der Bundesbank und der BaFin laufen über bankaufsichtliche Themen, die laufen sozusagen zwischen unserem Zentralbereich Bankenaufsicht und der BaFin. Und diese Themen gehen nicht immer alle einmal durch den Vorstand.

Bei Finanzstabilität ist es ein bisschen anders gelagert, weil wir da auch - - also sind wir wieder nicht die Behörde, die entscheidet, aber das sind immer Positionierungen auch der Gesamtbank; deswegen diese Vorstandseinbindung. Also, wenn wir jetzt hier so lange über die Vorstandseinbindung bei Leerverkaufsverbot gesprochen haben: Das heißt nicht automatisch, dass bei der

Aufsicht auch immer alle Dinge einmal sozusagen durch den Vorstand gehen; das ist die normale Regel.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das verstehe ich auch, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Und deswegen - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - gerade bei sensiblen Ermittlungen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ne? Und deswegen könnte ich jetzt über diese Frage - - Die kann ich schlicht nicht beantworten, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, dann will ich so fragen: -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - weil das nicht meine Zuständigkeit ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - Könnten Sie nachreichen für den Ausschuss, ob es Fälle gab, wo die BaFin in anderen Sachverhalten gesagt hat: „Hier gibt es staatsanwalt-schaftliche Ermittlungen, aber wir offenbaren die nicht“? Weil das ist für uns, glaube ich, wichtig, um einschätzen zu können, ob das ein übliches Verfahren ist.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich mache ungern Rechnungen zulasten Dritter, aber da der Untersuchungsausschuss wieder eine Frage stellt, müssen auch die Aufseher - - Das muss gesagt werden können; aber ich kann das sozusagen jetzt nicht. Ich kann dazu gar nichts sagen, weil das nicht meine Zuständigkeit ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Dann würde ich Sie gerne noch fragen: Haben Sie, auch wenn Sie selber vielleicht nicht derartige Gespräche, Unterhaltungen, Austausch geführt haben, Kenntnis erlangt davon, dass das Leerverkaufsverbot, ich sage mal, auch auf politischer Ebene, zum Beispiel im Finanzministerium - Staatssekretär, Minister -, thematisiert wurde von der BaFin oder von der Bundesbank, auch von Herrn Weidmann, von - - Sie haben - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich habe dazu keine Informationen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und Sie haben sich auch nie selber mit Herrn Kukies oder irgendjemand darüber ausgetauscht?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Dann würde ich Sie gerne noch fragen: Ist es nicht üblich bei solchen - - Ich sage mal, das ist ja ein Stück weit ein hoheitlicher Akt, der da vollzogen wird. Dass es dort keine Gesprächsvermerke oder Protokolle gibt in der Bundesbank, ist das üblich?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das verstehe ich jetzt nicht ganz, weil ja alle Punkte, die wir - also, wir haben ja eine sehr umfangreiche Chronologie auch vorgelegt - - und alles sozusagen schriftlich und auch per E-Mail eben dokumentiert worden ist in diesem Prozess. Also, von daher - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, wir suchen eine SMS, als Beispiel. Und ich sage mal so: Alle reden über dieses komische Ermittlungsverfahren, keiner hat es gesehen, um ein weiteres Beispiel zu nennen. Also, es betrifft ja jetzt nicht nur die Bundesbank, sondern auch die BaFin zum Beispiel kann diese ominöse Ermittlungsakte auch gar nicht produzieren. Und das sind ja - - Deswegen frage ich über diese Schritte, die Sie da vollzogen haben über das Wochenende in so wirklich - - Also ein Single Issuer Shortselling Ban, der ja sehr, sehr selten ist - - Normalerweise - - Also die Staatsanwaltschaft, die hat selbst mit so einem Luftikus wie dem Marsalek und so einem britischen Drogendealer sofort da so einen Gesprächsvermerk gemacht und das an die BaFin gefaxt. Aber wenn die Bundesbank mit der BaFin spricht, läuft das so alles per SMS, und die sind dann später weg.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja, also zunächst mal: Über die Dokumentation anderer Behörden kann ich nichts sagen. Ich kann nur noch mal sagen, dass unsere Prozesse alle dokumentiert sind. Es gibt zu jedem Schritt auch entsprechende

E-Mails; wir haben ja eben auch über die Abstimmung am Sonntag gesprochen. Und das sehen Sie mir einfach nach: Ich habe diese Vermutung „Da ist ein Austausch per SMS zustande gekommen“ einfach anderthalb Jahre später gemacht. Ich kann mich schlicht an dieser Stelle - und ich kann ja nur über meine Wahrnehmung berichten - - Ich kann nur - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hängen Sie sich nicht dadran - - Ich verstehe das sogar. Ich kann auch nicht mehr nach anderthalb Jahren immer sagen, was da genau - -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein, ich - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber ich rufe auch nicht bei Frau Roegele an und verabrede mit ihr ein Leerverkaufsverbot. Also, wenn ich es versuchen würde, würde sie mir wahrscheinlich einen Vogel zeigen, wobei sie jetzt mittlerweile auch der falsche Ansprechpartner wäre. Aber deswegen sage ich nur: Das sind ja sehr gewichtige Vorgänge jetzt, und das war Ihnen ja sicher bewusst, dass das gewichtige Vorgänge sind.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Natürlich, klar. Und deswegen haben wir ja eben alles auch dokumentiert; deswegen haben Sie eine umfangreiche Chronologie von uns. Sie haben die ganzen E-Mails, die da geflossen sind. Und ich habe einfach an dieser Stelle einen Vermerk aus meiner Erinnerung gemacht. Wenn Sie mir heute, was Sie hoffentlich nicht tun, die Pistole auf die Brust setzen, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - würde ich sagen: „Vermutlich habe ich mit ihr gesprochen“, weil das eigentlich meine natürliche Kommunikationsart wäre, wenn wir abends gesprochen haben, das am Morgen noch mal aufzugreifen, weil man dann - - Ich habe auch noch mal Rücksprache gehalten mit unserem Juristen. Aber das waren sozusagen alles Zwischenschritte. Das ist alles dokumentiert, was wir gemacht haben.

Und wir haben auch keine Verabredung eines Leerverkaufsverbots getroffen, sondern wir haben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Frage gestellt, noch mal aufgegriffen, die am Vorabend schon besprochen war: Braucht es jetzt hier eine Stellungnahme oder nicht?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Eine allerletzte Frage - dann bin ich auch durch -, auch wenn ich jetzt schon über der Zeit bin. - Er guckt eh nicht; ist gut für mich.

Ich würde Sie gerne noch fragen zu diesem zeitlichen Ablauf: Hatten Sie in dem Moment, wo Ihnen offenbart wurde, dass da jetzt die staatsanwaltschaftliche Ermittlung - - Können Sie noch mal ungefähr die Tageszeit eingrenzen, wann das war?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das war ziemlich genau 21.30 Uhr; das kann ich aus unseren anderen E-Mails rekonstruieren. Ich glaube, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - in der Chronologie steht: zwischen 21 und 22 Uhr.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und zu dem Zeitpunkt wusste Frau Roegele aber bereits, dass Sie hinsichtlich der Dinge, die Sie da untersucht haben, zu einer sehr skeptischen Bewertung gelangen, korrekt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, wenn wir jetzt ganz genau sind, dann ist sozusagen diese Kommunikation von unserer Arbeitsebene an die Arbeitsebene BaFin gegangen. Ich würde auch mal davon ausgehen, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** ... dass Frau - - Ja.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - dass das weitergegeben worden ist. Aber dass - - Also, ich kann sozusagen - - Ich habe ihr das gesagt, ja. Und ich gehe auch davon aus, dass die Kommunikation da weitergelaufen ist. Aber das ist jetzt also Spekulation.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und dann haben Sie erst um 21.30 Uhr - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege De Masi, können wir einen Deal machen? Die Zeit wäre eigentlich um; -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau, das hatten wir schon festgestellt; -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - aber wenn Sie sagen, Sie haben noch ein bisschen, und ich lasse Sie - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - Sie hatten das nur gar nicht mitbekommen. Und dann habe ich einfach selber entschieden: Das ist meine letzte Frage. - Und keiner hat gemeckert.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Noch besser. So machen wir das; das spielt sich ein hier. Dann okay.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, um 21.30 Uhr haben Sie dann also davon erfahren. Und jetzt müssten wir quasi noch mal rekonstruieren, wann die Staatsanwaltschaft was mit Frau Roegele kommuniziert hat. Aber es war zumindest Frau Roegele schon klar: Das sieht schlecht aus mit der Bundesbank, wenn ich mich zumindest auf Finanzstabilität stützen möchte. - Weil - - Das ist doch korrekt wiedergegeben?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, aus unseren Unterlagen können Sie sehen, dass die das nicht primär mit dem Finanzstabilitätsthema begründet - - wird. Das war auch schon vom Anfang des Prozesses an relativ klar, also das sieht man irgendwo. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, in welchem E-Mail-Austausch das dann war, aber das war schon vorher am Tage sozusagen klar. Also, noch mal: Ich kann nichts darüber sagen, wie die BaFin jetzt schrittweise ihre Entscheidung hergeleitet hat; das kann ich nicht sagen. Im Entwurf der Stellungnahme steht, dass - - wird über das Marktvertrauen argumentiert.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, unser Problem ist: Das kann keiner so richtig sagen, vor allem nicht die BaFin. Aber wir werden es hoffentlich aufklären. - Vielen Dank.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Fabio De Masi. - Dann Lisa Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hallo, Frau Buch! - Eine Frage habe ich auch noch an Sie. Dieser Leitfadens: Als der entstanden ist 2013, waren Sie da schon im Vorstand der Bundesbank?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Nein, ab 2014.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber Sie kennen die Genese des Leitfadens?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, also es gibt einen Leitfaden in der Bundesbank, und es gibt einen Ablaufplan der BaFin und diesen Brief des BMF. Also, das - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, aber wenn ich richtig informiert bin - deswegen frage ich Sie -, -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - wurde ja - - Mehrere haben ja drauf hingewiesen, dass es ja rechtlich nicht notwendig ist. Und die Genese ist aber doch so, dass die Bundesbank doch explizit aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen, die erst mal keine Stellungnahme der Bundesbank vorsehen, darauf gedrungen hat, dass es eben Ablaufplan und Leitfaden gibt - ist das richtig? -, damals, 2013.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Den hätte es ja nicht gegeben, wenn die Bundesbank das nicht -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - gewollt hätte und da interveniert hätte, richtig?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, das sind alles - - Also, ich vermute, dass dieser - - Ich kann nur vermuten: Es gibt ja diesen 2013er-Brief, und

dazu wird es eine Diskussion gegeben haben zwischen BMF, BaFin und Bundesbank. Damals war ich nicht im Haus. Also, deswegen kann ich nicht genau sagen, wie sozusagen - - Das ist ja der Startpunkt nach der EU-Leerverkaufsverordnung, dass dann dieser Brief noch mal des BMF auch entstanden ist. Da wird es eine Diskussion gegeben haben; daran war ich nicht beteiligt, weil ich noch nicht im Haus gewesen bin. Und das sind auch Gespräche gewesen, die auf der Arbeitsebene gelaufen sind. Also, selbst wenn ich da gewesen wäre, würde ich Ihnen wahrscheinlich auch jetzt zu den Details nichts sagen können. Also, da - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nee, mir geht es ja - -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Kann man ja nachlesen, was am Ende drinsteht.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber mir geht es ja darum, dass das ja nicht auf Arbeitsebene entstanden ist, sondern das war ja schon der Wunsch des Vorstandes damals der Bundesbank, dass es eben eine solche Absprache - nicht nur Absprache, sondern eine schriftliche Dokumentation - gibt -

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - und dass Sie da involviert sind, oder nicht?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich kann Ihnen zu der Genese leider jetzt nichts Genaueres sagen. Also, wer dann wann wo welchen Wunsch geäußert hat, -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und als Sie dann in den Vorstand gekommen sind, da



## Nur zur dienstlichen Verwendung

wurde Ihnen nicht mitgeteilt, wie man damit umgehen möchte, also sozusagen welche Rolle das spielt und wie das Selbstverständnis der Bundesbank ist bei der Beteiligung ... (akustisch unverständlich)

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Doch, natürlich. Also, das ist, wenn Sie sozusagen - - Also, Sie kriegen natürlich, wenn Sie Vorstand der Bundesbank werden, Informationen darüber, wie die Bank agiert, was die Grundlagen sind und so. Und das ist natürlich in diesem Fall - - Also, jetzt kriegen Sie nicht als Ihr Einsteigerpaket erst mal diesen Brief jetzt des BMF, weil da gibt es viele andere Dinge. Aber wenn es zum konkreten Punkt kommt, dann gibt es natürlich diese Informationen. Also, dieser Leitfaden, der auf der Arbeitsebene ausgearbeitet worden ist, den kriegen Sie natürlich, aber dann anlassgemäß, also wenn es um die entsprechenden Vorgänge geht. - Weiß nicht, ob das die Frage - -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, aber da ist Ihnen jetzt nicht erinnerlich, dass jetzt bei dieser grundsätzlichen Information an Sie, dass da irgendwie differenziert worden wäre zwischen: „Wir sind nur für Finanzstabilität zuständig und nicht für Marktvertrauen“, sondern ich nehme an, das Grundverständnis war doch, dass die Bundesbank grundsätzlich in allen Fragen zu beteiligen ist?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Das ist jetzt aber noch mal ein anderer Punkt. Also, das Mandat, also dass wir für Finanzstabilitätsfragen zuständig sind und nicht für Anlegerschutz, das ist ganz klar. Also, das ist sozusagen die Grundlage unserer Arbeit; das muss jetzt nicht unbedingt an diesem Brief oder dem Leitfaden festgemacht sein.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Nein, das ist mir klar.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber mir ging es jetzt darum, wie der Leitfaden zu leben ist sozusagen, welche Fragen dadrin sind.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, also, der Leitfaden ist ja generisch. Der gilt allgemein, -

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** - wenn es um die EU-Leerverkaufsverordnung geht.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da ist ja jetzt nicht irgendwas ausgenommen. Zum Beispiel, wenn es nur um ein Leerverkaufsverbot aufgrund von Marktvertrauen oder Anlegerschutz geht, ist da ja nicht ausge- - Es steht da ja nicht, ist ja nicht ausgenommen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Der Leitfaden muss ja für alle Situationen passen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Aber es kann natürlich dann dennoch eine Situation eintreten, in der, so wie ich es eben geschildert habe, Marktvertrauen im Sinne von Anlegerschutz betroffen ist, aber eben nicht Finanzstabilität. Also, das schließt das ja nicht aus.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich lasse es mal dabei. - Möchtest du noch weitermachen?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann übernehme ich noch mal für die restliche Zeit.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Buch, ich will auch noch mal über die Tatbestandsvoraussetzungen für das Leerverkaufsverbot - - darauf zurückkommen. Wir haben es jetzt auch schon ein paarmal probiert, aber auch das lässt mir nicht so wirklich eine Ruhe; denn Sie als Exekutive dürfen ja dann tätig werden, wenn Sie von der Legislative dazu legitimiert sind, und dann brauchen Sie ja auch als Institution ein klares Verständnis über den rechtlichen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rahmen. Und deswegen wollte ich Sie fragen: Haben Sie sich an dem 15. Februar oder im Nachgang damit auseinandergesetzt, ob die Tatbestandsvoraussetzungen für ein Leerverkaufsverbot ganz grundsätzlich erfüllt sind? Haben Sie sich mit der Frage auseinandergesetzt?

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Wenn die Frage sowohl allgemein als auch speziell gemeint ist: Wir sind dann nicht noch mal hingegangen und haben die - - Das ist auch, glaube ich, nicht unsere Zuständigkeit und Aufgabe, dann jetzt zu überprüfen im Nachhinein: Hat denn jetzt eine andere Institution, eine andere Behörde richtig oder falsch gehandelt? Also, das ist jetzt nicht unsere - - also, in dem Sinne, auf den speziellen Fall, nicht un-

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da komme ich gleich noch mal drauf zu sprechen.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau, ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber mir ging es jetzt gar nicht - - in der Rückschau, sondern zu dem Moment.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** In dem Moment, wo dieses Leerverkaufsverbot verabschiedet werden sollte, muss man sich doch als Exekutive darüber im Klaren sein sozusagen, wie der Rechtsrahmen aussieht. Und deswegen meine Frage an Sie, ob Sie sich damit auseinandergesetzt haben; denn Artikel 24 I c sagt eben, auf den sich ja auch die BaFin berufen hat, dass staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eben keine dieser Tatbestandsvoraussetzungen sind.

Ansteckungseffekte bei Instituten, die jetzt wichtig sind für das globale Finanzsystem: Da ist das; das ist ja auch genau das, was die BaFin der ESMA gegenüber behauptet hat. Aber Ihre Stellungnahme hat ja das wiederum genau abgeschlossen. Und deswegen würde mich schon interessieren - und das hätte ich jetzt auch erwartet, dass Sie sich beispielsweise mit Herrn Guericke, mit dem Chefjuristen, darüber ausgetauscht

hatten -, ob diese staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen, also das, was Ihnen die BaFin auf den Tisch gelegt hat oder Ihnen ins Schaufenster gestellt hat, ob das reicht, um diese Maßnahmen überhaupt treffen zu können.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Also, wenn Ihre Frage bedeutet, ob wir geprüft hätten rechtlich, ob die BaFin dazu befugt gewesen wäre oder ich weiß nicht was, ob die Tatbestandsvoraussetzungen gegeben wären: Das ist ja gar nicht unsere Aufgabe. Also, wenn wir jetzt hier mal über unsere Stellungnahme sprechen, dann ging es ja um eine Stellungnahme zum Thema Finanzstabilität und nicht um eine rechtliche Prüfung des Tuns einer anderen Behörde. Also von daher haben wir diese Prüfung nicht vorgenommen, weil wir sie nicht vornehmen mussten.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, deswegen waren wir ja auch ein bisschen enttäuscht - Herr Toncar, Herr De Masi und ich -, als wir Ihnen ja einen Brief geschrieben haben. Wir haben auch von dem Herrn Weidmann, glaube ich, gestern eine Antwort bekommen, wo er einfach sagt:

Ich bitte um Ihr Verständnis, dass die Deutsche Bundesbank aus den im Vermerk dargelegten Gründen von einer rechtlichen Bewertung der Allgemeinverfügung der BaFin absieht. (?)

Jetzt haben Sie ja nicht nur Ökonomen im Haus, sondern auch gute Juristen. Und ich sage es Ihnen mal ganz ehrlich: Sie machen sich da klein, und zwar unnötig klein an der Stelle. Ich finde, es wird auch der Institution nicht gerecht; denn wir wollen hier ja aufklären. Im letzten Sommer hieß es: Alle Institutionen - - Riesen-skandal für den Finanzplatz. - Und ich habe den Eindruck, diese Ängstlichkeit, die ich in den Institutionen bei uns beobachte, weil keiner dem anderen irgendwie wehtun möchte,

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Ja, ist ganz schlimm!)

die ist so schlimm und so unerträglich, weil so viele Menschen da draußen Geld verloren haben,





## Nur zur dienstlichen Verwendung

und deswegen geht es jetzt auch nicht um die Eitelkeiten von einzelnen Institutionen.

Ich möchte ganz ehrlich sagen: Ich habe das BMF jetzt nicht geschont in der Frage; aber das BMF immerhin mittlerweile sagt natürlich: „Ja, das war handwerklich nicht gut. Wir würden heute von der BaFin Berechnungen, Kovarianzen, Korrelationen“, das ganze Zeug, was Ihre Leute rauf- und runterrechnen, „erwarten.“ Das sagt das BMF.

Und Sie tun sich da als Institution so schwer, da einfach mal klar zu sein. Und das nervt; ich sage es Ihnen ganz ehrlich. Und deswegen tue ich mich da so schwer, dass Sie sagen: Da haben wir keine Kompetenz, da haben wir keine Verantwortung. - Das befriedigt uns nicht, und das befriedigt die Menschen da draußen nicht. Wir haben hier einen Aufklärungsauftrag, und ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen auch: Sie sind eine sehr angesehene Institution. Sie werden der nicht gerecht. - Sie können reagieren; Sie müssen nicht.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Ich frage mich gerade, weil das keine Frage war - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, es war auch keine Frage; aber ich gebe Ihnen natürlich die Möglichkeit, ja.

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Genau. - Also, ich muss noch mal - - Also, den Brief, aus dem Sie jetzt zitieren, den habe ich noch nicht gesehen, weil ich auch das in Vorbereitung dieser Sitzung hier - - mich auf den Tag heute konzentriert habe und auch sozusagen der Brief nicht an mich gerichtet war, die Rechtsabteilung mir auch nicht untersteht.

Also, diesen Vorwurf, dass wir hier nicht daran interessiert sind, die Dinge aufzuklären, den muss ich doch ein bisschen zurückweisen, weil wir, denke ich, mit allen sehr transparent umgegangen sind, ich auch mich dafür eingesetzt habe, dass wir transparent mit den Dingen umgehen. Und von daher kann ich das nicht erkennen, dass wir hier uns nicht beteiligen. Ganz im Gegenteil: Ich meine, wir sind - - Wir sagen sehr

viel zum Finanzstabilitätsmandat. Wir sind darauf angewiesen, dass der Finanzmarkt funktioniert. Deswegen haben wir ein großes Interesse, dass die Aufsicht funktioniert und dass die Strukturen passen.

Wenn das an einigen Stellen vielleicht etwas legalistisch, juristisch klingen mag, wenn ich sage: „Wir haben an bestimmten Stellen kein Mandat“, dann sage ich das aus der Position einer unabhängigen Institution heraus. Die Notenbanken sind unabhängig, die sind nicht nachgeordnete Behörden. Und ich glaube, da ist es besonders wichtig, dass wir darauf achten, was unser Mandat ist, und nicht in andere Mandate hereingehen, weil uns - - weil da eine bestimmte Form der Kontrolle auch fehlt. Das ist nicht, weil wir nicht wollten, nicht könnten, nicht auch als Staatsbürger und -bürgerinnen Meinungen zu etwas haben, sondern ich glaube, es ist gerade bei unabhängigen Institutionen sehr, sehr wichtig, dass da die Mandate klar begrenzt sind. Also, das ist - - Ich habe es häufig jetzt gesagt: Ich bin keine Juristin. Ich argumentiere auch nicht in dieser legalistischen Art und Weise, aber ich halte das für Accountability und Transparenz - - halte ich es für ganz wichtig, dass Notenbanken hier auch ganz klar sagen: Was ist unser Mandat, was ist nicht unser Mandat? - Darüber kann man dann diskutieren. Das ist vielleicht das nach vorne Gerichtete: Wie sollte man Dinge zukünftig ausgestalten? - Das kommt, glaube ich, am nächsten Tag. Aber das will ich einfach noch mal klarstellen: Das ist nicht Wegducken oder Nicht-sich-beteiligen-Wollen an der Diskussion, sondern das halte ich für ganz zentral, damit Institutionen funktionieren, so wie sie funktionieren.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja. Gut, ich glaube, da kommen wir an der Stelle nicht mehr weiter. Ich meine, Frau Roegele ist ja heute genau aus dem Grund nicht mehr im Amt, weil wir es mit diesem Vorfall zu tun haben. Und trotzdem wollen Sie da irgendwie so nicht groß reinreden, was mich an der Stelle einfach wundert. Und Ihre Institution, die sonst sehr selbstbewusst ist - - Auch mit Blick auf Europa, wenn es um Geldpolitik oder dergleichen geht, halten Sie Ihre Meinung - und das finde ich gut, das macht Sie auch als unabhängige Institution aus -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht hinter dem Busch. Aber bei der Frage, wo Sie auch wirklich gute Leute mit der Expertise haben, sich sozusagen legalistisch hinter ein paar Paragraphen zu verstecken - - Denn es muss ja - - Es schreit ja geradezu danach, dass die Grundlage, die die BaFin gewählt hat, und die Begründung der ESMA, die diametral der Position Ihres Hauses widerspricht - - Dass Sie so weiter sagen: „Wir lassen das so stehen, weil das ist nicht unsere Baustelle“, finden wir - ich zumindest - an der Stelle nicht richtig. - Nichtsdestotrotz vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Dr. Bayaz. - Dann schaue ich noch mal zu den Kollegen der Koalition. - Nein. - Ich schaue mich an. - Nein. - Ich schaue noch mal - - Wunderbar. Dann stelle ich zunächst mal fest, dass keine Fraktion mehr Fragen in öffentlicher Runde hat.

Ich frage der guten Ordnung halber: Besteht Bedarf, in eingestufte Sitzung noch zu tagen? - Auch das kann ich nicht erkennen an der Stelle.

Dann stelle ich fest, dass wir Ihre Befragung für heute beenden können. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Trotzdem müssen wir jetzt noch ein Schweigegebot aussprechen. Es sind mehrere Unterlagen, die eingestuft waren - - Einige sind von Ihnen zwar entstuft worden; aber es lagen einige vor. Deswegen, Frau Professor Dr. Buch: Sie hatten Einblick in VS-Vertraulich, -Geheim eingestufte Unterlagen. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung, schaue mich um. - Ich höre keinen Widerspruch.

Ich stelle daher fest, Frau Professor Buch: Der Ausschuss macht dem Zeugen, also Ihnen, die

Geheimhaltung der als Geheim oder Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die Ihnen durch die Vernehmung in dieser Sitzung zur Kenntnis gelangt sind.

Zweitens. Der Zeuge, also Sie, Frau Professor Buch, wird darauf hingewiesen, dass derjenige - in dem Fall: diejenige -, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann. - Dann hätten wir das auch.

Und jetzt darf ich mich bei Ihnen recht herzlich bedanken, wünsche Ihnen auch zu vorgerückter Stunde ein schönes Wochenende. Kommen Sie gesund und gut nach Hause! Und vor allen Dingen in der schwierigen Zeit: Bleiben Sie gesund!

**Zeugin Prof. Dr. Claudia Buch:** Vielen Dank. Das wünsche ich Ihnen auch allen und bedanke mich für die Diskussion. Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön. Das geben wir zurück.

Und ich schließe damit die Sitzung und wünsche allen Kolleginnen und Kollegen auch ein schönes Wochenende.

Bleiben Sie gesund! Bis bald und eine gute Heimreise!

(Schluss: 17.57 Uhr)